

Stenographisches Protokoll

105. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIV. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 19. Oktober 1978

Tagesordnung

1. Außenpolitischer Bericht über das Jahr 1977
2. Bericht über Verlauf und Ergebnisse des Belgrader KSZE-Folgetreffens
3. Vertrag mit der Volksrepublik Ungarn über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Gesundheitswesens
4. Bundesgesetz über die Leistung eines weiteren österreichischen Beitrages an den Fonds des Umweltprogramms der Vereinten Nationen
5. Bericht über den Antrag (106/A) betreffend Änderung des Allgemeinen Hochschul-Studiengesetzes

Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten (III-116) über das Jahr 1977 (1037 d. B.)

Berichterstatter: Heinz (S. 10314)

- (2) Bericht des Außenpolitischen Ausschusses betreffend den Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten (III-113) über Verlauf und Ergebnisse des Belgrader KSZE-Folgetreffens (1038 d. B.)

Berichterstatterin: Anneliese Albrecht (S. 10315)

Redner: Dr. Mock (S. 10316), Dr. Fischer (S. 10324), Dr. Scrinzi (S. 10327), Dr. Karasek (S. 10335), Luptowits (S. 10341), Peter (S. 10347), Bundesminister Dr. Pahr (S. 10351 und S. 10369), Graf (S. 10355), DDr. Hesele (S. 10362), Dr. Wiesinger (S. 10368), Dr. Ettmayer (S. 10370), Dr. Reinhart (S. 10373), Mag. Höchtl (S. 10375), Prechtl (S. 10379) und Dr. Ermacora (S. 10382)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Mock und Genossen betreffend die Grundsätze bei der Außenpolitik (S. 10319) – Zurückziehung (S. 10362)

Kenntnisnahme der beiden Berichte (S. 10386)

- (3) Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Umweltschutz über die Regierungsvorlage (999 d. B.): Vertrag mit der Volksrepublik Ungarn über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Gesundheitswesens (1033 d. B.)

Berichterstatter: Tonn (S. 10386)

Redner: Dipl.-Ing. Hanreich (S. 10387) und Bundesminister Dr. Staribacher (S. 10388)

Genehmigung (S. 10389)

- (4) Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Umweltschutz über die Regierungsvorlage (935 d. B.): Bundesgesetz über die Leistung eines weiteren österreichischen Beitrages an den Fonds des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (1034 d. B.)

Berichterstatterin: Dr. Beatrix Eypeltauer (S. 10389)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 10389)

- (5) Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung über den Antrag (106/A) der Abgeordneten Radinger, Dr. Frischenschlager und Genossen betreffend Änderung des Allgemeinen Hochschul-Studiengesetzes (1030 d. B.)

Berichterstatter: Luptowits (S. 10389)

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 10301)

Entschuldigungen (S. 10301)

Geschäftsbehandlung

Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Mock und Genossen betreffend die Grundsätze bei der Außenpolitik (S. 10319) – Zurückziehung (S. 10362)

Fragestunde (66.)

Soziale Verwaltung (S. 10301)

Dr. Schranz (632/M); Dr. Marga Hubinek, Dr. Schmidt, Dr. Reinhart

Treichl (634/M); Dr. Kohlmaier, Babanitz

Unterricht und Kunst (S. 10304)

Peter (616/M); Dr. Eduard Moser, Luptowits, Dipl.-Vw. Josseck

Dr. Gruber (626/M); Peter, Remplbauer, Ing. Amtmann

Dipl.-Ing. Riegler (627/M); Meißl, Lona Murowatz, Wilhelmine Moser

Dr. Eduard Moser (628/M); Edith Dobesberger, Dr. Gruber

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 10313)

Verhandlungen

Gemeinsame Beratung über

- (1) Bericht des Außenpolitischen Ausschusses betreffend den Außenpolitischen Bericht des

10300

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Redner: Dr. Blenk (S. 10390) und Dr. Hilde
Hawlicek (S. 10392)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 10393)

Eingebracht wurden

Anträge der Abgeordneten

Dr. Reinhart, Dr. Ermacora, Dr. Stix und
Genossen betreffend ein Bundesgesetz über die
Gleichstellung von Südtirolern mit österrei-
chischen Staatsbürgern auf bestimmten Verwal-
tungsgebieten (119/A)

Dr. Mock, Dr. Blenk, Dr. Ermacora, Dr.
Ettmayer, Fachleutner, Dr. Fiedler,
Graf, Dr. Karasek, Steinbauer, Mag.
Höchl und Genossen betreffend die österrei-
chische Außenpolitik (120/A)

Anfrage der Abgeordneten

Luptowitz und Genossen an den Bundesminister
für Finanzen betreffend Unterstützung einer
internationalen Konvention zur Bekämpfung der
Steuerumgehung und Steuerhinterziehung
(2132/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident **Minkowitsch**, Dritter Präsident **Probst**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Dr. Broda, Anton Schlager, Dr. Lanner.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Frühwirth, Dr. Frischenschlager, Dipl.-Ing. Haiden und Dr. König.

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde.

Bundesministerium für soziale Verwaltung

Präsident: Wir kommen nunmehr zur 1. Anfrage: Abg. Dr. Schranz (SPÖ) an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung.

632/M

In welchem Umfang wurde von der durch die 32. ASVG-Novelle gebotenen Möglichkeit, Versicherungszeiten nachträglich einzukaufen, Gebrauch gemacht?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für soziale Verwaltung Dr. **Weißberg:** Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter, Sie haben mich gefragt, in welchem Umfang von der durch die 32. ASVG-Novelle gebotenen Möglichkeit, Versicherungszeiten nachträglich einzukaufen, Gebrauch gemacht wurde. Dazu habe ich folgende Informationen von den Versicherungsträgern bekommen:

Bis zum 31. 8. dieses Jahres haben bisher insgesamt 18 063 Versicherte einen Antrag auf nachträglichen Einkauf gestellt. Davon sind zirka vier Fünftel Frauen, ein Fünftel der Anträge ist demnach von Männern gestellt worden. 70 Prozent aller Anträge entfallen auf die Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten. Von den bisher gestellten rund 18 000 Anträgen wurden 10 622 angenommen und damit positiv erledigt.

Vielleicht interessiert Sie in diesem Zusammenhang die durchschnittlich eingekaufte Anzahl von Versicherungsmonaten. Sie beträgt 82, wobei dieser Durchschnitt bei Frauen 86 Monate, bei Männern 66 Monate ausmacht.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Schranz:** Es besteht ja die Möglichkeit, daß das Bundesministerium für soziale Verwaltung auf Grund der wirtschaftlichen Lage derjenigen, die von der Nachversicherungsmöglichkeit Gebrauch machen möchten, eine Herabsetzung der Beiträge vornimmt. Können Sie mir bitte sagen, in wie vielen Fällen eine solche Reduktion der Beitragssätze für den Nachkauf vorgenommen wurde?

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dr. **Weißberg:** Herr Abgeordneter! Ich kann Ihnen sagen, daß in drei Prozent aller eingereichten Fälle eine solche Ermäßigung der Beiträge im Hinblick auf die Richtlinien, die das Sozialministerium festgelegt hat, bewilligt werden konnte.

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Schranz:** Die Möglichkeit, Beiträge nachzuentrichten, ist im Gesetz mit Ende des Jahres 1980 fixiert. Es ist bei Ablauf solcher Fristen öfter festzustellen, daß manche nachher draufkommen, daß sie die Frist versäumt haben. Können Sie deshalb veranlassen, daß eine möglichst umfassende Information des in Frage kommenden Personenkreises über die Möglichkeit der Nachentrichtung erfolgt?

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dr. **Weißberg:** Herr Abgeordneter! Wir haben von seiten des Sozialministeriums bereits nach Beschlußfassung der 32. Novelle eine umfassende Information über Zeitungsinsertate hinausgegeben. Wir haben auch die Versicherungsträger gebeten, die Information in ihrem Bereich zu veröffentlichen, ich bin aber gerne bereit, vor Ablauf dieser Frist noch einmal eine entsprechende Information an die Versicherten ergehen zu lassen, damit etwaige Säumige noch Anträge einbringen können.

Präsident: Weitere Anfrage: Frau Abgeordnete Hubinek.

Abgeordnete Dr. Marga **Hubinek** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Minister! Sie haben geantwortet, daß ungefähr in 3 Prozent der Fälle eine Herabsetzung der Beitragszahlung bewilligt wurde. Diese Nachzahlungen bewegen sich in einer Größenordnung von bis zu 250 000 S, was ja für viele unerschwinglich ist. Sie haben in so wenigen Fällen eine Herabsetzung bewilligt.

10302

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Dr. Marga Hubinek

Daher meine Frage: Bis zu welchem Familieneinkommen gewähren Sie eine Herabsetzung?

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dr. **Weißenberg:** Frau Abgeordnete! Für die Herabsetzung der Nachentrichtung sollte nach dem Wunsch des Hohen Hauses, der in den Erläuterungen zur 32. Novelle niedergelegt wurde, ein strenger Maßstab angelegt werden. Es wurde deshalb als Richtlinie der Richtsatz für die Ausgleichszulagen gewählt, und je nach dem Richtsatz wird eine Ermäßigung gewährt.

Präsident: Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Schmidt.

Abgeordneter Dr. **Schmidt** (FPÖ): Herr Bundesminister! Meine Vorrednerin hat schon erwähnt, daß es sich bei dem Nachkauf oft um beträchtliche Summen handelt, die die einzelnen Antragsteller aufwenden müssen, und daß die Ermäßigung relativ bescheiden ist. Leider hört man, daß diese Kaufsummen in einem Betrag erlegt werden müssen, sodaß das für viele natürlich schon eine Härte darstellt. Werden Sie sich einsetzen, Herr Bundesminister, daß man den Antragstellern mit Zahlungserleichterungen, also Ratenzahlungen, entgegenkommt?

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dr. **Weißenberg:** Herr Abgeordneter! Ich brauche mich diesbezüglich nicht mehr einzusetzen, weil die 32. ASVG-Novelle bereits die Möglichkeit einräumt, daß diese Nachentrichtung in Ratenzahlungen erfolgen kann. Der Versicherungsträger kann diese Ratenzahlungen bewilligen. Soweit mir bekannt ist, wurde in jedem Fall, wo ein solcher Antrag gestellt wurde, die Ratenzahlung auch tatsächlich ermöglicht.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Dr. Reinhart.

Abgeordneter Dr. **Reinhart** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Bekanntlich wurde den Bauern und den selbständig Gewerbetreibenden ebenfalls die Möglichkeit eingeräumt, sich an der Nachversicherung zu beteiligen.

Haben Sie, sehr geehrter Herr Minister, Unterlagen, aus denen zu ersehen ist, welcher Prozentsatz sich aus diesem Bereich an der Nachversicherung beteiligt hat?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Weißenberg:** Herr Abgeordneter! Die Selbständigen wie alle anderen Gruppen, die nicht in der Pensionsversicherung der Arbeiter versichert sind, können ihre Nachentrichtungsmöglichkeit bei der Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten geltend machen. Ich bin derzeit nicht informiert, ob eine getrennte, eine differenzierte Statistik für den Personenkreis, der bei der Angestelltenversicherung die Nachentrichtung beantragt hat, vorhanden ist. Ich bin aber gerne bereit, diesbezüglich Erkundigungen einzuziehen und Ihnen dann darüber Auskunft zu geben, falls eine differenzierte Statistik existiert.

Präsident: Anfrage 2: Herr Abgeordneter Treichl (SPÖ) an den Herrn Minister.

634/M

In Anbetracht Ihrer bereits vor Ihrer Betrauung mit der Leitung des Sozialressorts abgegebenen Erklärung, die Angleichung des Arbeitsrechtes der Arbeiter und der Angestellten anzustreben, frage ich Sie, wann mit der Realisierung dieses Planes zu rechnen ist.

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Weißenberg:** Herr Abgeordneter! Ich darf zunächst darauf verweisen, daß die Absicht, das Arbeitsrecht der Arbeiter an das der Angestellten anzugleichen, schon von meinem Vorgänger, Vizekanzler Sozialminister Ing. Häuser, eingeleitet worden ist. Es wurde vor allem im Rahmen des Urlaubsrechts eine solche Angleichung herbeigeführt, und auch durch das Entgeltfortzahlungsgesetz ist der erste Schritt gesetzt worden, um in dieser Frage der Fortzahlung des Entgelts im Krankheitsfall eine Angleichung herbeizuführen.

Der letzte große Brocken, der noch zu erfüllen ist, ist vor allem die Frage der Gewährung einer Abfertigung für die Arbeiterschaft. Diesbezüglich bestehen Vorarbeiten im Bundesministerium für soziale Verwaltung, wonach in einem zweiten Teilgebiet der Kodifikation des Arbeitsrechtes, das sich mit der Zusammenfassung aller Vorschriften über die Beendigung des Arbeitsverhältnisses beschäftigt, auch die Regelung der Abfertigung mit aufgenommen werden soll.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Treichl:** Sehr geehrter Herr Bundesminister! Sie haben bereits gestern bei Ihrer Beantwortung darauf hingewiesen, daß eine Reihe von neuen Gesetzen und von Novellierungen bestehender Gesetze in Ihrem Ressort vorbereitet wird. Die von Ihnen eben jetzt bekanntgegebenen Maßnahmen sind zweifellos geeignet, die geltenden arbeitsrechtlichen

Treichl

Bestimmungen für Arbeiter an jene der Angestellten anzugleichen.

Gestatten Sie, sehr geehrter Herr Bundesminister, mir daher die Frage, ob Sie noch in dieser laufenden Legislaturperiode mit einer Verwirklichung dieser angestrebten Maßnahmen rechnen.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Weißberg:** Herr Abgeordneter! Ich habe die Absicht, den diesbezüglichen Gesetzentwurf nach Möglichkeit noch in diesem Jahr in das Begutachtungsverfahren zu entsenden. Es hängt natürlich vom Ablauf des Begutachtungsverfahrens ab, welche Initiativen daraus dann für eine Regierungsvorlage entnommen werden können. Ich möchte mich aber bemühen, daß eine Realisierung dieses Vorhabens nach Möglichkeit noch in dieser Legislaturperiode herbeigeführt wird.

Präsident: Zweite Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Treichl:** Herr Bundesminister, danke für die Beantwortung meiner Frage.

Bitte noch eine Zusatzfrage. Presseaussendungen zufolge ist eine generelle Einführung der Abfertigung auch für Arbeiter eine rein wirtschaftliche Frage. Halten Sie daher die Forderung auf Abfertigung für die Arbeiter oder zum Beispiel die Bestimmungen über die Beendigung des Arbeitsverhältnisses für Arbeiter bei der derzeitigen Wirtschaftslage in absehbarer Zeit für vertretbar?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Weißberg:** Herr Abgeordneter! Zunächst muß man dazu in Erinnerung bringen, daß es gewisse Gruppen von Arbeitern schon heute gibt, die die Abfertigung gesetzlich kennen. Dazu gehören vor allem die Land- und Forstarbeiter sowie die Hausgehilfen. Weiters gibt es Gruppen von Arbeitern, die bereits im Rahmen ihrer Kollektivvertragspolitik Abfertigungsbestimmungen durchsetzen konnten.

Man kann also bei einer solchen Frage nicht davon ausgehen, daß eine völlig neue Regelung für Arbeiter geschaffen werden müßte, sondern man muß bei einer Beurteilung der wirtschaftlichen Belastung natürlich alle jene Gruppen, die die Abfertigung schon heute entweder in vollem Umfang oder zum Teil haben, mit in Rechnung stellen. Unter einer solchen Einbeziehung hat die Wiener Arbeiterkammer eine Berechnung angestellt, wonach die Einführung der Abfertigung für Arbeiter eine wirtschaftliche Belastung von etwa dreiviertel Prozent der Lohn- und Gehaltssumme ausmachen würde.

Das ist sicherlich eine zu beachtende Belastungsgröße, die aber andererseits nicht so groß ist, daß nicht die Möglichkeit bestehen würde, das im Rahmen von Lohnbewegungen – nicht nur Barlohnbewegungen, sondern auch Sozialloohnerhöhungen – herbeizuführen.

Aber das ist eine Frage, über die nicht der Sozialminister zu entscheiden hat, sondern auf die in erster Linie die Wirtschaftspartner bei ihren Kollektivvertragsverhandlungen Bedacht zu nehmen haben werden. Ich glaube, daß daher die Frage letztlich nicht von mir, sondern von der Entwicklung der Kollektivvertragspolitik abhängen wird.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Kohlmaier.

Abgeordneter Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Bundesminister! Wir sind in manchen Fragen – das hat sich gestern gezeigt – sehr unterschiedlicher Auffassung. Aber ich glaube, man soll auch als Oppositionspolitiker feststellen, wenn es der Sachverhalt ermöglicht, daß eine erfreuliche Übereinstimmung besteht, und ich möchte gerne hier zum Ausdruck bringen, daß wir im Grundsätzlichen mit dem, was Sie jetzt gesagt haben, übereinstimmen können.

Es gibt allerdings eine offene Frage für mich in diesem Zusammenhang, und ich möchte sie in diesem Zusammenhang stellen. Sie haben gesagt, Ing. Häuser, Ihr Vorgänger, hat diese Dinge in die Wege geleitet. Ich muß darauf hinweisen, daß schon viel früher Sozialminister Proksch bei den ersten Entwürfen zur Kodifikation des Arbeitsrechtes diese Unterschiede Arbeiter – Angestellte zu lösen versucht hat, allerdings in einer sehr radikalen Weise, und zwar durch die Herstellung eines eigenen einheitlichen Arbeitnehmerbegriffes, der den weiteren Bestand von Arbeiter- und Angestelltenrecht in Frage gestellt hätte.

Wir sind der Auffassung, daß trotz möglicher Angleichung ein eigener Angestelltenbegriff erhalten bleiben soll, der eine eigene Weiterentwicklung eines Angestelltenrechtes ermöglicht. Herr Bundesminister, wie beurteilen Sie diese Frage?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Weißberg:** Herr Abgeordneter, ich kann sehr leicht diese Frage beantworten, indem ich auf den Entwurf des ersten Teilkodifikationsbereiches, der unter meiner Ministerschaft in das Begutachtungsverfahren gegangen ist, verweise. Es handelt sich um die sogenannte Entgeltsicherung.

In diesem Bereich ist die Fortsetzung bezie-

10304

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Bundesminister Dr. Weißenberg

hungsweise Vollendung der Angleichung hinsichtlich der Entgeltleistung, die der Arbeitgeber im Falle der Erkrankung des Arbeiters zu leisten hat, vorgesehen. In diesem Gesetzentwurf ist die Regelung so getroffen worden, daß das Angestelltengesetz im Prinzip aufrecht bleibt, das Angestelltengesetz in jenen Bestimmungen novelliert wird, wo bereits Regelungen vorhanden sind und neues Recht durch das Entgeltsicherungsgesetz geschaffen werden soll, aber im übrigen für die Angestellten das Entgeltsicherungsgesetz gelten wird in all jenen Bereichen, in denen das Angestelltengesetz derzeit keine Aussage macht.

Das ist eine Lösung, die sicherlich als eine Übergangslösung angesehen werden muß, solange noch keine völlige Vereinheitlichung und Kodifikation des Arbeitsrechtes vorgenommen werden kann. Der Weg dorthin wird sicher noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Aber solange eine solche völlige Kodifikation nicht besteht, soll das Angestelltengesetz im Prinzip unberührt bleiben, aber die Fortschritte, die sich aus der allgemeinen Verbesserung ergeben, natürlich mitmachen.

Präsident: Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Babanitz.

Abgeordneter **Babanitz** (SPÖ): Herr Bundesminister, es ist erfreulich, daß der Abgeordnete Kohlmaier festgestellt hat, daß man sich in der grundsätzlichen Frage Abfertigung, im speziellen bei der Kodifikation, einig ist.

Für mich als Vertreter einer Berufsgruppe, die sehr stark von der Saisonbeschäftigung abhängig ist, ergibt sich die Frage, und die möchte ich Ihnen stellen: Haben Sie in diesem neuen Gesetzentwurf, den Sie vorlegen werden, auch vorgesehen, daß bei einer Abfertigung, die in der Regel eine zusammenhängende längere Dienstzeit beim gleichen Arbeitgeber erfordert, Saisonunterbrechungen beim selben Arbeitgeber bis zu einem gewissen Zeitraum auch angerechnet werden? Ich habe die Feststellung gemacht, daß diese 60 Tage, die derzeit im Urlaubsgesetz oder im Kollektivvertrag festgelegt sind, nicht ausreichen. Werden Sie derartige Lösungen auch bei der Abfertigung vorsehen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Weißenberg:** Herr Abgeordneter, es ist, wie Sie ja selbst erwähnt haben, eine solche Berücksichtigung bereits im Urlaubsrecht enthalten. Auch in das Entgeltfortzahlungsgesetz ist bereits eine solche Regelung aufgenommen worden.

Selbstverständlich wird dieser Gedanke auch

auf die Abfertigung wie auf alle anderen arbeitsrechtlichen Ansprüche, die von einer Dienstzeitdauer abhängig sind, ausgedehnt werden.

Diese Absicht ist, wie gesagt, bereits im Entgeltfortzahlungsgesetz enthalten und daher auch in das Entgeltsicherungsgesetz aufgenommen worden, das ja über die Entgeltfortzahlung hinaus noch andere Entgeltsansprüche regelt.

Ich kann jetzt noch nicht sagen, ob die 60-Tage-Frist auf 90 Tage erweitert werden kann. Ich möchte von meiner Seite her jedenfalls diese Frage so in die Begutachtung kommen lassen. Es wird dann vom Begutachtungsverfahren abhängen, ob eine solche Ausweitung von 60 auf 90 Tage möglich sein wird.

Bundesministerium für Unterricht und Kunst

Präsident: Anfrage 3: Herr Abgeordneter Peter (FPÖ) an den Herrn Bundesminister für Unterricht und Kunst.

616/M

Wie lautet Ihre Stellungnahme zur Forderung der Betriebsräte des darstellenden künstlerischen Personals der Bundestheater nach sofortiger Auflösung der Ensemblevertretung des Burgtheaters?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Unterricht und Kunst Dr. **Sinowatz:** Herr Abgeordneter Peter! Was die Ensemblevertretung des Burgtheaters betrifft, so sehe ich eigentlich keinen Grund, diese 1970 geschaffene und 1971 von meinem Vorgänger genehmigte Einrichtung zu verändern, solange sie mit den bestehenden Gesetzen, insbesondere mit dem Arbeitsverfassungsgesetz, nicht kollidiert und solange zweitens die Ensemblemitglieder diese Einrichtung wünschen.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Peter:** Herr Bundesminister! Ich glaube, Sie unterliegen hier einem groben Irrtum. Es ist ein Irrtum zu meinen, daß die Ensemblevertretung des Burgtheaters mit den Gesetzen der Republik Österreich im Einklang steht. Die Ensemblevertretung des Burgtheaters widerspricht eklatant den Gesetzen dieser Republik. Dieser Zustand ist einwandfrei vom Rechnungshof im Rahmen seiner Prüfungstätigkeit festgestellt worden.

Ich frage Sie daher, ob Sie bereit sind, der Kritik des Rechnungshofes Rechnung zu tragen, die Ensemblevertretung des Burgtheaters wegen Gesetzeswidrigkeit und weil sie nicht im Einklang

Peter

mit den rechtsstaatlichen Prinzipien der Republik steht aufzulösen.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Sinowatz:** Herr Abgeordneter Peter! Hier stehen verschiedene Auffassungen gegeneinander. Untersuchungen, die wir angestellt haben, sprechen dafür, daß die Einrichtung der Ensemblevertretung mit den bestehenden Gesetzen in Einklang zu bringen ist. Schon allein aus der Zielsetzung heraus: Die Ensemblevertretung vertritt ja nicht ein einzelnes Mitglied des Burgtheaters, sondern hat Aufgaben, die etwa die Spielplangestaltung vom künstlerischen Standpunkt her betreffen oder die Besetzung von Stücken im Hinblick auf die künstlerische Frage, die damit im Zusammenhang steht, keineswegs aber die gewerkschaftliche oder persönliche Vertretung des einzelnen Mitgliedes.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter **Peter:** Herr Bundesminister! Es dürfte Ihnen sicher ebenso bekannt sein wie mir, daß die Tätigkeit der Ensemblevertretung des Burgtheaters eine schwere Konfliktsituation mit dem zuständigen Betriebsrat des Burgtheaters herbeigeführt hat. Die Konfliktsituation zwischen freigewähltem Betriebsrat im Sinne des Arbeitsverfassungsgesetzes und dekretmäßig installierter Ensemblevertretung gleicht nunmehr dem Zustand einer gelben Gewerkschaft. Die Ensemblevertretung trägt alle Merkmale einer gelben Gewerkschaft, nicht zuletzt auch deswegen, weil Mitglieder der Ensemblevertretung vom Dienstgeber finanziell unterstützt werden. Ich möchte die Beträge und die Namen nicht nennen, die hier involviert sind. Jedenfalls ist es eine Tatsache, daß der Bundestheaterverband als Dienstgeber Mitglieder der Ensemblevertretung bezahlt.

Weil es hier den Konfliktstoff zwischen Betriebsrat und Ensemblevertretung gibt, hat ja letzten Endes auch der 9. ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Kunst und freie Berufe folgenden Beschluß gefaßt: Er hat die sofortige Auflösung der ohne gesetzliche Grundlage errichteten und als eine Art gelbe Institution zu wertenden Ensemblevertretung des Burgtheaters gefordert.

Sind Sie jetzt als Minister, den die Sozialistische Partei stellt, wenigstens bereit, diesem Umstand Rechnung zu tragen und die Ensemblevertretung des Burgtheaters aufzulösen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Sinowatz:** Herr Abgeord-

nete Peter! Ich bin einigermaßen überrascht gewesen, daß es zu diesem Beschluß am Gewerkschaftstag gekommen ist, und zwar deswegen, weil ja die Ensemblevertretung, wenn Sie sich erinnern, in dem Entwurf für ein Bundestheatergesetz eingebaut gewesen ist und in der Begutachtung die Gewerkschaft Kunst, Medien, freie Berufe keinen Einwand erhoben hat, obwohl damals schon das Arbeitsverfassungsgesetz in Kraft getreten gewesen ist. Ich kann mich also dieser Meinung nicht anschließen, daß es sich hier um eine Art gelbe Gewerkschaft handelt.

Und noch einmal: Solange die Ensemblevertretung in ihrem Wirkungskreis nicht mit bestehenden Gesetzen kollidiert – ich bin gern bereit, das noch einmal ganz genau untersuchen zu lassen – und solange die Mitglieder des Burgtheaters eine Ensemblevertretung wünschen, so lange, glaube ich, sollte man daran nichts ändern. Auch ist die Ensemblevertretung bitte nicht installiert, sondern sie wird gewählt, und bei allen bisherigen Wahlen haben sich etwa 80 Prozent der Ensemblemitglieder an der Wahl beteiligt.

Was nun die Entschädigung für die Arbeit der Ensemblevertretung betrifft, so handelt es sich um eine Entschädigung für die auflaufenden Kosten und nicht etwa um eine Entschädigung an eine Person.

Präsident: Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Moser.

Abgeordneter Dr. **Eduard Moser (ÖVP):** Herr Bundesminister! Ihre Antwort steht im Widerspruch zu einem Schreiben des Unterrichtsministeriums vom März dieses Jahres, in dem mitgeteilt wird, daß die Ensemblevertretung im kommenden Bundestheatergesetz ihre gesetzliche Grundlage finden wird. Sie selbst geben damit zu, daß sie derzeit keine gesetzliche Grundlage hat. Im künstlerischen Personal des Burgtheaters wird davon gesprochen, daß es sich hier weniger um sachliche Gründe als um den Vertrauensposten des Ministeriums handelt, der immerhin mit erheblichen Mitteln dotiert ist.

Ich darf Sie daher nochmals fragen, Herr Bundesminister – in Wiederholung der Ausführungen des Herrn Abgeordneten Peter –: Sind Sie bereit, der Aufforderung des Rechnungshofes nachzukommen, den Ministererlaß aus dem Jahre 1971 als nicht mehr rechtsgültig aufzuheben und die Zahlung aus Bundesmitteln an die Ensemblevertretung einzustellen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

10306

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Bundesminister Dr. **Sinowatz**: Herr Abgeordneter Moser! Ich habe nie behauptet, daß die Ensemblevertretung auf Grund eines Gesetzes geschaffen wurde. Ich habe nur gesagt, daß, solange die Tätigkeit der Ensemblevertretung nicht mit bestehenden Gesetzen kollidiert, daran nichts geändert werden soll, insbesondere dann, wenn die Mehrzahl der Ensemblemitglieder diese Einrichtung wünscht. Das scheint der Fall zu sein - noch einmal -, weil sich die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder des Ensembles an den Wahlen beteiligt hat.

Ich weiß nicht, woher Sie die Ansicht nehmen, daß es sich beim Vertrauensmann der Ensemblevertretung um einen Vertrauensmann des Ministeriums handelt. Ich kann nur sagen, daß ich den jetzigen Vertrauensmann der Ensemblevertretung, seit er tätig ist, noch nicht empfangen habe. Das ist absolut falsch, und das muß ich mit allem Nachdruck zurückweisen. Ein Kenner der Situation am Burgtheater wird Ihnen ohne weiteres erläutern und erklären, daß das nicht der Fall ist.

Noch einmal: Sollte das mit den Gesetzen kollidieren, dann geschieht das selbstverständlich. Aber die jetzige Arbeit und Tätigkeit der Ensemblevertretung entspricht dem Wunsch der Ensemblemitglieder, beschränkt sich auch ganz klar und eindeutig auf den künstlerischen Bereich und bezieht nicht die persönliche Vertretung eines Ensemblemitgliedes ein.

Es liegt seit einigen Tagen eine Dokumentation über die bisherige achtjährige Tätigkeit der Ensemblevertretung vor, ich werde mir erlauben, sie Ihnen zuzusenden, damit Sie einen Überblick über die Arbeit der Ensemblevertretung bekommen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Luptowits.

Abgeordneter **Luptowits** (SPÖ): Herr Bundesminister! Es ist sicherlich doch so, daß keiner der Beteiligten an einer Verschärfung oder Verschlechterung des Betriebsklimas interessiert sein kann. Könnten Sie sich vorstellen, um die Meinungsverschiedenheiten auszuräumen, die Betroffenen an einen runden Tisch zu bringen und mit ihnen ein Gespräch zu führen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Sinowatz**: Herr Abgeordneter! Selbstverständlich werde ich das tun. Ich habe ja auch in Einzelgesprächen bisher versucht, das Verständnis, das ja immer wieder bestanden hat, zu intensivieren. (*Zwischenruf des Abg. Graf.*)

Diese Frage des Herrn Abgeordneten Lupto-

wits ist durchaus berechtigt, er ist nämlich ein ganz genauer Kenner der Angelegenheiten des Burgtheaters.

Ich muß auch sagen, daß Jahre hindurch die Arbeit des Betriebsrates und der Ensemblevertretung nebeneinandergelaufen ist, ohne daß es dabei zu einer Schwierigkeit gekommen wäre. Ich bin auch guten Mutes, daß in Zukunft ein Modus vivendi gefunden werden kann.

Präsident: Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Josseck.

Abgeordneter Dipl.-Vw. **Josseck** (FPÖ): Herr Bundesminister! Ich glaube, die Frage des Kollegen Luptowits war insofern falsch, und Sie hätten sie gar nicht beantworten müssen, als es ja nicht um Meinungsverschiedenheit, sondern um Gesetzwidrigkeit geht. Und das ist ein sehr wesentlicher Unterschied.

Ich darf Sie aber fragen, Herr Bundesminister, wie Sie die Überlegungen der Gewerkschaft beurteilen, die ja nicht nur im stillen Kämmerlein über dieses Problem gesprochen hat, sondern auch in die Presse gegangen ist. Die Gewerkschaft gibt sich tiefer Besorgnis hin wegen der Entwicklung der Ensemblevertretung, weil diese Ensemblevertretung ihre Aufgabe, die künstlerischen Interessen der Ensemblemitglieder zu vertreten, nicht im geringsten erfüllt.

Sind Sie auch der Meinung, daß die Ensemblevertretung erfolglos ist, wie das berechtigterweise die Gewerkschaft sagt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Sinowatz**: Herr Abgeordneter Josseck! Mit der gebotenen Geduld darf ich noch einmal wiederholen (*Heiterkeit*), daß ich nicht der Auffassung bin, daß es sich um eine Gesetzwidrigkeit handelt, sondern meine, daß die bestehende Ensemblevertretung mit den bestehenden Gesetzen nicht kollidiert.

Zum zweiten: Ich kann mich dieser Ansicht des Betriebsrates nicht anschließen. Ich glaube nach meinen Erfahrungen nicht, und ich befasse mich mit diesen Fragen doch sehr intensiv, daß die Tätigkeit des Betriebsrates und die Aufgabengebiete der Ensemblevertretung miteinander nicht in Einklang zu bringen sind. Der Betriebsrat hat eine ganz, ganz andere Aufgabe als die Ensemblevertretung. Und noch einmal: Ohne die Fülle der Aktivitäten der Ensemblevertretung aufzuzeigen, kann gesagt werden, daß diese sich ausschließlich auf die künstlerische Gesamtsituation und Entwicklung des Ensembles bezieht. Ich weiß, was Sie an sich wollen: Sie wollen mich als Minister einer

Bundesminister Dr. Sinowatz

sozialistisch geführten Regierung in Gegensatz zur Gewerkschaft bringen. (*Abg. Peter: Jawohl! - Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Non!*) Ich weiß, was Sie wollen. Ich möchte nur sagen, daß ich auch dann meine Auffassung beibehalten werde, wenn ich recht habe, wenn es sich um eine Forderung der Gewerkschaft Kunst, Medien und freie Berufe handelt. Das ist meine Pflicht als Minister.

Präsident: Anfrage 4: Herr Abgeordneter Dr. Gruber (*ÖVP*) an den Herrn Minister.

626/M

Sind Sie bereit, die Schlechterstellung der Lehrer hinsichtlich der finanziellen Abgeltung in Tagesheimschulen gegenüber Ganztagschulen zu beseitigen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Sinowatz: Herr Abgeordneter Gruber! Von einer Schlechterstellung der Lehrer an den Tagesheimschulen bei der Erprobung dieses Modells im Vergleich zu den Ganztagschulen kann deswegen nicht gesprochen werden, weil es sich ja um Unterschiede bei den Erprobungsmodellen handelt; darauf ist auch die unterschiedliche Abgeltung zurückzuführen.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Gruber: Herr Minister! Ich kann mich Ihrer Auffassung nicht anschließen, daß es nicht zu einer unterschiedlichen Behandlung der verschiedenen Lehrergruppen gekommen wäre, ob sie nun in der Ganztagschule oder in der Tagesheimschule den Unterricht erteilen.

Tatsächlich existiert ja ein Erlaß des Unterrichtsministeriums, in welcher Weise die Unterrichtsleistung der Lehrer an den Ganztagschulen zu honorieren ist, und hier gibt es gewisse zusätzliche Leistungen - ich glaube, ich brauche Ihnen Ihren eigenen Erlaß in dieser Hinsicht ja nicht vorzulesen -, während es bei den Lehrern an Tagesheimschulen schlicht und einfach dann heißt, daß für die Unterrichtserteilung die Bestimmung gilt, die auch sonst für die Unterrichtserteilung gilt.

Das heißt: Es erhalten Lehrer an Ganztagschulen für die Unterrichtserteilung in Mathematik, in Deutsch, in einer Fremdsprache Zusatzleistungen, die den Lehrern an den Tagesheimschulen nicht gewährt werden. Und nun sagen Sie mir, ob das nicht doch eine unterschiedliche Behandlung ist, ob nicht eine Schlechterstellung der Lehrer an den Tagesheimschulen gegeben ist.

Es ist also die verbal so oft bekundete Chancengleichheit für beide Modelle nicht da, und ich frage Sie, ob Sie diese Ungleichheit beseitigen wollen.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Sinowatz: Herr Abgeordneter Gruber! Noch einmal: Die verschiedenartige Abgeltung ist sehr wohl auf die Ungleichheit der beiden Modelle zurückzuführen. Das heißt aber nicht, daß damit eine Wertigkeit der beiden Erprobungen verbunden wäre. Die Abgeltung erfolgt, bitte, auf Grund einer Verordnung aus dem Jahre 1976, und diese Verordnung wurde natürlich mit den Lehrerergewerkschaften abgesprochen.

Es ist so, daß die außerschulische Lernarbeit in die Ganztagschule integriert ist. Es gibt hier ergänzende Lernstunden und daher eine stärkere Belastung der am Schulversuch beteiligten Lehrer, während die Abgeltung im Freizeit- und im Betreuungsteil bei beiden Schulen gleich ist. Dadurch ergibt sich der Unterschied.

Nun höre ich, daß ein neues Modell des Versuches für die Tagesheimschule in Ausarbeitung begriffen ist, und ich schließe nicht aus - ich kenne das Modell noch nicht -, daß sich daraus auch besoldungsrechtliche Rückwirkungen ergeben.

Präsident: Weitere Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Gruber: Herr Bundesminister! Nach den Unterlagen, die mir zur Verfügung stehen, existiert zum Beispiel ein Schulversuch Ganztagschule an der Hauptschule Prutz. Es existiert ein Schulversuch Tagesheimschule an der Hauptschule Pfunds. Diese zwei Orte in Tirol sind nicht sehr weit voneinander entfernt. Der Lehrer an der Hauptschule in Prutz bekommt für die Unterrichtserteilung in Mathematik, Deutsch, Englisch eine Zusatzleistung. Der Lehrer an der Hauptschule in Pfunds, der ja derselbe ist, der am Nachmittag den Schulversuch Tagesheimschule betreut, kriegt nicht dasselbe. Und das ist doch das Problem, daß mit dieser unterschiedlichen Behandlung gewissermaßen eine Präferenz für die Ganztagschule auch in der öffentlichen Wertung und auch in der Wertung der Lehrer verbunden ist.

Herr Minister! Sie haben nun angedeutet, daß Sie bereit wären, unter Umständen bei einer neuen Modellbeschreibung des Modells Tagesheimschule diese Schlechterstellung aufzuheben. Darf ich Sie ganz konkret fragen, ob Sie hier diesbezüglich eine Zusage auf Gleichstellung geben können?

10308

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Sinowatz:** Herr Abgeordneter Gruber! Noch einmal: Was Sie jetzt von den beiden Hauptschulen gesagt haben, deckt sich ganz mit dem, was ich vorhin sagte, daß nämlich im Modell Ganztagschule die außerschulische Lernarbeit in den Unterricht integriert ist und eine zusätzliche Belastung der Lehrer eintritt. Im anderen Fall ist das nicht so. Es wird in der Diskussion über die beiden Modelle ja auch immer wieder betont, daß es sich bei der Tagesheimschule um den normalen Unterricht und am Nachmittag um eine Betreuung in der Schule handelt. Das ist der Unterschied. Daraufhin wird ja sehr viel ideologischer Ballast in die Diskussion hineingebracht.

Ich erkläre Ihnen ganz dasselbe, was ich immer hier gesagt habe: daß für uns die Ausgangssituation zur Erprobung der Tagesheimschule und der Ganztagschule völlig gleich ist. Die unterschiedliche Abgeltung geht darauf zurück, daß verschiedenartige Belastungen der Lehrer damit verbunden sind, und diese sind offensichtlich bei den Beratungen und Verhandlungen über die Verordnung auch von den Gewerkschaften anerkannt worden. Dadurch ist das zustande gekommen.

Sollte das neue Modell auch eine stärkere Belastung der Lehrer mit sich bringen, dann ist es eine Selbstverständlichkeit, daß damit auch eine andere Abgeltung für die Lehrer verbunden sein wird.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Peter.

Abgeordneter **Peter** (FPÖ): Herr Bundesminister! Die Diskussion der vom Kollegen Gruber angeschnittenen Problematik führt eindeutig vor Augen, daß im Rahmen der Schulversuche und darüber hinaus nun die Probleme besoldungsrechtlich auszufern beginnen. Sie werden ja zum Beispiel auch dadurch erweitert, daß in Oberösterreich außerhalb der Schulzeiten die Lehrer Aufsichten übernehmen, die dann von den Gemeinden beziehungsweise vom Land abgegolten werden. Sind die Dinge mit dem jetzigen Besoldungsrecht noch im Griff zu behalten, oder sind Sie der Meinung, daß hier besoldungsrechtliche Abänderungen notwendig sind?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Sinowatz:** Herr Abgeordneter Peter! Ich darf feststellen, daß hier nichts ausufert und daß hier absolute Klarheit vorherrscht. Mit der Verordnung, die 1976 fertigge-

stellt wurde, werden die Lehrer, die an Schulversuchen beteiligt sind, je nach der Intensität besonders besoldet. Sie erhalten eine Abgeltung. Da gibt es an sich keine Schwierigkeiten, da gibt es auch keine besondere Diskussion darüber. Sollte das der Fall sein, so ist es immer wieder möglich, das zu überprüfen und eine Veränderung herbeizuführen. Es gibt aber bitte im ganzen gesehen keine Schwierigkeiten.

Was nun die Kosten der Schulversuche an sich betrifft, so habe ich schon einmal festgestellt, daß sie gewissermaßen ein Prozent der Lehrpersonalkosten überhaupt ausmachen. Wenn ich mir dann die Effizienz der Schulversuche ansehe, dann muß ich sagen, daß das zweifellos die Sache wert ist.

Präsident: Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Remplbauer.

Abgeordneter **Remplbauer** (SPÖ): Herr Bundesminister! Ich möchte in diesem Zusammenhang auf eine Darstellung hinweisen, die es im „Pflichtschullehrer“ gibt – es ist das Heft 10 aus 1977 –, aus der ganz eindeutig – auch aus gewerkschaftlicher Sicht und von der Personalvertretung der Lehrerschaft her gesehen – hervorgeht, daß es keineswegs eine Schlechterstellung der Lehrer an Tagesheimschulen gegenüber denen an Ganztagschulen gibt.

Es ist lediglich – worauf schon der Herr Abgeordnete Gruber hingewiesen hat – eine wesentliche Differenzierung der Wertigkeit in den Hauptgegenständen. Aber sonst ist es relativ gleich.

Ich möchte in diesem Zusammenhang fragen, Herr Bundesminister: Wie groß ist der Kreis der Lehrer an Ganztagschulen und Tagesheimschulen, der davon betroffen ist?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Sinowatz:** Herr Abgeordneter! Ich kann nicht die Zahl nennen, aber insgesamt dürfte es sich um eine gleichartige Zahl von Lehrern in Österreich handeln.

Ich möchte nur eines dazu betonen.– noch einmal –, daß für uns die Wertigkeit der Modelle Tagesheimschule und Ganztagschule gleich ist, daß die Ausgangspositionen dieselben sind und daß für uns die Erprobung beider Modelle völlig objektiv vor sich geht. Es gibt hier keine Präferenz des Ministeriums.

Ich möchte noch einmal mit allem Nachdruck sagen, daß ich es für völlig falsch halte, bei der Erprobung dieser beiden Modelle einen ideologischen Ballast mit einzubringen; insbesondere

Bundesminister Dr. Sinowatz

deswegen, weil ich sagen kann, daß bei der Erprobung beider Modelle Anzeichen dafür bestehen, daß Modifikationen vorgenommen werden und sowohl bei der Tagesheimschule wie auch bei der Ganztagschule eher in eine Richtung, sagen wir, die positiven Elemente des einen Versuches und die positiven des anderen in irgendeiner Form bei der endgültigen Ausformung eines Modells Berücksichtigung finden können.

Präsident: Anfrage des Herrn Abgeordneten Amtmann.

Abgeordneter Ing. **Amtmann** (ÖVP): Herr Bundesminister! Da Sie es nun mehrere Male gesagt haben, möchte ich Ihnen gerne glauben, daß Sie keine Präferenz anstellen zwischen diesen beiden Modellen. Wenn man jedoch die Erlässe, die dazu ergangen sind, ansieht, dann stellt man sehr wohl fest, daß sehr große Differenzierungen vorgesehen sind. Dann ist vielleicht der Ausspruch „ideologischer Ballast“, den Sie früher getan haben, förmlich sichtbar.

Herr Minister! Gut, Ihre Begründungen, die Sie angeführt haben, mögen zu einem gewissen Teil stimmen. Aber ich glaube, zu sagen, daß die Belastung der Lehrer beim Unterrichten in diesen beiden Schulmodellen unterschiedlich ist, hieße, nicht allzu genau zu wissen, wie es beim Unterrichten zugeht.

Gleichwohl, Herr Minister, ob Sie jetzt vor der Klasse als Ganzem, also generell, unterrichten, oder ob Sie eine Fördergruppe unterrichten – es bleibt immer das gleiche und es ist immer die gleiche Belastung.

Eine Unterscheidung kann es zwischen der Tätigkeit, die dort erfolgt, glaube ich, nur hinsichtlich des Unterrichtens – gleich, in welcher Form immer und vor wem – und zum anderen in der Beaufsichtigung geben. Hier mag eine finanzielle Differenzierung der Lehrer sein.

Nun, Herr Minister, stelle ich an Sie die Frage: Sind Sie nicht der Auffassung, daß mit dieser Ausgangsposition von Haus aus eine Modellüberprüfung oder -erprobung erfolgt, die nicht jene Voraussetzungen hat, daß beide gleich bewertet, gleich erprobt werden? Halten Sie es nicht für zweckmäßiger, bei der Durchführung dieser beiden Versuche doch eine Gleichstellung in allen Bereichen einzuführen?

Präsident: Jetzt waren es wieder zwei Fragen. Bitte immer nur eine Zusatzfrage! – Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dr. Sinowatz: Herr Abgeordneter Amtmann! Sie können sich ja vorstellen,

daß die Höhe der Abgeltung nicht von mir erfunden wurde, sondern daß sie darauf zurückzuführen ist, daß die damit befaßten Stellen der Schulverwaltung, der Schulaufsicht und der Erarbeiter dieser Modelle zur Auffassung gelangt sind, daß bei dem einen Modell – Ganztagschule – eine stärkere Belastung der Lehrer eintritt; im Gegensatz zur Tagesheimschule, bei der der normale Unterricht am Vormittag erfolgt und nachher die Betreuung innerhalb der Freizeit stattfindet. Das ist der Grund.

Noch einmal: Sie können versichert sein, daß für uns beide Modelle gleichwertig sind und daß wir völlig objektiv die Entwicklung der beiden Schulversuche beurteilen. Das ist für uns eine Selbstverständlichkeit, ich darf das noch einmal mit allem Nachdruck betonen.

Präsident: Anfrage 5: Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Riegler (ÖVP) an den Herrn Bundesminister.

627/M

Was werden Sie unternehmen, um im Anschluß an die Bemühungen der Schulmilch-Enquete für eine möglichst lückenlose Bereitstellung von Schulmilch an Österreichs Schulen zu sorgen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Sinowatz: Herr Abgeordneter Riegler! Ich möchte Ihnen versichern, daß das Unterrichtsministerium alles tun wird, was in seiner Kompetenz liegt, um die Schulmilchaktion möglichst störungsfrei in die Wege zu leiten.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Riegler:** Herr Bundesminister! Trotz Ihrer wohlwollenden Äußerung und trotz vieler wohlwollender Äußerungen im Rahmen der Schulmilch-Enquete ist die tatsächliche Situation ziemlich traurig. In einigen Fakten dargestellt: Obwohl 70 Prozent der Eltern die Einbeziehung in die Schulmilchaktion haben wollen, werden nur 25 Prozent der Kinder betreut. Noch dazu ist der Absatz innerhalb von zwei Jahren um 700 Tonnen rückgängig.

Daher meine Frage: Wieweit sehen Sie eine Möglichkeit als oberste Behörde für die Schulverwaltung, die organisatorischen Probleme, die die größten Schwierigkeiten machen, abzubauen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Sinowatz: Herr Abgeordneter! Schon vor der Schulmilch-Enquete habe

10310

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Bundesminister Dr. Sinowatz

ich mit einem Erlaß sämtliche Schulerhalter gebeten, alles zu tun, um die Bedeutung der Schulmilch in der Schule den Eltern und den Schülern klarzulegen, und gleichzeitig alles zu unternehmen, um auftretende organisatorische Schwierigkeiten zu beheben.

Ich kann Ihnen versichern, daß das Unterrichtsministerium alles tun will, um zu einer möglichst lückenlosen Versorgung zu kommen. Allein es ist an sich nicht unsere Aufgabe, diese Aktion selbst durchzuführen, es handelt sich dabei um keine Verpflichtung des Schulerhalters, wie ich schon gesagt habe, und die Verteilung der Schulmilch gehört auch nicht zu den Dienstobliegenheiten der Schulwarte.

Da liegt auch die Schwierigkeit. Es finden ja, nehme ich an, Verhandlungen zwischen der Vertretung der Schulwarte und dem Milchwirtschaftsfonds über die Abgeltung statt, eine Angelegenheit, die nicht unmittelbar in meine Ingerenz fällt. Ich kann dazu nur meine Hilfe anbieten, daß es möglichst zu einer einvernehmlichen Lösung kommt.

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Riegler:** Sicher ist jedenfalls, daß das Interesse der Eltern besteht und daß die organisatorischen Probleme im Wege stehen.

Darf ich noch eine Zusatzfrage an Sie richten. Es ist bekannt, daß mit dem Abbau der Lebensmittelpreisstützungen auch eine Verteuerung der Milchprodukte eintreten wird. Ist Ihnen als Mitglied des Kabinetts bekannt, ob diese Verteuerung auf die Eltern als Belastung abgewälzt werden wird oder ob es eine vorgesehene Abgeltung dafür geben wird?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Sinowatz:** Herr Abgeordneter! Zweifellos steht diese Frage wieder nicht im Zusammenhang mit der organisatorischen Durchführung der Schulmilchaktion in den Schulen.

Die Frage ist ja, wie ich weiß, wiederholt behandelt worden. Ich kann Ihnen nur eines sagen: Bitte sich nicht zu täuschen. Das, was bei der Schulmilch-Enquete vereinbart wurde, nämlich die Eltern wieder in geeigneter Form auf diese Aktion aufmerksam zu machen, halte ich schon für sehr bedeutsam. Das sollen wir nicht nur zur Seite schieben mit der Auffassung, die Eltern sind ohnehin dafür. Nein, wir sollen alles tun, daß auch von dort her ganz klar und eindeutig der Wunsch kommt. Ich werde mich sehr bemühen, mit den Schulerhaltern gemeinsam, auch mit der Vertretung der Schulwarte zu

erreichen, daß eine möglichst lückenlose Versorgung der Schulen sichergestellt wird.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Meißl.

Abgeordneter **Meißl** (FPÖ): Herr Bundesminister! Sie haben Ihre grundsätzliche Bereitschaft erklärt, sich dafür zu verwenden. Kann man von Ihnen erfahren, ob Sie in absehbarer Zeit hier tätig werden, das heißt, daß Sie Erhebungen anstellen, welche Schwierigkeiten hier entgegenstehen, sodaß zumindest in absehbarer Zeit – ich nehme an, noch im heurigen Jahr – eine Regelung für eine Verbesserung in dieser Richtung herbeigeführt werden kann?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Sinowatz:** Herr Abgeordneter! Es wurde bei der Schulmilch-Enquete besprochen, daß ein gemeinsamer Schritt für die Werbung zu dieser Aktion erfolgen soll. Milchwirtschaftsfonds, Mithilfe der Schule ist das eine, das stattfinden soll. Zu diesen Gesprächen wird es demnächst kommen, und ich werde mich bemühen, in Verhandlungen mit der gewerkschaftlichen Vertretung der Schulwarte zu erreichen, daß auch von dort eine möglichst große Bereitschaft besteht, diese Aktion durchzuführen.

Präsident: Eine weitere Frage: Frau Abgeordnete Murowatz.

Abgeordnete Lona **Murowatz** (SPÖ): Herr Bundesminister! Es ist unbestritten, daß die Milch einen sehr hohen Nährwert besitzt und daß es daher wünschenswert ist, daß mehr Milch getrunken wird, vor allem von den Jugendlichen und den Kindern. Dies auch in Anbetracht der Tatsache, daß der Alkoholkonsum in Österreich steigt und nicht zuletzt auch die Jugendlichen dem Alkohol zusprechen.

Ich möchte Sie daher fragen: Herr Bundesminister! Was tut eigentlich der Milchwirtschaftsfonds beziehungsweise was tun die Molkereigenossenschaften, um die Schulmilchaktion zu unterstützen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Sinowatz:** Der Milchwirtschaftsfonds hat mit der Schulmilch-Enquete zum Ausdruck gebracht, daß es einerseits Schwierigkeiten gibt und andererseits die Notwendigkeit besteht, stärker als bisher die Eltern auf diese Aktion aufmerksam zu machen.

Ich glaube, daß das allein gar nicht genügen kann, sondern daß auch andere Maßnahmen des

Bundesminister Dr. Sinowatz

Milchwirtschaftsfonds gefunden werden sollten, insgesamt, nicht nur über die Schule, auf diese Aktion aufmerksam zu machen.

Ich habe vorhin mitgeteilt: Wir werden all das unterstützen und uns auch um die organisatorische Durchführung bemühen.

Ich glaube aber, daß es doch in erster Linie Sache des Milchwirtschaftsfonds ist, allgemein die Bevölkerung zu informieren.

Präsident: Weitere Frage: Frau Abgeordnete Moser.

Abgeordnete **Wilhelmine Moser (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Minister! Ich glaube, über den gesundheitlichen Wert einer Milchaktion sind sich sicher alle Fraktionen bzw. alle Abgeordneten einig.

Wenn Sie sagen, daß Sie an sich keine Verpflichtung haben, sich in dieser Angelegenheit zu bemühen, dann möchte ich feststellen: Eine moralische Verpflichtung ist sicher da, weil ja zum Beispiel die Schulmedizin in das Ressort des Unterrichtsministers fällt.

Nachdem wir, wie ich glaube, festgestellt haben, daß es hauptsächlich an der Verteilung der Schulmilch liegt, daß eine so geringe Versorgung stattfindet, möchte ich fragen:

Herr Minister! Wären Sie bereit, eine Aktion zu unterstützen, die vorsieht, daß sich zum Beispiel die Mütter in die Verteilung der Schulmilch einschalten? Und sind Sie bereit, dafür einzutreten, daß auch den Müttern, falls sie eine Aktion in dieser Richtung starten, eine Entschädigung für die Verteilung der Schulmilch ausbezahlt wird? (*Abg. Peter: Der Zittmayr soll mehr tun! - Heiterkeit.*)

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Sinowatz: Frau Abgeordnete! Ich habe vorhin schon die Bereitschaft des Unterrichtsministeriums betont, diese Aktion in jeder Weise zu unterstützen. Das ist ja auch schon bisher geschehen, und erst der letzte Erlaß vom Beginn des Jahres 1978 zeigt das sehr deutlich.

Ich meinte nur: Es gibt keine gesetzliche Verpflichtung für den Schulerhalter, diese Aktion durchzuführen.

Bei der jetzigen Organisation dieser Aktion ist es so, daß die Schulwarte in einer Art Nebenbeschäftigung, die von uns anerkannt wird, die Verteilung vornehmen und daß daher die Partner hinsichtlich der Abgeltung dieser Aktion die Schulwartengewerkschaft einerseits und der Milchwirtschaftsfonds auf der anderen

Seite sind. Sie müssen verhandeln, und ich bin gerne bereit, soweit ich das kann, dabei vermittelnd einzugreifen und zu helfen, daß die Aktion durchgeführt werden kann.

Was nun die Frage der Mitarbeit von Eltern betrifft, so wird sich eine der nächsten Sitzungen des Elternbeirates damit befassen. Es ist vorgesehen, daß wir das auf die Tagesordnung setzen, damit sich die Funktionäre der Elternverbände mit dieser Frage auseinandersetzen.

Ich glaube aber, trotz alledem muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß auch die Eltern bereit sein müssen, auf die Schule stark einzuwirken, um auch die nötige Kraft hinter diese Aktion zu setzen. Dabei muß zweifellos der Milchwirtschaftsfonds mit seinen Mitteln mitwirken.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 6: Herr Abgeordneter Dr. Eduard Moser (ÖVP) an den Herrn Minister.

628/M

Welche Absichten bestehen seitens des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst, wortidenter Lehrpläne für die Hauptschulen und für die AHS-Unterstufe einzuführen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Sinowatz: Herr Abgeordneter Dr. Moser! Zurzeit sind wortidenter Lehrpläne für die Unterstufe der AHS und für die Hauptschule, erster Klassenzug, in Begutachtung. Derzeit ist nicht daran gedacht, weitere wortidenter Lehrpläne vorzulegen.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Eduard Moser: Herr Bundesminister! Die Professorenunion hat in einer Aussendung die Befürchtung zum Ausdruck gebracht, daß Ihr Bestreben zur Vereinheitlichung der einzelnen Lehrpläne dahin geht, die Gesamtschule der Zehn- bis Vierzehnjährigen vorzubereiten.

Herr Bundesminister! Sie wissen genau, daß Sie dazu eine Zustimmung des Parlaments brauchen, und zwar mit einer qualifizierten Zweidrittelmehrheit dieses Hauses. Wenn Sie das auf dem Erlaßweg herbeizuführen versuchen, dann kommen Sie in die Nähe des Vorwurfs, die Gesetze zu verletzen.

Ich darf Sie, Herr Bundesminister, daher konkret fragen: Sind Sie als Bundesminister bereit, das österreichische Gymnasium in seiner Langform als Grundpfeiler akademischer Bildung anzuerkennen, nach besten Kräften zu fördern, oder streben Sie den Ersatz der

10312

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Dr. Eduard Moser

Unterstufe durch eine Gesamtschule der Zehn- bis Vierzehnjährigen an?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Sinowatz:** Herr Abgeordneter Moser! Wortidentische Lehrpläne an den Hauptschulen hat es schon 1928 gegeben, nach dem Hauptschulgesetz 1927.

Im Schulorganisationsgesetz 1962 ist der Gedanke der „Übergänge und der Brücken“ fixiert worden, auch in der Form, daß – sinngemäß – festgestellt wurde, daß ungleiche Lehrpläne den Übergang von der Hauptschule in die Unterstufe der AHS nicht erschweren dürfen. Das ist der Geist des Schulorganisationsgesetzes 1962, das in diesem Parlament, in diesem Nationalrat beschlossen wurde. Darauf ist es zurückzuführen, daß an sich wortidentische Lehrpläne für Mathematik, ich glaube, 1974, ausgearbeitet wurden und für Deutsch in gewissen Bereichen 1972. Das ist diese Sache, die zur Diskussion steht.

Jede Veränderung der Schulorganisation in Österreich erfordert eine Zweidrittelmehrheit im Nationalrat; ich habe das immer wieder festgestellt, und es kann daher keine dramatische Veränderung geben.

Präsident: Weitere Frage, bitte.

Abgeordneter Dr. Eduard **Moser:** Herr Bundesminister, ich finde nichts Dramatisches dran, wenn ich hier eine konkrete Frage an Sie richte. Ich darf die Frage noch einmal wiederholen, die Sie nicht beantwortet haben: Sind Sie bereit, das österreichische Gymnasium in seiner Langform nach besten Kräften zu unterstützen als einen österreichischen Weg zur Matura, oder nicht? Diese Frage haben Sie nicht beantwortet.

Ich darf als dritte Frage dazusetzen, Herr Bundesminister: Wenn Sie schon von den einheitlichen Lehrplänen reden – ich nehme den Lehrplan für Musikerziehung her –, so muß ich feststellen, daß Sie in diesen Lehrplanentwurf eine ganz unerhörte Stofffülle hineingegeben haben. Sie widersprechen damit dem wiederholten Appell der Eltern, den Stoff zu reduzieren. Sie haben es auch für drei völlig verschiedene Schultypen und verschiedene Stundenpläne gemacht. Ich darf Sie daher fragen, Herr Bundesminister: Welche pädagogischen Überlegungen haben Sie mit der Lehrerschaft abgesprochen, um solche einheitliche Lehrpläne einführen zu können?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Sinowatz:** Herr Abgeordneter Moser! Wenn Sie meine Bemühungen seit

1971 auf dem Gebiet des Schulbaues verfolgen, meine Bemühungen auf dem Gebiet der Ausstattung der allgemeinbildenden höheren Schulen, meine Bemühungen zur Verbesserung des Verwaltungsaufwandes im Bereich der allgemeinbildenden höheren Schulen, meine Bemühungen um eine bessere Versorgung mit Lehrern der allgemeinbildenden höheren Schulen, dann müssen Sie feststellen, daß ich alles getan habe für die Weiterentwicklung des allgemeinbildenden Schulwesens in Österreich. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Abgeordneter! Ich möchte aber nicht das, was ich immer sage, hintanstellen. Ich glaube, daß die gemeinsame Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen die Schule der Zukunft sein wird. Aber dieser Weg dahin kann nur das unermüdliche Bemühen um einen Konsens sein, um einen politischen Konsens, um den sich zu bemühen keine Schande ist. Ich glaube daher, daß wir die Bemühungen, die jetzt schon vor sich gehen, nicht damit stören sollten, daß man Absichtserklärungen abgibt, die sicherlich nicht in Einklang zu bringen sind mit der Bereitschaft, eine sinnvolle Weiterentwicklung des österreichischen Schulwesens ins Auge zu fassen. Ich glaube, das ist sehr wesentlich.

Was nun die Ausarbeitung der Lehrpläne betrifft, so waren dabei Lehrerarbeitsgemeinschaften am Werk, die wie immer bei uns pluralistisch zusammengesetzt sind, und diese Arbeiten sind nun in Begutachtung gegeben worden. Das heißt, wir sammeln die Meinung der verschiedensten Stellen über diese Lehrpläne und wir werden sie dann bei der endgültigen Fassung der Lehrpläne berücksichtigen.

Präsident: Nächste Anfrage: Frau Abgeordnete Dobesberger.

Abgeordnete Edith **Dobesberger** (SPÖ): Herr Minister! Es ist jetzt immer die Rede davon gewesen, daß der Grundpfeiler, das Gymnasium, erhalten bleiben soll. Da, glaube ich, kann man aber wirklich nur dazu sagen, daß man mit verschlossenen Augen durch die Schulwelt in Österreich geht, wenn man nicht bemerkt, daß sich eben rund um diesen Grundpfeiler herum sehr viel getan hat. Die Schulversuche haben einfach ergeben, daß in den Hauptschulen fast ein Drittel der Schüler auch die Reife für diesen Grundpfeiler hätten. Daher möchte ich, Herr Minister, fragen: Wie haben sich in der letzten Zeit die wortidentischen Lehrpläne, die man ja am Papier schon seit langem hat, die Sie für Mathematik und Deutsch angeführt haben, bewährt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Sinowatz**: Es ist vielleicht für die Mitglieder des Hohen Hauses ganz interessant, daß heute bereits mehr als die Hälfte aller Maturanten über die Hauptschule und nicht über die Unterstufe der allgemeinbildenden höheren Schule zur Matura kommt. Es hat sich schon ein gewaltiger Wandel innerhalb des Schulwesens ergeben. Eine unwahrscheinliche Eigendynamik hat dazu wesentlich beigetragen, nicht zuletzt, um die starre Dreigliedrigkeit der Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen von einst aufzuweichen und die Richtung einer Integration zu geben. Ich kann dazu sagen, daß sich diese wortidenten Lehrpläne, soweit sie bereits in Kraft sind, durchaus bewährt haben und daß es dabei keine Schwierigkeiten gab.

Präsident: Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Gruber.

Abgeordneter Dr. **Gruber** (ÖVP): Herr Bundesminister! Zunächst möchte ich einmal sagen, daß es durchaus berechtigt ist, wenn Sie ein Mitglied dieses Hauses fragt, in welcher Weise Sie die derzeit geltende Schulorganisation zu unterstützen gedenken, denn Bestandteil des Schulorganisationsgesetzes ist zweifellos auch die Langform des Gymnasiums. Man kann diese Frage nicht dadurch umgehen, indem man sagt: Aber wir wollen etwas anderes. Der Minister, der für die Vollziehung verantwortlich ist, hat bestehende Gesetze zu vollziehen und sich nicht auf künftige Gesetze auszureden. Ich bin aber sehr befriedigt, daß Sie gesagt haben, weitere Vorbereitungen für zusätzliche wortidenten Lehrpläne werden derzeit nicht getätigt und es bestünde auch nicht die Absicht dazu, denn das würde zweifellos zu einer gewissen Beunruhigung beitragen.

Ich will aber damit noch einen anderen Gedanken verbinden, Herr Minister. Wir sind davon überzeugt, daß in nächster Zeit eine andere Struktur für unsere Hauptschule in Österreich eingeführt werden soll. Wenn man jetzt auf dem Lehrplansektor Maßnahmen setzt, die eine künftige Entwicklung vielleicht vorwegnehmen oder behindern, dann wäre das zweifellos nicht gut. Sind Sie also der Meinung, daß beim derzeitigen Stand der Schuldiskussion weitere Maßnahmen auf dem Lehrplansektor nicht günstig sind, um nicht gewisse Präjudizierungen vorzunehmen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Sinowatz**: Herr Abgeordneter Gruber! Es ist für mich eine Selbstverständlichkeit, auf Grund der bestehenden Gesetze, auch des Schulorganisationsgesetzes, vorzugehen. Was ich gemeint habe, ist, daß ich

mich gewissermaßen über die Verwaltung hinaus bemüht habe, für das allgemeinbildende höhere Schulwesen in Österreich beste Vorkehrungen zu treffen, und zwar was den Schulbau betrifft, was die Einrichtung des Schulwesens betrifft, was die Lehrerversorgung betrifft, eben alles, was zu einer Besserstellung dieses Schultyps notwendig ist. Das war meine Antwort. Es ist für mich eine Selbstverständlichkeit, daß ich auf dem Boden des Schulorganisationsgesetzes stehe. Ich glaube, das braucht in keiner Weise in Erinnerung gebracht zu werden.

Die Arbeiten an den Lehrplänen sind ja verlaufend, und wir haben nach langjähriger Vorarbeit im Bereich der Gegenstände Geometrisches Zeichnen, Musikerziehung, Bildnerische Erziehung, Werkerziehung und Leibesübungen wortidenten Lehrpläne ausgearbeitet. Sie sind jetzt in Begutachtung; die Begutachtungsfrist hat für einen Teil am 10. Oktober geendet, für den anderen Teil endet sie am 20. Oktober. Derzeit ist, wie ich schon sagte, nicht geplant, weitere wortidenten Lehrpläne vorzulegen, und zwar sicherlich auch deshalb, weil wir uns mit der Frage der Weiterentwicklung der Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen ja in sehr aktueller Weise befassen.

Präsident: Die Fragestunde ist beendet.

Zuweisungen

Präsident: Die eingelangten Anträge weise ich wie folgt zu:

Dem Finanz- und Budgetausschuß:

Antrag 112/A der Abgeordneten Dallinger und Genossen betreffend Einkommensteuergesetz-Novelle 1978;

Antrag 113/A der Abgeordneten Mühlbacher und Genossen betreffend Gewerbesteuer-Gesetz-Novelle 1978;

Antrag 114/A der Abgeordneten Maria Metzger und Genossen betreffend Änderung des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967;

Antrag 115/A der Abgeordneten Babanitz und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesmineralölsteuergesetz geändert wird;

Antrag 116/A der Abgeordneten Hirscher und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Fernmeldeinvestitionsgesetz geändert wird, und

Antrag 118/A der Abgeordneten Melter und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Kraftfahrzeugsteuergesetz 1952 geändert wird.

10314

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Präsident

Dem Verkehrsausschuß:

Antrag 117/A der Abgeordneten Dr. Gradenegger und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Postgesetz geändert wird.

Ferner nehme ich folgende Zuweisungen vor:

Dem Finanz- und Budgetausschuß:

Bundesgesetz, mit dem weitere Überschreitungen der Ansätze des Bundesfinanzgesetzes 1978 genehmigt werden (2. Budgetüberschreitungsgesetz 1978) (1012 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Bundesfinanzgesetz 1978 geändert wird (Bundesfinanzgesetznovelle 1978) (1013 der Beilagen).

Dem Justizausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Bewährungshilfegesetz geändert wird (1031 der Beilagen).

Behandlung der Tagesordnung

Präsident: Es ist mir der Vorschlag zugekommen, die Debatte über die Punkte 1 und 2 der heutigen Tagesordnung zusammenzufassen.

Es werden daher zuerst die Berichterstatter ihre Berichte geben; sodann wird die Debatte über beide Punkte unter einem durchgeführt.

Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich – wie immer in solchen Fällen – getrennt.

Wird gegen diese Vorgangsweise Einwand erhoben? – Das ist nicht der Fall. Wir gehen so vor.

1. Punkt: Bericht des Außenpolitischen Ausschusses betreffend den Außenpolitischen Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten (III-116 der Beilagen) über das Jahr 1977 (1037 der Beilagen)

2. Punkt: Bericht des Außenpolitischen Ausschusses betreffend den Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten (III-113 der Beilagen) über Verlauf und Ergebnisse des Belgrader KSZE-Folgetreffens (1038 der Beilagen)

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zu den Punkten 1 und 2, über die die Debatte unter einem durchgeführt wird.

Es sind dies die Berichte des Außenpolitischen Ausschusses

betreffend den Außenpolitischen Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten

(III-116 der Beilagen) über das Jahr 1977 (1037 der Beilagen) und

betreffend den Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten (III-113 der Beilagen) über Verlauf und Ergebnisse des Belgrader KSZE-Folgetreffens (1038 der Beilagen).

Berichterstatter zu Punkt 1 ist der Herr Abgeordnete Heinz. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter **Heinz:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bringe den Bericht des Außenpolitischen Ausschusses betreffend den Außenpolitischen Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten über das Jahr 1977 (III-116 der Beilagen).

Mit dem vorliegenden Außenpolitischen Bericht soll – wie im Vorjahrsbericht – eine Gesamtdarstellung der österreichischen Außenpolitik für das Jahr 1977 gegeben werden.

Der gegenständliche Bericht gliedert sich in die folgenden Abschnitte, die ihrerseits untergliedert sind:

I. Grundlagen und Voraussetzungen der österreichischen Außenpolitik.

II. Bilaterale Beziehungen.

III. Multilaterale Zusammenarbeit in Europa.

IV. Weltweite multilaterale Zusammenarbeit.

V. Auslandskulturpolitik.

VI. Amtssitzfragen.

VII. Humanitäre Aspekte der Außenpolitik.

VIII. Rechtsfragen.

IX. Organisation des Auswärtigen Dienstes.

Im Rahmen des Abschnittes I „Grundlagen und Voraussetzungen der österreichischen Außenpolitik“ werden auch die wichtigsten Entwicklungen der Weltpolitik im Jahre 1977 dargestellt.

Der Abschnitt II „Bilaterale Beziehungen“ ist den Beziehungen Österreichs zu den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates, den Nachbarstaaten sowie den übrigen Staaten der Welt gewidmet.

Fragen der KSZE, das Belgrader Folgetreffen 1977 sowie die Mitarbeit Österreichs in verschiedenen internationalen Organisationen gelangen im Abschnitt III „Multilaterale Zusammenarbeit in Europa“ zur Darstellung.

Die Vereinten Nationen, die Nord-Süd-Problematik, Fragen der Entwicklungshilfe, die Internationale Atomenergie-Organisation und

Heinz

Verkehrsfragen werden im Abschnitt IV „Weltweite multilaterale Zusammenarbeit“ eingehend behandelt.

Die im Abschnitt V dargestellte „Auslandskulturpolitik“ wird in den Unterabschnitten „Bilaterale Beziehungen“ und „Multilaterale Kultur- und Wissenschaftspolitik“ erläutert.

Abschnitt VI „Amtssitzfragen“ befaßt sich mit der IAKW und ferner mit dem Thema „Wien als Konferenzstadt“ und dem „Bundesgesetz über die Einräumung von Privilegien und Immunitäten an Internationale Organisationen“.

„Humanitäre Aspekte der Außenpolitik“ mit Berücksichtigung der „Flüchtlings- und Asylpolitik“, der „Humanitären Härtefälle“ und die „Multilaterale Zusammenarbeit in humanitären Fragen“ werden im Abschnitt VII dargestellt.

„Rechtsfragen“ werden im Abschnitt VIII behandelt, während die „Organisation des Auswärtigen Dienstes“ einschließlich der „Diplomatischen Akademie“ dem Abschnitt IX vorbehalten sind.

An den Bericht schließen sich die folgenden sieben Beilagen A bis G:

A. Erklärung der Mitglieder der Regierungen der EFTA-Staaten auf der Wiener Konferenz vom 13. Mai 1977.

B. Erklärung des Leiters der österreichischen Delegation bei der Generaldebatte der 63. Tagung des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen am 13. Juli 1977.

C. Erklärung des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Willibald Pahr vor der 32. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 5. Oktober 1977.

D. Vortrag des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Willibald Pahr vor der österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und Internationale Beziehungen am 6. Dezember 1977.

E. Erklärung des österreichischen Vertreters zur Frage der Sicherheit der internationalen Zivilluftfahrt im Rahmen der Generalversammlung der Vereinten Nationen.

F. Übersicht über das Abstimmungsverhalten der österreichischen Delegation in der Generalversammlung der Vereinten Nationen.

G. Vorschläge der österreichischen Delegation beim Belgrader Treffen 1977.

Der Außenpolitische Ausschuß hat den gegenständlichen Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten in seinen Sitzungen am 23. Juni und 13. Oktober 1978 in Verhandlung gezogen. Nach den Ausführungen des Berichterstatters sowie Wortmeldungen der

Abgeordneten Dr. Fiedler, Dr. Ermacora, Dr. Scrinzi, Czernetz (†), Dr. Karasek, Steinbauer, Fachleutner, Dr. Schranz, Dr. Ettmayer, Dr. Wiesinger, DDr. Hesele und des Obmannes Abgeordneten Luptowits sowie des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Pahr wurde einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Kenntnisnahme des gegenständlichen Berichtes zu empfehlen.

Der Außenpolitische Ausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Außenpolitischen Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten über das Jahr 1977 (III-116 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, ersuche ich, in die Debatte einzutreten.

Präsident: Ich ersuche die Frau Abgeordnete Albrecht um den Bericht zum Punkt 2.

Berichterstatterin Anneliese **Albrecht:** Ich bringe den Bericht des Außenpolitischen Ausschusses betreffend den Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten über Verlauf und Ergebnisse des Belgrader KSZE-Folgetreffens.

Der gegenständliche Bericht gliedert sich in die Abschnitte „Einleitung“, „Organisatorisches“, „Allgemeines“ sowie in Ausführungen über die vier Körbe. Als Annexe sind ihm das „Abschließende Dokument des Belgrader Treffens“, die „Österreichische Einleitungserklärung“ und die „Österreichische Schlußerklärung“ beigegeben.

Der Ausgangspunkt aller Arbeiten anlässlich des Belgrader Folgetreffens war die KSZE-Schlußakte von Helsinki.

Für den Verlauf und die Ergebnisse des Belgrader Treffens war in erster Linie die weltweite politische Konstellation maßgebend, die sich wesentlich anders als während der Sicherheitskonferenz in Genf und Helsinki darstellte.

Bemerkenswert erscheint die gute Zusammenarbeit innerhalb der neutralen und blockfreien Länder, die trotz der politisch und ideologisch unterschiedlichen Zusammensetzung dieser Ländergruppe jeweils eine rasche Einigung in diesem Kreise ermöglichte.

Der Außenpolitische Ausschuß hat den gegenständlichen Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten in seinen Sitzungen am 23. Juni und 13. Oktober 1978 in Verhandlung gezogen. Nach den Ausführungen des Berichterstatters sowie Wortmeldungen der Abgeordneten Dr. Fiedler, Dr. Ermacora, Dr.

10316

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Anneliese Albrecht

Scrinzi, Czernetz (†), Dr. Karasek, Steinbauer, Fachleutner, Dr. Schranz, Dr. Etmayer, Dr. Wiesinger, DDr. Hesele und des Obmannes Abgeordneten Luptowits sowie des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Pahr wurde einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Kenntnisnahme des gegenständlichen Berichtes zu empfehlen.

Der Außenpolitische Ausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten über Verlauf und Ergebnisse des Belgrader KSZE-Folgetreffens (III-113 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, beantrage ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Ich danke den Berichterstattern für ihre Ausführungen.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Mock.

Abgeordneter Dr. **Mock** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte heute völlig bewußt am Beginn der außenpolitischen Debatte auf etwas verweisen, was man vielleicht als Selbstverständlichkeit betrachten könnte. Ich möchte ganz bewußt darauf verweisen, daß mit dem Staatsvertrag vom 15. Mai 1955, daß mit dem Bundesverfassungsgesetz über die Neutralität Österreichs vom 26. Oktober 1955 und daß mit dem klaren Bekenntnis als Mitglied der Gemeinschaft freier pluralistischer rechtsstaatlicher Demokratien in unserer Republik unter einem Regierungschef namens Bundeskanzler Ing. Raab Fixpunkte gesetzt wurden, die unserem Staat Unabhängigkeit, eine spezifische Aufgabenstellung im internationalen Raum und eine wachsende Anerkennung gebracht haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Diese Fixpunkte, diese Orientierungslinien für die Außenpolitik sind für uns, wenn man sie beachtet, die Garanten der Kontinuität, die Garanten der Berechenbarkeit und der Verlässlichkeit unserer Politik als immerwährend neutrales Land.

Und gerade in der Außenpolitik, wo der Egoismus der Staaten kaum Grenzen kennt, wo ein Rechtssystem, das Völkerrecht, existiert, dessen Einhaltung nicht erzwungen werden kann, wo der Opportunismus der Macht sich fast frei entwickelt, wo bei jeder Gelegenheit mit zweierlei Maß gemessen wird, gerade in diesem Raum wiegen Kontinuität, Festigkeit, Klarheit und Verlässlichkeit vor allem für ein immerwährend neutrales Land ganz besonders.

Aber gerade aus diesen Gründen, Herr Bundesminister, schaden aber unseren außenpolitischen Interessen außenpolitische Bocksprünge, wie zum Beispiel die Beschimpfung des israelischen Regierungschefs Begin durch Bundeskanzler Dr. Kreisky in der holländischen Zeitung „Trouw“. Gerade deswegen, Herr Bundesminister, wegen der Dinge, die ich vorher gesagt habe, ist eine blaße, verschwommene Stellungnahme eines farblosen Außenministers im Falle Erhard Hutters schädlich und gefährlich, weil aus solcher Blässe, aus solcher Verschwommenheit die Großen in der internationalen Arena, Herr Bundesminister, nur allzu leicht zur Annahme verleitet werden, beim nächsten Mal könnten sie sich wieder nur mit Druck oder Rücksichtslosigkeit durchsetzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und gerade deswegen, Herr Bundesminister, hat heute die Volkspartei einen Entschließungsantrag vorgelegt, wo erstens die grundsätzlichen Orientierungslinien, die wichtigsten Zielsetzungen einer österreichischen Außenpolitik enthalten sind, zu denen sich an und für sich meines Wissens alle im Nationalrat vertretenen Parteien bekennen. Es ist dies – die gemeinsamen Zielsetzungen, die gemeinsame Ausgangsbasis für die österreichische Außenpolitik – ein Beitrag zu der von uns gewünschten Gemeinsamkeit in der Außenpolitik.

Wir haben damit aber auch eine Entschließung vorgelegt, wo eine kritische Analyse dieser mangelnden Klarheit, dieser Blässe Ihrer Politik und der Außenpolitik des Herrn Bundeskanzlers – das muß man wohl hinzufügen – aufgezeigt wird und wo das Versagen bei der Setzung klarer Prioritäten einer kritischen Betrachtung unterzogen wird. Wir wollten hier nach einigen Jahren Diskussion, wo wir Gemeinsamkeit angeboten haben, Sie und vor allem der Herr Bundeskanzler durch vielerlei Handlungen diese Gemeinsamkeit oft unmöglich gemacht haben, unseren Kurs, unsere Linie, die sich von 1955 herleitet, die von Kontinuität und Klarheit geprägt ist, in einem Dokument des Nationalrates klar aufzeigen.

Ich darf daran erinnern, daß der Bundesparteiohmann der ÖVP Dr. Taus im vergangenen Jahr festgestellt hat – und ich zitiere –: „Ich halte es – das möchte ich hier in aller Deutlichkeit festhalten – für durchaus vernünftig, wenn es gelingt, in der Außenpolitik soweit wie möglich konfliktfrei zwischen den Parteien zu bleiben. Ich halte das gewissermaßen“, sagte Dr. Taus, „für ein Lebelement eines neutralen Staates, daß es, wenn es irgendwo möglich ist, in den Bereichen der Außenpolitik ohne besondere Konflikte aus parteipolitischen Gründen abgeht. Aber, meine Damen und Herren“, sagte Dr.

Dr. Mock

Taus, „der Herr Außenminister macht es uns nicht leicht, diesen Kurs zu steuern und diesen Kurs zu gehen, der für Österreich sicherlich viele Vorteile gebracht hat.“ Er macht es „uns deshalb besonders schwer“, fuhr damals Dr. Taus fort, „weil wir manchmal den Eindruck haben, daß er wie der Elefant im Porzellanladen durch die österreichische Außenpolitik trampelt.“

Das wurde damals, meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit der Feststellung von Bundesminister Pahr gesagt, eigentlich seien an den Verzögerungen der Verwirklichung des Südtirolpaketes die Südtiroler selbst schuld. – Übrigens ein Urteil, Herr Bundesminister, nur nebenbei angemerkt, das damals, wenn auch beträchtlich abgeschwächt, vom Sprecher der Regierungsfraktion geteilt wurde.

Und ich möchte heute sagen, Herr Bundesminister: Sie machen es uns weiterhin unmöglich, eine gemeinsame Außenpolitik zu vertreten, und ich muß es Ihnen sagen, weil heute Kapitel Äußeres zur Diskussion steht, auch wenn Ihnen der Herr Bundeskanzler immer wieder dreinpfuscht, weil auch der Herr Bundeskanzler, nachdem er jahrelang die Rolle des Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale mit den Aufgaben des österreichischen Regierungschefs vermengt hat, durch rüde und spektakuläre Angriffe, sei es auf Carter, vor allem auf Begin, bemüht ist, offensichtlich in der internationalen Arena noch stärker aufzufallen.

Sie machen es uns unmöglich, Herr Bundesminister, weil man den Eindruck hat, Sie halten es mit der Außenpolitik so wie die gesamte sozialistische Bundesregierung im Kärntner Ortstafelkonflikt, wie bei der Sicherung der Landesverteidigung, die voriges Jahr verbessert werden mußte, zumindest durch eine Novelle, eine gemeinsame Novelle zum Wehrgesetz, man braucht die Zusammenarbeit nur dann, wenn ein von der Regierung angerichteter Scherbenhaufen weggeräumt werden und man aus einer Sackgasse wieder heraushelfen muß. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren – und ich wende mich hier wirklich an alle Parteien –, gerade die Tatsache, daß wir am 12. November in einer Festsitzung des Nationalrates und des Bundesrates des Tages der Gründung unserer Republik gedenken, soll uns in Erinnerung rufen, was auch entscheidend zur Schwäche der Ersten Republik beigetragen hat: neben der mangelnden inneren Solidarität die Orientierungslosigkeit und die oft total kontroversiellen Ansichten über unsere Stellung im internationalen Raum und die sich daraus ergebende Schwäche zur Selbstverteidigung. Bemühen wir uns, nie wieder annähernd in eine solche Situation zu kommen!

Herr Bundesminister! Ich möchte Ihnen offen sagen: Die Opposition, die ÖVP-Fraktion, die Volkspartei, benötigt Ihre politische Unterstützung oder Zusammenarbeit in keiner Weise. Wir laufen Ihnen nicht nach. Sie können mir allenfalls von der Regierungsbank aus sagen, ich laufe Ihnen auch nicht nach. Aber ich frage mich, ob nicht dieses Land und seine Interessen eine minimale Gemeinsamkeit, ein Grundverständnis in außenpolitischer Hinsicht benötigen, das Sie und der Herr Bundeskanzler sicherzustellen haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Sie machen es uns schwer – und ich bringe ein praktisches Beispiel aus vielen möglichen, wenn ich mir die Arbeiten im Außenpolitischen Rat ansehe –, Sie haben eine spezielle Schwierigkeit, aber das ist Ihre Schwierigkeit: Sie werden mir sagen, der Herr Bundeskanzler ist Vorsitzender, und Sie sind Außenminister.

Die Österreichische Volkspartei hat seinerzeit, meine Damen und Herren, sehr aktiv bei der Schaffung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten mitgearbeitet. Man kann das in den Stenographischen Protokollen des Parlaments nachlesen.

Wir waren der Meinung, es wird bei allem Pro und Kontra für eine bestimmte Konstruktion doch ein Instrument geschaffen, das eine gemeinsame Linie in den wichtigen Fragen der Außenpolitik erleichtert, wo wir Grundprobleme der außenpolitischen Verhaltensweisen diskutieren können, uns abstimmen können.

Die Hoffnungen sind zerschlagen worden, vielen Worten damals auch von Ihrer Seite sind, mit Ausnahme eines positiven Informationsflusses, nämlich die laufenden politischen Berichte, keine Taten gefolgt.

Die Bundesregierung hält es nicht für nötig, diesen Rat wirklich zur Erarbeitung einer gemeinsamen politischen Linie einzusetzen. Alle Sitzungen dieses Gremiums in diesem Jahr wurden zum Beispiel von der Österreichischen Volkspartei verlangt. Keine einzige Sitzung wurde vom Herrn Bundeskanzler in Vorschlag gebracht. Von neun Sitzungen, die bisher überhaupt waren, sind zwei vom Herrn Bundeskanzler einberufen worden, eine zur Konstituierung und eine im Zusammenhang mit Waffenexporten. Grundsätzliche Fragen wurden von Ihrer Seite nie zur Diskussion gestellt.

Handelt es sich hier um böse Absicht – ich will sie Ihnen nicht unterstellen –, handelt es sich um einen Mangel an Terminen, handelt es sich einmal mehr um eine Führungsschwäche des Herrn Bundeskanzlers? Ich weiß es nicht. Es funktioniert jedenfalls nicht.

10318

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Dr. Mock

Wir haben seinerzeit vorgeschlagen, Sie als Vorsitzenden zu berufen, Sie müssen sich das mit dem Herrn Bundeskanzler ausmachen, nur, es fällt in Ihren Verantwortungsbereich, wenn Sie daraus die Unmöglichkeit allenfalls auch für sich ableiten, zu einer größeren Gemeinsamkeit im außenpolitischen Bereich zu kommen.

Nach unserer Auffassung, bei einer Prüfung der bisherigen Arbeit, Herr Bundesminister, hat der Außenpolitische Rat als Instrument der Gemeinsamkeit in diesem Bereich bisher versagt.

Wir haben zum Beispiel versucht, beim Besuch des Vizepräsidenten der EWG Grundfragen der Integrationspolitik zu diskutieren. Ich komme auf einiges später noch zu sprechen. Keine Reaktion. Weder eine schriftliche noch eine mündliche Antwort, wenn wir konkrete Vorschläge gemacht haben. Was immer im Rat gesagt wurde, kaum eine Konsequenz. Keine allfälligen Planungen langfristiger oder mittelfristiger Natur im Ministerium selbst, aber auch nicht im Rat.

Wir haben seinerzeit gemeint, man könnte die Grundlinie unseres Verhaltens vor den Vereinten Nationen dort diskutieren. Kein einziges Mal ist es bisher geschehen.

Wir könnten über die Frage der Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft diskutieren, das Verhältnis zu Österreich, was hat die Ausdehnung, die Aufnahme zusätzlicher Mitglieder für eine Bedeutung für uns, wo wir Mitglied der EFTA sind. Kein einziges Mal hat man ausführlich darüber gesprochen.

Wir waren damals der Meinung, man könnte doch bei dieser Gelegenheit zusammen mit dem Außenpolitischen Rat ein Planungsinstitut einrichten, Herr Bundesminister, nicht als neue bürokratische Institution, sondern mit manchen Experten, die heute im Landesverteidigungsministerium und im Außenamt tätig sind. Ich habe den Eindruck, bei dem heute gegebenen Betrieb und der heutigen Führung verrostet dort ohnehin manches wertvolle Talent.

Nichts von alledem konnte verwirklicht werden.

Herr Bundesminister! Ich habe wirklich den Eindruck und muß daraus entnehmen, daß Sie eigentlich an einer gemeinsamen Abstimmung nicht interessiert sind oder, um nochmals einer Feststellung Ihrerseits vorzubeugen, der Herr Bundeskanzler Sie daran hindert. Das nur ein Beispiel von vielen anderen.

Nun, meine Damen und Herren, ich habe vorhin die Forderung aufgestellt nach Klarheit, Berechenbarkeit und Verlässlichkeit in der Außenpolitik. Um diese Forderung sicherzustellen,

hat jemand, der eine viel längere neutralitätspolitische Praxis hat als wir, einmal gemeint, das bedingt das Prinzip des Stillesitzens in heiklen politischen Fragen. Das heißt, der immerwährend neutrale Staat übt eine natürliche Zurückhaltung in internationalen Streitfragen, außer er wird von beiden Streitparteien um Vermittlung oder um sonstige gute Dienste gebeten.

Was der Herr Bundeskanzler in diesem Sommer aufgeführt hat - man kann es nicht anders klassifizieren -, ist genau das Gegenteil dieses für einen immerwährend neutralen Staat so wichtigen Prinzips. Ich darf daran erinnern, in einem Interview mit der holländischen Zeitung „Trouw“ hat Dr. Kreisky in einer beispiellosen Weise die Art, den Regierungsstil, die Verhandlungsziele eines Regierungschefs, nämlich Begins, abqualifiziert, immerhin von einem Staat, mit dem wir normale diplomatische Beziehungen haben. „Polnischer Anwalt“, „Greißler“, „Ostjude“ und was sonst an Ausdrücken gefallen ist.

Der Herr Bundeskanzler hat mit diesen Angriffen einen Regierungschef beleidigt, wie das seit 1945 überhaupt noch nicht vorgekommen ist. Mir ist solches auch nicht von anderen europäischen Regierungschefs - des Westens zumindest - bekannt. Israel ist ein Staat, wo wir gleich gute Beziehungen haben wie mit jedem anderen Mitgliedsstaat der Vereinten Nationen. Er hat damit die Interessen der Republik Österreich wesentlich und völlig unnotwendig und ohne Anlaß geschädigt. *(Beifall bei der ÖVP.)* Er hat, meine Damen und Herren, damit in einer für den Regierungschef eines immerwährend neutralen Staates sonst undenkbaren Art Partei in einem internationalen Streitfall bezogen.

Meine Damen und Herren! Seit mehr als zehn Jahren üben wir für eine Reihe von Staaten in Israel die Schutzmachtfunktion aus, die nach dem israelisch-arabischen Krieg 1967 die diplomatischen Beziehungen mit Israel abgebrochen haben. Das heißt, wir haben die Aufgabe, die Interessen dieser Staaten in Tel Aviv zu vertreten. Eine Aufgabe, die typisch ist für den immerwährend neutralen Staat, eine Aufgabe, aus der heraus zum Beispiel die Schweizer Neutralität durch Jahrzehnte eine besondere Wertschätzung und Anerkennung erfahren hat. Was macht der Herr Bundeskanzler, der für die Wahrnehmung dieser Aufgabe verantwortlich ist? - Er beschimpft den Regierungschef jenes Landes, demgegenüber wir möglichst wirksam und erfolgreich andere Länder vertreten sollen. Das hat weder mit Berechenbarkeit noch mit Verlässlichkeit etwas zu tun.

Ich muß Ihnen eines sagen, Herr Bundesmini-

Dr. Mock

ster: Mir hat ein Wort sehr gut gefallen, das in diesem Zusammenhang gesagt wird: Neutralitätspolitik ist eine besonders anspruchsvolle Disziplinübung. – Dem Herrn Bundeskanzler fehlt offensichtlich die nötige Selbstdisziplin, eine einigermaßen klare und verlässliche außenpolitische Linie zu halten. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Weder die Interessen der Sozialistischen Partei und noch viel weniger die Interessen der Sozialistischen Internationale, aber auch nicht diese eigenartigen Profilierungsversuche von Herrn Dr. Kreisky verdienen es nur einigermaßen, daß deswegen die Interessen der Republik geschädigt werden. (*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister! Ich habe die Forderung nach Festigkeit aufgestellt. Sie hat meiner Auffassung nach im Falle der Ausweisung des österreichischen ORF-Korrespondenten Erhard Hutter völlig gefehlt. Entgegen den Bestimmungen der Schlußakte der Helsinki-Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit wurde er ja ohne Begründung ausgewiesen. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Strafrechtlich; ja. Haben Sie da die „Iswestija“ gelesen? Das kann ich mir vorstellen. Vielleicht ist sie die regelmäßige Lektüre auf der linken Seite des Hauses. (*Zustimmung bei der ÖVP. – Abg. Dr. Fischer: Das ist ein Niveau!*) Warten Sie einen Moment, Herr Abgeordneter Fischer, mit Ihrem Zwischenruf. – Ich nehme nur an, daß das nicht für alle Mitglieder dieser Fraktion hier gilt. (*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP. – Abg. Dr. Fischer: Das ist ein Niveau!*) Man sollte mit den Zwischenrufen etwas vorsichtiger sein. (*Abg. Dr. Fischer: Auch mit den Ausdrücken sollten Sie vorsichtiger sein am Rednerpult, wie „Iswestija“!*) Da beschäftigen Sie sich mit Ihren eigenen Kollegen da rückwärts. (*Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ und Gegenrufe bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Ich möchte hier sehr klar etwas sagen: Festigkeit hat nichts mit Überheblichkeit zu tun. Wir würden es für falsch halten, in einer solchen Situation aufzutumpfen oder Großmannssucht zu praktizieren. Aber was wir verlangen, Herr Bundesminister, ist eine klare Sprache, wenn notwendig, eine wiederholt klare Sprache, die den Rechtsstandpunkt, die politische Position und die Interessen der Bürger dieses Landes klar zum Ausdruck bringt und verteidigt.

Jetzt zu diesem Zwischenruf: Es ist richtig, die „Iswestija“ hat allerhand persönliche Vorwürfe heute gebracht, was Erhard Hutter alles gemacht hätte. Bis in den Privatbereich hinein, gegen die Zollgesetze hätte er verstoßen, und ähnliches mehr.

Ich möchte dazu nur zwei Dinge sagen, meine Damen und Herren: Bei uns gilt jemand als verurteilt, wenn das Vergehen oder Verbrechen bewiesen ist. Und an das halten wir uns auch in dieser Richtung! (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Im übrigen sollen wir uns trotzdem – ich würde das sehr empfehlen; das habe ich auch von Ihrer Seite gehört – so streng als möglich eben an die Ergebnisse der Helsinki-Konferenz halten.

Ich habe, Herr Bundesminister, aus diesem Anlaß einmal mehr den Eindruck gewonnen – und ich möchte das, meine Damen und Herren, hier sagen, weil ich schon einmal kurz in der Geschichte zurückgegangen bin –: Man hat des öfteren den Eindruck, daß die Repräsentanten dieses Landes, unserer Republik, in der Zeit der Besetzung und in der Zeit der Besetzung kritische Aussagen klarer, deutlicher und profilierter gemacht haben, als das die heutige Regierung tut. Ich glaube, das gehört hier festgestellt! (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Wobei ich Ihnen zugebe, Herr Bundesminister: Sie befinden sich hier in „nicht schlechter“ Gesellschaft; bitte, unter Führungszeichen.

Meine Damen und Herren! Wo blieb denn die Stimme des Herrn Bundeskanzlers? Von Camp David bis zu allen Detailfragen des Nahostkonfliktes, über die innerlibanesischen Entwicklung, über die Zukunft des Westjordanlandes, überall hatte der Herr Bundeskanzler einen Kommentar bereit, gefragt oder ungefragt, oder war er auch reisebereit. Im Falle des Erhard Hutter hätte der Herr Bundeskanzler viel glaubwürdiger als im Nahen Osten Stellung beziehen können und die Interessen eines österreichischen Staatsbürgers vertreten müssen! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Im Zusammenhang mit diesem skandalösen Interview mit der holländischen Zeitung „Trouw“ habe ich hier in einer Presse-Aussendung von Palma de Mallorca die Feststellung gefunden: In seinem Bungalow mit Schwimmbad in den Bergen oberhalb von Palma bleibt der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky eng an den Entwicklungen im Nahen Osten beteiligt. Fast täglich wird er über Telefon und durch Besucher auf dem laufenden gehalten.

Meine Damen und Herren! Sich fast täglich für die Interessen der Republik und ihrer Bürger einzusetzen, das ist seine Aufgabe! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister! Wir haben – ich habe es vorhin angekündigt – heute dem Nationalrat einen Entschließungsantrag vorgelegt. Es ist dies ein Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Mock, Dr. Blenk, Dr. Ermacora, Dr. Ettmayer, Fachleutner, Dr. Fiedler, Graf, Dr. Karasek, Schauer, Steinbauer, Mag. Höchtl und Genossen zum Außenpolitischen Bericht des

10320

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Dr. Mock

Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten für 1977 betreffend die österreichische Außenpolitik. Ich werde dazu einiges sagen, werde aber vorher den Entschließungsantrag zur Verlesung bringen:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich bei ihrer Außenpolitik von folgenden Grundsätzen leiten zu lassen:

Der Sicherung der Unabhängigkeit eines freien und demokratischen Österreich;

dem Ausbau und der freundschaftlichen Gestaltung des Verhältnisses zu den für Österreich und seinen Raum maßgebenden Großmächten;

der Verstärkung der Zusammenarbeit mit allen Nachbarländern und den traditionell Österreich eng verbundenen Ländern des Donau- und Alpenraumes;

der wachsenden Zusammenarbeit mit freiheitlich-pluralistischen Demokratien gleicher Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Europa; darüber hinaus auch mit Ländern unterschiedlicher Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme;

dem Beitrag zur Errichtung einer weltweiten, gerechten Friedenordnung

- hier ist auch eine gewisse Prioritätenreihung zu ersehen, Herr Bundesminister -;

und zu diesem Zweck

der Gemeinsamkeit der Außenpolitik aller im Parlament vertretenen politischen Parteien besondere Beachtung zu schenken;

das Parlament in die Formulierung der Außenpolitik einzubinden und die Möglichkeiten des Außenpolitischen Rates zur Konsensfindung - unabhängig von politischen Tagesproblemen - zu nützen;

ferner - ich möchte das unterstreichen -:

die Beziehungen zu den Europäischen Gemeinschaften, vor allem zum künftig direkt gewählten Parlament der Europäischen Gemeinschaften in pragmatischer Weise auszubauen, vor allem die Beziehungen zwischen den Parlamentsklubs und den Fraktionen des Europäischen Parlaments zum Zwecke der Zusammenarbeit zu stärken;

ferner ist noch in dieser Legislaturperiode dem Nationalrat der Entwurf eines Bundesgesetzes betreffend die Errichtung eines Nationalen Sicherheitsrates - als Instrument der Krisenbeherrschung - vorzulegen.

Damit hat, Herr Bundesminister, die Österreichische Volkspartei, zusammen mit den erläu-

ternden Bemerkungen, ihr außenpolitisches Wollen klar zum Ausdruck gebracht. Ich möchte nun zu einigen wichtigen Passagen doch auch einige erläuternde Bemerkungen machen und bei dieser Gelegenheit einige aktuelle außenpolitische Probleme beleuchten.

Es heißt hier, Herr Bundesminister: Wir haben uns hier sehr klar zu den Abrüstungsbemühungen bekannt; die Abrüstung soll jedoch das Gleichgewicht der Kräfte nicht verändern; auch in dieser These kommt die Kontinuität unseres außenpolitischen Wollens zum Ausdruck.

Das heißt, Herr Bundesminister: Wir wollen das militärische und das globale Gleichgewicht zwischen dem europäischen Osten und Westen gewahrt sehen. Die Abrüstung soll gleichmäßig in beiden Bereichen vor sich gehen. Und wenn eines Tages der Zeitpunkt kommt, wo - um es so zu formulieren - die Amerikaner von Europa fortgehen, dann sollte die politische und militärische Integration der sechs beziehungsweise der neun EWG-Staaten so fortgeschritten sein, daß auch dann wieder jenes Gleichgewicht in Europa vorhanden ist, an dem wir als immerwährend neutraler Staat ein wesentliches Interesse haben.

Daher sind wir, Herr Bundesminister - und das ist kein Widerspruch zu unserer immerwährenden Neutralität -, interessiert an einem positiven Fortschritt der Integrationsbemühungen der Europäischen Gemeinschaft. - Ich wollte das hier dazu sagen.

Gerade wenn die EG sich erweitert, sollte der innere Zusammenhalt der EG auch aus unserer Interessensituation als immerwährend neutrales Land nicht leiden.

Wir haben zweitens, Herr Bundesminister, eine klare Prioritätenordnung angeführt. Unsere außenpolitische Sicherheit wird in einem hohen Ausmaß noch für viele Jahre und Jahrzehnte vom Verhältnis zu den Großmächten, vor allem zu den vier bedeutenden Signatarmächten unseres Staatsvertrages, bestimmt werden. Das sollte bei der Entwicklung der politischen Beziehungen und nicht nur der politischen Beziehungen, sondern auch bei der diplomatischen Besuchstätigkeit klar zum Ausdruck kommen.

An weiterer Stelle das Verhältnis zu den Nachbarstaaten; ich habe das das letzte Mal betont, ich möchte hier nur auf einen besonderen Aspekt eingehen. Wir haben hier, Herr Bundesminister, auch den Wunsch geäußert, daß endlich das Volksgruppengesetz, das im Zusammenhang mit dem Kärntner Minderheitenkonflikt von den drei Parteien des Hauses beschlossen wurde, von der Regierung realisiert wird.

Dr. Mock

Meine Damen und Herren! Am 7. Juli 1976 ist dieses Gesetz beschlossen worden. Es basiert auf einstimmigen Beschlüssen des Nationalrates. Es wurde ein Instrumentarium geschaffen, womit man nach einer bestimmten Beruhigungszeit sozusagen vorkehrt, daß jener Wirbel, der seinerzeit im Jahr 1972 vor allem durch den Herrn Bundeskanzler in Kärnten ausgelöst wurde, nicht mehr entstehen kann, daß die Integration mit Österreichern anderer als deutscher Muttersprache intensiviert und erleichtert wird. Bis heute gibt es weder einen Volksgruppenbeirat für die kroatische - noch für die slowenische - noch für die ungarische - noch für die tschechische Volksgruppe.

Wir haben Ihnen, Herr Bundesminister, aus der Sackgasse des Ortstafelkonfliktes herausgeholfen. Aber zur Exekution der Gesetze sind Sie und vor allem der Bundeskanzler berufen, und wenn er nichts macht, haben Sie ihn daran zu erinnern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es herrscht hier, meine Damen und Herren, jene Nachlässigkeit, die sagt: Jetzt ist kein Wirbel, was brauche ich mich da ärgern mit ewiger Argumentation, wo einem zehnmal die gleichen Argumente entgegengehalten werden! - Das paßt alles nicht hinein in die Neigung des Herrn Bundeskanzlers, große Politik in der weiten Welt zu machen.

Hier, Herr Bundesminister, liegen die kleinen, aber wesentlichen Interessen für die Sicherheit unseres Landes, für sein außenpolitisches Ansehen und in diesem Fall vor allem auch für die Beziehungen zu unseren Nachbarstaaten.

Ich möchte im Zusammenhang mit den erläuternden Bemerkungen auch die Entwicklung unserer Beziehungen zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unterstreichen.

Meine Damen und Herren! Wir werden nächstes Jahr ein direkt gewähltes Europäisches Parlament haben. Der Integrationsprozeß wird hoffentlich in der einen oder anderen Form weitergehen. Immer mehr Sachfragen werden zentral von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, von der Kommission und dem Ministerrat geregelt werden. Der Ausbau unserer Beziehungen, die Möglichkeit einer pragmatischen Einflußnahme ist wesentlich nicht zuletzt auch für unsere wirtschaftlichen Interessen, Herr Bundesminister. Daher haben wir festgestellt, daß wir unter voller Wahrung unseres Status als immerwährend neutraler Staat doch bemüht sein sollten, die Voraussetzungen zu schaffen, daß die politischen Parteien, die parlamentarischen Klubs besondere Beziehungen zum Europäischen Parlament und den dortigen Fraktionen entwickeln können.

Ich habe das selbst im Außenpolitischen Rat einmal erläutert, nachdem der Herr Bundesparteiobmann in der Öffentlichkeit diesen Vorschlag gemacht hat. Der Herr Bundeskanzler hat mir gesagt: Sie bekommen selbstverständlich eine Stellungnahme dazu. - Bitte, ein Jahr später: Nicht einmal ein Brief dazu ist gekommen, geschweige denn eine inhaltliche Aussage.

Das, Herr Bundesminister, sind einige wichtige Fragen aus den erläuternden Bemerkungen und aus den Wünschen, die in diesem Entschließungsantrag zum Ausdruck kommen.

Weil wir von der österreichischen Interessenslage sprechen: Herr Bundesminister, wie steht es eigentlich mit den Konferenzprojekten, die der Herr Bundeskanzler für die Nachfolgekonzferenz in Belgrad vorgeschlagen hat?

Er hat damals gesagt und die Gazetten damit gefüllt: das Projekt einer Konferenz, in der paneuropäisch die Binnenschifffahrt endgültig geregelt wird. Was war das bisherige Ergebnis des österreichischen Vorschlages? Übrigens fällt mir ein, das würde mich interessieren: Wie haben denn die westlichen Staaten darauf reagiert, wenn sich infolge der Dumping-Transportmöglichkeiten östliche staatliche Schifffahrtsgesellschaften dann unter Umständen am Rhein betätigen sollen?

Das Projekt einer Umweltschutzkonferenz zwischen Ost und West, das Projekt einer Konferenz betreffend die Energieversorgung zwischen Ost und West, genauso wie der Vorschlag eines Marshallplanes für Entwicklungsländer und Industriestaaten.

Ich bitte Sie, Herr Bundesminister, um eine konkrete Antwort. Ich erwarte nicht und werde diesbezüglich keinen höhnischen Zwischenruf machen, wenn nicht alles so realisiert wurde, wie es vorgeschlagen wurde. Aber man sollte den Eindruck haben, daß Vorschläge, wenn sie so spektakulär gemacht werden, so seriös waren, daß Teile von der internationalen Gemeinschaft ernst genommen wurden und sich auch im Zuge der Verwirklichung befinden. Sonst müßte man diese Politik sehr hart als Luftblasenpolitik und als Beschäftigungspolitik für die Massenmedien abqualifizieren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe vorhin gesagt, Herr Bundesminister, täglich die österreichischen Interessen zu vertreten, das ist Ihre und die Aufgabe des Herrn Bundeskanzlers. Wenn ich von Europa gesprochen habe: Wo blieb der Herr Bundeskanzler? Es sind jetzt seit immer längerer Zeit zentrale wichtige wirtschaftliche und finanzielle Probleme in Brüssel anhängig. Die Mitfinanzierung der Pyhrn-Autobahn, die Absatzmöglichkeiten für landwirtschaftliche Produkte, die Verkaufs-

10322

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Dr. Mock

möglichkeiten für sensible Produkte unserer Schwerindustrie. Da wäre es gut, wenn der Herr Bundeskanzler seine Reisetätigkeit und sein Gewicht als Regierungschef zum Tragen bringen würde. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wie einmal richtig gesagt wurde: Offensichtlich helfen dieser Partei wirklich nur Wahlniederlagen. Ich möchte nicht verschweigen, daß ich es positiv registriert habe, daß der Herr Bundeskanzler nach der Wahlniederlage in Wien, bei der VÖEST und in der Steiermark bei der Pressekonferenz erklärt hat, so wurde es von den Massenmedien berichtet, er betrachtet seine Nahost-Mission als beendet und werde sich mehr der Innenpolitik widmen.

Wir werden uns das Rezept zu Herzen nehmen und der Bevölkerung sagen: Das ist offensichtlich die einzige Möglichkeit, auf diese Weise eine Änderung der Politik der sozialistischen Alleinregierung herbeizuführen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wir von der Österreichischen Volkspartei legen Wert darauf, bei der Diskussion der Außenpolitik auch über die Sicherheitspolitik zu sprechen und dabei auch von der zweiten Säule der Außenpolitik, nämlich von der Landesverteidigungspolitik. Dies gerade deswegen, weil diese Regierung mit dem Hinweis, die beste Sicherheitspolitik sei eine gute Außenpolitik, unausgesprochen – bitte, die Jusos sprechen es aus – das Anliegen der umfassenden Landesverteidigung immer wieder abwertet.

Bitte, weil es mir gerade einfällt, weil ich von den Jusos gesprochen habe: Vielleicht wird man, Herr Abgeordneter Hesele, Ihren Freund Konecny, der jetzt Zinshausbesitzer ist, bald auch irgendwo als General finden. Das wäre, glaube ich, eine substantielle Veränderung der politischen Landschaft in Österreich. *(Beifall bei der ÖVP. – Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Vielleicht muß ich mich entschuldigen, ich habe das erst heute früh gelesen, mit einem Tag Verspätung. Aber es war doch eine nette Lektüre.

Ich habe bewußt gesagt, daß verbal sich diese Regierung und auch in Verfassungsgesetzen zur umfassenden Landesverteidigung bekennt.

Aber, Herr Bundesminister, deklaratorische Feststellungen, auch gesetzliche Feststellungen, die einen so großen Rahmen haben, daß sie zu keinen Einzelakten zwingen, ist das eine, und die Bereitschaft, in der Praxis etwas zu machen, ist etwas anderes.

Ich rufe in Erinnerung die Feststellung: Man muß den Mut haben, meine Damen und Herren,

der Bevölkerung zu sagen, daß mit dem Staatsvertrag, durch den wir die Wehrhoheit wiedererlangt haben, eine der Völkerrechtstradition entsprechende Voraussetzung für unsere Neutralität, auch mit Opfer verbunden sind. Es geht nicht an, meine Herren von der linken Seite, und vor allem auch den Verteidigungssprecher Blecha möchte ich hier anreden, die Neutralität an sich zu bejahen, weil sie bequem erscheint, die damit verbundenen Rechte und Vorteile zu begrüßen und zu genießen, aber die daraus abzuleitenden Verpflichtungen für unsere Landesverteidigung gering zu werten oder abzulehnen. Das ist eine wesentliche Maxime, die ich Ihnen wieder einmal ins Stammbuch schreiben will. *(Abg. Blecha: Die Landesverteidigung hat noch nie so viele Mittel zur Verfügung gehabt!)* Ja, aber nur dann, wenn Sie die Inflationsrate nicht dazurechnen.

Herr Abgeordneter Blecha! Sie haben das Landesverteidigungssystem teurer gemacht und ihm nicht das notwendige Geld gegeben. Sie haben im Jahr 1971 eine Bereitschaftstruppe, die ohne Mobilmachung jederzeit eingesetzt werden soll, von 15 000 Leuten verlangt, die bis heute ohne Mobilmachung nicht einsatzfähig ist. Das war die Behandlung dieses Bereiches, meine Damen und Herren, hier zeigt sich in der Praxis Ihr Versagen! *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich möchte hier gar nicht auf die verfehlte Personalpolitik eingehen. Zuerst, meine Damen und Herren, ein Landesverteidigungsminister General Freihöfer, der die Dinge ernst genommen hat, der geglaubt hat, er müsse dort etwas verbessern. Er hat etwas zu exekutieren gehabt und ist daran als Sozialist, aber auch als überzeugter Offizier zerbrochen. Dann der Baron Lütgendorf. Darüber sollte man, wenn man es könnte, den Schleier der Vergessenheit decken. Auch hier von der personellen Betreuung eine höchst schlechte Vorsorge für eine positive Entwicklung dieses zentralen Pfeilers unserer Sicherheitspolitik.

Meine Damen und Herren! Wenn man sich den Nahen Osten ansieht: Zypern, ein Kleinstaat mit Minderheiten oder zwei Volksteilen, sicher mit besonderen Schwierigkeiten. Wer hätte vor zehn Jahren gedacht, daß dieser Staat zehn Jahre später geteilt ist, in seinem besten Teil von der Türkei im Norden besetzt ist? Am 20. Juli 1974 ist man auf Grund der innenpolitischen Entwicklung in Zypern einmarschiert, im Feber 1975 hat man einen türkisch-zyprischen Staat ausgerufen, und in der Zwischenzeit eine UN-Entscheidung um die andere; auch die Besuchsdiplomatie konnte nichts ändern an der traurigen Macht des Faktischen in der internationalen Politik.

Dr. Mock

Der Libanon, das Schaufenster des Nahen Ostens, die Schweiz des Nahen Ostens, wirtschaftlich enormes Entwicklungstempo, eine gute Integration kompliziertester religiöser, sprachlicher Verhältnisse. Wer hätte vor zehn, 15 Jahren gedacht, daß das heute ein zerrissener Staat ist, wo man sich eigentlich logisch - ich kann nur hoffen, daß es vielleicht doch nicht logisch vor sich geht - gar nicht vorstellen kann, daß die Einheit dieses zerrissenen, bedrückten und geschlagenen Volkes wiederhergestellt wird.

Naher Osten: Seit 1967 Resolution 242, Resolution 338 der Vereinten Nationen. Sie konnten nichts ändern an der Macht des Faktischen, bis nicht die Staaten oder verantwortliche Staatsmänner, und ich möchte hier bewußt an der ersten Stelle den ägyptischen Präsident Sadat, aber auch Begin und Carter nennen, etwas gemacht haben.

Sollte das für ein Sieben-Millionen-Volk, für unseren Staat, für unser Land nicht auch eine Warnung sein?

Ich weiß schon, Herr Bundesminister, man könnte sagen: Das sind doch Phantastereien, wenn man bedenkt, wie es bei allen Gegensätzen bei uns noch zugeht.

Ich würde das nicht so leicht nehmen, meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sollten darüber nachdenken. Wir sollten über die Schwäche der Entschließungen und der frommen Wünsche internationaler Organisationen nachdenken. Auch die Vereinten Nationen sind nur so stark, wie es ihre Mitglieder oder, besser gesagt, die Mitglieder des Sicherheitsrates oder, wahrscheinlich noch realistischer gesagt, die Großmächte im Sicherheitsrat wollen. Wir sind noch lange von dem Zeitpunkt weg, wo sie uns im entscheidenden Ausmaß unsere Unabhängigkeit und Souveränität garantieren können. Daher die Bedeutung der eigenen Sicherheitspolitik in Form der umfassenden Landesverteidigung.

Und ein zweiter Grund, warum wir Sicherheitspolitik und Landesverteidigungspolitik ernst nehmen sollen. Es wird doch, wie ich einleitend gesagt habe, wie in keinem anderen Gebiet international mit zweierlei Maß gemessen. Ich möchte mich hier auch nicht mit der ganzen Menschenrechtsproblematik befassen, das werden meine Kollegen auch noch tun. Wenn ich mir die Brutalität ansehe, Herr Bundesminister, mit der, und es wird nur um die Zahl gestritten, 700 000 oder 2 Millionen Menschen in Kambodscha von einem Regime innerhalb weniger Monate ermordet wurden, so hat mich das nur erinnert an ein Wort des bekannten französischen Schriftstellers und

Philosophen Charles Peguy, der einmal gesagt hat: „Die Teilchen der Kultur und der Freiheit, die sich die Menschheit erobert hat, sind unaufhörlich durch neue Wogen der Barbarei bedroht.“

Und wir sind berufen, dagegen massiv Stellung zu nehmen. Ich würde mir wünschen, daß man gegen - das ist nur ein Beispiel - Kambodscha genauso direkt, offen und mit den gleichen scharfen Worten Stellung nimmt, wie man auch andere Rechtsdiktaturen verurteilt.

Wenigstens wir sollten hier, Herr Bundesminister, nicht mit zweierlei Maßstab messen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte hier nur mitteilen, daß sich im Rahmen der Österreichischen Volkspartei und des Abgeordnetenklubs eine Arbeitsgruppe konstituieren wird, die sich speziell mit der Frage der menschlichen Grund- und Freiheitsrechte, der politischen, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen Grund- und Freiheitsrechte befassen wird.

Das zweierlei Maß möchte ich auch in einem anderen Zusammenhang zur Sprache bringen. Ich habe einmal, als noch der außenpolitische Sprecher der SPÖ, Abgeordneter Czernetz, Angehöriger des Hohen Hauses war, und ich möchte es einmal mehr wiederholen, ich habe das früher gesagt, als er hier aktiver Abgeordneter war - man kann nur bedauern, daß wir diesen Außenpolitiker verloren haben -, ich habe damals gesagt: Wir sollten aufpassen vor jedem Opportunismus nach Links oder nach Rechts, sonst wird unsere Demokratie unglaubwürdig. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wenn ich hier, meine Damen und Herren, auch vor kurzem wieder lesen konnte, daß die spanische Sozialistische Partei bei der Jahrestagung der SED in Ostberlin war, dort in einem gemeinsamen Kommuniqué von der Solidarität, dem Kampf um die Unabhängigkeit und den sozialen Fortschritt gesprochen wurde und ähnliches mehr, die Lage der internationalen Arbeiterbewegung gemeinsam erörtert wurde, wenn ich da lesen kann, wie Mitterrand im französischen Parlament einen Wirbel gemacht hat, weil der französische Staatspräsident Brasilien und das dortige autoritäre Regime, die Rechtsdiktatur besucht hat, ja, meine Damen und Herren, dann wird mit zweierlei Maßstab gemessen. Es ist heute üblich, daß Willy Brandt als Parteiführer zu den Parteikongressen der östlichen kommunistischen Staaten fährt, des Bundes der jugoslawischen Kommunisten, der kommunistischen Partei Polens, der ungarischen kommunistischen Partei und ähnliches mehr.

Der Dissident Delannay hat einmal gesagt in einer Überschrift eines Artikels, wo er zu diesen

10324

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Dr. Mock

Fragen Stellung genommen hat: „Im Kreml ist man mit Ihnen, Herr Brandt, zufrieden.“

Das ist eine sehr, sehr heikle Frage, meine Damen und Herren, weil ich damals auch gesagt habe: Ich bin überzeugt, daß auch viele Sozialdemokraten diese Vorgangsweise nicht billigen. Der Opportunismus, der in der Zwischenkriegszeit gelegentlich nach rechts vorhanden war, ist heute nach links vorhanden. Und so wie der billige Opportunismus eines Chamberlain später immer wieder bedauert wurde, hoffe ich nur, daß wir nicht im gleichen Ausmaße den Opportunismus eines Brandt eines Tages bedauern müssen. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Dieses zweierlei Maß, Herr Bundesminister, alles das ist Anlaß, die Dinge sehr ernst zu nehmen. Ich habe heute wiederholt darauf verwiesen: Ich bestreite nicht, daß Sie es im Zusammenhang mit dem „Über-Außenminister“ Bundeskanzler Dr. Kreisky besonders schwer haben. Aber vor dem Parlament haben eben Sie die letzte Verantwortung für die Führung der Außenpolitik, und daher müssen wir Sie auch mit diesen Auffassungen konfrontieren. *(Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Alles das, Herr Bundesminister, was ich erläutert habe, spricht jedenfalls für mehr Kontinuität, spricht für mehr Klarheit, spricht für mehr Festigkeit, spricht auch für mehr Verlässlichkeit und spricht für eine breitere Basis unserer Außenpolitik, denn das Ziel unserer Außenpolitik kann jedenfalls nicht sein, den persönlichen Interessen des Herrn Bundeskanzlers irgendeiner Partei zu dienen, sondern das einzige Ziel unserer Außenpolitik muß sein, die dauernde Behauptung unserer Unabhängigkeit nach außen und damit auch die Sicherung unserer Freiheit und der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsmöglichkeiten im Inneren unseres Landes auch für die kommende Zeit zu garantieren. *(Lebhafte lang anhaltender Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Minkowitsch: Der vorgelegte Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Mock und Genossen ist genügend unterstützt und steht somit zur Debatte.

Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Fischer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Fischer (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein Vorredner hat in seinen Ausführungen gemeint, daß eine minimale Gemeinsamkeit in der Außenpolitik notwendig sei. Ich würde sagen: In der Außenpolitik ist eine maximale Gemeinsamkeit

notwendig! *(Beifall bei der SPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Aber ich muß hinzufügen, daß man aus meiner Sicht die Ausführungen meines Vorredners, sowohl was den Inhalt als auch vor allem was die Diktion als auch was die darin enthaltenen persönlichen Angriffe betrifft, mit großer Nachsicht und Gelassenheit beurteilen muß, um wenigstens dieses Bekenntnis zur minimalen Gemeinsamkeit in der Außenpolitik erkennen zu können. *(Abg. Dr. Mock: ... Wahrheit sagen!)* Da ist wirklich eine große Schicht an Polemik und Aggression darübergestülpt *(Widerspruch bei der ÖVP)*, und ich glaube, daß die Gemeinsamkeit in der Außenpolitik eben voraussetzt, meine Damen und Herren, daß man diesen außenpolitischen Bereich anders als in dieser Weise abhandelt und anders behandelt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn Sie, wie ich aus Ihren Zwischenrufen erkennen kann *(Zwischenruf des Abg. Brandstätter)*, den Wunsch äußern, daß ich das auch begründe, so stehe ich nicht an, das zu tun, wenn auch nur in einer sehr kurzen Intervention.

Ich frage mich: Was hat es für einen Sinn, diese uralte sinnlose Rote Katze mit einem Zitat beleben zu wollen, daß der Kreml angeblich über Herrn Willy Brandt sehr zufrieden ist, dessen historische Verdienste so sind, daß auch die Kritik eines Herrn Dr. Mock daran zusammenschumpft? *(Abg. Dr. Blenk: ... Kreiskys Eskapaden!)*

Was hat das für einen Sinn, in einer Debatte ein Zitat über Willy Brandt und etwa seinen Besuch in Jugoslawien zu erwähnen, wenn der christlich-soziale Ministerpräsident in Italien in bezug auf den Herrn Berlinguer ganz andere Sachen tut, als ihn nur zu loben, meine Damen und Herren? *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wollen wir da jetzt die Politik in Italien vorzurechnen und aufzurechnen beginnen und die innenpolitische Situation dort analysieren und dann die Entwicklung in der Bundesrepublik und das historische Verdienst von Willy Brandt und der liberalen Koalition analysieren, durch die hier Fortschritte erzielt wurden in Europa, wie sie vor zehn Jahren kaum denkbar waren? *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Mit dem Bekenntnis zur Gemeinsamkeit hat das alles nichts zu tun.

Herr Dr. Mock! Können Sie wirklich auf diese billige Polemik nicht verzichten zu sagen, die „Iswestija“ ist unsere Lieblingslektüre? *(Ruf bei der ÖVP: Das war ja ein Zwischenruf, Herr Abgeordneter! – Zwischenruf bei der SPÖ.)* Das ist Ihr Bekenntnis zur gemeinsamen Außenpolitik? *(Ruf bei der ÖVP: Das war ja ein Zwischenruf! – Abg. Dr. Blenk: Das war*

Dr. Fischer

provoziert! – *Abg. Dr. Schranz: ... habe ich gesagt!*) Sie haben nur das halbe Zitat des Abgeordneten Schranz zitiert! (*Weitere Zwischenrufe.*)

Meine Damen und Herren! Ich will an Sie die Frage richten, ob es nicht auch bei der verständlichen Irritation, der verständlichen Aggression, die sich angesammelt hat, wenn man acht Jahre in Opposition ist (*Abg. Dr. Blenk: Das ist doch lächerlich und eher billig!*), möglich ist, für eine gemeinsame Außenpolitik zu kooperieren, zu der man sich nicht nur verbal bekennt, sondern die auch aus den Äußerungen des Fraktionsführers der Opposition im Parlament irgendwie erkennbar ist. Sonst sind das nur Lippenbekenntnisse, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Brandstätter: Jetzt sagen Sie noch dazu, ob Sie erwarten, daß wir auch den Beginn beschimpfen!*) Herr Kollege, dazu komme ich noch!

Ich frage mich, ob die Öffentlichkeit, wenn sie diese Rede hört und wenn sie die Formulierungen in dieser Rede hört, Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, das Bekenntnis zu der gemeinsamen Außenpolitik, die es ja de facto gibt, glaubt.

Die Außenpolitik der österreichischen Bundesregierung ist eine gemeinsame. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.*) In allen wichtigen Fragen gibt es diesen Konsens. Beobachten Sie das Auftreten österreichischer Delegationen im Europarat, vor den Vereinten Nationen oder in anderen internationalen Gremien! Da gibt es eine Kooperation in einem Ausmaß, das einen machmal fast verwundert, jedenfalls aber erfreut. (*Abg. Dr. Blenk: Da müssen Sie die Eskapaden des Herrn Bundeskanzlers ausklammern!*) Und da muß man sich hier auf eine Diktion einlassen, in der diese Polemik nicht fehlen darf, nur weil man glaubt, als Oppositionspolitiker auch in der Außenpolitik sein Pflichtpensum an Angriffen erfüllen zu müssen?

Wir wollen von der gemeinsamen Außenpolitik nicht nur reden, sondern wir wollen sie auch in den nächsten acht Jahren in Österreich so praktiziert wissen wie in den vergangenen acht Jahren, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich glaube, zu der gemeinsamen Außenpolitik würde es beispielsweise auch gehören – das ist mein zweiter Punkt –, die Darstellung über die Tätigkeit des Außenpolitischen Rates fairer und wahrheitsgemäßer und umfassender vorzunehmen. Ich darf Sie daran erinnern, daß dieser Außenpolitische Rat zunächst einmal eine Einrichtung ist, die erst während dieser sozialistischen Regierung geschaffen worden ist. Wir haben uns seinerzeit nicht beschweren können, daß „nur“ neun Sitzungen stattgefunden haben,

denn als wir in Opposition waren, hat es überhaupt keinen Außenpolitischen Rat gegeben, meine Damen und Herren! Und es hat auch nicht jenes Ausmaß an Information gegeben, das Sie heute haben. Sie bekommen die Botschafterberichte und alle möglichen Unterlagen (*Zwischenruf des Abg. Brandstätter*), und ich begrüße das im Interesse einer gemeinsamen Außenpolitik, die wir als Oppositionspartei nicht bekommen haben.

Ich bin jetzt nicht indiskret in bezug auf Gespräche, die ich zu der Zeit geführt habe, als der Außenpolitische Rat gegründet wurde, aber erinnern Sie sich an das, was hier im Plenum gesagt wurde, an die Vorbehalte von Ihrer Seite, daß man mit diesem Instrument sparsam umgehen soll, daß das nicht etwa zu einem außenpolitischen Ersatzausschuß führen dürfe, daß der Außenpolitische Rat nicht dazu führen dürfe, daß etwa das Parlament, der Außenpolitische Ausschuß ins Hintertreffen gerate! Das waren die Befürchtungen Ihres Klubobmanns Prof. Koren, als sich unsere Fraktion dafür eingesetzt hat, daß dieser Punkt aus der Regierungserklärung verwirklicht wird, meine Damen und Herren.

Und wir haben den Außenpolitischen Rat so konstruiert, daß ein Mitglied oder zwei Mitglieder, eine winzige Minderheit, die Einberufung verlangen können. Davon wird auch Gebrauch gemacht, und das ist auch gut so.

Nur wenn ich mir die Tagesordnungen jener Sitzungen anschau, die über Verlangen der Opposition einberufen werden: Wie schauen denn diese Tagesordnungen aus, die Sie uns vorlegen, meine Damen und Herren, jene Verlangen, die vom Herrn Dr. Taus oder vom Herrn Dr. Mock oder vom Herrn Dr. Lanner unterschrieben sind? Steht da drauf: Wir bitten um oder wir ersuchen um oder wir wünschen eine Information über die nächste Generalversammlung – die Ihnen zusteht –!? Oder: Wir wünschen über diese oder jene Sachfrage in der Außenpolitik zu diskutieren!? – Die Tatsache, daß in den sieben Sitzungen, die über Ihr Verlangen einberufen wurden und deren Tagesordnungen von Ihnen vorgelegt wurden, nur jene Punkte behandelt wurden, die Sie selbst als zweitrangig bezeichnet haben, die fällt ja auf Sie zurück, meine Damen und Herren, weil es Ihre Tagesordnungsvorschläge waren! Das ist Selbstkritik, die Sie hier betrieben haben, und diese ist ja vielleicht ganz nützlich und heilsam.

Ich richte daher an Sie die Bitte, bei den künftigen Verlangen auf Einberufung des Außenpolitischen Rates die Tagesordnung so vorzuschlagen, wie es den tatsächlichen Bedürfnissen der Opposition entspricht. Denn jene Herren, die bisher die Einberufung der Sitzun-

10326

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Dr. Fischer

gen verlangt haben, waren da offensichtlich nicht richtig informiert. Das ist die Wahrheit, das läßt sich belegen, und die Polemik des Herrn Dr. Mock geht auch in diesem Punkt daneben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Ich komme zum dritten Punkt. Wir haben uns schon daran gewöhnt, daß in einer Rede eines Oppositionspolitikers - von ganz seltenen Ausnahmen abgesehen -, auch wenn es um den gemeinsamen Bereich der Außenpolitik geht, das Pflichtpensum an Angriffen gegen den Bundeskanzler und den Außenminister nicht fehlen darf *(Zwischenruf bei der ÖVP: No na!)*, und der intelligente Zwischenruf „No na!“ bestätigt das ja, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ. - Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr.)*

Eines kann man, meine Damen und Herren, mit größter Ruhe und Gelassenheit sagen: Die Verdienste des österreichischen Bundeskanzlers um die österreichische Außenpolitik in der einen Waagschale und die Verdienste der Herren Dr. Taus plus Dr. Mock plus Dr. Lanner plus etlicher anderer in der anderen Waagschale - das Urteil, welche Verdienste in der Außenpolitik schwerer wiegen, meine Damen und Herren, soll das österreichische Volk fällen, da brauchen wir mit Ihnen gar nicht zu streiten! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn das außenpolitische Ansehen der Republik Österreich heute - was Sie ja bei internationalen Gelegenheiten nicht bestreiten können, was ja auch Ihre Redner bei internationalen Veranstaltungen mit Stolz hervorstreichen - jenes Ausmaß erreicht hat, wie das eben in den siebziger Jahren der Fall ist, meine Damen und Herren, dann haben zu diesem Umstand sicher viele Faktoren beigetragen - auch das Prinzip der gemeinsamen Außenpolitik, das wir über die Polemiken der Opposition hinweg immer weiterführen konnten -, aber daß der Anteil des Bundeskanzlers daran ein ganz entscheidender ist, das wird kein vernünftiger Mensch in der Republik Österreich bestreiten können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Auch Vokabeln wie „abqualifizieren“ und so weiter, die aus mir unverständlichen Gründen in der Rede meines Vorredners nicht gefehlt haben, werden daran nichts ändern.

Ich komme zum vierten Punkt, dem Entschließungsantrag.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß eine Debatte über einen Außenpolitischen Bericht sicher ein Anknüpfungspunkt für einen Entschließungsantrag des Parlaments sein könnte. Aber ich frage mich: Wenn es Ihnen darum gegangen wäre, ein Dokument zu formulieren, das die gemeinsame Außenpolitik

unserer Republik ausdrücken soll, das gewisse Grundsätze neuerlich festschreiben soll - hätten Sie dann nicht jenen Vorgang gewählt, den wir etwa auch bei der Formulierung der Verteidigungsdoktrin oder bei fast allen anderen wichtigen Dokumenten gewählt haben? Hätten Sie nicht im Außenpolitischen Ausschuß die Vorgangsweise gewählt, so wie wir es gestern beim Datenschutzgesetz gemacht haben - wo wir eine Entschließung einvernehmlich schon im Ausschuß formuliert haben -, im Außenpolitischen Ausschuß ein solches Dokument vorzubereiten?

Muß sich nicht Herr Dr. Mock - ausgerechnet Herr Dr. Mock - an folgende Szene erinnern, die ich Ihnen kurz in Erinnerung rufen darf: Es war, glaube ich, vor zwei Jahren - ich kann mich irren, es könnten auch drei gewesen sein -, als ein Kongreß des ÖAAB in einer österreichischen Landeshauptstadt stattgefunden hat. Dort sind verschiedene Forderungen gestellt worden. Wir haben eine dieser Forderungen zum Gegenstand eines Entschließungsantrages gemacht. Wir haben gesagt: Wenn der ÖAAB dafür ist und wir auch dafür sind, dann haben wir doch eine schöne Mehrheit im Parlament, also können wir die Sache doch beschließen.

Daraufhin sind Sie, Herr Dr. Mock - Sie können es im Protokoll nachlesen - zum Rednerpult gelaufen und haben gesagt: Eine große Opposition läßt sich das nicht gefallen, daß man ihr während der Plenarsitzung einen Entschließungsantrag aufs Pult knallt, und sie soll das apportieren.

Herr Dr. Mock! Haben Sie das vergessen, wenn Sie jetzt, während der Debatte in der Plenarsitzung, ohne Vorberatung im Außenpolitischen Ausschuß, einen Entschließungsantrag vorlegen und vielleicht erwarten, daß dieser ohne jede weitere Diskussion und Vorberatung akzeptiert wird?

Ich sage das deshalb so ausführlich, weil es uns im Prinzip nicht schwerfällt, Entscheidungen zu treffen, zuzustimmen, abzustimmen. Aber es ist schade, daß Sie ein Papier vorlegen, in dem viele Passagen enthalten sind, denen man ohne weiteres zustimmen kann, aber auch manche enthalten sind, denen man nicht zustimmen kann, daß es darüber wieder eine Kampf Abstimmung geben würde.

Ich gebe Ihnen zu überlegen - das können Sie in aller Ruhe tun -: Wenn Sie diesen Antrag als Selbständigen Antrag einbringen und dem Außenpolitischen Ausschuß zuweisen, kann man ihn als Diskussionsgrundlage nehmen. Wenn Sie das nicht tun, haben Sie eine große Chance verpaßt, nämlich die Chance, in der Frage der Außenpolitik eine Entschließung

Dr. Fischer

auszuarbeiten, die von beiden großen Parteien getragen ist. Ich hoffe, daß es quasi nur ein Versäumnis war oder ein nicht genügend gründliches Nachdenken über die Prozedur, die man bei einer Entschließung wählt, die gemeinsam oder einstimmig von allen drei Parteien des Hauses getragen werden soll. Ich hoffe, daß es nicht der Versuch war, ein Dokument vorzulegen in der Erwartung, die Mehrheitspartei werde sich damit nicht vollinhaltlich identifizieren können, um damit wieder einen kleinen Keil in unsere bisherige und auch zukünftige gemeinsame Außenpolitik zu treiben.

Ich komme schon zum Schluß, meine Damen und Herren, und fasse folgendermaßen noch einmal zusammen: Wenn es Ihnen wahr ist mit dem Bekenntnis wenigstens zu einer minimalen Gemeinsamkeit in der Außenpolitik, dem wir das Bemühen um eine maximale Gemeinsamkeit gegenüberstellen, wenn es Ihnen ehrlich ist mit diesem Bemühen, meine Damen und Herren, dann haben Sie eine solche Diktion - eigentlich eine solche Polemik, wie sie mein Vorredner gewählt hat - nicht notwendig.

Aber auch wenn Sie, meine Damen und Herren, Zuflucht zu der Polemik wählen - weil Sie der Philosophie anhängen, eine Opposition müsse immer polemisieren -, so werden wir uns dadurch nicht davon abbringen lassen, die außenpolitische Linie der Republik Österreich auf der Basis der immerwährenden Neutralität und jener Beziehungen zu unseren Nachbarstaaten und allen anderen Staaten, wie wir sie in der Vergangenheit entwickelt haben, fortzusetzen.

Wir werden uns nicht davon abhalten lassen, Ihnen als Opposition ein größeres Maß an Information und ein größeres Maß an Mitsprache einzuräumen, als wir das als Oppositionspartei gehabt haben. Wir bieten Ihnen an, diesen Entschließungsantrag dem Außenpolitischen Ausschuß als Selbständigen Antrag zuzuweisen. Die Entscheidung liegt bei Ihnen, ob Sie das haben wollen oder nicht.

Es ergibt sich als selbstverständliche und logische Schlußfolgerung aus dem, was ich bisher gesagt habe: daß sich die Regierungsfraktion des österreichischen Parlaments wünscht und die Regierung auch ersucht, die bisherige erfolgreiche, auf gemeinsamen Grundsätzen beruhende Außenpolitik der Republik Österreich in diesem Geiste und so erfolgreich wie bisher fortzusetzen. *(Lebhafter langanhaltender Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Scrinzi. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Scrinzi (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Änderung der Reihenfolge der Wortmeldungen hat uns hier im Hause ganz deutlich signalisiert, daß offensichtlich - zumindest von einer Seite - die Absicht besteht, in der Außenpolitik auf Kollisionskurs zu gehen.

Die Freiheitliche Partei wird vielleicht einen Teil des Hauses enttäuschen, den anderen hoffentlich nicht; Sie stellt Ihnen nur den stellvertretenden Klubobmann zu dieser Kollisionsdiskussion und bringt damit zum Ausdruck, daß wir nicht die Absicht haben, den Gegenstand der Außenpolitik zu einer harten, im Prinzipiellen geführten Auseinandersetzung zu machen, weil das zweifellos mehr Nachteile als Vorteile bringt.

Wir wollen aber von vornherein dem Verdacht vorbeugen, daß wir in eine unkritische Nähe etwa der Sozialisten geraten wollen. Das wollen wir gar nicht, und ich persönlich stehe wahrscheinlich nicht im Verdacht, ein Sympathisant der linken Hälfte des Hauses zu sein.

Ich glaube aber, wir sollten - auch die Freiheitliche Partei wird sehr hart kritisieren - die Linie fortsetzen, die wir ja im Grunde genommen auch bei anderen Mehrheitsverhältnissen dieses Hauses immer eingehalten haben. Ich würde, wenn ich historisch zurückblende, eigentlich nur die kurze Zeit ausblenden, in der wir das Mißvergnügen hatten, kommunistische Abgeordnete in diesem Haus zu haben. Wir haben uns auch in der Zeit, in der die große Koalition die Freiheitliche Partei mit allen Mitteln in eine Ecke dieses Hauses zu drängen versuchte, vom Bekenntnis zur gemeinsamen Außenpolitik nicht abbringen lassen. Das tun wir auch heute nicht, obwohl wir in diesem Punkt an die Kritik des ÖVP-Klubobmannes Dr. Mock durchaus anknüpfen könnten und sagen müßten: Es hat der Herr Bundeskanzler im Laufe der letzten beiden Jahre auf dem Gebiet der Außenpolitik trotz der unbestritten großen Erfahrungen, die er hat, beachtliche und bedauerliche Fehlleistungen erbracht.

Wir bekennen uns - das möchte ich einleitend feststellen - zur Fortsetzung einer kritischen Zusammenarbeit im Bereich der Außenpolitik, werden aus dieser Überlegung auch die beiden vorliegenden Berichte zustimmend zur Kenntnis nehmen und möchten bei dieser Gelegenheit auch aus Überzeugung den Beamten des Außenministeriums, den Auslandsvertretungen Österreichs, allen Diplomaten, die am Zustandekommen dieser beiden Dokumente mitgewirkt haben, unseren Dank aussprechen. *(Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)*

Es ist sowohl in der bisherigen Diskussion wie auch im Rahmen des Entschließungsantrages der ÖVP das Thema Rat für Auswärtige

10328

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Dr. Scrinzi

Angelegenheiten ausführlich behandelt worden. Auch hier gilt das, was ich zur heutigen Debatte einleitend schon gesagt habe. Dieser Rat für Auswärtige Angelegenheiten wurde als ein Konsensorgan geschaffen; das war die Absicht. Wir haben mit Bedauern zwei Dinge festgestellt. Das eine richtet sich gleich als kritische Adresse an den zuständigen Ressortminister: daß das Ressort von der Möglichkeit, in diesem Rat für Auswärtige Angelegenheiten grundsätzliche Fragen im Rahmen eines Meinungsaustausches zu behandeln, praktisch nicht Gebrauch gemacht hat. Denn ich glaube, Herr Dr. Fischer, im Grunde müßten wir darin übereinstimmen, daß das ja nicht nur als ein Instrument gedacht war und zu sehen ist, das der Opposition zur Verfügung steht, wenn sie ein besonderes Informationsbedürfnis hat. Wenn wir gemeinsame Außenpolitik machen, müßte sich auch initiativ das Außenamt dieses Instrumentes bedienen, um dort, wo in grundsätzlichen Fragen Vorentscheidungen - etwa in internationalen Organen oder bei Besuchen des Außenministers - zu treffen sind, die Meinung der Oppositionsparteien einzuholen und einen Gedankenaustausch zu pflegen. Das ist also nicht geschehen, mit dem schon zitierten einen Ausnahmefall, wo es ja um eine kritische Situation ging, die durch die bekannten Waffengeschäfte entstanden war. Sie wissen sehr, wir haben uns damals auf der Linie des Abwiegens im Interesse Österreichs bewegt. Sonst ist dieses Organ nie zu Rate gezogen worden.

Ich habe als Vertreter meiner Partei in dem Rat für Auswärtige Angelegenheiten immer wieder appelliert und daran erinnert - und hier stimme ich zum Teil mit der Kritik, die hier vorgebracht wurde, überein -, daß man diese Einrichtung nicht als ein Instrument der Opposition betrachten sollte, um auch in diesem Rahmen Konfrontation zu suchen. Dann würde ich es eigentlich für ein überflüssiges Organ halten, denn die Möglichkeit, uns mit der Bundesregierung auseinanderzusetzen, haben wir im Haus, und da haben wir es ja sehr viel wirksamer.

Ich appelliere also in diesem Zusammenhang noch einmal, daß man den Geist dieses Organes beschwöre, nämlich im gemeinsamen Interesse Österreichs vorzugehen. Denn hier kann es ja nicht Verlierer geben, die nur bei einer Partei etwa zu suchen wären. Verlierer wäre, wenn wir grundsätzliche und entscheidende Fehlleistungen in der Außenpolitik bringen, immer wieder ganz Österreich, und zwar ohne Rücksicht auf die jeweils bestehenden Mehrheiten.

Nun bei dieser Gelegenheit noch eine weitere kritische Bemerkung, die in den Sinnzusammenhang gehört. Herr Bundesminister! Es ist klar,

daß der Informationsfluß aus Ihrem Ressort durch die ständige Lieferung aller wichtigen Dokumente, die bei Ihnen zusammenströmen, anerkennenswert ist. Aber er bringt uns jetzt langsam in eine Verlegenheit, nämlich daß übersehen wird, daß zur Aufarbeitung dieses Informationsmaterials, wenn es uns konkret helfen soll, ein Apparat und ein Personalbedarf da wäre, den die Klubs - jedenfalls muß ich das von meinem sagen - trotz des Fleißes, der aufgebracht wird, einfach nicht haben. Und es kann nicht von Zufall sein - und das ist für mich eine Nagelprobe für diese Kritik -, daß zum Beispiel der so interessante und wichtige Bericht über Camp David einen entscheidenden Fehlbestand hatte: Da hat eine Seite gefehlt. Ich kritisiere nicht die mögliche Fehlleistung. Das kann überall passieren. Das ist bei Gott keine Kritik jetzt etwa in Richtung der verantwortlichen Beamten.

Aber interessant ist es für den Zustand, in dem die Fraktionen sind: Es war nur die freiheitliche Fraktion, der überhaupt aufgefallen ist, daß diese Seite fehlt. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Ettmayer.*) Sie haben jedenfalls dann die fehlende Seite - ob es inzwischen geschehen ist, bislang weiß ich es nicht - beim Außenministerium nicht angefordert. Schütteln Sie nicht den Kopf, Herr Ettmayer! Aber vielleicht sind Sie ein Hellseher und konnten die fehlende Seite aus eigenem ergänzen; das weiß ich nicht.

Jedenfalls lange Zeit nach Vorliegen dieser Camp David-Berichte haben wir durch die Rückfrage im Außenministerium festgestellt, daß offensichtlich außer uns noch keine Fraktion das Fehlen bemerkt oder als Mangel empfunden hat. Es wäre ja auch denkbar, daß Sie auf solche Informationen nicht angewiesen sind.

Ich sage ja nur, das soll ein Appell, gerichtet an die Adresse des Außenressorts, sein, sich zu überlegen, ob es möglich ist, uns eine konzentriertere Aufbereitung zu liefern, sonst, muß ich sagen, muß man vor dieser Fülle von Papier, das wir jetzt nur mehr in Metern angeben können, einfach kapitulieren. Das könnte zum Beispiel auch Gegenstand sein, daß wir uns im Rat für Auswärtige Angelegenheiten darüber unterhalten, daß aus dieser sehr erfreulichen Fülle von Information, also daß aus dieser Wohltat nicht eines Tages wirklich eine nicht zu bewältigende Plage wird.

Meine Damen und Herren! Diese abweichenden Einleitungen waren aus dem besonderen Verlauf, den die heutige Diskussion zu den beiden Berichten genommen hat, notwendig. Darf ich vielleicht, ehe ich auf den Gegenstand eingehe, nämlich auf die beiden Berichte, auch namens der Fraktion der Freiheitlichen Partei

Dr. Scrinzi

ein paar Äußerungen, ein paar Anmerkungen zum Entschließungsantrag der ÖVP machen.

Wir würden uns nicht in der Lage sehen, und zwar nicht nur allein aus der Überlegung, daß ein so umfangreicher Entschließungsantrag tatsächlich nicht im Rahmen einer Ad hoc-Entscheidung beurteilt werden kann, sondern daß das eines eingehenden Studiums bedarf, sondern auch weil wir glauben, daß der Entschließungsantrag in vielen Dingen eine bessere Durchgestaltung erfordern würde.

Ich klammere unseren alten Streit über die Formulierung von der freiwilligen Neutralität aus. Ich habe mir gedacht, durch die Ausführungen des leider verstorbenen Abgeordneten Czernetz im Juli vergangenen Jahres sei dieser Streit beigelegt. Ich könnte ihn hier zitieren; er hat also genau den Standpunkt, den wir immer in der Frage seit 1955 eingenommen haben, bestätigt, der eben lautet: Nach der gegebenen konkreten Situation war das der Preis, den Österreich zu zahlen hatte, um die vier Besatzungsmächte loszuwerden. Wir, alle Parteien dieses Hauses, halten diesen Preis für gerechtfertigt und stehen heute selbstverständlich auf dem Standpunkt *Pacta sunt servanda*, und es darf gar kein Deuteln, Wenden und Drehen geben, daß es eine Partei in diesem Hause gäbe, die an dieser übernommenen Neutralitätsverpflichtung rütteln wollte.

Nun aber sind auch Passagen enthalten, bei denen man – ich weise nur darauf hin –, wenn man das in Ruhe durchliest, hier vielleicht unsere Kritik für nicht ganz unberechtigt halten wird. Wenn es zum Beispiel auf Seite 4 heißt: „... die österreichische Minderheitenpolitik soll dabei das übergeordnete Ziel verfolgen, eine Lage zu schaffen, in der sich alle Angehörigen der Minderheiten ohne Vorbehalte voll zu Österreich bekennen können“, so könnte diese Formulierung ja Anlaß zu Mißverständnissen sein.

Wenn ich als jugoslawischer Botschafter hier wäre, dann würde ich das zum Anlaß nehmen zu sagen, das ist ja die offizielle oder die offiziöse Bestätigung einer großen Parlamentspartei, daß der Zustand noch nicht so ist, ja daß ein Teil der Minderheiten und ein Teil einer bestimmten Minderheitenführung nicht bereit ist, eine kooperative Haltung einzunehmen und von den Möglichkeiten, vom Instrumentarium des Volksgruppengesetzes – vielleicht nicht vollkommen und nicht alle Wünsche hundertprozentig auf beiden Seiten befriedigend – Gebrauch zu machen, das ist eine. Aber das andere wäre, daß wir uns hier doch vielleicht bescheinigen würden: Wir, die Republik, hat ihrerseits nicht alles getan, um dieses an sich bejahenswerte Ziel zu gewährleisten.

Die gleichen Bedenken haben wir gegen die Formulierungen auf Seite 5 zur weltweiten Friedenspolitik.

„Die Schaffung einer weltweiten Friedensordnung hängt im hohen Ausmaß davon ab, wieweit die internationalen Beziehungen dem Recht unterworfen werden können. Dieses wünschbare Ziel ist in einer absehbaren Zukunft noch nicht zu erreichen. Bis dahin sind die Prinzipien und Ziele der Charta der Vereinten Nationen voll zu unterstützen.“

Ich glaube, diese Formulierung mag in vielen Belangen einem bedauernswerten Ist-Zustand entsprechen. Aber ob es klug ist, das als eine außenpolitische Stellungnahme Österreichs in der Form abzugeben, das wagen wir sehr zu bezweifeln.

Ich sehe davon ab, daß in einem Entschließungsantrag zumindest die dort genannten Organe richtig bezeichnet werden sollten. Wir haben keinen „Außenpolitischen Rat“, der hier immer wieder genannt wird.

Wir haben auch bestimmte Bedenken gegen Ihren Vorschlag – er ist ja aus Ihren Reihen nicht neu, das Thema des Nationalen Sicherheitsrates wird ja von Ihrer Seite durchaus positiv seit längerer Zeit in die Diskussion geworfen, und die Teilnehmer werden sich vielleicht erinnern, daß wir auch im Rat für Auswärtige Angelegenheiten den Gegenstand schon am Rande behandelt haben, uns überlegt haben, ob es nicht Wege gäbe, schon bestehende Einrichtungen wie zum Beispiel den Landesverteidigungsrat und den Rat für Auswärtige Angelegenheiten zu koordinieren und so ein Organ zu schaffen. Aber wir sind auch bereit, in die Diskussion darüber einzutreten, ob man einen solchen eigenen Rat schaffen sollte. Hier sollen wir das sehr streng prüfen.

Meine Damen und Herren! Gerade wir, die Oppositionsparteien, die, wie wir meinen, mit Berechtigung der Regierung vorwerfen, daß sie unentwegt solche Beiräte, Kommissionen und so weiter schafft, sollten uns sehr überlegen, ob wir im Gesetzeswege die Fülle solcher Einrichtungen vermehren sollten.

Aber ich kann auch namens meiner Fraktion sagen, wenn Sie die Zielsetzungen dieses Entschließungsantrages in einer anderen Form zur Diskussion stellen, sind wir absolut bereit, auch positiv in diese Diskussion einzutreten.

Meine Damen und Herren! Wenn man Gelegenheit hat, außenpolitische Diskussionen anderer Parlamente mit denen, wie wir sie zumindest bislang in diesem Hause geführt haben, zu vergleichen, so spiegeln sie einen, wie ich glaube, erfreulichen Zustand wider. Es fehlen nämlich in diesem Hause die harten

10330

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Dr. Scrinzi

Auseinandersetzungen über außenpolitische Fragen, wie wir das von vielen anderen Parlamenten kennen. Wir halten das für ein Positivum, obwohl selbstverständlich damit die Oppositionsparteien sich ein durchaus politisch nicht uninteressantes Gebiet verschließen oder verschließen sollten, indem man sich mit der Regierungsmehrheit hart auseinandersetzen pflegt in anderen Parlamenten.

Wenn ich nachlese, was wir in diesen letzten Jahren im Hause, und zwar auch zur Zeit, als wir andere Mehrheits- und Regierungsverhältnisse hatten, gemacht haben, so möchte ich sagen, immer, und zwar ohne Rücksicht darauf, wer auf der Regierungsbank saß, war mein Eindruck, daß die Regierungspartei die Außenpolitik immer sehr optimistisch mit einem guten Stück Selbstlob dargestellt hat, während die Oppositionsparteien, ganz gleich wie sie geheißt haben, in einem kritischen Pessimismus die Dinge beleuchtet, aber immer ihre grundsätzliche Konsensbereitschaft betont haben. Das heißt also, letzten Endes ergibt das Nachlesen dieser Debatten, daß in den Grundfragen Übereinstimmung bestand, daß aber in einer Reihe von Einzelfragen durchaus auch harte Auseinandersetzungen möglich waren. Ich glaube also, das sollte auch der weitere Weg bleiben, wobei ich nun gleich mit meiner ersten Kritik, meiner grundsätzlichen Kritik ansetze.

Natürlich haben auch wir nicht übersehen, daß seit 1970, seit dieses Ressort mit den vom Herrn Bundeskanzler so geliebten „Nullgruppen“ besetzt ist, im gesamten Kreisky der eigentlich wahre, wenn auch nicht immer, leider sage ich, stille Außenminister blieb und ein gewisses Einfließen von ideologischen Akzenten in die Außenpolitik nicht übersehen werden kann.

Da und dort lesen wir bei bestimmten Haltungen, bei bestimmten Abstimmungsverhalten, insbesondere in internationalen Organen, die Handschrift der Sozialistischen Internationale und spüren also hier die Koordinierung der österreichischen Außenpolitik in Richtung eines Konzeptes, welches die Sozialistische Internationale offensichtlich im weltpolitischen Zusammenhang verfolgt. Das könnte man im einzelnen belegen; aus Zeitgründen werde ich mir das vorerst ersparen. Wenn es angezweifelt wird, wird noch mein Parteifreund Peter sicher mit konkreten Beispielen darauf eingehen können.

Es hat sich unser Verhältnis sowohl zur Dritten Welt unter diesem Aspekt etwas geändert, es ist unsere Haltung gegenüber den Blockfreien in manchen Dingen eine andere geworden. Es sind auch Akzentuierungen bei kritischen Äußerungen gegenüber der westlichen Welt anders geworden.

Die doppelzüngige Haltung, die früher auch schon kritisiert wurde, gegenüber den Rechts- und Linksdiktaturen der Welt, die unterschiedliche Wertung ist unverkennbar. Kollege Luptowits hat ja die diesbezüglich sehr eindrucksvolle Kritik des Delegierten Marquie, der man nur voll beipflichten kann, vor wenigen Wochen im Europarat gehört. Dort hat dieser sehr besonrene und eher ruhige Abgeordnete in sehr eindrucksvoller Weise vor den Folgen einer solchen doppelbödigen Moral in der internationalen Politik gewarnt und auch ganz konkret die Prügelkinder der UNO-Mehrheit, etwa Rhodesien, Südafrika und so weiter, zitiert.

Es entspricht der optimistischen Sicht, welche die Bundesregierung hinsichtlich der Ziele und des Ganges der österreichischen Außenpolitik hat, wenn der Herr Bundeskanzler vor kurzem in einem Interview gesagt hat, die österreichische Außenpolitik sei problemlos. Diesen Eindruck haben wir durchaus nicht. Ich möchte hier auch gleich anfügen: Nicht so sehr deshalb, weil es die österreichische Außenpolitik wäre, die Probleme schafft oder bestehende Probleme gewissermaßen fahrlässig nicht löst, sondern weil wir uns als kleiner neutraler Staat unserer ganzen geopolitischen, geostrategischen Situation nach in einer der Bebenzonen der Welt einfach zwangsläufig im Sog der weltweiten Problematik befinden und uns ihm gar nicht entziehen können.

Was wir tun können, ist, bei sorgfältiger Beobachtung der Großwetterlage zu versuchen, das kleine österreichische Schiff auf einem sicheren und klaren Kurs zu halten, sodaß niemand, weder im Osten noch im Westen, an unserer Entschlossenheit zweifeln kann, diesen Kurs, der auf Verteidigung von Unabhängigkeit, von Freiheit, von Rechtsstaatlichkeit und von Achtung der Menschenrechte gerichtet ist, mit allen Mitteln zu verteidigen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dieser Kurs ist keineswegs sehr leicht zu steuern. In dieser Richtung war ja Belgrad ein Ereignis, das manchem rosaroten Optimisten hoffentlich den Star gestochen hat.

Eine ausführliche Erörterung dieses Berichtes – er würde es seiner Gründlichkeit nach verdienen – ist nicht zumutbar und auch nicht möglich. Aber ich möchte hier betonen, daß vom Hohen Haus wirklich anerkannt werden muß, daß die österreichische Delegation in Belgrad, insbesondere die verantwortliche Leitung dieser Delegation, unter den gegebenen Umständen hervorragend operiert hat und – was ich ganz besonders begrüße – daß der Schlußbericht an Nüchternheit und Realismus nichts zu wünschen übrig läßt. Der Schlußbericht ist ein Fundament, von dem aus man sich durchaus ein sehr klares

Dr. Scrinzi

Urteil über die tatsächliche Weltlage bilden kann; ein Urteil frei von allem ideologischen Nebel, ein Urteil frei von allem verständlichen Wunschdenken, daß die Welt viel besser, viel sicherer, viel friedlicher, viel menschlicher sein sollte, als sie tatsächlich ist.

Wir haben einfach zur Kenntnis zu nehmen, daß sich in einer so entscheidenden Frage wie der des tatsächlichen Vollzuges der Schlußakte von Helsinki in Belgrad herausgestellt hat, daß dort seitens der Ostblockländer nicht einmal Diskussionsbereitschaft zu diesem Thema war. Wer seit Helsinki Gelegenheit hatte, entweder Kontakte mit Vertretern der Ostblockstaaten aufzunehmen oder auch im Rahmen von offiziellen Delegationen hier zu einem Meinungsaustausch zu kommen, wird mir bestätigen: es gibt kein Thema, über das man dort nicht reden könnte, nur über Menschenrechte kann man nicht reden. Da geht der Vorhang zu, da besteht dann plötzlich eiserne, kalte Ablehnung.

Es hat sich also gezeigt, daß Helsinki - und wenn, dann nur verbal - diese grundlegenden Differenzen, die zwischen den freien demokratischen Staaten des Westens und den Staaten des Ostblocks bestehen, nicht beseitigt, nicht überzeugend überbrückt hat, und wir wissen ja alle, daß sich die Belgrader Nachfolgekonferenz nur mühselig über die Runden und zu dem Beschluß durchsetzen konnte, in Madrid die Gespräche fortzuführen.

Wir anerkennen und treten der Auffassung bei, daß das unter den gegebenen Verhältnissen schon ein Erfolg war. Ich würde auch meinen, daß sich aus dem Bericht ergibt, daß die österreichische Delegation zu diesem Erfolg, daß es dort nicht zum Bruch des Gespräches kam, ihren verdienstvollen Anteil geleistet hat. Denn wie hier Deklamation und Wirklichkeit auseinanderfallen, haben gerade wir in Österreich mitten zwischen den beiden großen Blöcken Gelegenheit, an sehr nüchternen Indikatoren festzustellen.

Wenn sich von 1977 auf 1978 die Zahl der Asylsuchenden Flüchtlinge aus den Ostblockländern allein in Österreich fast verdoppelt hat, so spricht diese Tatsache eine unmißverständliche Sprache, die niemandem mehr erlaubt, zu sagen, er habe sich getäuscht, er habe eben geglaubt, daß Helsinki ein neuer Anfang wäre. Die seither in den Ostblockländern durchgeführten Dissidentenprozesse sprechen die gleiche unmißverständliche Sprache. Wir haben dies eben als harte Fakten in unsere konkrete Außenpolitik miteinzubeziehen.

Auch die jüngsten Ereignisse in diesem Bereich, die Ausweisung des ORF-Korrespondenten Hutter und das Verhalten gegenüber dem Wiener Rechtsanwalt Dr. Aigner, der in einem Prozeß in der Tschechoslowakei interve-

nieren wollte, und zwar nur als Zuhörer, was ihm auf Grund der in Helsinki beschworenen Spielregeln ja zugestanden wäre, sind Symptome dafür, wie rau die Wirklichkeit in dieser Welt nach wie vor ist.

Meine Damen und Herren! Insofern, glaube ich, sollten wir gerade diesen Bericht aus Belgrad besonders kritisch und aufmerksam lesen und dafür dankbar sein, daß man sich seitens unserer Delegation dort unten kein X für ein U vormachen ließ.

Wenn wir uns fragen: Hat sich diese Großwetterlage in der Weltpolitik, seit wir in diesem Haus bei gleicher Gelegenheit einen Tour d'horizon über die Weltpolitik gemacht haben, geändert, hat sie sich verbessert oder verschlechtert?, so darf man, ohne ein Berufspessimist sein zu wollen, sagen: Verbessert sicher nicht. Wir wissen, daß wir in dieser abgelaufenen Periode ausgesprochene Frostzonen zu durchschreiten hatten und daß zwischenweilig von beiden Seiten, von beiden Supermächten die Frage aufgeworfen wurde, ob die Grundlagen zur Fortsetzung des Entspannungsprozesses, an dem gerade ein Land wie das unsere an sich nur interessiert sein kann, und zwar eines realistischen Entspannungsprozesses, noch gegeben wären.

Aber ein besonderes Ereignis ist eingetreten, das zwar im Größenverhältnis es kaum erlaubt, daß dieses kleine neutrale Österreich dazu Bezug nimmt, ich halte es aber trotzdem für so bedeutend, daß es hervorgehoben werden muß. Es ist die Tatsache, daß, wie es ein deutscher Kommentator, ein bundesdeutscher Kommentator genannt hat, nach 4 000 Jahren chinesischer Weltgeschichte China in die Weltpolitik eingetreten ist.

Es ist kein Zufall, und wir sollten gerade diesen Umstand zum Ausgangspunkt von Überlegungen machen, daß dieser Eintritt nicht irgendwo, sondern daß er in Europa erfolgt ist. Die Besuche Hua Kuo-Fengs in Bukarest und Belgrad, und aus ganz anderen Motiven und im ganz anderen Zusammenhang der anschließende in Teheran, sind ein Signal, sind ein Signal, mit dem wir uns auch ganz konkret auseinandersetzen müßten. Und zwar - das möchte ich gleich sagen - nicht in einem Sinne, daß wir sagen, wir sind jetzt eine große Sorge los. Es besteht die Chance, daß eine Wetterzone, die an der sowjetischen Ostgrenze schon lange besteht, sich zu einem neuen gefährlichen Konflikttherd entwickelt, der große und starke, auch militärische Kräfte der Sowjetunion binden und der uns womöglich erlauben wird, unsere an sich unzureichenden Verteidigungsanstrengungen noch mehr zu vermindern, als es leider im Rahmen der NATO in den letzten Jahren geschehen ist. Im Gegenteil.

10332

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Dr. Scrinzi

Dieser Eintritt Chinas in die aktive Weltpolitik, symbolisiert durch diesen ganz außergewöhnlichen Besuch des chinesischen Staatschefs, sollte und wird ja auch, davon bin ich überzeugt, zu Überlegungen Anlaß geben, daß die bisherige bipolare Gestaltung der Weltpolitik vielleicht beginnt der Vergangenheit anzugehören und dieses bipolare Kräftefeld, in welches sich in den letzten Jahren zunehmend die sogenannte Dritte Welt hineingeschoben hat, nun eine ganz neue Kräfteverteilung bekommen könnte, eine Kräfteverteilung, die besonders dann vielleicht die Szene der Weltpolitik verändern könnte, wenn Europa das als eine Chance betrachten würde, den vierten Pol in einem solchen neuen Kräftediagramm zu bilden.

Werden wir diese Chance wahrnehmen können? Wird das, was wir so oft in den verschiedensten europäischen Organen, dem Europäischen Parlament, aber auch in der Parlamentarischen Versammlung in Straßburg als unsere Absicht, als unseren überzeugten Wunsch, als unser erklärtes politisches Ziel formulieren, nämlich dieses Europa wirklich zu integrieren, über die Kartoffel-, Tomatenpreise, über die Wein- und Schlachtrinderkontingente hinaus, wird es uns gelingen? Werden wir diese Chance zeitgerecht nutzen, um in der sich ankündigenden neuen weltpolitischen Szene jene Rolle wieder einzunehmen, die der unglückselige europäische Bürgerkrieg, als der sich ja letzten Endes der Zweite Weltkrieg darstellt im historischen Rückblick, gestört hat?

Nun, muß ich hier sagen, leider muß vor übertriebenem Optimismus gewarnt werden. Ich stelle als ein langjähriger Beobachter dieser Szene fest, daß diese europäischen Institutionen zunehmend, so sehe ich es, Gefahr laufen, Nebenkriegsschauplätze der verschiedenen ideologischen Gruppierungen in den verschiedenen Mitgliedsländern zu werden.

Wir stellen insbesondere in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates seit dem Einzug der Kommunisten und seit von dieser Seite her ein bestimmter Druck erfolgt fest, daß zunehmend Fragen, die eigentlich uns nur als Europäer angehen, nicht als Sozialisten, nicht als Konservative, nicht als Liberale, nicht als Unabhängige oder welche Gruppierungen immer, zunehmend gesehen, gewichtet und entschieden werden nach der Frage, ist mein Ja oder Nein in dieser konkreten Situation geeignet, den Einfluß meiner politischen Gruppe zu stärken, oder schadet es diesem Einfluß?

Das ließe sich für das Europäische Parlament nachweisen. Wer die Hektik hinter den Kulissen beobachten kann, die sich im Zusammenhang mit der Direktwahl zum Europaparlament

vollzieht, wird das ebenso bestätigen wie derjenige, der vor wenigen Wochen in Straßburg die Auseinandersetzung über die Mitgliedschaft Liechtensteins miterleben konnte. Es war ganz unmißverständlich, daß hier parteipolitisch motivierte Vorstöße erfolgt sind, wo es nicht darum ging, soll ein beitragswilliges Land wie Liechtenstein, das ja, glaube ich, nicht erst einen Nachweis für seine Beitrittswürdigkeit zu erbringen hatte, Mitglied werden oder nicht, sondern daß das einfach überlegt wurde von der Seite her, wie werden sich damit Mehrheits- und Abstimmungsverhältnisse verändern.

Wenn wir die Kommentare jetzt aus Frankreich, aus England zur Direktwahl des Europaparlamentes hören, wenn jetzt schon Mentalreservierungen erfolgen, die sagen: Ja, ja, wir wollen schon jetzt ein echtes Parlament durch Direktwahl, aber wir werden uns gegen jeden Versuch hüten, diesem Parlament echte parlamentarische Aufgaben zu übertragen!, das heißt also, in einem begrenzten Umfang Souveränitäten zu übertragen oder nationale Souveränitätsverzichte einzugehen, dann ist, wie ich glaube, Skepsis und Pessimismus am Platz.

Das soll uns nicht hindern, unser Ziel, Epigonen oder, sagen wir, Partisanen, wenn Sie wollen, dieses künftigen Europa zu sein, nicht aus dem Auge zu verlieren, und hier haben wir ja ein ganz besonderes Beispiel, das ich zum Anlaß nehmen möchte, auch von dieser Stelle aus, von anderer Stelle ist es schon geschehen, jenes Mannes zu gedenken, der auf der linken Seite dieses Hauses so lange saß und der nach unserer Auffassung, auch nach der Auffassung jener Abgeordneten, die nicht in seinem politischen Lager standen, ein vorbildlicher Europäer war. Es ist der Abgeordnete Czernetz, der leider nicht mehr, wie wir alle gehofft haben, wie es seit Jahren Tradition war, diese Diskussion zur Außenpolitik eröffnen konnte.

Es geht nicht darum, nach dem Grundsatz etwa, der tote Gegner ist immer ein guter Gegner, hier jemandem einen Nachruf zu halten, sondern, ich glaube, wir, die wir ihn vor allem aus der Zusammenarbeit in Straßburg gekannt haben, müssen diesem Mann bescheinigen, daß es ihm schon lange gelungen war, in all diesen grundlegenden Fragen über den eigenen Parteschatten hinauszuspringen, daß er das getan hat, was auch Dr. Fischer hier mit Recht, glaube ich, erwähnt hat, jenes Klima in der Europaratsdelegation zu schaffen, daß er es zuwege gebracht hat, daß wir uns dort eigentlich nie, auch in den grundlegenden Fragen, als die Vertreter und Abgesandten von Parteien empfunden haben, was wir ja tatsächlich sind und waren, sondern in erster Linie doch als die Vertreter Österreichs mit dem Auftrag, die europäischen Dinge voranzutreiben.

Dr. Scrinzi

Czernetz war ein Mann, der sein Bekenntnis zu Europa nicht nur gesprochen, sondern der es auch gelebt hat und der zu entscheidenden Erfolgen auch seinerseits beigetragen hat.

Es war kein besonderer Anlaß, im Gegenteil, Czernetz hätte manche Gründe gehabt, sich anders zu verhalten, er war es aber, der wesentlich mit dazu beigetragen hat, daß wir Deutsch als Verhandlungssprache im Europarat mit den übrigen deutschsprechenden Gruppen dort durchzusetzen vermochten. Das ist etwas, was wir ihm zweifellos auch heute zu danken haben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Auch derjenige, der kritisiert, daß diese Beratende Versammlung weit davon entfernt ist, jene Ziele erreicht zu haben oder ihnen auch nur nahegekommen zu sein, die wir uns damals gesetzt haben und die sich Österreich mit dem Beitritt gesetzt hat, muß sagen, daß Czernetz einer von den Vertretern in diesem Parlament war, die dazu beigetragen haben, daß Österreich als Mitgliedsland sich dort einer besonderen Anerkennung erfreut, und ich glaube, deshalb sollten wir diesem Kollegen hier bei diesem Anlaß noch einmal ein ehrendes Gedenken erweisen.

Meine Damen und Herren! Zu Optimismus gibt auch die Entwicklung in den internationalen Organisationen keinen Anlaß. Obwohl die Vereinten Nationen in der Zwischenzeit, rein quantitativ gesehen, mit ihren 150 Mitgliedern tatsächlich auf dem Weg sind, eine universale Vertretung der Staaten dieser Welt zu werden, zeigt sich, daß dieses Organ, was sich schon seit Jahren angekündigt hat, immer mehr eine bloße Rostra zur Propaganda von Blöcken, insbesondere ein Feld zur Propaganda der Dritten Welt wird.

Am lautesten betätigen sich dort auf dieser Rostra im Namen von UNO-Charta und Menschenrechten die Vertreter jener Länder, die in ihrem eigenen Land diese Menschenrechte bis zur Massenvernichtung von politischen, religiösen oder rassischen Gegnern mißachten.

Nach wie vor betrachtet zu unserem Bedauern die UNO den Gegenstand Südrhodesien, Südwestafrika und die Rassenpolitik Südafrikas als eine der größten Bedrohungen des Weltfriedens und des friedlichen Zusammenlebens.

Es hat sich gezeigt - ein Teil dieser permanenten blutigen Konflikte wurde ja schon vom Abgeordneten Mock erwähnt, ich brauche sie nicht wieder anzuführen -, daß die UNO sich in allen oder in fast allen diesen konkreten Konfliktsituationen als ein Instrument erwies, das nicht in der Lage war, entscheidend in solche Konflikte einzugreifen oder zu ihrer Eindämmung oder Beilegung beizutragen.

Man wird selbstverständlich mit den anerkenntniswerten Aktionen in Zypern und mit der Entsendung der UNO-Truppen auf die Golanhöhen kommen. Aber gemessen an dem Riesenaufwand, gemessen an der Riesenpropaganda und gemessen auch an dem nicht unbeträchtlichen Verbrauch von Mitteln besteht hier ein sehr bedauerliches Mißverhältnis.

Meine Damen und Herren! Mein Parteifreund, der Herr Abgeordnete Peter, wird zu einer Reihe von konkreten Problemen in diesem Zusammenhang noch Stellung nehmen. Ich möchte nur auf eines eingehen, das auch heute Gegenstand von Presseäußerungen ist, auf das österreichische Verhalten in der Frage Embargo gegen Rhodesien. Ich muß sagen, ich habe diese Anfrage des Abgeordneten Ettmayer schon im Ausschuß als merkwürdig und überflüssig empfunden, und ich habe es für noch viel überflüssiger gehalten, daß das nun Gegenstand von Presseerörterungen ist.

Kennt man denn die Wirklichkeit nicht? Wollen wir hier die Rolle des Michael Kohlhaas übernehmen? Wie schaut denn die Realität aus? Die afrikanischen sogenannten Frontstaaten stehen in intensivem direktem Handel oder auf dem Umweg über Drittländer im Handel mit Südafrika, mit Rhodesien, mit Südwestafrika. Der Bingham-Bericht hat ja zur Blamage des englischen Außenministers sehr klar ausgewiesen, daß die Mitglieder des Sicherheitsrates, in dem mit den Stimmen dieser Länder diese Beschlüsse gefaßt wurden, selbstverständlich all die Jahre Handelspartner waren. Und daß insbesondere die UdSSR in ganz signifikanter Weise Nutznießer eines Handelsmonopols wurde, das sie sich bei bestimmten Produkten fast geschaffen hat, das sollten wir doch zur Kenntnis nehmen.

Wir, die wir derzeit um Absatzmärkte ringen, die wir Sorgen wegen unserer Zahlungsbilanz haben, wir sollten hier, bei diesen sehr konkreten Dingen, wirklich nicht päpstlicher als der Papst sein. Im Gegenteil, wir haben immer zu erwägen gegeben, ob es mit dem Status eines neutralen Landes vereinbar ist, sich solchen Embargo-Beschlüssen anzuschließen und sie durchzuführen. Die Geschichte lehrt, daß Sanktionen dieser Art noch nie in der Lage waren, eine historische oder politische Entwicklung zu verändern. Aber wir lernen offensichtlich aus der Geschichte nichts. Das möchte ich hier nur als Anmerkung noch anbringen.

Abschließend gehe ich auf zwei sehr konkrete außenpolitische Themen ein, die uns hautnäher berühren, das ist unser Verhältnis zu Jugoslawien und zu Italien.

Wir haben mit einer gewissen Befriedigung

10334

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Dr. Scrinzi

zur Kenntnis genommen, daß Jugoslawien durch den Mund seines Außenministers in dem Gespräch mit dem Herrn Außenminister Dr. Pahr in New York zum Ausdruck gebracht hat, daß die Situation in Südkärnten für Jugoslawien kein Casus belli ist – es war ja nicht zu erwarten, daß wir Lob dafür bekommen –, daß man aber den Status quo, den wir dort haben, seitens Jugoslawiens zur Kenntnis nimmt. Sogar mit einer ganz witzigen Bemerkung, so jedenfalls lese ich das, hat der jugoslawische Außenminister zum Ausdruck gebracht, daß er nicht einmal die österreichischen Erzeugnisse vom Schlege des Filmes „Fremde in der Heimat“ ernst nehmen kann. Den haben ja auch nur ein paar ganz verrückte Linke in Österreich ernst genommen, die österreichische Mehrheit Gott sei Dank nicht.

Wir wissen aber, daß für dieses neuralgische Verhältnis dort unten das gilt, was ich früher allgemein gesagt habe: Diese Dinge sind sehr entscheidend und maßgeblich abhängig von der politischen Großwetterlage. Wir haben nicht damit zu rechnen, daß damit dieser Streitfall für Jugoslawien für alle Zeit ad acta gelegt ist, wir registrieren nur, daß derzeit eine gewisse Phase der Entspannung eingetreten scheint. Und wir würden nur wünschen, daß auch gewisse unbelehrbare, bisher unbelehrbare extremistische Vertreter der slowenischen Minderheit in Kärnten das zur Kenntnis nehmen.

Leider hat sich das auf die Situation der Presseauseinandersetzungen bisher noch nicht positiv ausgewirkt. Innerhalb Österreichs haben gewisse extreme slowenische Verbände ihre Sprache keineswegs gemäßigt. Im Gegenteil – es werden bei Gelegenheit diese Dinge auch im Hause vorgelegt werden –, es sind außerordentlich heftige Angriffe nicht nur gegen Kärnten, die Kärntner Landtagsparteien, gegen den Kärntner Heimatdienst, gegen die deutsche Bevölkerung Kärntens geritten worden, es wurde auch die Republik und es wurde auch die Regierung sehr heftig angegriffen.

Umgekehrt ist aber auch der Pressekrieg, den bestimmte Organe in Laibach und Marburg seit Jahren gegen uns führen, in den letzten Monaten eher stärker aufgeflammt, als daß er die geänderten und verbesserten zwischenstaatlichen Beziehungen zur Kenntnis nehmen würde.

Zuletzt noch ein paar Worte über unsere Beziehungen zu Italien im Zusammenhang mit der Südtirol-Frage. Das muß auch einmal auf den Tisch dieses Hauses gelegt werden. Zweifellos wird uns von Teilen der österreichischen Öffentlichkeit der Vorwurf gemacht, daß wir in der Frage der Paketdurchführung von österrei-

chischer Seite nicht mehr Druck auf Italien ausüben.

Die Freiheitliche Partei hat die Paketlösung als nicht dem Ziele der Schaffung einer wirklichen Autonomie dienend im Hause abgelehnt. Wir müssen aber zur Kenntnis nehmen, daß eine zwar sehr kleine Mehrheit der Südtiroler Volkspartei und eine Mehrheit dieses Hauses seinerzeit diesen Weg beschritten haben und daß insbesondere die Südtiroler Volkspartei durch ihre legitimierten Sprecher alle Möglichkeiten dieses Weges weiter ausschöpfen will und von unserer Seite nicht erwartet, daß wir durch Terminfestsetzungen auf diesen Prozeß unmittelbar einwirken.

Ich kann aber namens meiner Partei hier zum Ausdruck bringen, daß wir überall dort, wo wir in der Lage sind, diesen in Gang befindlichen Prozeß der Verhandlung zur endgültigen Ausschöpfung der im Paket eingeräumten Möglichkeiten unterstützen und fördern werden. Dem ist nicht sosehr damit gedient, daß man spektakuläre Erklärungen abgibt und Aktionen setzt, sondern daß man trachtet, das von den Südtirolern selbst geschaffene Verhandlungsklima nicht negativ zu beeinflussen.

Das heißt anders ausgedrückt: Wir kapitulieren nicht vor einer nach wie vor leider in vielen Bereichen intransigenten Haltung Italiens, sondern wir erwarten und hoffen, daß es der Südtiroler Volkspartei mit der Unterstützung, die ihr Österreich auf allen ihm zugänglichen Ebenen gewähren kann, gelingen wird, die noch ausstehenden, aber entscheidenden Paketpunkte endlich zugesprochen zu erhalten. Ich brauche sie hier nicht zu erwähnen, sie werden heute sicher noch zur Debatte gestellt werden. Es ist insbesondere die Frage der echten Zweisprachigkeit und die Durchführung des im Paket und in den seither erlassenen Gesetzen und Verordnungen zugesagten ethnischen Prozesses.

Meine Damen und Herren! Ich schließe noch einmal mit der Versicherung seitens der Freiheitlichen Partei, daß wir bei aller Kritik, die wir an einer ganzen Reihe von einzelnen Aktionen anzumerken hatten, die wir insbesondere auch dem Verhalten des Herrn Bundeskanzlers in den beiden letzten Jahren in der Außenpolitik entgegenbringen, bemüht sein werden, auf dem Boden einer gemeinsamen österreichischen Außenpolitik im Interesse dieses Landes zu verbleiben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Karasek. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Karasek (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Abgeordnete Klubobmann Dr. Fischer hat geradezu mit einer für Diplomaten sonst üblichen klassischen Gelassenheit zu den kritischen Ausführungen des Klubobmannes unserer Fraktion Stellung genommen. Ich will versuchen, mit der gleichen Ruhe und Gelassenheit zunächst einmal auf seine Ausführungen zu antworten, ehe ich in das eingehe, was ich eigentlich heute von diesem Pult aus sagen wollte. (*Abg. Graf: Wie ist der Fischer, wenn er nicht gelassen ist?*) Wir haben es erlebt! Wir haben es erlebt, Herr Kollege.

Ich wollte sagen: Wir sollten, glaube ich, gar nicht nach adjektivischen Beifügungen suchen, ob wir eine minimale oder eine maximale Gemeinsamkeit in der österreichischen Außenpolitik anstreben sollen. Es würde diesem Land guttun und es würde für dieses Land genügen, wenn wir schlechthin eine Gemeinsamkeit in der Außenpolitik suchen.

Aber dazu möchte ich doch sagen: Das Bekenntnis zu einer solchen Gemeinsamkeit darf doch nicht hindern, daß man da und dort und im gegebenen Augenblick ein kritisches Wort, eine kritische Äußerung und eine kritische Stellungnahme zu gewissen Vorgängen in diesem Lande gibt, zu gewissen Aktivitäten dieser Regierung gibt. Ich möchte mit einem ganz kurzen Satz sagen: Die Gemeinsamkeit zur Außenpolitik der Fraktionen in diesem Hause gibt der Regierung keineswegs einen Blankoscheck für ihre Tätigkeiten. In diesem Sinne, glaube ich, wird es auch weiterhin so der Fall sein, daß wir sehr oft diesen Konsens, daß wir sehr oft diese Gemeinsamkeit suchen werden, aber daß man doch auch gewahr sein muß, daß nicht alles und jedes einfach von uns unterzeichnet und unterschrieben wird.

Zu einem zweiten Punkt, Herr Kollege Fischer. Sie haben beklagt, daß der Rat für Auswärtige Angelegenheiten nicht in dem Maß benützt wurde in den letzten Jahren, in dem er eigentlich kraft der Motivation, auf Grund derer er geschaffen wurde, hätte benützt werden sollen.

Bitte: Auch das war immer meine Meinung. Ich war unglücklich nach jeder Sitzung, die wir im Auswärtigen Rat hatten, daß es eher eine Beschwerdeinstanz gewesen ist, wenn der Opposition oder wem immer einiges nicht gepaßt hat. Aber daß die Regierung selbst, Herr Klubobmann Fischer, dieses Organ nicht oft genug als Koordinationsinstrument benützt hat, fällt doch, glaube ich, wieder in die Verantwortung der Regierung. Sie müßten als Regierungspartei und die Regierung als Regierung müßte interessiert sein, aus diesem Auswärtigen Rat jenes Instrument zu machen, das hier geschaffen

wurde, um eben einen möglichst breiten Konsens in vielen Dingen zu erreichen. Aber vielleicht ist diese Zwischenbilanz über den Auswärtigen Rat sehr gut, daß wir es in Hinkunft vielleicht besser machen.

Ich leugne nicht, Herr Klubobmann Fischer, daß es ein Verdienst dieser Regierung gewesen ist, daß dieser Rat überhaupt, wie Sie gesagt haben, geschaffen wurde. Aber ich betone wieder auf der anderen Seite: Auch für das Funktionieren dieses Rates ist diese Regierung verantwortlich. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich gebe zu, daß der Informationsfluß, seit der Auswärtige Rat existiert, für jene Abgeordneten, die an ihm teilhaben, reichlich geworden ist, daß es oft schon sehr schwer ist, überhaupt dieses Material zu verarbeiten. Aber wenn wir uns in früherer Zeit beklagen konnten, daß wir zu wenig Information bekommen, so bekommen wir jetzt, zumindestens seit dieser Rat existiert, ein hinreichendes Ausmaß.

Sie haben am Schluß hinsichtlich unserer Entschließung, Herr Klubobmann Fischer, einen interessanten Vorschlag gemacht. Nachdem wir auf Konsens in der Außenpolitik eingestellt sind, glaube ich, sollten wir es dem letzten Redner in der Debatte vorbehalten, nach Ablauf dieser Debatte auf diesen Ihren Vorschlag einzugehen und die nötigen Erklärungen abzugeben, wie wir glauben, daß wir diesen Antrag weiter behandelt wissen wollen.

Was die Ausführungen meines Vorredners, Abgeordneten Scrinzi, anlangt, so kann ich diese, wie so oft, auch in vielen und auf weiten Teilen unterstreichen. Ich will auch wirklich nicht heute diese von Ihnen als beigelegt betrachtete Frage neu aufreißen: Neutralität als Preis, als politischer Preis für den Staatsvertrag. Ich lasse das als einen Aspekt dieses ganzen Kontextes des Jahres 1955 tatsächlich gelten. (*Abg. Peter: Herr Kollege! Gestatten Sie uns die Czernetzische Interpretation!*) Nein. Es ist ganz interessant. Diese Theorie ist ganz interessant.

Ich beginne nur Angst zu haben, Herr Kollege Peter, in jenem Augenblick, wo aus dem Preis für eine gewisse politische Konstellation eine Umfunktionierung in die Theorie von der auferlegten Neutralität wird, die ja dann der nächste Schritt wäre und die man auch schon in Zeitungen hat lesen und in Erklärungen von Politikern hat hören können. Und wenn wir dann bei der auferlegten Neutralität sind, wird es gefährlich für uns alle, denn dann nämlich beschränkt sich das Maß unserer Interpretationsmöglichkeiten. Deshalb habe ich kein gutes Gefühl. Aber ich glaube, das müssen wir einmal anderswo noch ausdiskutieren. (*Abg. Peter: Im*

10336

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Dr. Karasek

Rat für Auswärtige Angelegenheiten!) Vielleicht im Rat für Auswärtige Angelegenheiten. Ich glaube, wir können nicht immer wieder in allen außenpolitischen Debatten, die die Außenpolitik im allgemeinen betreffen, diesen nun 22 oder 23 Jahre oder sogar noch länger zurückliegenden Aspekt prüfen.

Aber das wollte ich nur sagen, ich wollte diese Einschränkung machen: Es soll nicht hinkommen auf eine auferlegte Neutralität.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist mir ein echtes Bedürfnis, zunächst am Beginn dieser Debatte allen Fraktionen dieses Hauses dafür zu danken, daß sie dem Vorschlag der Bundesregierung, mich als Kandidaten für das Amt des Generalsekretärs im Europarat zu designieren, Unterstützung verleihen und ich mich als ein überparteilicher Kandidat aller drei Parteien dieses Hauses betrachten darf, wie mir mitgeteilt wurde. Ich werde versuchen, im Sinne dieser Überparteilichkeit, wenn es dazu kommt, daß mir dieses Amt aufgetragen wird, es auch so auszuführen und zu erfüllen. *(Allgemeiner Beifall.)*

Es stellt sich natürlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, am Beginn einer solchen Erklärung die Frage, was hat dieser Kandidat denn mit dem Europarat vor. Sie brauchen, glaube ich, jetzt keine Angst zu haben, daß ich hier eine großartige Erklärung dazu abgebe. Ich will nur ganz kurz am Beginn dieser Debatte und weil der Europarat ein Teil des Außenpolitischen Berichtes ist etwas über den Stellenwert des Europarates sagen, den er in Hinkunft angesichts anderer intereuropäischer Institutionen haben wird.

Jedenfalls steht fest, daß wir eine engagierte Mitarbeit in diesem Europarat durch 26 Jahre nachweisen können: Drei Jahre als Beobachter und seit 1956 als Vollmitglied, und es ist heute schon von dieser Stelle aus von meinem Vorredner auf die großen Verdienste des leider früh verstorbenen Präsidenten Czernetz hingewiesen worden. Ich habe nicht mehr viel dem hinzuzufügen, was ich dazu am offenen Grabe zu sagen hatte. Aber wir bedauern es und es tut uns leid, daß bei dieser ersten außenpolitischen Debatte nach dem Sommer diese Stimme in diesem Hause vermißt wird.

Was nun die europäische Integration in ihrer Gesamtheit anlangt, so müssen wir, glaube ich, heute davon ausgehen, daß sie eine mehrschichtige ist, daß verschiedene Integrationsformen bestehen, daß eine Integrationsvielfalt besteht, daß wir heute im Europarat nicht mehr den Anspruch erheben können, den im Jahre 1948 Churchill, als er in Zürich von der Schaffung der „Vereinigten Staaten von Europa“ gesprochen

hat, diesem Europarat geben wollte. Damals war er die einzige Institution, die Churchill im Auge hatte. In der Zwischenzeit, glaube ich, ist eine Vielfalt von Institutionen und eine Vielfalt von Möglichkeiten europäischen Wirkens entstanden. Aber immer noch wird, meine Damen und Herren, für uns der Europarat Teil der pluralistischen, der rechtsstaatlichen und der den Menschenrechten verpflichteten Demokratien Europas bleiben.

Wenn wir heute vom Europarat schlechthin sprechen, so assoziieren die meisten Leute, mit denen man spricht, den Europarat mit den Menschenrechten. Und es ist eine historische Assoziation, die sich rechtfertigt, weil unter allen Möglichkeiten, die Menschenrechte zu beobachten, hier eine effektive Kontrolle und hier eine effektive Verwirklichung gegeben ist und weil sich der Europarat hiebei nicht nur auf eine deklaratorische, nicht nur auf eine verbale Bekräftigung dieser Menschenrechte beruft, weil sich heute jeder Bürger in den 20 europäischen Staaten oder fast schon jeder Bürger – ich glaube, es ist noch eine Ratifikation über die Individualbeschwerde ausständig –, jeder dieser Bürger, die innerhalb dieser 20 Staaten wohnen, an eine direkte Kontrollinstanz wenden kann, um ihre Rechte, wenn sie sich verletzt fühlen, geltend machen zu können.

Ich glaube, der Europarat bleibt auch in Hinkunft eine Instanz, in der der Fortentwicklung dieser Menschenrechte eine große Bedeutung zukommt. Präsident Czernetz hat ja bekanntlich, wie Sie wissen, initiiert und einen Antrag eingebracht, der vorsieht, daß sich die sogenannten bürgerlichen Freiheitsrechte auf wirtschaftliche, kulturelle und soziale Menschenrechte ausdehnen sollen. Es wird im Rahmen des Europarates sicherlich vielleicht auch kontrovers geführte Debatten geben, weil nicht jeder der Meinung ist, daß jedem dieser einzelnen Rechte die gleiche Wertigkeit zukommt, aber ich glaube, wenn es eine Instanz gibt, wo dies geschehen soll, dann soll es der Europarat sein.

Als zweites, glaube ich, wird für uns der Europarat weiterhin ein wertvolles Instrument der politischen Koordination in Europa sein. Der Artikel 1 einer Satzung verlangt eine größere Einheit, die man innerhalb der Zwanziggenwirklichen soll. Wir haben den gegenseitigen Gedankenaustausch im Ministerrat seinerzeit angeregt – nicht nur wir, sondern überhaupt eine Reihe von Staaten –, und der Ministerrat hat es akzeptiert. Wir haben KSZE-Debatten als Koordinationsmodell, möchte ich sagen, im Europarat gehabt, und ich würde wünschen – und der Herr Bundesminister hat es ja auch an sich zugesagt –, daß man noch mehr von dieser

Dr. Karasek

Möglichkeit der politischen Koordinierung über die Neun hinaus im Europarat Gebrauch macht.

Es wird sich für uns, wie wir schon vielfach gehört haben, das Problem Europarat – Europäisches Parlament stellen. Schon damals, als wir den Reverdin-Bericht im Europarat vor vier oder fünf Jahren diskutiert haben, haben wir die Feststellung getroffen, daß wir es nicht notwendig hätten, immer wieder die eigene Existenz des Europarates in Frage zu stellen angesichts der Entwicklung, die innerhalb der Neun entsteht.

Ich sage auch immer wieder, meine Damen und Herren, daß wir auch als Neutrale durchaus ein Interesse haben müßten, daß sich das Europäische Parlament gut entwickelt, daß es da zu keinen Krisenerscheinungen kommt, daß das Europäische Parlament größere Rechte bekommen soll. Es wird ja auch über ein eigenes Budget zu verfügen haben, im Gegensatz zum Europarat, wo wir uns darauf beschränken, Empfehlungen für die einzelnen Parlamente zu machen.

Für uns bleibt aber der Europarat unbeschadet der Entwicklung, ob sie gut oder nicht gut sein wird, innerhalb des Europäischen Parlaments eine wichtige Plattform des Dialogs der Zwanzig, sowohl auf der Ebene der Minister als auch innerhalb dieser Parlamentarischen Versammlung, die heute existiert.

Sicherlich werden der Europarat und das Europäische Parlament manchmal gewisse Reibungsschwierigkeiten haben, weil es zu gewissen Doppelgleisigkeiten kommen wird. Ich werde wahrscheinlich am 31. dieses Monats in Brüssel mit dem Präsidenten der Politischen Kommission des Europäischen Parlaments zusammentreffen, damit wir uns ausmachen, was eher im Europäischen Parlament behandelt werden soll und was im Europarat behandelt werden soll, daß wir eine gewisse Abgrenzungsdebatte intern führen.

Trotzdem glaube ich aber, daß wir in jeder Hinsicht positiv zu der Entwicklung des Europäischen Parlamentes stehen sollen in der Erkenntnis, daß es uns nichts nehmen kann und nichts nehmen wird, wenn wir nur selber der Existenz dieses Europarates den nötigen Nachdruck geben, das nötige Interesse und den nötigen Glauben geben.

Ein sehr wichtiger Aspekt wird weiterhin die intergouvernementale Zusammenarbeit auf der Ebene der Konventionen sein. In vielen öffentlichen Diskussionen sage ich, daß die schönste Frucht der 30jährigen Existenz des Europarates die ist, daß mehr als 100 Konventionen bereits existieren, wovon etwa zwei Drittel, glaube ich,

Österreich ratifiziert hat – nicht nur unterzeichnet, sondern auch ratifiziert hat –, sodaß dieser Aspekt einer Harmonisierung, einer Angleichung der Rechtsordnung von 20 europäischen Staaten auch für die Zukunft in Form dieser Konventionen ein wichtiger Aspekt bleibt.

Und schließlich gibt es seit mehr als einem Jahrzehnt oder fast schon zwei Jahrzehnte die Bemühungen, den Europarat nach dem Osten zu öffnen. Ich muß es Ihnen gestehen, meine Damen und Herren, daß auf diesem Gebiet bisher keine großen Fortschritte zu erzielen waren, weil der Europarat, zu Recht oder zu Unrecht, von vielen dieser Oststaaten als eine Bastion des Kalten Krieges betrachtet wurde. Aber ich glaube, daß trotz alledem im Europarat die Bereitschaft zu einer Öffnung nach dem Osten vorhanden bleiben muß. Freilich sind diese Bemühungen keine Einbahnstraße.

Meine Damen und Herren! Nach dem, was ich nun über den Europarat gesagt habe, möchte ich Ihnen von einem Bericht hier Kenntnis geben, der heuer im Europarat diskutiert wurde, der politische Bericht von Professor Hofer. Er hat in einer sehr faszinierenden Weise, meine Damen und Herren, das Problem Afrika – Europa behandelt.

Freilich könnten wir alle hier jetzt auf dem Standpunkt stehen: Warum redet der da draußen an diesem Pult über Afrika? Das käme mir vor wie in Goethes „Faust“ jener, der sagt:

Das lieb' ich mir, an Sonn- und Feiertagen
so ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei,
wenn hinten weit in der Türkei
die Völker aufeinanderschlagen.

Zu Goethes Zeiten war die Türkei vielleicht das, was heute im Aufeinanderschlagen der Völker Afrika ist. Aber es hat eine ganz eminente Bedeutung, was heute dort vorgeht: das Vordringen kommunistisch-marxistischer Mächte, ideologisch gesehen, das Vordringen mit staatlicher Hilfe der Sowjetunion und anderer östlicher Staaten, das Aufeinanderschlagen und die vielen Krisenherde. Da, glaube ich, müßten wir Europäer uns nun doch die Frage stellen: Welche Konsequenzen hat es für Europa, wenn Afrika auf diese Weise eine Beute nichtafrikanischer Mächte und Mächtigengruppierungen wird?

Gerade weil wir heute einen KSZE-Bericht in unseren Materien haben, der die Entspannung als einen nützlichen Prozeß für Europa und für die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa darstellt, kann ich, meine Damen und Herren, nur auf den universalen Charakter dieser

10338

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Dr. Karasek

Entspannung hinweisen und daß es uns allen in Europa nicht viel nützen wird, wenn wir Konferenzen in der Art von Helsinki, von Belgrad und 1980 von Madrid abhalten, wenn wir nicht darauf aufpassen, daß auch auf anderen Kontinenten der Friede und die Entspannung gewahrt werden, daß wir diesem Prozeß den universellen Charakter nicht absprechen können und daß gerade in Afrika, meine Damen und Herren, dieser Prozeß am Prüfstand ist.

Nicht nur die Europäer sind darüber besorgt, was dort geschieht. Ich lese - das Zitat habe ich dem Hofer-Bericht entnommen - eine chinesische Pressestimme vor, und hören Sie gut zu, wie man dort die Entwicklung in Afrika beurteilt:

„Die neuen expansionistischen Bestrebungen der Sowjetunion in Afrika beweisen nicht nur, daß sie nach den reichen Ressourcen dieses Kontinentes Ausschau hält, sondern daß sie danach strebt, ihn ganz zu besitzen. Indem sie diesen Schlüsselpunkt in ihren allgemeinen Plan, sich des gesamten Europa zu bemächtigen, einverleibt, bilden ihre Offensiven einen integrierenden Bestandteil ihrer Weltstrategie.

... Den afrikanischen Kontinent in seiner Mitte zu teilen, wichtige Küstenregionen zu kontrollieren und schrittweise in der südlichen Hälfte Afrikas den Einfluß der Vereinigten Staaten und anderer westlicher Länder zu reduzieren, schließlich die strategischen Reserven dort zu kontrollieren ... die klassischen Nachschublinien des Westens abzuschneiden und schließlich Westeuropa abzuwürgen, das ist das Ziel der Sowjetunion.“

Bitte, das habe jetzt nicht ich gesagt. Ich habe Ihnen aus einer chinesischen Stimme zitiert, wie aus einer anderen Weltrichtung die Offensive, die sich in Afrika bereitet, die diplomatische, politische und militärische, gesehen wird.

Natürlich kann ich mir vorstellen: Ein sowjetischer Diplomat, der hier zuhört, würde sagen: Der Karasek erliegt eben der Täuschung und der Propaganda und läßt sich von Pressestimmen etwas vorgaukeln, was nicht dem wahren Charakter der Politik dieses Landes entspricht.

Ich will mir kein endgültiges Urteil erlauben, wenn ich diese Phänomene aufzeige; ich mache Sie auf einige Krisenherde in Afrika aufmerksam, und Sie können sich vielleicht selbst, wenn ich Ihnen die Zahlen dazu gebe, wie das mit den Helfern, den Technikern und dem neuen „Afrikacorps“, den kubanischen Soldaten, steht, den Reim machen, inwieweit diese Befreiungsbewegungen aus eigener Kraft ihre Bewegungen unterhalten und inwieweit dies von außen kommt.

Wir haben den Konflikt in der Westsahara gehabt, die sehr reich an Phosphat ist. Nach dem Abzug Spaniens gab es eine De-facto-Teilung zwischen Marokko und Mauretanien, und nun erleben wir an diesem Punkt der Welt eine Befreiungsfront, die Polisario heißt. Ihre bloße Existenz und ihre Aktivitäten haben bereits Mauretanien fast an den Rand des wirtschaftlichen Zusammenbruchs gebracht. Nur dank dem Eingreifen Frankreichs ist es möglich gewesen, hier das Ärgste zu verhüten.

Sie haben zweitens den Tschad - er ist reich an Mineralerzen und an Uran. Hier steht mohammedanischer Norden gegen christlichen Süden. Libyen okkupiert einen Teil des Staatsgebietes. Hier ist eine Befreiungsfront namens Frolinat, die mit Hilfe Libyens kriegsmäßige Interventionen gegen die Zentralregierung führt.

Ich erinnere nur auch an die spektakuläre Gefangenschaft dieser armen französischen Archäologin, ich glaube, es war Frau Claustre, die mehr als zweieinhalb Jahre von einem dieser Befreiungsfront-Detachements festgehalten wurde.

Drittens haben Sie den Konflikt am Horn Afrikas. Äthiopien, nach dem Sturz Hailie Selassies am Rande einer Desintegration, 14 Provinzen fast in der Abspaltung. Zunächst wird aber Somalia mit Hilfe sowjetischer und kubanischer Truppen ausgerüstet, und dann erfolgt plötzlich ein politischer Umbruch, wo die Sowjetunion an die Seite der revolutionären Kräfte Äthopiens tritt.

Sie haben viertens den Konflikt um Zaïre; ich erinnere an die zwei Kriege in Katanga, an den Einfall in die Provinz Shaba. Sogenannte Katangendarmen, 4 000 an der Zahl, formen sich zu einer nationalen Befreiungsfront. Nur belgische und französische Fallschirmjäger stoppen diese Offensive.

Es gibt fünftens noch immer als einen Punkt der Unruhe Angola, wo bei drei ursprünglichen Befreiungsbewegungen, obgleich die eine sich bereits der Unterstützung fast der gesamten Welt erfreut, noch immer nicht Ruhe eingekehrt ist.

Wir haben noch immer heiß und aktuell den Rhodesien-Konflikt, wobei das Land heute zwischen Hoffnung auf eine interne Lösung und Angst vor einem totalen Krieg steht. Wer die Zeitungen aufmerksam liest, weiß, daß Ian Smith in den Vereinigten Staaten mit den drei schwarzen Führern Muzorewa, Sithole und Chirau herumgereist ist, um für die interne Lösung zu werben. Sie wissen aber auch, daß der Westen die Einbeziehung auch der revolutionärsten Kräfte dort, des Nkomo und des Mugabe, will. Ich sage das nur deshalb, meine Damen

Dr. Karasek

und Herren, weil es heute in der Weltpolitik schon üblich geworden ist, daß die Drohung mit Gewalt, die Drohung mit Krieg, die Drohung mit Guerilla jeden repräsentiert, bei allen Endlösungen dabei zu sein, selbst wenn es darum geht, die mit größeren Mehrheiten oft ausgestatteten anderen Befreiungsbewegungen zu unterdrücken. Am Schluß kommt dann die Minorität, die mit der größten Waffengewalt, mit dem größten Geschrei sich als legitimer Vertreter ausgewiesen hat.

Das ist, glaube ich, heute die traurige Konsequenz einer Außenpolitik - dieser Vorwurf richtet sich ja nicht nur gegen unser Land, er richtet sich gegen den gesamten Westen, gegen die gesamte zivilisierte Welt -, die sich auf diese Art und Weise ein Stück nach dem anderen abreißen läßt.

Sie haben siebentens, meine Damen und Herren, Namibia - ich bin dann schon bald fertig mit der Aufzeichnung -, wo verzweifelte Versuche westlicher Sicherheitsratsmitglieder unternommen werden, um die Wahlen unter den Auspizien der UNO und die Selbständigkeit mit Hilfe der UNO zu verwirklichen. Aber auch hier geschieht genau das, meine Damen und Herren, was ich Ihnen eben auch analysiert habe: Die SWAPO hat von der UNO und auch von uns allen die Legitimation bekommen, als die große Befreiungsorganisation zu gelten, obwohl ich aus meinen Kontakten mit englischen Abgeordneten und aus meiner Kenntnis der Debatten, die wir in der Interparlamentarischen Union geführt haben, weiß, daß es dort sieben oder acht andere Befreiungsorganisationen gegeben hätte, die Gewähr geboten hätten, daß sich ein demokratisches Regime etabliert hätte, aber nein: Geschenk seiner Sympathie ausschließlich an die SWAPO.

Ich habe nichts dagegen, wenn man sie als einen Teil der Befreiungsorganisationen betrachtet; es ist aber die radikalste und wahrscheinlich jene, die am wenigsten kooperativ sein wird. Ich möchte das nur sagen, meine Damen und Herren! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Vielleicht haben Sie diese Aufzählungen ermüdet, aber man kann ja nur mit illustrativen Hinweisen dieses ganze Problem anschaulich machen. Fest steht - und das muß Sie aufhorchen lassen -, daß heute auf dem afrikanischen Kontinent ein kubanisches Expeditionskorps von 40 000 Mann steht und in einer Reihe von Staaten vertreten ist: in Angola mit 23 000 Mann, in Äthiopien mit 12 000 Mann, in Uganda, Sierra Leone, in Tansania, im Kongo, in Sambia, überall sind Detachements dieses neuen Korps, das eine echte Interventionsarmee ist, die von einem Punkt zum anderen Punkt geschickt wird, um sozusagen „Ordnung“ auf

dem afrikanischen Kontinent zu machen, aber nicht in einem Sinne, der uns sympathisch sein kann.

Laut Prof. Hofers Bericht, den ich sehr genau studiert habe, weil er einer der besten Berichte ist, die in den letzten Jahren im Europarat gemacht wurden, ist die sowjetische Wirtschaftshilfe für den afrikanischen Kontinent viermal geringer als die Militärhilfe. Das zeigt bereits, wenn Sie wollen, den Stellenwert und die Tendenzen, und das zeigt ja bereits, wie die Dinge liegen. Bedarf es da noch der Frage, welches die Folgen für Europa, welches die Folgen für uns alle sein werden?

Ich zitiere jemanden, der schon vor 20 Jahren das Problem gesehen hat: Chester Bowles, seines Zeichens amerikanischer Staatssekretär. Er sagte damals - und ich bewundere den Mann, wenn ich heute diese Worte höre -:

„Wenn wir des Zugangs zu den Rohstoffen in Asien beraubt werden, so wäre dies ein Handikap für uns, aber wir könnten immerhin unser Wirtschaftswachstum aufrechterhalten. Wenn wir aber gleichzeitig von den nahezu unerschöpflichen Rohstoffquellen Afrikas abgeschnitten würden, so würden wir im Zeitraum eines Dezenniums mit beträchtlichen Schwierigkeiten konfrontiert werden, selbst wenn wir noch über die Schätze Kanadas und Südamerikas verfügen könnten.“

Professor Hofer folgert dann in seinem Bericht, daß die Folgen für Europa katastrophal wären.

Daher glaube ich, daß wir als neutrales Land, wenn wir auch nicht unbedingt an der Konfliktlösung beteiligt sind, keine Vogel-Strauß-Politik spielen können und daß wir nicht so tun können, als ob uns diese Vorgänge in Afrika völlig gleichgültig sind, nur eine Morgenlektüre zum schwarzen Kaffee oder zum Braunen beim Frühstück, und daß wir aber dann schon wieder zur Tagesordnung und zu anderen Dingen übergehen.

Ich habe heute dieses Kapitel Afrika bewußt so ausführlich behandelt, weil ich Ihnen dartun wollte, daß an diesem Kapitel Wert und Umfang und Ausmaß des Entspannungsprozesses in Europa zu studieren ist und daß wir uns doch nicht in die Illusion wiegen lassen sollen, weil wir jetzt in Europa eine Ruhigstellung durch drei Konferenzen erreicht haben, kann Österreich ruhig schlafen oder kann meinetwegen auch die österreichische Außenpolitik, wenn ich es grob formuliere - auch das ist (*Redner wendet sich zu Bundesminister Dr. Pahr*) kein Angriff gegen Sie -, ruhig schlafen gehen. Wir alle sind berufen - nostra res agitur, möchte ich nur sagen

10340

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Dr. Karasek

–, daß man nicht nur dem zuschauen kann, was hier geschieht.

Man spricht ja sonst darüber nicht. Das ist die einzige Gelegenheit, bei der man das einer versammelten Menge sagen und auf die Gefahren hinweisen kann, die entstehen.

Es ist ja nicht von ungefähr, meine Damen und Herren, wenn der bekannte afrikanische Staatsmann Léopold Senghor, der auch in Österreich großes Ansehen genießt – er hat vor zwei oder drei Jahren eine bedeutende Rede in Salzburg gehalten, er hat auch eine ganz bedeutende Rede vor vier oder fünf Jahren im Europarat gehalten, wirklich ein hochgebildeter Mann, ein humanistisch gebildeter Mann, der Europa so spürt und so kennt und so fühlt, wie er Afrika spürt und kennt und fühlt –, angeregt hat, daß es so, wie es eine KSZE für Europa gibt, eine KSZA für Afrika geben muß. Oder der gesamte Entspannungsprozeß kann unter ein großes Fragezeichen gestellt werden. Und nur dann kann richtig die Frage gestellt werden: Ist dieser Prozeß dauerhaft?

Sollten wir nun unberührt zuschauen, meine Damen und Herren, wie dieser afrikanische Kontinent politisch aus den Angeln gehoben wird? Das frage ich mich.

Sehen Sie sich die wirtschaftlichen Konsequenzen an: Afrika besitzt 97 Prozent des Weltvorkommens an Chrom, 88 Prozent an Plutonium, 68 Prozent an Gold, 50 Prozent an Mangan, 25 Prozent an Uranium und 13 Prozent an Kupfer.

Ich möchte daraus für uns die Schlußfolgerung ziehen, daß wir alles Interesse haben, daß das freie Europa kulturelle, wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit Afrika entwickelt und vertieft.

Der von mir zitierte Senghor hat allerdings in weiser Erkenntnis gesagt, wie schwer es ist, satte und gesättigte Nationen aufzurütteln: „Je reicher die Nationen sind, desto egoistischer sind sie.“

Es wäre gut, wenn wir nicht für diesen eigenen Egoismus einmal zu bezahlen hätten.

Und nun, meine Damen und Herren, möchte ich mich kurz in aller Geschwindigkeit noch einem anderen Kapitel zuwenden, einem Kapitel, über das bereits seit 30 Jahren, möchte ich sagen, ohne Fortschritte verhandelt wird. Die Problematik kann in zehn oder in fünf Minuten genauso aufgedeckt werden wie in 30 Jahren. Das ist das traurige Kapitel, weltpolitisch gesehen, der Abrüstungsverhandlungen. Es ist ein Anlaß, im Rahmen dieser außenpolitischen Debatte dazu Stellung zu nehmen, weil das doch, Herr Bundesminister, auch ein Teil

unserer Berichterstattung über die letzte Sondersitzung der Generalversammlung ist, die sich mit diesem Kapitel beschäftigt hat.

Ich habe in meiner Mappe, die dort liegt, die Resolution, die die Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen diesbezüglich beschlossen hat; es ist ein relativ starkes Dokument. Aber wenn man das ganz realistisch, ganz nüchtern beurteilt, so muß man sagen, es ist leider nur deklaratorischen, leider nur prozeduralen, leider nur verbalen Charakters. In der Materie, im Abrüstungsproblem selbst hat die Welt auch seit dieser Sondergeneralversammlung keinen Schritt weiter gemacht, und ich sehe auch nicht, wie aus dieser Sondergeneralversammlung noch viel werden könnte, nämlich viel werden könnte an Folgen. Aber man soll die Hoffnung nie aufgeben.

Im Zusammenhang mit dem KSZE-Prozeß haben wir in diesem Hause – das kann man an den Protokollen nachweisen und nachlesen – immer wieder gesagt, „es gibt keine dauerhafte Entspannung ohne effektive militärische Abrüstung“. Wir haben es immer bedauert – und ich tue es heute vielleicht das siebente oder das achte Mal –, daß die MBFR-Konferenz von der KSZE-Konferenz abgespalten wurde, denn bei der KSZE-Konferenz hat man politische Erklärungen enthalten, die für einen Teil der Betreffenden sehr nützlich und sehr wertvoll gewesen sind, und man hat das Militärische mit Ausnahme der sogenannten vertrauensbildenden Maßnahmen ausgeschlossen.

Einer meiner Kollegen am Ballhausplatz, der mich eine Stellungnahme hat lesen lassen, die er dazu formuliert hat – und ich bitte, bei ihm Anleihe nehmen zu dürfen –, hat die Gefahren der Vorgänge auf dem Abrüstungssektor mit drei Stichsätzen qualifiziert, die ich für sehr gut finde, und er wird mir erlauben, daß ich sie nenne. Er hat gesagt: Es ist eine Flucht in Prozeduren, es ist die Schaffung neuer Gremien, und es ist die Schaffung einer klingenden Abrüstungsphraseologie.

Das ist vielleicht ein sehr hartes Urteil – ich nenne ja auch seinen Namen nicht, um ihn nicht in Verlegenheit zu bringen –, aber ich glaube, es ist irgendwo die Wirklichkeit getroffen, und auch die neutralen Staaten und die kleinen Staaten sollten sich bei der Behandlung dieses Themas nicht schämen, den Großmächten, die ja die Hauptverantwortung für Abrüstung tragen – wir können ja nicht abrüsten, wir müßten aufrüsten, wenn wir unsere Verteidigung ernst nehmen; wir könnten nicht abrüsten –, unmißverständlich klarzumachen, daß wir müde sind, nach 18, 20, 25 Jahren ihre Phraseologie in der Abrüstung zu hören. Das muß, glaube ich,

Dr. Karasek

einmal mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die vertrauensbildenden Maßnahmen des Korbes 1 in Helsinki – Sie wissen schon, das waren diese kleinen Sachen im Zusammenhang mit den Manövern, daß man die rechtzeitig ankündigt, in einem bestimmten Gebiet, et cetera; ich will mich hier nicht verlieren – waren ein bescheidener Anfang. Man hat ein ganz kleines Kapitel in Helsinki über die vertrauensbildenden Maßnahmen festgeschrieben. Aber auch da muß ich sagen: Schon Belgrad war eine Stagnation. Schon in Belgrad wollte kein Mensch über dieses Kapitel mehr sich den Kopf zerbrechen, obwohl das entwicklungsfähig geworden ist. Ich führe das nur an, damit Sie wissen, daß nun selbst diese bescheidenen Maßnahmen angesichts der Erfolglosigkeit aller Abrüstungsbemühungen eine gewisse Bedeutung bekommen. Drum können wir auch nicht darauf verzichten, wenn wir in die nächste Runde gehen, uns wieder dazu zu melden und dazu etwas anzumerken und zu sagen.

Und die letzte große Gefahr, glaube ich, auf die man hinweisen muß, ist die, daß all die quantitativen Reduktionsbemühungen auf dem Abrüstungssektor von der qualitativen Entwicklung der Waffensysteme weit überholt werden. Selbst wenn wir die vor sechs Jahren bei der MBFR, wie sie hier in Wien begonnen hat, angeregten Reduktionsmaßnahmen getroffen hätten, selbst wenn wir dort eine Halbierung der Truppen beschlossen hätten, selbst dann hätte heute die Feuerkraft der Waffen auf beiden Seiten infolge des technischen Fortschrittes all dies schon vervielfacht, sodaß es fast wertlos wäre.

Ich sage es nur noch einmal, weil wir als neutraler Staat mit einer bescheidenen Bewachung doch nicht anders können, meine Damen und Herren, als an die Großmächte zu appellieren, sich dieses Ernstes der Situation bewußt zu werden und uns schließlich nicht für dumm zu verkaufen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Luptowits. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Luptowits (SPÖ): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Als wir die beiden Berichte, die heute zur Diskussion stehen, im Ausschuß diskutiert haben, da war noch unser Kollege Czernetz dabeigewesen und hat die Diskussion damals mit seinen Beiträgen wesentlich mitgeprägt. Meine Fraktion bedauert es natürlich zutiefst, daß wir heute seine Stimme hier nicht mehr hören können, der jahrzehntelang in diesem Hause die Außenpolitik meiner

Fraktion hier vertreten hat. Die anerkennenden Worte, die von beiden Vertretern der Oppositionsparteien hier gesprochen wurden, beweisen nur, welch großen Ansehens Kollege Czernetz sich hier in diesem Hause erfreut hat. Ich glaube, er wird uns in der Auseinandersetzung über Fragen der Außenpolitik sicherlich hier fehlen.

Die beiden Berichte, die heute zur Diskussion stehen, hat der Klubobmann der ÖVP Dr. Mock hier diskutiert. Ich muß sagen, sein Diskussionsbeitrag hat mich sehr, sehr nachdenklich gestimmt.

Ich muß eigentlich sagen, ich hätte nicht erwartet, daß der Klubobmann der großen Oppositionspartei in einer derartigen Tonart und manchmal auf einem Niveau, das mich bestürzend ... *(Abg. Graf: Tun S' nicht klassifizieren, Herr Luptowits!)* Herr Kollege Graf! Es steht jedem zu. Sie können auch mich klassifizieren, ich scheue keine Kritik. *(Abg. Graf: Aber seien Sie nicht so empfindlich!)* Nein! Ich bin nicht empfindlich, Herr Kollege Graf. *(Abg. Graf: Natürlich!)*

Ich halte noch einmal fest: Ich für meine Person und meine Freunde in der Fraktion waren bestürzt über die Rede, die der Klubobmann der ÖVP Dr. Mock heute hier gehalten hat. Das kann ich doch wohl sagen. *(Zustimmung bei der SPÖ. – Ruf bei der ÖVP: Jetzt können Sie sich langsam wieder beruhigen!)* Ja, ich komme noch zu einem nächsten Satz.

Es scheint sich überhaupt in der letzten Zeit die Sucht zur Konfrontation, zur Polarisierung übermäßig zu entwickeln. *(Abg. Dr. Gruber: Was heißt „übermäßig“!)* Herr Kollege Gruber! Sie machen das mit einem Lächeln, das steht Ihnen zu, ich kritisiere das nicht. Aber für meine Person muß ich sagen, daß ich eine Polarisierung in der Außenpolitik für völlig verkehrt halte. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Ich glaube, daß gerade in diesen Fragen – Kollege Karasek und Kollege Scrinzi, Kollege Blenk und alle, die im Europarat mittätig sind, müssen es bestätigen – die Mitglieder der österreichischen Delegation dort nicht als SPÖ, ÖVP oder FPÖ, sondern als Österreicher auftreten.

Ich muß Ihnen sagen: Der Taxifahrer, der uns immer ins Konferenzzentrum bringt, hat mich einmal gefragt: „Sagen Sie, Herr Abgeordneter, wieso reden Sie so freundlich mit dem Kollegen Karasek? Wie ich weiß, gehört der einer anderen Partei an!“ Und er sagte – hören Sie jetzt gut zu, was er gesagt hat –: „Das wäre bei den französischen Kollegen nicht möglich!“ *(Abg. Dr. Mock: Wir reden ja auch freundlich miteinander!)*

10342

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Luptowitz

Herr Kollege Mock! Ja, freundlich außerhalb – und weg vom Rednerpult, Kollege Mock! Hier am Rednerpult müssen Sie genauso reden können, wie Sie außerhalb des Hauses reden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Denn für mich, meine Damen und Herren, gibt es eben keine zwei Gesichter in der Politik. *(Beifall bei der SPÖ.)* Ich kann nur sagen: So, wie ich hier rede, rede ich draußen, und ich kann mir hier nicht eine andere Art zulegen.

Noch etwas möchte ich sagen. Ich habe immer gedacht, daß gerade die Diskussion um die Außenpolitik mit einer Möglichkeit wäre, der Öffentlichkeit zu demonstrieren, wie stark gerade ein neutraler Staat von den globalen Bewegungen der Weltpolitik abhängig ist, um seine Politik zu gestalten. Denn ein Staat, der einer Blockbildung angehört, hat es ja viel, viel leichter, weil ja hier mehrere zusammenwirken, um einen gemeinsamen Weg zu suchen. Aber ein neutraler Staat muß doch immer wieder aufs neue seinen Standort überprüfen.

Gerade der Bericht zeigt ja – und das habe ich mir heute erwartet –, daß einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt wird, wie wichtig geschichtliche Erfahrungen sind, wie wichtig es ist zu zeigen, wie man diese schwierigen Probleme bewältigt. Der Bericht gibt ein beredtes Beispiel davon.

Alle diese Dinge wurden bislang nicht gesagt. Ich hoffe, daß die nachfolgenden Redner diesen Gesichtspunkt hier berücksichtigen werden; daß es wichtig ist zu zeigen, wie wir eingegangene Verträge halten müssen, daß jeder einzelne von uns von den geschichtlichen Abläufen unmittelbar betroffen wird, daß es doch nicht so ist, daß, wenn irgendwo in Vietnam oder in Korea ein Ziegel vom Dach fällt, er nicht auch uns in Wien auf den Kopf fällt. Die Welt ist doch heute sehr, sehr klein geworden, und jedes geschichtliche Ereignis und jede Bewegung, ganz gleich, wo sie sich abspielt, berühren unmittelbar unser Land und jeden einzelnen von uns.

Die Ölkrise hat ja in erschreckender Weise gezeigt – es können andere Krisen kommen –, wie empfindlich und wie verletzlich die einzelnen Länder Europas und außerhalb Europas sind.

Gerade für uns als neutralen Staat – so habe ich mir gedacht – wäre es wichtig zu zeigen, wie wir als neutraler Staat die Probleme bewältigen, um die es in diesem Bericht geht.

Ich werde Ihnen ein Wort von Martin Buber aus dem Jahre 1929 zitieren, es ist aktueller denn je. Als ob ich es geahnt hätte, habe ich mir diese Stelle von Martin Buber herausgeholt. Ich lese sie Ihnen jetzt vor. Martin Buber schreibt 1929:

„Ich kenne nichts, was für das politische Handeln verderblicher wäre als die Schematisierung, Verformelung des Partners oder Gegners. In dem Maße, in dem wir uns einreden, mit anderen verhalte es sich ‚einfach so und so‘, liefern wir uns der Irrationalität seiner Existenz aus; nur wenn wir uns vergegenwärtigen, daß es drüben nicht schlechthin anders aussieht als hüben, sind wir der Wirklichkeit gewachsen.“

Meine Damen und Herren! Martin Buber 1929! Wir schreiben heute 1978. Haben diese Worte an Aktualität verloren? Die heutige Diskussion hat es gezeigt, und gerade der Beitrag des Klubobmannes Dr. Mock hat es gezeigt, wie aktuell diese Worte heute geworden sind. *(Abg. Graf: Die Dramatik ist unverkennbar!)*

Der Bericht bietet, Kollege Graf, eine Fülle von Fakten. Er bietet ein breites Spektrum der bewegenden Kräfte in der Weltpolitik, er bietet eine Weltanschauung und zeigt das Spannungsfeld auf, in dem sich die Außenpolitik unseres Landes bewegt.

Der Bericht zeigt aber in sehr eindringlicher Weise die Abhängigkeit unserer Außenpolitik von den Problemen globaler Natur. Ob es die Nord-Süd-Diskussion ist, ob es die Bewegungen und Entwicklungen in Afrika sind, ob es die Bewegungen in Südamerika sind – alle diese Dinge hält der Bericht fest. *(Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.)*

Eines muß ich sagen, was mir an dem Bericht sehr sympathisch ist, daß nämlich dieser Bericht nicht der Versuchung unterlegen ist, hier Gedankenlyrik zu betreiben oder theoretische Analysen zu bieten, sondern daß der Bericht nüchterne Fakten festhält und sagt: So ist es, so sehen wir die Dinge aus den Berichten unserer Vertretungen in den Ländern. – Ich glaube, das ist gut, daß wir uns hier in Nüchternheit und Klarheit über die Realitäten in der Welt unterhalten und daß wir uns nicht etwas vormachen, was an der Realität vorübergeht.

Ich glaube, Herr Bundesminister, daß dieser Bericht von Ihren Mitarbeitern sehr gut ausformuliert wurde, sehr gut gegliedert wurde, und wir sollten all denen, die an diesem Bericht gearbeitet haben, unseren herzlichen Dank aussprechen. *(Beifall bei der SPÖ und bei der FPÖ.)*

Noch etwas möchte ich sagen. Wenn heute vielleicht der Eindruck entstanden ist, als ob uns in der Außenpolitik tiefe Gräben trennten, dann glaube ich das einfach nicht, denn es wurden einzelne Dinge herausgepickt, so dargestellt, als ob das das Wesen der gesamten Außenpolitik wäre.

Ich glaube, daß die Leitlinien in der österrei-

Luptowits

chischen Außenpolitik von allen hier im Parlament vertretenen Parteien gleichermaßen gesehen werden. Diese Leitlinien, die sich aus den Komponenten der Neutralität, des Staatsvertrages, der Zugehörigkeit zur pluralistisch-demokratischen Staatenwelt, zur Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen und dem Ausbau Wiens zur Konferenzstadt und zum Sitz internationaler Organisationen zusammensetzen, sind doch allen hier in diesem Hause gemeinsam.

Ich kann und könnte mir nicht vorstellen, daß einer aufsteht und sagt: Nein, die Komponenten, die hier erwähnt wurden, entsprechen nicht meiner Parteilichkeit, entsprechen nicht der Auffassung meiner Partei. Ich glaube, daß gerade der Bericht diesen Leitlinien in allen Punkten Rechnung trägt. Ich meine, es wurde hier gezeigt - der Bericht wurde ja einhellig vom Ausschuß verabschiedet -, daß es doch diese gemeinsame Basis in der Außenpolitik gibt, wenn auch manchmal versucht wird, über andere Dinge zu reden als das, was für unsere außenpolitische Situation entscheidend ist.

Ich bin der Auffassung, daß die Aufgabe, die sich die österreichische Außenpolitik gestellt hat, die wesentliche Aufgabe, der Sicherheit Österreichs zu dienen, damit sich unser Land politisch und wirtschaftlich in Ruhe entwickeln kann, daß dieses Faktum von allen hier in diesem Hause doch sicherlich bejaht werden kann.

Natürlich wissen wir - es wäre töricht, das nicht zu sehen -, daß unsere äußere Sicherheit eine Abstützung nach mehreren Seiten braucht und auch erhalten hat.

Wenn Wien als Kongreßzentrum, als Zentrum internationaler Organisationen, sich immer weiter entwickeln wird, dann ist das mit einer Abstützung unserer Sicherheit und mit einer Abstützung unserer Neutralität.

Natürlich müssen wir alle ein eminentes Interesse an der Entspannungspolitik haben. Daran gibt es gar keine Zweifel. Es ist klar, daß die Entspannungspolitik umfassend gesehen werden muß, daß wir sie nicht punktuell nur auf Europa bezogen betrachten dürfen. Sicherlich sind wir besonders an Europa interessiert, aber der Vorgarten Europas, Afrika, interessiert uns genauso wie die Entwicklungen in Südostasien oder in Südamerika. Natürlich ist der Wellenschlag viel bedeutender, wenn sich die Ereignisse vor unseren Toren abspielen, als wenn die Wellenschläge aus der Ferne und damit etwas langsamer zu uns kommen.

Gerade wir in Europa müssen ein vitales Interesse daran haben, daß eine vollständige und international kontrollierte Abrüstung zustande kommt, denn nirgends gibt es ein

derartiges Arsenal von Waffen und Truppen wie in Europa.

Kollege Karasek, du bist ein erfahrener Diplomat! Ich habe deshalb deine Appelle hier am Rednerpult nicht verstanden. Für mich ist klar, daß man gerade auf diesem Gebiete nur viele kleine Schritte machen kann, und über jeden kleinen Fortschritt, der erzielt wird, freue ich mich. Denn wer die globale Entwicklung in der Welt täglich verfolgt, muß doch sagen, daß uns doch der kleinste Lichtblick Hoffnung geben muß, daß dieser Erdteil jenen Frieden bekommt, den alle so dringend herbeisehnen und wünschen.

Ein weltumfassendes und weltweites Abrüstungskonzept hat nach meiner Auffassung keine Aussicht auf Erfolg. Es ist ein mühsames Ringen um jeden einzelnen Vorteil eines gegenüber den andern. Und das ist halt die Realität!

Natürlich wäre es für die gesamte Entspannungspolitik, auch für die Abrüstung psychologisch wichtig, wenn es gewisse Fortschritte bei den Wiener Abrüstungsgesprächen gäbe. Wir alle würden uns darüber freuen. Aber wir müssen doch sehen, daß hier um Truppen, um Waffen gerungen wird und daß keine einzelne Partei bereit ist, von sich aus bestimmte Vorteile aufzugeben oder Vorurteile zu beseitigen. Da, muß ich sagen, müssen wir mit kleinen Schritten vorgehen. Ein zäher Wille ist zum Ausgleich der Interessen notwendig, damit wir überhaupt zu einem Erfolg kommen.

Ich glaube, daß es notwendig sein wird, diese Dinge etwas realistisch zu sehen und in kein Hosianna, aber auch in kein Tränenmeer auszubrechen. Ich sage immer: „Im Glück nicht jubeln, im Leid nicht klagen und vieles Unvermeidliche mit Würde tragen!“ Das gilt auch hier für die Politik, für die Entspannungspolitik, für die Abrüstungsfragen.

Ich möchte kurz zu unserer Nachbarschaftspolitik etwas sagen.

Vor allem möchte ich mit Befriedigung feststellen, daß sich das Verhältnis zu unserem nördlichen Nachbar, der Tschechoslowakischen Republik, positiv entwickelt, wobei das letzte Ereignis nicht dazu angetan war, den guten Willen der tschechischen Behörden zu demonstrieren. Ich glaube, daß uns das Ereignis, die Affäre des Dr. Aigner, sicherlich wieder gezeigt hat, daß vor allem natürlich die Beamtenhierarchie in einem kommunistischen Staat oftmals nicht den Weg mitgemacht hat, den die offizielle Diplomatie schon gegangen ist. So etwas gibt es ja, das gibt es natürlich auch in der Sowjetunion und sicherlich auch in anderen Staaten. Ich bin aber davon überzeugt: Wenn der Wille unseres

10344

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Luptowits

nördlichen Nachbarn, gerade eines Landes da ist, mit dem wir so viele verwandtschaftliche Beziehungen haben, werden sich diese Dinge zu einem Besseren wenden. Keiner von uns sollte hier Vorurteile haben, und wir sollten keine Feindbilder neu aufbauen, sondern wir müssen den Kompromiß auch in diesen Fragen suchen.

Das Verhältnis zu Jugoslawien hat Kollege Scrinzi bereits beleuchtet, ebenso die Frage der slowenischen Minderheiten in Kärnten, um die es sich ja im wesentlichen handelt, wenn es um Streitpunkte zwischen Jugoslawien und Österreich geht.

Interessant war die Rede, die Marschall Tito vor wenigen Tagen gehalten hat, wo er gesagt hat: In der Minderheitenpolitik muß man viel, viel Geduld aufbringen, dann werden sich die Dinge wahrscheinlich selbst verbessern und vielleicht einer Lösung zugeführt werden können.

Ich glaube, daß die Vertreter der slowenischen Volksgruppe in Kärnten gut beraten wären - und Dr. Vospornik hat das jetzt in einer Konferenz in Klagenfurt ausgedrückt -, wenn sie den Weg finden könnten, den dieses Parlament gewiesen hat.

Ich bin davon überzeugt, daß die einsichtigen Kräfte auch in der slowenischen Volksgruppe bei unseren Landsleuten in Kärnten doch dazu führen werden, daß sie sehen, daß jeder einzelne von uns diese wertvolle Volksgruppe in den gesamten Staat vollkommen integrieren will. Es läge an jedem einzelnen, der damit befaßt ist, auch einen Beitrag zu leisten, damit das Verhältnis zu unserem Nachbar Jugoslawien nicht gerade durch diese Problematik, die immer so sensibilisiert ist, belastet wird.

Ich glaube, daß wir mit diesen beiden Ländern - zu den anderen Nachbarstaaten haben wir ja die besten Verbindungen, und ich glaube, wenn das Visum gegenüber Ungarn fallen wird, ist das wieder ein Beweis dafür, daß es möglich ist, auch zu einem kommunistischen Staat korrekte und gute Beziehungen herzustellen ... *(Abg. Graf: Der Visazwang fällt einseitig! Das ist das Bedauerliche daran!)* Ja, sicherlich.

Herr Kollege Graf! Man muß halt in der Politik bei allen Problemen immer Geduld haben. Manche Dinge dauern 20, 30 Jahre; es ist halt in der Außenpolitik und der Weltpolitik so, daß viele Dinge reifen müssen. Gehen Sie einmal 10, 20 Jahre zurück oder denken Sie an die Zeit Stalins, daran, wie es damals ausgesehen hat! Man muß halt sagen, daß hier doch etwas in Bewegung geraten ist und daß bestimmte Lockerungen eingetreten sind, wobei ich mich keinen Illusionen hingeebe. Ich huldige nicht den Theoretikern des Eurokommunismus, die die

Dinge zu unklar sehen. Ich sehe die Dinge ganz nüchtern und sage nur: Es gibt eine bestimmte Lockerung, eine Bereitschaft, aber weiter wird es in den nächsten Jahrzehnten wahrscheinlich kaum kommen. Aber man darf in der Politik nie aufgeben.

In Europa wird es notwendig sein - das steht auch in den Berichten -, daß die Idee Europa in den europäischen Völkern wieder lebendig wird. Das ist leider jetzt nicht der Fall. Kollege Karasek hat es gesagt, und ich muß es auch bestätigen auf Grund der vielen Begegnungen, Erfahrungen und Beratungen in den Gremien in Straßburg. Das kritisieren wir ja auch.

Viele Vertreter ihrer Länder glauben, ihre Innenpolitik in Straßburg austragen zu müssen. Aber die Sache ist so: In Straßburg sollte das Trennende zur Seite geschoben und das Positive, das Bejahende, das Vereinigende besonders betont werden. Aber das gelingt halt nicht immer. Ich habe den Eindruck, daß dies wohl daran liegt, daß die Außenpolitik mancher europäischer Länder durch innerpolitisches Engagement so stark überbrückt wird, sodaß sie einfach nicht dazukommen, eine europäische Außenpolitik zu machen.

Daran liegt es auch, Kollege Karasek, daß ich glaube, es wird sehr, sehr schwer gelingen, eine gemeinsame europäische Politik in Afrika in Gang zu setzen. Die Auffassungen sind so verschieden, und die geschichtlichen Erfahrungen von Frankreich, von Italien und von den anderen Ländern prägen wesentlich mit das Gesicht ihrer Politik. Die EG haben ganz große Schwierigkeiten, in diesen Bereichen zu einer gemeinsamen Sprache zu kommen.

Ich glaube, daß Europa manchmal tatsächlich etwas zu sehr in den Tag hineinlebt. Wenn man auch von großen Ideen und von „vollen Segeln“ Europas spricht, so glaube ich doch, daß wir hier realistisch sein und sagen müssen: Die Dinge sind nicht so, wie wir sie entwickeln sollten, und zwar auch in den EG, im Verhältnis zu den EG, im Verhältnis EFTA - EG. Gerade der EFTA-Gipfel in Wien im vergangenen Jahr hat gezeigt - dankenswerterweise haben das die Vertreter der EG anerkannt -, daß es in der EFTA nicht gegen die EG geht, sondern daß man bemüht ist, die Integrationsbestrebungen zu vertiefen.

Aber da muß man doch auch wieder Realist bleiben. In einer Rezessionsphase Integrationsprobleme vorwärtszutreiben, ist ganz, ganz schwierig. In Zeiten der Konjunktur ist jeder bereit, Opfer zu bringen. Ich sage eines: Wir müssen froh sein, wenn von dem, was derzeit an Integration da ist, in der Rezessionsphase nicht etwas abbröckelt. Es gibt ja manchmal Bestrebungen einiger Länder, zu sagen und nach dem Motto zu handeln: Rette sich wer kann! Auch das

Luptowitz

Abspringen von bestimmten Vereinbarungen geht in diese Richtung. Das haben wir schon alles erlebt in den letzten 15 Jahren.

Ich glaube also, daß der Integrationsprozeß ein sehr schwieriger Prozeß ist, und gebe mich gar keinen Illusionen hin, daß die Probleme innerhalb der EG, wenn Spanien und Portugal dazukommen, kleiner werden, eher viel größer. Auch innerhalb des Europarates merkt man das. Wir sind ja sehr glücklich darüber, daß Portugal, Spanien und jetzt auch Liechtenstein dazugekommen sind.

Kollege Karasek! Wir Österreicher haben immer für Liechtenstein gesprochen, und zwar ohne Unterschied der Parteien. Die Liechtensteiner wissen das auch zu schätzen. Erst gestern hat mich Dr. Batliner aus Liechtenstein angerufen und gesagt, wie schön es sei, daß Österreich die Bestrebungen Liechtensteins so großartig unterstützt hat. Ich glaube, daß diese Leistung und die Haltung, die die österreichische Delegation in Straßburg eingenommen hat, von den Betroffenen geschätzt werden, und zwar auch von den Spaniern und Portugiesen. Ich erinnere mich an eine EFTA-Tagung in Genf, als die Portugiesen noch nicht im Europarat waren und wir damals zugesagt haben, ihre Bestrebungen zu unterstützen. Heute noch, wenn wir sie in Straßburg treffen, sagen sie, wie dankbar sie seien, daß wir schon damals ihre Bestrebungen zum Europarat immer wieder unterstützt haben.

Ich glaube, daß sich diese Dinge, diese Haltung, diese Solidarität - ich sage immer: Solidarität um Solidarität, denn es kann keine einseitige Solidarität geben - im europäischen Raum abspielen, darüber sollten wir uns freuen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte noch zum zweiten Bericht, zum KSZE-Folgetreffen in Belgrad etwas sagen, weil auch hier die Ansichten und Kommentare oftmals meiner Auffassung nach etwas leichtfertig in den Raum gestellt werden. Wenn wir die Belgrader Folgekonferenz beurteilen wollen, dann müssen wir, so glaube ich, nach Helsinki gehen, denn wir sollten die Folgekonferenz nicht dazu benützen, um Helsinki zu verwässern. Beide Großmächte, sowohl die Sowjetunion als auch die USA, versuchen, das Ergebnis von Helsinki zu verwässern, um ihre Politik dann besser betreiben zu können. Das sollten gerade wir Neutralen und die Blockfreien in Europa verhindern.

Wir sollten immer wieder sagen: Das, was in Helsinki unterschrieben wurde - Herrn Breschnjew hat ja niemand gezwungen, Helsinki einzuberufen, Helsinki zu unterschreiben, er hat ja die Konferenz mit viel Aufwand an Kraft betrieben und jetzt kann er sich nicht davon

distanzieren -, das, was in Helsinki beschlossen wurde, sollten wir nicht viel ändern. Wir sollten uns nur bemühen, ergänzende Anträge, Verbesserungen durchzuführen, aber im großen und ganzen die Helsinkientschlüsse belassen, wie sie damals unterschrieben wurden - als Mahnmal für diejenigen, die glauben, eine andere Politik machen zu können.

Das Mandat für Belgrad lautete schlicht und einfach, Bilanz zu ziehen und Verbesserungsvorschläge auszuarbeiten. Ich habe bei der Diskussion über diese Konferenz in Straßburg gesagt, daß mir die zwei Jahre viel zu kurz erscheinen. Wer die Verwaltungsmaschinerie in den einzelnen Ländern kennt - das erfordert doch ein Umdenken in der Bürokratie, vor allem natürlich in vielen kommunistischen Staaten -, weiß, daß zwei Jahre eine viel zu kurze Zeit sind, um wesentliche Fortschritte erwarten zu können.

Ich habe keine großen Erwartungen in Belgrad gesetzt. Ich war deshalb auch nicht enttäuscht, wie das so viele hier zum Ausdruck gebracht haben. Ich glaube, das Wesentliche, das in Belgrad passiert ist, war, daß man sich erstens einmal Helsinki noch einmal bestätigt hat - um das kommt ja niemand herum - und daß man eine weitere Folgekonferenz beschlossen hat. Das dritte, das wir uns erwartet haben, war eine Festlegung von Maßnahmen zu künftigen Verwirklichungen der Schlußakte. Das haben wir uns erwartet. Das lehnten die Warschauer Pakt-Staaten ab, sowohl über die Menschenrechte, über menschliche Kontakte als auch über die vorausbildenden Maßnahmen.

Ich glaube, sehr wesentlich ist auch - Kollege Karasek wird sich daran erinnern -, daß der Schweizer Kollege und Historiker Hofer nach seiner Begegnung mit Goldberg, dem Leiter der amerikanischen Delegation, gesagt hat: Bei dem sowjetrussischen Delegationsleiter habe ich sofort gewußt, woran ich bin, aber als ich mit dem amerikanischen Delegationsleiter, Herrn Goldberg, gesprochen hatte, wußte ich am Schluß nicht, was er will. - Das ist der ganz große Unterschied gewesen in Belgrad. Ich will hier keine Kritik üben, aber wesentlich wurde der Verlauf der Konferenz von Herrn Goldberg mitbestimmt. Er hat an Hand von Einzelfällen Punkte herausgehoben und dabei das Größere übersehen.

Das ist meine Feststellung. Ich glaube, es wird sicherlich auch für die amerikanische Politik eine Lehre sein, daß die Dinge doch nicht so laufen, wie man sich das manchmal vorstellt. Zwei Fragen, die über der Konferenz von Belgrad schwebten: der mangelnde Fortschritt in Abrüstungsfragen und die mangelnde Entschärfung des militärischen Potentials. Diese

10346

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Luptowits

Fragen sind nach wie vor ungelöst und werden bei der nächsten Folgekonferenz in Madrid wieder auf der Tagesordnung stehen.

Ich glaube, die Arbeit, die unsere österreichischen Delegierten bei der Belgrader Konferenz geleistet haben, sollten wir hier in diesem Hause wirklich anerkennen, Herr Bundesminister. Ihre Leistung, ihr Verhandlungsgeschick und ihre Vermittlungstätigkeit wurden von allen Neutrals, aber auch von den Blockfreien anerkannt. Wir sollten auch in diesem Hause denjenigen danken, die sich in Belgrad so tapfer geschlagen haben. *((Beifall bei der SPÖ.))*

Meine Damen und Herren! Die Debatte in Belgrad konzentrierte sich auf die Menschenrechte, vor allem auf Prinzip 7 im Verhältnis zu Prinzip 6, dem der Nichteinmischung.

Ich glaube, daß über diese Probleme noch viel, viel diskutiert werden muß. Meine persönliche Auffassung ist die, daß Helsinki unmittelbar anzuwenden wäre. Die Sowjetunion hat eine andere Interpretation, da ist eben der ganz große Unterschied. Ich glaube auch, daß sich hier die Geister scheiden werden und daß es hier Schwierigkeiten geben wird, zu einer gemeinsamen Formulierung und Auslegung zu kommen. Aber wir sollten dabei bleiben, daß Helsinki gedacht war als unmittelbar anwendbar in den einzelnen Fällen, ohne Vorbehalte, ohne Kinderlitzchen, wie es manchmal jetzt versucht wird.

Ich meine, daß wir recht getan haben, daß wir uns nicht damit abfinden konnten, daß immer wieder neue Expertengruppen eingesetzt werden, die schließlich und endlich das nur verzögern. Der österreichische Vorschlag, die Folgekonferenz in Madrid wieder auf Regierungsebene durchzuführen, um damit zu demonstrieren, wie wichtig diese Konferenzen sind, wurde sehr positiv aufgenommen, und ich hoffe, daß er auch Wirklichkeit werden wird.

Im Bereich der Kultur sind bescheidene Fortschritte anerkannt worden. Doch muß ich auf die unbefriedigende praktische Wirkung zahlreicher Kulturabkommen hinweisen, darüber täusche ich mich auch nicht. Hier müßten wir weiterzukommen versuchen. Ich möchte festhalten, daß gerade den Individuen der Warschauer Pakt-Staaten viel zu wenig Spielraum im kulturellen Raum gewährt wird. Wenn sich etwa ein Sänger entschließt, aus der Sowjetunion nach Wien zu kommen, dann muß das eben über die offizielle Agentur gehen, und er kann nicht direkt mit der Konzertagentur in Wien verhandeln. Wir haben uns gedacht, Helsinki wäre mit dazu da gewesen, um diese Möglichkeiten in die Wirklichkeit umzusetzen.

Das Schlußdokument der Belgrader Konferenz

hat sicherlich nicht das gebracht, was wir uns erwartet haben, aber eines wird auf alle Fälle bleiben: daß nämlich die Menschenrechte als ein legitimes Thema für die multilaterale Diplomatie nicht mehr wegzudenken sind. Und wenn sonst nichts in Belgrad an praktischen Ergebnissen herausgeschaut hätte, diese eine Tatsache, die ich jetzt genannt habe, sollte uns zufriedenstellen, es sollte uns freuen, daß es möglich war, daß dieses Thema der Menschenrechte als legitimes Thema für die multilaterale Diplomatie immer wieder auf dem Tisch bleiben wird.

Es wurden unsere Bemühungen anerkannt, und wir sollten diese Bemühungen auch bei den nächsten Konferenzen fortsetzen.

Noch eine kurze Anmerkung zu den Bemühungen, einen Frieden im Mittleren Osten zu erreichen. Es war im Vorjahr im November, als Kollege Karasek und ich gerade in New York waren, als Sadat seinen spektakulären Flug und seine Bemühungen unternahm, hier unmittelbaren Kontakt aufzunehmen. Wir haben damals mit dem Generalsekretär Waldheim darüber gesprochen, und ich muß sagen, Generalsekretär Waldheim war damals sehr skeptisch. Er hat gemeint, daß es nicht so schnell möglich sein wird, zu einem Gespräch zu kommen, wie sich das Sadat vorstellt.

Die Entwicklung hat gezeigt, daß es doch vielleicht etwas gegeben hat, was man nicht richtig einschätzen konnte. Ich bin nach wie vor skeptisch, ob es hier zu einer endgültigen Regelung kommen wird, und zwar deshalb, weil ich die Auffassung verrete, daß man diesen sensiblen Bereich ohne die Sowjetunion nicht beruhigen kann.

Ich bin der Meinung, daß Genf eigentlich der richtige Ort wäre, wo diese Fragen, wenn es zu einem Frieden überhaupt kommen soll, endgültig geklärt werden sollten. Und in diesem Frieden, wenn es zu einem Frieden je kommen sollte, sollte es weder Sieger noch Besiegte geben. Wir alle sollten uns bemühen, in diesem so schwierigen Erdteil alle Bestrebungen zu unterstützen, die hier notwendig sind.

Ich möchte am Schlusse dieser Betrachtung der europäischen Landschaft nur einen ganz kurzen Blick über die Grenzen hinwegtun, weil ja einige Kollegen noch andere Probleme anschnitten werden. Ich möchte Jean Monnet zitieren, einen der geistigen Väter der europäischen Einigung. Jean Monnet hat vor 28 Jahren in seinem historischen Memorandum zum Schuman-Plan den folgenden Satz geschrieben, der, so meine ich, aktueller ist denn je: Es sei der Zweck, in die Wälle, in die Mauern der nationalen Souveränität eine Bresche zu schlagen. Eine Bresche, die so begrenzt ist, daß sie die

Luptowits

Zustimmung erlangen kann, aber die doch tief genug ist, um die Staaten zu der für den Frieden notwendigen Einheit zu bewegen.

Der Sinn und das Ziel der österreichischen Außenpolitik kann auch nur darin liegen, für den Frieden zu arbeiten. Ich danke. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Peter.

Abgeordneter **Peter** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich knüpfe bei einem Gedanken des Herrn Abgeordneten Luptowits an. Er vertrat zu Recht den Standpunkt, daß ein neutraler Staat allein stehe, daß ein neutraler Staat nicht eingeordnet ist in Blockbindungen und daß sich gerade aus dieser „Sui-generis“-Position eines neutralen Staates die Notwendigkeit ergibt, den eigenen außenpolitischen Standort immer wieder zu überprüfen.

Hinsichtlich der Beurteilung der Schlußakte von Helsinki kann ich den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Luptowits vollinhaltlich zustimmen und mich mit seinem Standpunkt identifizieren. Das neutrale Österreich kann sich nichts sehnlicher wünschen, als daß Geist und Inhalt der Schlußakte von Helsinki zwischen allen Vertragsteilnehmern voll und ganz wirksam werden.

Ich bedaure aber zutiefst, daß der Hauptsprecher der Regierungsfraktion, zugleich Obmann des Außenpolitischen Ausschusses des Nationalrates, auf ein Thema nicht eingegangen ist: auf die Ausweisung des österreichischen ORF-Korrespondenten aus der Sowjetunion. Es ist eigenartig, daß der Vertreter der kleinsten Fraktion dieses Hauses sich mit dieser Materie eingehender beschäftigen muß.

Ich schicke voraus, daß wir mit der Sowjetunion auf der Grundlage des Staatsvertrages und der freiwillig übernommenen Neutralität seit dem Jahre 1955 ausgezeichnete Beziehungen entwickelt haben und daß es möglich war, in diesen mehr als 20 Jahren ein wechselseitiges Vertrauens- und Freundschaftsverhältnis zu entwickeln.

Gerade auf Grund dieser positiven Erfahrungen, ich glaube sagen zu dürfen, vom beiderseitigen Standpunkt aus, ist mir die Ausweisung des österreichischen ORF-Korrespondenten aus der Sowjetunion unverständlich. Unverständlich deswegen, weil die bis jetzt sowohl von sowjetischer Seite als auch von österreichischer Seite dargelegten Gründe meines Erachtens nicht ausreichend sind, um die Ausweisung zu rechtfertigen.

Ich empfinde die Ausweisung des österreichi-

schen ORF-Korrespondenten aus der Sowjetunion auch deswegen als unverständlich, weil ja gerade die österreichische Außenpolitik vor und nach der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki in dieser heiklen Frage besondere Fähigkeiten entwickelt hat.

Österreich hat in seiner offiziellen Außenpolitik stets äußerst taktvoll, geschickt und für den einzelnen betroffenen Menschen auch sehr wirkungsvoll eine Politik der realistischen Schritte betrieben. Wenn österreichische und sowjetische Staatsmänner zusammengekommen sind, dann haben sie nicht spektakulär, aber in einer sehr wirksamen Form Einzelschicksale erörtert. Das Ergebnis solcher Gespräche hat nicht selten darin bestanden, daß der eine oder andere Dissident über Österreich den Weg in den Westen gefunden hat.

Gerade der Geist, der diese Zusammenarbeit bisher geprägt hat, läßt mir die Ausweisung des ORF-Korrespondenten aus der Sowjetunion – und ich unterstreiche noch einmal: bei meinem derzeitigen Wissensstand – von sowjetischer und österreichischer Seite aus unverständlich erscheinen.

Ich wäre daher dem Herrn Außenminister dankbar, wenn er in seinen Ausführungen auf dieses Thema eingehen und dazu beitragen würde, den Wissensstand der Abgeordneten über das, was bereits im Außenpolitischen Ausschuß und darüber hinaus erörtert wurde, anzureichern.

Und nun zurück zur Luptowits-Idee, daß ein neutraler Staat, weil er allein steht und somit auf sich und seine eigenen Kräfte angewiesen ist, immer wieder den eigenen außenpolitischen Standpunkt zu überprüfen hat.

Ich gehe an das Thema im Geiste des größten gemeinsamen Nenners unserer Außenpolitik auch dann heran, wenn ich dazu aus meiner persönlichen Überzeugung die eine oder andere kritische Anmerkung machen muß.

Ich bitte meine Ausführungen nicht im Sinne einer Kritik zu verstehen, sondern dahin gehend, daß ich Probleme aufwerfe, von denen ich meine, daß sie einer Antwort von berufener Seite bedürfen. Mich bewegt die Frage, ob die Schwerpunkte der österreichischen Außenpolitik derzeit in allen Bereichen stimmen.

Setzen wir in den Vereinten Nationen, in den anderen internationalen Organisationen, in der bilateralen und multilateralen Außenpolitik die richtigen Schwerpunkte?

Stimmen unsere außenpolitischen Aktivitäten in der West- und in der Osteuropapolitik?

Das sind Fragen, die immer wieder zur

10348

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Peter

Diskussion stehen und stets einer neuen Beleuchtung bedürfen.

Immer wieder drängt sich mir die Frage auf, ob die westeuropäischen Aktivitäten der österreichischen Außenpolitik ausreichend sind. Ich knüpfe auch hier wieder beim Sprecher der Regierungsfraktion, dem Herrn Abgeordneten Luptowitz an, wenn er zu Recht meinte, daß es große Probleme innerhalb der Europäischen Gemeinschaften, große Probleme innerhalb des EFTA-Bereiches und darüber hinaus wechselseitig zwischen diesen internationalen Organisationen gebe. Wirtschaftlich schwierige Zeiten erleichtern Probleme dieser Art nicht, sondern erschweren ihre Lösung.

Sollten die Verantwortlichen der österreichischen Außenpolitik der Meinung sein, daß unsere westeuropäischen Schwerpunkte ausreichend waren und sind, dann drängt sich mir die Frage auf: Waren sie in den letzten Jahren befriedigend und erfolgreich genug?

Ich stehe unter dem Eindruck, daß wir in unseren osteuropäischen Nachbarschaftsbeziehungen besondere Fähigkeiten in den letzten Jahren entwickelt, vieles erreicht und darüber hinaus, gerade wenn man an die CSSR denkt, große Schwierigkeiten, die Jahrzehnte hindurch bestanden, abgebaut haben.

Trifft das auch für jene Bereiche der westeuropäischen Aktivitäten unserer Außenpolitik zu, wo wir andere Probleme haben, wie etwa mit großen Ländern in der Rangordnung von Frankreich und England?

Hier stehe ich unter dem Eindruck, daß wir mit der österreichischen Außenpolitik sozusagen die Schallmauer des Desinteresses dieser beiden Staaten an uns noch nicht überwunden haben. Manchmal hat es geradezu den Anschein, als wäre das neutrale Österreich für das „Europa der Neun“, um diesen Gedanken zu erweitern, so etwas wie ein „europäischer Randstaat“.

Mehr und mehr besteht auch die Gefahr, daß der Europarat, eine der für uns wichtigsten internationalen Organisationen, zu einem „Randproblem“ der Europäischen Gemeinschaften wird.

Wie steht es mit dem Verständnis im „Europa der Neun“ für die Probleme der Neutralen? Das ist eine weitere Frage, die sich für die offizielle österreichische Außenpolitik in der gegebenen Situation geradezu aufdrängt. Wir stehen ja vor Direktwahlen ins Europäische Parlament.

Ich befürchte, Herr Bundesminister, daß vom Zeitpunkt der Europawahlen an die Stellung und Position des Europarates noch schwieriger wird, als es jetzt bereits der Fall ist.

In diesem Zusammenhang erhebe ich die Frage, ohne Kritik zu üben, ob die westeuropäischen Aktivitäten der österreichischen Außenpolitik bisher ausreichend waren und sind und ob die westeuropäischen Aktivitäten der österreichischen Außenpolitik zu für uns befriedigenden Ergebnissen geführt haben.

In vielem meiner Meinung nach ja, in manchem aber auch nein.

Bezüglich Frankreich stehe ich unter dem Eindruck, daß jeder afrikanische Staat und jedes Entwicklungsland bald interessanter ist als Österreich. Diesen Eindruck gewinnt man auch, wenn man im Rahmen von offiziellen Delegationen Kontakte mit französischen Politikern pflegen kann.

Unser Land liegt eben nicht im Magnetfeld französischer Interessen, was uns geradezu in die Lage versetzen müßte, zu überlegen, wie wir uns hier besser bemerkbar machen können als bisher.

Ich bin mir klar darüber, daß es Österreich in diesem Fall außerordentlich schwer hat.

Wie vollziehen sich internationale oder bilaterale Begegnungen zwischen französischen und österreichischen Staatsmännern? Ein Tour d'horizont kennzeichnet die freundschaftliche Atmosphäre. Es wird dann weiter eine verbale Unterstützung der österreichischen Anliegen im EG-Bereich zum Ausdruck gebracht, und fast jedesmal wird Klage von den Franzosen darüber geführt, daß die französische Sprache in Österreich nicht genug verbreitet wäre.

Es hat sich eigentlich im Verhältnis Österreichs zu Frankreich und umgekehrt seit den Zeiten De Gaulles nichts geändert und nichts verändert. Und das, Herr Bundesminister, ist für mich keine Positivbilanz, sondern die Negativbilanz in den westeuropäischen Aktivitäten der österreichischen Außenpolitik.

Mit England ist es im Prinzip nicht viel anders. Auch hier ist die Interessenlage dieses großen Staates so, daß Österreich eher unter „ferner liefen“ rangiert.

Beide Länder verkaufen uns aber ihre Autos und vieles andere mehr. Soweit der heilige Egoismus der Europäischen Gemeinschaften es erlaubt, treiben wir miteinander Handel und außerdem tauschen wir darüber hinaus noch wechselseitig Höflichkeiten aus.

Hier wäre einer der Ansatzpunkte dafür, nicht im Außenpolitischen Ausschuß, sondern im Rat für Auswärtige Angelegenheiten einen Gedankenaustausch der Parlamentsfraktionen mit dem Herrn Bundesminister für Äußeres und umgekehrt zu pflegen.

Peter

Und nun zum größten europäischen Aktivposten Österreichs, zum Europarat. Man darf gerade aus der Sicht des neutralen Landes die Bedeutung des Europarates nicht unterschätzen. Nur stehe ich unter dem Eindruck, Herr Bundesminister, daß unsere Aktivposition im Europarat nicht so sehr das Verdienst der offiziellen Außenpolitik unserer Republik ist, sondern in erster Linie das Verdienst unserer Parlamentarier, die dort seit Jahren und Jahrzehnten tätig sind.

Ich beklage den Verlust des großen Europäers Karl Czernetz aus einem ganz besonderen Grund:

Es hätte heute keinen Berufeneren als ihn gegeben, zum Thema der Ausweisung des ORF-Korrespondenten aus der Sowjetunion Stellung zu nehmen.

Ich darf Ihnen, Herr Kollege Dr. Karasek, nicht nur in Ihrem eigenen Interesse, sondern auch im Interesse Österreichs ein Glückauf für die Kandidatur zum Generalsekretär des Europarates wünschen, denn für das neutrale Österreich ist der Europarat von ganz besonderer Bedeutung; besonders dann, wenn im nächsten Jahr die frei gewählten Abgeordneten sich im Europäischen Parlament konstituieren werden. Gäbe es den Europarat nicht, dann wäre unsere Position eine noch viel schwierigere.

Daher auf Grund dieser Überlegungen, Herr Bundesminister, die Bitte: Wie schaut es denn mit dem Schwerpunkt Europarat in der offiziellen österreichischen Außenpolitik aus? Und ich bitte, nicht ungehalten zu sein, wenn ich das Bedürfnis habe, daß dieser Schwerpunkt klarer, präziser, eindrucksvoller dargelegt wird, als es bisher der Fall war. Der „Straßburg“-Schwerpunkt kann nicht hoch genug zu Buche geschlagen werden.

Das neutrale Österreich und das „Europa der Neun“ werden ein immer komplizierteres Problem. Auch wenn man innerhalb der einzelnen Parteien und der Gesinnungsgemeinschaften internationale Kontakte pflegt, muß man lange darauf warten, bis man sich als Neutraler artikulieren kann, und manchmal hat es sogar den Anschein, als wären die neutralen Länder Europas einfach nicht im Bewußtsein und im geistigen Blickfeld der Neun. Nachdem das nicht der Fall ist, müssen wir uns bi- und multilateral noch weitaus bemerkbarer machen, als es bisher der Fall war. Ich bitte, das nicht als Vorwurf aufzufassen, sondern als einen persönlichen, wenn Sie wollen subjektiven Eindruck, um dessen Prüfung ich bitte.

Ich gehe jetzt, Herr Bundesminister, von einem anderen Gesichtspunkt an das gestellte

Thema: „Sind die Schwerpunkte der offiziellen österreichischen Außenpolitik immer richtig gesetzt?“ heran.

Ich habe sehr aufmerksam Ihre Pressekonferenz vom 17. Oktober dieses Jahres im Inhalt verfolgt und habe durch meine Pressemitarbeiter sehr aufmerksam verfolgen lassen, welche Hauptthemen und Schwerpunkte Sie in dieser Pressekonferenz gesetzt haben.

Die Hauptthemen und Schwerpunkt waren: Namibia, Südafrika, Camp David und Abrüstungsfragen. Sehr wesentliche, sehr schwierige internationale und außenpolitische Probleme – nur, Probleme, Herr Bundesminister, bei denen das neutrale Österreich nicht allzu viel bewirken kann.

Und wenn man weiter prüft, was sich in Ihrer Darstellung noch angeboten hat, dann war etwas überaus Erfreuliches übrigens bei dieser Pressekonferenz festzustellen: Es wurde sehr viel über Auslandskulturpolitik geredet. Aber es wurde nicht nur über Auslandskulturpolitik geredet, sondern es war sehr viel Griffiges enthalten, wie etwa die Bildung von Schwerpunkten, das Verlassen des bisherigen Gießkannenprinzips, auslandskulturpolitische Aktivitäten Österreichs in Osteuropa, Skandinavien und auf der Iberischen Halbinsel.

Es wurde eine Erfolgsbilanz über 70 Ausstellungen vorgelegt und dann eingegangen auf die Sprachkurse, wobei diese aber nur in Warschau forciert werden, um an anderen Orten keine Konkurrenz zu bestehenden Goethe-Instituten entstehen zu lassen. Mit dieser Formulierung bin ich nicht ganz einverstanden. Es ist weiter herausgearbeitet worden die Sparsamkeit bei der Reisetätigkeit – Reisetätigkeit soll nie ausufern, aber ohne ausreichende Reisetätigkeit in der Außenpolitik wird man natürlich auch nicht allzu viel erreichen können –, und verschiedenes andere mehr ging noch in diese Richtung. Jedoch andere außerordentlich wesentliche bi- und multilaterale Probleme sind in dieser Pressekonferenz nicht behandelt worden.

Ich gehöre zu denen, Herr Bundesminister, die Ihnen dankbar sind für eine ausreichende und umfassende Information. Allerdings ist sie so umfangreich, daß wir sie gelegentlich als kleine Fraktion nicht mehr bewältigen können.

Diese erfreuliche Information versetzt uns in die Lage, heute auch Dinge zu wissen, die wir bisher nicht kannten. Mich interessierten zum Beispiel jene Gespräche sehr, die Sie mit Amtskollegen aus Anlaß der XXXIII. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York geführt haben. Sie waren an und für sich ausgewogen, natürlich mit den Großmächten, dann mit Zypern, dem Irak, Bahrain, Bangla-

10350

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Peter

desch, Thailand und der Mongolei und etwas weniger mit europäischen Staaten als den genannten außereuropäischen Staaten.

Wiederum: Hier soll nicht kritisiert werden, es ist Ausgewogenheit vorhanden. Ich wünschte mir aber, daß jede Möglichkeit zu Kontaktbildungen den europäischen Schwerpunkt in erster Linie herausstellen sollte, denn in diesem Bereich werden wir mehr bewirken können als im internationalen Bereich der großen Politik.

Ich glaube auch, daß wir in der österreichischen Außenpolitik manchmal so etwas wie einen außenpolitischen Konfektionsanzug anhaben. Ich wünschte mir mehr einen maßgeschneiderten, für diesen neutralen Staat noch passenderen außenpolitischen Anzug. Ich meine weiter, daß unsere Diplomaten dieser Aufgabe voll und ganz gewachsen sein würden. Ich werde mich aber hüten, sie von diesem Platz aus als Schneider zu bezeichnen. *(Heiterkeit.)*

Die Außenpolitik und leider auch die Weltpolitik im Sinne des Konfektionsanzuges, die überlasse ich lieber dem Generalsekretär der Vereinten Nationen. Mit dessen Tätigkeit bin ich persönlich in vielem nicht einverstanden. Die Vereinten Nationen sollten wir uns gerade im Sinne eines außenpolitischen österreichischen Maßanzuges nicht zum Vorbild machen.

Ich verstehe eines nicht, Herr Bundesminister – mein Kollege Scrinzi hat das Thema ja bereits angezogen –: Ich verstehe unser Engagement dort nicht, wo dies sowieso nichts bewirken kann, aber andererseits unter Umständen als neutralem Staat uns selbst Probleme bereitet. Müssen wir wirklich so intensiv, wie gerade Sie es auch persönlich tun, Herr Bundesminister, das Engagement in der Südafrika-Frage betreiben? Ich glaube nicht, daß wir im Bereich der Dritten Welt so Entscheidendes beeinflussen können, wie wir manchmal nach außen hin tun. Ich glaube aber sehr wohl, und das läßt sich jederzeit auf Grund der bisherigen Erfolgsbilanz unter Beweis stellen, daß wir bi- und multilateral im Bereich von West- und Osteuropa noch mehr bewirken könnten, als es der österreichischen Außenpolitik sowieso schon in einem sehr erfreulichen Maß gelungen ist.

Hier würde ich Ihnen eine gewisse Selbstprüfung, nicht eine persönliche, sondern die des außenpolitischen Standpunktes Österreichs, empfehlen.

Und hier muß bitte noch eine Frage an die Adresse des derzeitigen Außenministers gerichtet werden: Sind unter der Amtsführung des Herrn Ministers Dr. Pahr die Grundlagen einer gemeinsamen österreichischen Außenpolitik verbreitert oder eingeengt worden? Wiederum ein Thema, das ich nicht von diesem Platz aus

diskutieren möchte, sondern von dem ich meine, daß es geradezu in den Rat für auswärtige Angelegenheiten gehört. Dort soll man dann mit aller Offenheit über die Probleme reden und nach Möglichkeit zu einem für alle drei Fraktionen des Hauses befriedigenden Ergebnis kommen.

Wir Freiheitlichen unterstreichen es immer wieder, und es ist dies nicht ein verbales Bekenntnis, sondern es entspricht unserer Überzeugung, daß die gemeinsame bisherige Außenpolitik ein großes Kapital der gesamtösterreichischen Politik ist, von dem wir meinen, daß man es nicht leichtfertig vertun darf. Man kann dazu kritisch, aber man muß ebenso konstruktiv eingestellt sein, weil wir die gemeinsame Außenpolitik erhalten und darüber hinaus aus freiheitlicher Sicht dazu unseren liberalen Beitrag leisten wollen.

Gestatten Sie mir, Herr Bundesminister, ein Wort zu Südafrika. Um Mißverständnisse gar nicht erst aufkommen zu lassen, möchte ich unterstreichen, daß wir Freiheitlichen uns nicht als selbsternannte Advokaten des südafrikanischen Standpunktes betrachten. Erstens fühlen wir uns für eine derartige Rolle nicht zuständig, und zweitens sind unsere eigenen Vorbehalte, was die Apartheid-Politik anbelangt, viel zu schwerwiegend.

Südafrika ist in diesem Sinn also kein Steckenpferd der freiheitlichen Abgeordneten, aber wir müssen von den Realitäten der Vereinten Nationen ausgehen. In den Vereinten Nationen messen viele Europäer leider mit zweierlei Maßstäben. Die einen Europäer krei den Mißstände in Südafrika zu Recht und manchmal zu Unrecht an. Und die gleichen Europäer, welche vermeintliche und tatsächliche Mißstände in Südafrika anprangern, vergessen es, ärgere Mißstände in Ländern der Dritten Welt auch nur zu erwähnen. Sie ignorieren diese Mißstände einfach.

Und daß wir, Herr Bundesminister, mit der österreichischen Außenpolitik im Lager derer stehen, die in diesen Fragen mit zweierlei Maßstäben messen, das, Herr Bundesminister, bedaure ich zutiefst. In diesem Punkte halte ich die offizielle Außenpolitik der Republik Österreich für überprüfungs-, wenn nicht gar für revisionsbedürftig. *(Zustimmung bei der FPÖ.)*

Noch bedauerlicher ist es, daß wir dieses Messen mit zweierlei Maßstäben kritiklos in der österreichischen Außenpolitik hinnehmen.

Die Mittel sind bescheiden, die wir für die Außenpolitik einsetzen können. Die personellen Möglichkeiten sind ebenso bescheiden. Wenn dann der außenpolitische Schwerpunkt Österreichs so sehr im Bereich des Messens mit

Peter

zweierlei Maßstäben gesetzt wird, aber in europäischen und bilateralen Bereichen die Dinge nicht so gestaltet werden, wie wir es gerne hätten, dann ist hier zumindest Diskussion notwendig und aus meiner Sicht auch da und dort eine Änderung. Es muß, Herr Bundesminister, endlich eine Objektivierung der Meinungsbildung über Südafrika in der österreichischen Außenpolitik erfolgen.

Wir fahren in alle Bereiche der Dritten Welt und pflegen dort eine intensive Besuchsdiplomatie nach dem Grundsatz: Hinfahren, prüfen, anschauen und dann reden. Aber genau dieser Grundsatz: Hinfahren, die Situation studieren, darüber reden und dann erst entscheiden, dieser Grundsatz gilt nicht für Südafrika.

Und hier - ich möchte das Wort „Vorwurf“ heute nicht in den Mund nehmen bei dieser Konsensdebatte - unterliege ich dem Eindruck, daß die österreichische Außenpolitik mit zweierlei Maßstäben mißt. Die Frage dabei lautet, Herr Bundesminister: Warum tun wir das? Welche Begründung gibt es dafür? Ich habe bis jetzt keine für mich verständliche gefunden.

In diesem Sinne bitte ich Sie, meine Ausführungen, die sowieso schon zu lange geworden sind - ich werde mir den Rest ersparen und die Auslandskulturpolitik beim Budget behandeln -, in diesem Sinne bitte ich Sie, Herr Bundesminister, das von mir Gesagte einer wohlwollenden und kritischen Überprüfung zu unterziehen. Ich wäre dankbar, zu dem einen oder anderen zum gegebenen Zeitpunkt Ihre Meinung zu hören. Ich bitte Sie, heute aber jedenfalls zur Ausweisung des ORF-Korrespondenten aus der Sowjetunion Stellung zu nehmen.

Nun zu den Berichten selber. Die Berichte, Herr Bundesminister, waren in ihrer Gliederung und in ihrem Inhalt das, was wir Freiheitlichen uns unter einem „außenpolitischen Maßanzug“ vorstellen. Daher danken wir den Beamten Ihres Hauses, die diese ausgezeichneten Berichte erstellt haben. Die FPÖ-Abgeordneten werden den Berichten gerne ihre Zustimmung geben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dr. Pahr.

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. **Pahr**: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich glaube, daß der Moment gekommen ist, um zu einigen der aufgeworfenen Probleme und Fragen Stellung zu nehmen.

Was die Frage des Wunsches nach einer gemeinsamen Außenpolitik betrifft, so kann ich mich nur dem anschließen, was Herr Abgeordneter Dr. Fischer gesagt hat. Ich glaube, vom

Standpunkt der Regierung, vom Standpunkt Österreichs ist ein Höchstmaß der Gemeinsamkeit in der Außenpolitik wünschenswert.

Vielleicht in diesem Zusammenhang gleich einige Worte zu den kritischen Ausführungen des Klubobmannes Abgeordneter Dr. Mock zu unserer Neutralitätspolitik. Ich halte diese Vorwürfe, diese Kritik für wirklich nicht gerechtfertigt. Unsere Neutralitätspolitik ist konsequent seit dem Jahre 1955 eine aktive Neutralitätspolitik gewesen, eine Neutralitätspolitik, in der für ein Stillesitzen - wie es Herr Abgeordneter Dr. Mock verlangt - kein Raum war und ist. Gleichzeitig oder fast gleichzeitig mit der Annahme des Verfassungsgesetzes über die immerwährende Neutralität Österreichs ist Österreich den Vereinten Nationen beigetreten. Und Mitglied in einer Organisation wie den Vereinten Nationen zu sein und stillezusitzen, zu Weltfragen, zu internationalen Fragen keine Meinung zu haben, schließt sich gegenseitig aus.

Wir haben von allem Anfang an auch immer wieder betont, keine ideologische Neutralität zu verfolgen. Ich halte das für ganz besonders wichtig, weil es eine ganz große Gefahr ist, durch Schweigen in ideologischen und weltanschaulichen Fragen seinen Standpunkt nicht richtig klarzustellen. Auch dieser Grundsatz der nicht ideologischen Neutralität gebietet es, aktive Neutralitätspolitik zu führen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich glaube, auch das Beispiel der Schweiz zeigt, daß der von uns seit 1955 eingeschlagene Weg der richtige war. Die Schweiz, die eine viel längere Tradition und Erfahrung auf dem Gebiet der Neutralitätspolitik hat, hat heute erkannt, daß in der Zeit, in der wir leben, für eine Neutralität des Stillesitzens kein Raum mehr ist. Die Schweiz ist uns daher in den Europarat nachgefolgt. Sie hat sehr lange gezögert, das zu tun, weil das auch eine aktive Teilnahme an der Politik, nämlich an der Europapolitik, erfordert.

Die Schweiz hat zunächst sehr kritisch betrachtet, daß wir als Gäste an den Konferenzen der Blockfreien teilgenommen haben. Die Schweiz ist uns nachgefolgt. Und der Besuch und die Gespräche, die ich vor relativ kurzer Zeit mit dem neuen schweizerischen Außenminister Aubert gehabt habe, beweisen, daß jetzt die Schweiz ebenfalls viel stärker als in der Vergangenheit eine aktive Außenpolitik und Neutralitätspolitik anstrebt. Und es ist die Schweiz - und ich glaube, das ist der beste Beweis für die Richtigkeit unserer Politik -, die aus unserer Erfahrung, wie öffentlich erklärt wurde, lernen möchte.

Ich glaube, diese Grundeinstellung beweist,

10352

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Bundesminister Dr. Pahr

daß wir seit 1955 eben nur eine Neutralitätspolitik geführt haben, eine Neutralitätspolitik, die – das wurde hier sehr zutreffend ausgeführt – viel schwieriger ist als eine Politik in einem großen Block. Eine Neutralitätspolitik ist ständig ein Gehen auf einem Grat. Und hier darf in keiner Richtung abgewichen werden, denn sonst verliert man den Weg der Neutralitätspolitik.

Dieser Weg ist auch mit Festigkeit zu führen, und ich werde auf den Vorwurf des Herrn Abgeordneten Dr. Mock, etwa im Fall Hutter diese Festigkeit, diese Klarheit, die die Neutralitätspolitik erfordert, verlassen zu haben, dann zurückkommen, wenn ich zu dem Fall Hutter im Detail spreche.

Neutralitätspolitik und Vereinte Nationen – zur Frage: Messen wir mit zwei Maßstäben? Ich glaube, dieser Vorwurf kann gerade Österreich nicht gemacht werden.

Wir haben dann, wenn wir es für richtig gefunden haben, nie verabsäumt, auch zu Problemen klar und deutlich Stellung zu nehmen, die vielleicht nicht gerade angenehm sind. Ich darf hier nur als Beispiel auf unsere Haltung bei der Rassismus-Konferenz in Genf verweisen. Dort waren wir es, die offen gegen die Resolution gestimmt haben. Wir haben uns nicht geschämt, einen Standpunkt einzunehmen, während die meisten anderen, die den Standpunkt der dort hauptsächlich versammelten Mehrheit nicht geteilt haben, zu diesem Zweck die Konferenz verlassen haben. Wir haben offen unsere Meinung bekannt.

Auch den Vorwurf, in unserer Besuchsdiplomatie nicht mit gleichem Maßstab zu messen, kann ich nicht hinnehmen. Wir haben bisher in Afrika, vor allem in Afrika südlich der Sahara, keine offiziellen Besuche gemacht. Ich kann Ihnen heute schon sagen: Falls mich mein Weg dorthin führen sollte, werde ich mich nicht scheuen, auch nach Südafrika zu fahren. Ich werde dort allerdings den Standpunkt zu den aufgeworfenen Fragen, zu den Problemen, die sich dort ergeben, genauso klar und deutlich sagen, wie ich ihn woanders in anderem Zusammenhang gesagt habe. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn ich im kommenden Jahr wieder eine Reise nach Lateinamerika machen werde, werde ich mich nicht scheuen, nach Argentinien und Brasilien zu fahren. Auch das soll ein Beweis dafür sein, daß wir nicht mit zweierlei Maß messen. Allerdings werden wir genauso, wie wir etwa auch in den Staaten des Ostens auf die Einhaltung der Schlußakte von Helsinki hinweisen und vorgekommene Verletzungen der Schlußakte von Helsinki offen aufzeigen, das in Argentinien tun.

Nun zur Frage der Entspannung: Die Entspannung ist – und ich glaube, das wurde hier von allen Sprechern positiv unterstrichen – die für Österreich einzig mögliche Politik. Der Herr Abgeordnete Luptowits hat hier eine sehr treffende Wertung der Konferenz von Belgrad vorgenommen. Aus Belgrad, glaube ich, müssen wir alle für die bevorstehende Konferenz in Madrid lernen. Einerseits muß vermieden werden, genauso wie es in Belgrad vermieden werden konnte, daß Madrid einen Schlußpunkt in dem Entspannungsprozeß darstellt. Nach der Idee der Schlußakte von Helsinki sind die Folgekonferenzen ja keine selbständigen Einrichtungen, keine selbständigen Konferenzen, sondern sind ein Motor, die Idee, den Gedanken und die Worte der Schlußakte von Helsinki lebend zu erhalten und sich für ihre permanente Durchsetzung einzusetzen. Das müssen wir in Madrid wieder erreichen.

Wir müssen aber in anderer Hinsicht Madrid besser vorbereiten. Es darf nicht wieder dazu kommen – so wie in Helsinki –, daß mehr als 100 Vorschläge am Tisch liegen und schon durch die Zahl der Vorschläge eine Annahme von einzelnen dieser Vorschläge verhindert wird. Diese Tatsache, daß in Belgrad mehr als 100 Vorschläge am Tisch lagen, war auch der Grund dafür, daß jene vier österreichischen Initiativen, auf die der Herr Abgeordnete Mock Bezug genommen hat, genauso wie alle anderen rund 100 Vorschläge, nicht angenommen und nicht verwirklicht werden konnten. Hier ökonomisch rechtzeitig vorzubereiten, ist eines der Ziele, die wir jetzt verfolgen, und der Europarat wird von uns hier als ein sehr wertvolles Instrument verwendet und angesehen werden.

Vielleicht nun zu der Frage: Beachten wir in unserer Politik Westeuropa in ausreichender Weise?

Ich bin mir der Tatsache bewußt, daß es zwar sehr wichtig ist, in der Welt Freunde zu haben, aber daß es am wichtigsten ist, mit unseren Nachbarn, mit unseren mittelbaren und unmittelbaren Nachbarn gut Freund zu sein. Hier kommt natürlich im Hinblick auf die ideologische Gemeinsamkeit mit dem Westen Europas unseren Beziehungen zu Westeuropa besondere Bedeutung zu.

Sie, Herr Klubobmann Abgeordneter Peter, haben auf Frankreich, auf Großbritannien und auf den Europarat hingewiesen. Ich bin mir bewußt und will es nicht verschweigen, daß unsere Beziehungen zu Frankreich und Großbritannien nicht so intensiv sind, wie wir es wünschen möchten. Aber ich glaube, daß wir gerade in den letzten Jahren auf diesem Gebiet gewisse Fortschritte verzeichnen können.

Bundesminister Dr. Pahr

Zunächst zu Frankreich: Wir haben die Große Gemischte Kommission vor nun rund fünf Jahren gegründet. Diese Große Gemischte Kommission hat verschiedene Projekte entwickelt, die nunmehr schon im Stadium der Realisierung sind. Ich darf hier nur ein Beispiel erwähnen, weil es auch wirtschaftlich von großer Bedeutung ist, nämlich die Zusammenarbeit zwischen Österreich und der Firma Renault in der Weise, daß in Österreich Vorfabrikate für Renault hergestellt werden.

Ich darf auf den Besuch des Herrn Bundeskanzlers vor zweieinhalb Jahren in Paris hinweisen, der als Ergebnis unter anderem zur Vereinbarung über ein österreichisch-französisches Institut für die Ost-West-Beziehungen führt. Ich möchte weiters darauf hinweisen, daß ich vor etwa einem Jahr einen offiziellen Besuch nach langen Jahren wieder in Frankreich machen konnte, daß im Sommer Außenminister Guiringaud in Österreich war und daß ich jetzt in wenigen Tagen wieder Gelegenheit zu einem Zusammentreffen mit Guiringaud habe.

Sie haben auf die Probleme hingewiesen und den Vorwurf, den man ständig in Frankreich hört - vielfach zu Recht hört -, daß die französische Sprache in Österreich nicht genügend bekannt ist und gesprochen wird; ich habe diese Idee aufgegriffen und habe gemeinsam mit einem französischen Schauspieler und Regisseur, Jean Louis Barrault, die Idee in die Welt gesetzt, ein französisches Theater in Wien zu gründen. Mit Unterstützung der Gemeinde Wien, mit Unterstützung des Bundes konnte diese Idee verwirklicht werden. Am 10. und 11. November dieses Jahres wird erstmals in Wien das französische Theater seine Tätigkeit aufnehmen. All das aus dem Bestreben heraus, die Beziehungen Österreichs zu Frankreich intensiver zu gestalten.

Und ähnlich mit Großbritannien. Natürlich muß man anerkennen, daß gerade Großbritannien im Moment und in der Vergangenheit sehr große andere Probleme hatte und hat, mit denen man sich dort auseinandersetzen muß. Ich darf hier nur auf das Rhodesienproblem Bezug nehmen, für das sich Großbritannien in gewisser Hinsicht verantwortlich fühlt. Auch hier konnte durch eine Intensivierung des Besuchsaustausches der erste Schritt zu einer verstärkten Intensivierung der Beziehungen gesetzt werden. Staatsminister Judd war im Winter dieses Jahres in Österreich; er wird übrigens am Montag wieder nach Österreich kommen. Der Herr Bundeskanzler hat einen Besuch in London gemacht. Also auch hier Fortschritte in der Gestaltung unserer Beziehungen.

Nun Europarat. Ich stimme Ihnen bei, Herr Abgeordneter: Es ist vor allem ein Verdienst aller österreichischen Abgeordneten beim Euro-

parat, daß Österreich einen so guten Ruf, eine so gute Stellung beim Europarat hat, daß wir - wie wir hoffen - nunmehr schon zum zweiten Mal Aussicht haben, daß ein Österreicher zum Generalsekretär des Europarates gewählt wird. Aber wir dürfen nicht vergessen, der Europarat ist ja eine Organisation, die dadurch gekennzeichnet ist, daß ihr Hauptorgan die Parlamentarische Versammlung ist.

Aber auch auf Regierungsebene, auch im Ministerkomitee ist es immer wieder Österreich, das Initiativen setzt, die die Bedeutung des Europarates unterstreichen sollen. Ich möchte daran erinnern, daß es der heutige Bundespräsident Dr. Kirchschräger war, der als Außenminister im Europarat, im Ministerkomitee erstmals die Frage der Aufwertung des Europarates gefordert hat.

Es soll daher auch nicht wundern, daß er das erste Staatsoberhaupt eines Mitgliedstaates des Europarates war, das nach Straßburg gekommen ist und vor der Assemblée gesprochen hat.

Auch für uns ist es auch heute und immer wieder der Europarat, den wir als die Brücke zwischen den Neun oder bald Zwölf und den anderen betrachten. Daher tun wir alles, diesen Europarat in seiner Bedeutung zu erhalten.

Gerade wenn man den Europarat in seiner Bedeutung erhalten will, bedarf es reiflicher Überlegungen, wie die Beziehungen Österreichs zum Europäischen Parlament sein sollen.

Ich glaube, daß die Idee, die in die Welt gesetzt wurde, die Idee, die am meisten Aussicht auf Erfolg hat und die auch schon gerade von der sozialistischen Fraktion geübt wird, nämlich die Zusammenarbeit innerhalb der Fraktionen auch mit den Nichtmitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, der richtige Weg ist.

Die Gedanken eines Beobachters im Europäischen Parlament erachte ich als die größte Gefahr, die dem Europarat gegenüber besteht. Denn in dem Moment, in dem auch Vertreter von Nichtmitgliedstaaten der EG im Europäischen Parlament wenn auch sprechen, aber nicht auch abstimmen können, nimmt das Interesse an der Parlamentarischen Versammlung des Europarates ab.

In dem Zusammenhang die Beziehungen Österreichs zur EG. Ich glaube, ich habe mehrmals Gelegenheit gehabt, darauf hinzuweisen, daß selbst dann, wenn Österreich aus Gründen seiner immerwährenden Neutralität an dem wirtschaftlichen und politischen Integrationsprozeß nicht voll Anteil nehmen kann, es trotzdem diesen fortschreitenden Integrationsprozeß im höchsten Maße begrüßt.

Auf der anderen Seite sind wir der Meinung,

10354

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Bundesminister Dr. Pahr

daß gerade die fortschreitende Integration unter den derzeit Neun die Gefahr in sich birgt, daß es zwischen diesen Neun oder Zwölf und den anderen zu einer Kluft kommt, zu einer Teilung des demokratisch-pluralistischen Europas, eine Entwicklung, die wir als sehr gefährlich betrachten.

Aus dieser Sorge heraus hat Bundeskanzler Kreisky vor eineinhalb Jahren jene Konferenz angeregt, die im Vorjahr hier in Wien stattgefunden hat, die EFTA-Gipfelkonferenz, die Wege aufgezeigt hat, wie das Entstehen einer Kluft zwischen den Neun und den Nicht-Neun vermieden werden kann. Die Initiativen, die dort geboren wurden, haben im Rahmen der EG eine positive Antwort gefunden. Und es sind heute bereits verschiedene Bereiche, wo ein Gedankenaustausch, eine Zusammenarbeit zwischen den Neun und den Nicht-Neun verwirklicht wird. Ich möchte hier auf den Bereich des Umweltschutzes verweisen oder auf die bevorstehenden Konsultationen und Beratungen über finanzwissenschaftliche Fragen zwischen Österreich und der EG, die noch in diesem Monat stattfinden werden.

Auch das Bestreben, die Beziehungen Österreichs zur EG zu intensivieren und jedes Abspalten zu verhindern, hat uns dazu bewogen, den Besuchs Austausch mit der EG zu intensivieren.

Ich habe selbst im Frühjahr gemeinsam mit Minister Haiden einen offiziellen Besuch bei der EG gemacht. Der Präsident der EG Jenkins wird schließlich im Frühjahr nach Österreich kommen, das Mitglied des Rates der Kommission Gundelach war vor kurzem in Österreich und hat mit Minister Haiden über sehr entscheidende Fragen, Probleme der Landwirtschaft gesprochen, Probleme, die wir immer wieder in den Mittelpunkt unserer Beziehungen zur EG stellen und wo es auch möglich war und möglich ist, immer wieder, wenn auch mit kleinen Schritten, Fortschritte zu erzielen.

Und nun zur Frage Hutter. Ich muß sagen - das möchte ich an die Spitze stellen -, daß ich den Vorwurf des Herrn Abgeordneten Dr. Mock, daß unsere Haltung auf diesem Gebiet nicht eindeutig und ausreichend klar war, nicht verstehe. Ich habe mehrmals sehr eindeutig, klar und deutlich unsere Auffassung dazu formuliert. Ich habe darauf hingewiesen, daß durch diese Vorgangsweise die Sowjetunion drei Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki verletzt hat: Nämlich einen Auslandskorrespondenten wegen seiner journalistischen Tätigkeit nicht auszuweisen, im Falle einer Ausweisung ihm die Gründe mitzuteilen, und drittens, ihm die Möglichkeit einer Überprüfung der verfügten Ausweisung einzuräumen. Alle diese drei

Bestimmungen sind unserer Meinung nach verletzt worden.

Wir haben daher am 13. Oktober dem sowjetischen Geschäftsträger in Wien - der sowjetische Botschafter ist abwesend - wegen dieser Verletzung der Schlußakte von Helsinki einen formellen Protest überreicht. Das ist eine, wie ich glaube, sehr eindeutige und sehr klare Antwort. Ein diplomatischer Protest ist das schärfste Mittel, das hier in Frage kommt.

Ich weiß, es wurde von einzelnen Seiten als Retorsionsmaßnahme die Ausweisung eines TASS-Korrespondenten verlangt. Ich habe dazu ebenfalls eine sehr klare Stellung bezogen und zu dieser Stellungnahme bekenne ich mich auch weiterhin.

Erstens: Ich glaube nicht, daß es möglich ist, eine Verletzung der Schlußakte von Helsinki mit einer anderen Verletzung der Schlußakte von Helsinki zu beantworten. *(Beifall bei der SPÖ.)* Ich glaube, gerade ein Staat wie Österreich hat allergrößtes Interesse daran, die Schlußakte von Helsinki und die Menschenrechtspakete einschließlich der Europäischen Menschenrechtskonvention besonders präzise und genau zu beachten.

Ich möchte weiters darauf hinweisen, daß es in vergleichbaren Fällen nur ein einziges Mal als Retorsion zur Ausweisung eines anderen Korrespondenten gekommen ist. In allen anderen Fällen haben sich die betroffenen Staaten entweder mit einem Protest begnügt oder nicht einmal diesen Schritt gesetzt.

Und dann noch etwas. Wir haben sehr viel heute vom Europarat, vom Beitrag des Europarates zum Schutz der Menschenrechte gesprochen. Im Rahmen des Europarates wurde eine Konvention über die Rechtsstellung der Auslandskorrespondenten ausgearbeitet. Ein wesentlicher Punkt dieser Konvention ist es, jede Gegenseitigkeit auszuschließen. Auch das war ein Grund für mich, als Retorsion allein deswegen, weil Herr Hutter de facto ausgewiesen wurde, keine Ausweisung eines TASS-Korrespondenten vorzuschlagen. Dazu kommt, daß die gesetzliche Grundlage für so eine Vorgangsweise dann auch noch einer Überprüfung bedurft hätte. *(Abg. Dr. Mock: Herr Bundesminister! Ist klar, daß ich das auch nie verlangt habe?)* Ja, ich weiß; ich habe auch gesagt, von mancher Seite und nicht von Ihnen. Sie haben mir nur vorgeworfen, daß ich nicht klar und deutlich in der Aussage war. Ich glaube, auch dieser Vorwurf scheint mir ungerechtfertigt zu sein. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Mag. Höchtl: Sie sind erst durch die Massenmedien dazu gedrängt worden!)*

Das ist völlig falsch, das ist eine völlig falsche Behauptung. Ich habe unmittelbar, sofort im

Bundesminister Dr. Pahr

Anschluß an den Ministerrat, noch bevor wir irgendwelche konkrete Informationen hatten, diesen Standpunkt bezogen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Daß wir dann vor einem endgültigen Schritt gewartet haben, bis Herr Hutter da ist und ich Gelegenheit gehabt habe, mit Herrn Hutter zu sprechen, ist selbstverständlich, denn wir geben nur auf klare Sachverhalte eine klare Antwort und nicht auf unklare Sachverhalte, die wir noch nicht kennen, sondern bestenfalls vom Hörensagen kennen. *(Abg. Mag. Höchtl: Der Bundeskanzler, der zu allen möglichen Dingen ungebeten spricht, hat nicht einmal ein Wort darüber verloren!)*

Verzeihen Sie, auch das stimmt nicht; der Bundeskanzler hat sehr klar gesagt, daß man sich überlegen wird, was andere Staaten in so einem Fall gemacht haben, etwas, was durchaus geschehen ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun aber zum Abschluß vielleicht noch ein kurzes Wort zu dem Entschließungsantrag, zu dem ja Herr Abgeordneter Dr. Fischer schon Stellung genommen hat. Unter den Grundsätzen, von denen sich die österreichische Außenpolitik zu leiten hat, vermisste ich zwei sehr wesentliche Grundsätze: ein wesentlicher Grundsatz der österreichischen Außenpolitik ist es, das richtige Bild Österreichs im Ausland darzustellen, eben die Auslandskulturpolitik. Die Auslandskulturpolitik kommt hier überhaupt nicht vor. *(Abg. Dr. Mock: Oh ja, Sie haben das falsche Exemplar!)* Nein, ich habe das richtige, da kommt nichts vor.

Das zweite: Die Auslandswirtschaftspolitik; auch die ist hier nicht erwähnt. Wir haben immer den Standpunkt vertreten, daß die österreichische Außenpolitik auf drei Säulen ruht: die Außenpolitik im eigentlichen Sinn, und die behandeln Sie hier, die Auslandskulturpolitik und die Auslands-, Wirtschafts- und Handelspolitik, die einen sehr bedeutenden Beitrag auch zur Sicherung der Vollbeschäftigung in Österreich leistet. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Graf.

Abgeordneter **Graf** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Bevor ich zu meinen eigentlichen Ausführungen komme, vielleicht ein paar grundsätzliche Bemerkungen zu einigen der Herren Vorredner. Ich möchte aber vorher noch eines feststellen: Wie so oft in der letzten Zeit, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, ist Ihre Reizschwelle bei angebrachter Kritik außerordentlich niedrig geworden. Sie sind übertrieben empfindlich, und ich muß Sie um eines bitten, verehrter Herr

Abgeordneter Dr. Fischer: Wenn Sie – und ich gestehe Ihnen das Recht zu – uns Oppositionelle hart nehmen, dann ist es anscheinend für Sie ein Versmaß ausgewogener politischer Weisheit. Wenn der Herr Dr. Mock es unterläßt, Sie zu loben, dann ist es niveaulos und provokativ und ähnliches mehr. *(Zustimmung bei der ÖVP. – Abg. Dr. Gruber: Das Niveau vom Abgeordneten Dr. Fischer kann ja niemand erreichen! – Ruf bei der SPÖ: Da haben Sie recht!)*

Meine Damen und Herren! Es ist ja geradezu sinnlos, zu glauben, daß wir irgend einen Grund haben, Sie in irgend einer Phase zu loben – und etwas, was Sie dem Dr. Mock hineingeheimnist haben –: Er verlangte nicht ein Minimum an gemeinsamer Außenpolitik, er stellte fest, daß Sie uns nur mehr ein Minimum an dieser gemeinsamen Politik möglich machen. Bitte, das ist ein fundamentaler Unterschied.

Nun zu Ihnen, Herr Abgeordneter Luptowits, als neuem Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses. Ich warf Ihnen vor, daß Sie Dr. Mock zitieren und kritisieren und zensurieren. Es mag sicher Ihr Recht sein. Ich weiß jetzt, daß Sie anscheinend nicht anders können, denn Sie haben nicht nur Mock zensuriert, sondern auch den ... *(Zwischenruf des Abg. Luptowits.)* Wir haben auch das nicht verlangt, Herr Abgeordneter. Aber lassen Sie sich bitte etwas sagen. Sie scheinen gerne zu zensurieren, Sie haben den Russen ... *(Abg. Luptowits: Zensieren!)* Danke, Sie tun es schon wieder. *(Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Abgeordneter! Sie haben in Ihren Ausführungen den russischen Delegationsführer bei der KSZE gelobt, Sie haben den Amerikaner Goldman kritisiert, zensuriert. Es ist Ihr Recht. Darf ich Sie etwas fragen? *(Abg. Luptowits: Ich habe mich der Kritik angeschlossen!)* Sie haben sich dieser Kritik angeschlossen. Ich habe nichts dagegen. Aber was den Goldmann betrifft ... *(Abg. Luptowits: Goldberg!)* Goldberg! Es ist ein erfolgreicher Tag für Sie, Herr Luptowits, und ich freue mich, daß ich zu Ihrem Wohlbehagen beitragen kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber nun möchte ich Sie endgültig etwas fragen: Hat in Ihrer Gedankenwelt vielleicht Platz, daß der Amerikaner doch wußte, was er will, nur Sie haben es nicht verstanden? Wäre das nicht auch möglich? – Ich frage Sie nur. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und nun, meine Damen und Herren, zum Antrag Dr. Mock. Meine Damen und Herren von der SPÖ-Fraktion! Der Antrag Dr. Mock hatte ein Ziel; dieses werden wir nun erreichen. Ich darf vorher etwas Kritisches sagen: Im Außenpolitischen Rat – auch in dem Antrag – legten wir den gleichen Umstand zugrunde, Sie tun von

10356

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Graf

sich aus nichts, nur wenn es Ihnen paßt. Wir haben Einberufungen des Außenpolitischen Rates verlangt, haben ausgiebig diskutiert, aber nur weil es wir wollten. Das Instrument, Herr Dr. Fischer, ist wertvoll, aber Sie nützen es nicht. Nicht dort wollen wir hin, daß wir den Außenpolitischen Ausschuß ersetzen, aber das Instrument wird nicht einmal im Sinne des Erfinders genützt. Das ist das. Und wir wollten über Außenpolitik diskutieren. Ich habe Ihnen mitgeteilt: Die Fraktion der Österreichischen Volkspartei hat diesen Antrag Mock zurückgezogen. Wir bringen einen anderen ein, der Ihrem Angebot Rechnung trägt. Wir haben, Hohes Haus, ein Ziel erreicht: Diskutieren. Wir haben das nunmehr erreicht. Das darf ich feststellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir finden überhaupt nichts daran, Herr Abgeordneter Dr. Fischer, diesen Antrag zurückzuziehen. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* Sie haben eine andere Einstellung. Wir haben unser Ziel erreicht und wir finden nichts daran, diesen Antrag zurückzuziehen, um unser Ziel mit einem neuen erreichen zu können. Wir haben Sie dazu gebracht, daß Sie mitdiskutieren. Das war es. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Fischer: Ist denn das hier keine Diskussion?)* Wir wollten sie erweitern, und Sie wissen das.

Einen Satz zu den Ausführungen des Klubobmannes der Freiheitlichen Partei im Zusammenhang mit Waldheim und mit Konfektions- und Maßanzügen. Ich möchte für Waldheim Herrn Peter bitten, daß ich eines dazu sagen kann. Er sagte, auch er sei mit der Vorgangsweise von Waldheim nicht einverstanden. Das ist sein Recht. Vielleicht kann der Herr Abgeordnete Peter noch dazudenken: Möglicherweise kann Herr Waldheim nicht nur nicht so agieren, wie Peter es wünscht, vielleicht nicht einmal, wie Waldheim es möchte, meine Damen und Herren, weil auch Waldheim nur das Mögliche im schwierigsten Amt der Welt erreicht. Das sollte man diesem Mann noch mitdazugeben zu dieser Kritik. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu meiner Wortmeldung selbst. Ich möchte zwei Dinge voranstellen, damit Sie mich nicht interpretieren. Ihre Reizschwelle ist niedrig. Ich möchte bitten, mir zwei Dinge zu glauben. Ich nehme hier Stellung als Abgeordneter, aber auch als interessierter Zeitgenosse, und wenn Sie lieb sind, glauben Sie mir. Auch ich kenne einige Leute in der Welt und höre einiges. Das ist die erste Feststellung, die ich bitte machen möchte.

Zum zweiten: Ich werde mich bei diesen Ausführungen zwangsläufig mit dem Herrn Bundeskanzler beschäftigen. Aber auch hier zwei Vorbemerkungen, die ich ernst meine.

Selbstverständlich ist Dr. Kreisky ein außenpolitischer Experte. Hoffentlich! - Es wird nicht bestritten. Selbstverständlich ist der Herr Bundeskanzler von allen Bundeskanzlern der Zweiten Republik jener, der international am bekanntesten ist. Hier hänge ich meine Bemerkungen auf, ich stelle das einmal außer Streit.

Es mag aber, meine Damen und Herren von der linken Reichshälfte, möglich sein, daß man in Österreich ohne weiteres die Differenziertheit der Position des Herrn Bundeskanzlers durchbringt. Es mag sein, daß es Allgemeingedankengut nicht nur in Ihrer Fraktion, sondern in weiteren Kreisen dieses Landes ist, daß der Herr Dr. Kreisky einmal als Mitglied und hoher Funktionär der Internationale, einmal als Parteibmann und einmal als Bundeskanzler spricht. Aber das, was hier für Sie selbstverständlich ist, ist nicht Allgemeingut in der Welt, und man identifiziert jedwede Aussage des Herrn Dr. Kreisky mit seiner Stellung als Bundeskanzler dieses neutralen Staates.

Herr Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten! Das meinte Herr Dr. Mock in der Kritik. Und das glauben wir sagen zu müssen, weil hier das internationale Maß - nicht daß es nicht sein Recht ist - die Äußerungen des Bundeskanzlers mit seiner Position identifiziert, und hier wird der Raum immer enger, wo wir gemeinsam uns dazu bekennen können. Wir bejahen die gemeinsame Außenpolitik, wir verneinen Äußerungen, die Herr Dr. Kreisky in anderer Position macht, wiewohl er es gar nicht von uns erwartet, aber international haben wir dazu Stellung zu beziehen, ansonsten verwischen sich die Begriffe. Das ist also der Oberbegriff unserer beginnenden Kritik. Ich sage bekannte Dinge, aber ich darf sie noch einmal wiederholen. Es wurde heute mehrfach gesagt.

Natürlich ist die Neutralitätspolitik eine besonders heikle Politik. Obwohl sie durch das Neutralitätsgesetz und die anlässlich seiner Beschlußfassung von Raab am 26. Oktober 1955 abgegebene Erklärung grundsätzlich definiert ist, muß Österreich als neutraler Staat vor dem Hintergrund wechselnder Konstellationen seine neutrale Haltung immer wieder aktuell interpretieren.

Herr Bundesminister Dr. Pahr! Dr. Mock hat nicht verlangt, daß Sie stillesitzen, sondern er meinte die dauernde wechselweise aktuelle Interpretation dieser Neutralität. Hier haben Sie ihn mißverstanden.

Natürlich - das weiß auch die Opposition - gibt es kein fix und fertiges Rezept. Dabei wissen wir, daß wir auf uns allein gestellt sind, im Gegensatz zu Staaten, die Partner in einem

Graf

Bündnissystem um sich geschart haben. Ich darf den früheren Außenminister Waldheim zitieren, der in seinem Buch „Der österreichische Weg“ als Ziel der seit 1955 betriebenen Außenpolitik das Bestreben bezeichnet, „das Interesse der Umwelt ... an der Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und Neutralität wach zu halten ... Ein Interesse, das durch eine konsequente Außenpolitik stets wachzuhalten ist in der Erkenntnis, daß der geringste Fehler – aus welchen Motiven auch immer er passiert – „zu unabsehbaren Folgen führen könnte.“

Dort wurzeln die Besorgnisse der Volkspartei und nicht im Suchen nach Dissens um des Dissenses willen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein solches Interesse, meine Damen und Herren, kann in Wirklichkeit aber nur wachgehalten werden, wenn die österreichische Neutralitätspolitik zu jedem Zeitpunkt und bei allen auftauchenden Fragen immer wieder gleich glaubwürdig erscheint für alle, die sie hören. In der Kontinuität dieser Haltung ist sie zu manifestieren. Denn wenn Zweifel entstehen könnten – ob man sie interpretativ sieht oder wirklich fühlt, ist völlig belanglos –, wäre es in Krisenzeiten, die auch die Opposition nicht wünscht, nämlich zu spät, diesen Eindruck zu korrigieren.

Im allgemeinen beruht ja Neutralitätspolitik auf Grundsatztreue, Zurückhaltung und ausgewogener Beurteilung von Konflikten, meine Damen und Herren. Und das ist der zweite Ansatzpunkt Mockscher, sprich ÖVPscher Kritik an dem jetzigen Zustand der Außen- und Neutralitätspolitik. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie mir erlauben, meine Damen und Herren, komme ich nun zu Fragen der Kompetenz. Ein ausländischer Beobachter muß sich die Frage stellen, bei wem eigentlich in Österreich die Zuständigkeit für die Außenpolitik liegt. Das ist nichts Abwertendes gegen Sie, sehr geehrter Herr Minister, Sie möchten vielleicht, aber Sie können nicht. Man gewinnt den Eindruck, daß der frühere Außenminister Dr. Kreisky heute noch den Bundeskanzler außenpolitisch souverän dominiert.

Ich merke an: Es ist sein Recht. Er führt Gespräche auf der Ebene der Präsidenten mit Carter, Tito, Sadat; auf der Ebene der Regierungschefs, auf der Ebene der Parteivorsitzenden, bei offiziellen Staatsbesuchen und seit 1975 auch bei Privatbesuchen. Und er versucht, in internationalen Konflikten wie zuletzt zwischen dem ägyptischen Präsidenten Sadat und dem israelischen Oppositionsführer Peres zu vermitteln. Der Herr Bundeskanzler verhandelt in Ungarn.

Hier, Herr Luptowitz, ein kritischer Einschub:

Sie haben die Aufhebung des Visumzwangs gefeiert. Bitte einen Satz dazu, dann bin ich Ihrer Meinung: Für uns ist die einseitige Aufhebung eines Visumzwanges etwas, was mit unserer Gesellschaftsform nicht konform geht. Kann ich das für Sie und für meine Partei festhalten? *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Das wollte ich sagen.

Der Herr Bundeskanzler führt Verhandlungen in Polen und in Syrien über Wirtschaftsfragen, für die eigentlich Herr Dr. Staribacher zuständig ist. Er macht Vermittlungsvorschläge in Konflikten, wie zuletzt den offensichtlich wenig überlegten, das Westjordanland unter die Kontrolle einer arabischen Organisation oder der Arabischen Liga zu stellen.

Ich darf sehr pointiert und kritisch sagen: Die Außenminister machen seit dem Ausscheiden des jetzigen Herrn Bundespräsidenten Kirchschläger deshalb eine ungute Figur, weil sie ihrer Pflicht nicht so nachkommen können, weil man sie nicht so läßt. Sie wurden in die Rolle der Platzhalter gedrängt. Davon bin ich sogar überzeugt. Ich sage das kritisch, aber nicht auf Ihre Einstellung, sondern auf Ihren Zustand und auf den Ihres Herrn Vorgängers.

Ich darf noch einmal auf meine Einleitung zurückkommen, auf die notwendige Trennung von Staats- und Parteipolitik. Es tut mir leid, Ihnen sagen zu müssen: Hier verwischen sich die Grenzen durch die vielfältige Tätigkeit des Herrn Bundeskanzlers Dr. Kreisky. Und so angenehm seine internationale Reputation sein mag: Hier verwischen sich in der Betrachtungsperspektive des Ausländers die Grenzen, wo er wofür und wann etwas sagt. Lassen Sie mich feststellen: Auch frühere Bundeskanzler waren gleichzeitig Parteiobmänner. Aber seit Dr. Kreisky stellt sich im Inland immer wieder die deutliche Frage: In welcher Eigenschaft agiert der Herr Bundeskanzler gerade im Moment, wenn er irgendwo etwas sagt?

Sie erinnern sich: Es gab die ständigen Treffen Dr. Kreisky – Brandt – Palme, von denen heute nur mehr einer ein Regierungschef ist. Es gibt seit 1974 die „Fact Finding Missions“ im Auftrag der Sozialistischen Internationale, die Dr. Kreisky immer wieder in die Länder des Nahen Ostens führt, die ihn aber auch auf österreichischem Boden, Hohes Haus, immer wieder zu Gesprächen und Äußerungen motivieren, die keineswegs in erster Linie, meine Damen und Herren, vom außenpolitischen Interesse dieses Landes getragen sind.

Das gilt – und ich darf Ihnen ein klassisches Beispiel bringen; Sie, Herr Minister, haben die etwas unterkühlten Beziehungen mit Frankreich erwähnt, die jetzt aufgewertet werden durch das

10358

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Graf

Théâtre français, das ich begrüße, obwohl ich nicht französisch kann, was ich bedauere – aber auch zum Beispiel für ein Glückwunschtelegramm, meine Damen und Herren, wie jenes an Mitterrand anlässlich des ersten Wahlganges bei den französischen Wahlen. Herr Außenminister! Der Quai d'Orsay hat Herrn Dr. Kreisky darauf aufmerksam gemacht, daß er nicht nur Parteiführer, sondern gleichzeitig Bundeskanzler sei und folglich die Verantwortung für die gesamte Politik Österreichs trage.

Das ist ein klassisches Beispiel, das wir kritisieren, wo die Vermischung unzulässig wird, weil sie die Außenpolitik nicht mehr tragbar für alle Fraktionen macht, weil wir keine Ursache haben, uns zu identifizieren mit den Wünschen des sozialistischen Obmannes, aber gern Ursache hätten, uns zu identifizieren, mit der Außenpolitik der österreichischen Bundesregierung, wenn man uns den Weg nicht verbaut. Und noch einmal: Das meinte Dr. Mock als kleinste Möglichkeit, nicht als Wunschvorstellung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich weiß, es ist sicher zwecklos und vielleicht von Ihrer Warte aus vermessen, dem Herrn Bundeskanzler zu raten. Ich tue es trotzdem, ohne ihm Ratschläge zu erteilen: Solange er das Amt des österreichischen Regierungschefs bekleidet, muß er sich in erster Linie von den Aufgaben eines Repräsentanten unseres Staates leiten lassen.

Der Übertitel, den ich hier finde: Weniger reden wäre vor allem in der Außenpolitik mehr!, das hat der Herr Bundeskanzler uns schon gesagt, als wir an der Regierung waren, obwohl wir eine bessere Außenpolitik gemacht haben.

Meine Damen und Herren! Unbestritten ist die Tatsache, daß der Herr Bundeskanzler die Fähigkeit besitzt, täglich von sich reden zu machen. Manchmal nur um des Gags willen oder manchmal um unausgereifter Prozesse und Projekte willen. Das mag für Ihre Partei interessant sein. In der Außenpolitik kommen aber nicht allein der Bekanntheitsgrad und die Medienresonanz zum Tragen, sondern auch der Grad der Kontinuität und der Glaubwürdigkeit.

Bitte lassen Sie mich zwei Beispiele anführen:

Der Herr Bundeskanzler war in Polen. In welcher Eigenschaft weiß ich jetzt nicht mehr ganz genau. Ich las aber dann in österreichischen Zeitungen: Milliardenaufträge sind gesichert worden. – Darf ich Sie fragen: Wieviel wurden wirklich realisiert?

Als einen der herbsten Späße des Herrn Kanzlers habe ich empfunden, als er von Ägypten heimkam und uns mitteilte, die Ägypter trügen sich mit dem Gedanken, den

Suezkanal zu untertunneln. Ich habe schon gefürchtet, unsere Maurer werden schwitzen. Es war nichts dran, meine Damen und Herren! – So, glaube ich, ist es doch nicht.

Noch bedenklicher ist es aber – und ich zitiere sicher nichts vom Außenpolitischen Rat –, wenn Emotionen, aus welchen Gründen immer, durchbrechen. Ich unterstelle dem Herrn Bundeskanzler keinesfalls, daß er nicht das Recht hat, sie zu haben; nur als Bundeskanzler ist es ein bißchen schwierig, Emotionen zu haben.

Wenn Sie sich erinnern: Schon 1977 erklärte der Herr Bundeskanzler vor der UNO, die PLO sei eine Untergrundorganisation, die sich entsprechend dem Charakter einer solchen von niemandem Vorschriften machen lasse. – Das mag sein. – Eine Untergrundbewegung setze illegale Akte. – Das wisse man, wie der Herr Bundeskanzler sagte, aus der Geschichte der israelischen Untergrundbewegung. Er erwähnte damals den Anschlag auf das King David-Hotel.

Es kam vermutlich nicht von ungefähr, daß Sie, sehr geehrter Herr Außenminister Dr. Pahr, nach dem Terrorakt palästinensischer Freischärler in Israel zumindest philosophische Betrachtungen angestellt haben, die man Ihnen, wenn Sie wollen – und ich glaube Ihrer Erklärung –, mißinterpretiert hat. Ich nehme Ihnen das ab, aber es nützt uns überhaupt nichts. Der Herr Dr. Kreisky hat es für wünschenswert gefunden, diese Ihre Erklärung *expressis verbis* noch dadurch zu verschärfen, daß er anhängte: dies seien ja die Mittel, die seinerzeit auch der heutige Ministerpräsident in seiner Sache zum Kampf benutzt hat.

Auch hier, meine Damen und Herren: Es mag stimmen. Aber es ist unmöglich, daß es der Bundeskanzler der Republik sagt, weil man daraus verschiedenes ableiten kann. Ich glaube nicht, daß die Außenpolitik ein Bereich ist, wo man Animositäten hochkommen lassen kann. Und auch hier: Es ist sicher möglich und sogar berechtigt, daß der Herr Bundeskanzler als Dr. Kreisky – vielleicht – ich weiß es nicht – Israel als *Quantité négligeable* betrachtet. Ich glaube nur nicht, daß er es offen sagen kann, solange er unser Bundeskanzler ist.

Dazu gehört die Anmaßung, daß er das Vorleben ausländischer Regierungschefs in der Öffentlichkeit auspackt. Erstens weiß die Zeitungswelt das. Es kommt nur darauf an, wer es wann sagt.

Meine Damen und Herren! Das ist der Unmut, das ist der Untergrund zu unserer Kritik in der Außenpolitik. Und hier meinte Mock, wir können nur mehr ein Minimum des Konsens finden und sehen hier die Schwierigkeit. Es wäre sehr, sehr zweckmäßig, wenn Sie zusätz-

Graf

lich zur Pflichtübung, daß Mock Sie gekränkt hat und ein niveauloser Mensch ist, wenn Sie zu dieser Ihrer Pflichtübung sich darüber doch Gedanken machen könnten, daß er neben dem Wunsch, Sie zu kränken – den er nicht hat! –, eigentlich um die Außenpolitik Sorge hat, die wir gern gemeinsam betreiben. Das wollten wir sagen.

Es wäre sicher besser, wenn Österreich nicht verbal unmittelbar in Konflikte hineingeht, um deren Beilegung die Vereinten Nationen und die Supermächte – nicht mit großem Erfolg – bemüht sind.

Nun lassen Sie mich einige Sätze sagen zur Wechselbezüglichkeit der Außenhandels- und der Außenpolitik, wie ich sie sehe. Zuerst ein paar Sätze zur europäischen Integration.

Es ist unbestritten, meine Damen und Herren, daß sich trotz der Schwächen des Freihandelsvertrages, etwa im Bereich der sensiblen Produkte oder der Landwirtschaft beispielsweise oder bei den Ursprungsregeln, das Prinzip der Integration und des gegenseitigen Zollabbaues, nehmen Sie alles in allem, für Österreich segensreich erwiesen hat. Das sollte man, glaube ich, sagen.

In den Jahren von 1972 bis 1977 ist der österreichische Export nach den sechs Ländern der Alt-EG, wenn Sie diesen Ausdruck gelten lassen, um 100,1 Prozent und der Import aus diesen Ländern um 105 Prozent gestiegen. Beide Zuwachsraten lagen höher als die allgemeinen Zuwächse des österreichischen Exports und Imports. Diese lagen um 80,3 und 94,8 Prozent.

Wir verzeichnen auch im Jahre 1978 überdurchschnittliche Zuwächse nach folgenden Relationen in der österreichischen Ausfuhr – sieben-Monate-Zahlen –, und zwar in die Bundesrepublik Deutschland um 20,6 Prozent, nach Frankreich um 32,2 Prozent und in die Niederlande um 17,6 Prozent. Das dürfte vielleicht der Grund sein, daß die Bundesregierung ihre Liebe zum deutschen Markt entdeckt und sich jetzt über Hamburg hinaus bemüht. Ich möchte Ihnen nur etwas dazu sagen: Wir begrüßen diese Bemühung. *(Zwischenruf des Abg. Luptowits. – Abg. Dr. Veselsky: Über Hamburg hinaus geht es nicht, das ist schon im Norden!)* Danke, Herr Zensor.

Aber ich möchte Ihnen dazu etwas sagen, was Sie vielleicht weniger freuen wird – und das können Sie nicht korrigieren, Herr Luptowits –: Die Bundeskammer hat schon seit langem auch in diesem norddeutschen Raum, also jenseits des Weißwurst-Äquators, wenn Sie das haben wollen, versucht, stärker Platz zu greifen. Wir freuen uns, daß es jetzt geschieht. Wir sind im Bündnis mit der Schweiz, wir haben eine Fülle

von Veranstaltungen dort gemacht. Veranstaltungen in Kaufhäusern und etliches seien erwähnt.

Wenn Sie erlauben, ein paar Bemerkungen zum Osthandel, auch in der Bezüglichkeit zur Außenpolitik. Ich glaube, man müßte eines sagen – vielleicht ist das unbestritten –: Man kann nicht mit den gleichen Freihandelsbeziehungen diese Geschichte unterwerfen, da diese Regimes eine zentral geplante Wirtschaft haben, und dies verbietet eine völlige Öffnung des Inlandsmarktes dieser Länder. Aber außerhalb dieser Freihandelsbeziehungen müßte man ein größeres Interesse haben, den Osthandel zu fördern. Leider setzt die Devisenknappheit dieser Staaten unseren gemeinsamen Bemühungen hier enge Grenzen, und immer mehr wird die Wirtschaft in Gegengeschäfte gedrängt. Oft passiert es uns schon, daß wir mehr Gegenware hereinnehmen müssen, als der reine Warenwert, der hinauskommt, ausmacht.

Sie wissen: Die Clearings wurden seinerzeit von den Oststaaten mit dem Argument bekämpft, daß sie dem Handelsverkehr bilaterale Fesseln anlegen. Heute allerdings ist diese bilaterale Fessel noch in viel starrereren Formen, nämlich beim einzelnen Geschäft durch die Gegengeschäftsverpflichtung, zu finden. Das ist eine viel ärgere Fessel als die seinerzeitige Fessel, die das Clearing auferlegt hat.

Für Österreich mit der kleinbetrieblichen Struktur ist das ein für uns kaum zu lösendes Problem, da Kleinbetriebe meist nicht in der Lage sind, Gegenware am beschränkten österreichischen Markt unterzubringen, weil sie die Aufnahme nicht finden und wir kaum Möglichkeiten haben, sie in Drittländern zu plazieren.

Im übrigen: Eine vom Handelsministerium geäußerte Ansicht, daß Österreich das Problem der Gegengeschäfte gemeistert habe, bestreite ich. Das stimmt nicht! Wir haben das Problem am Hals, wir haben es nicht gemeistert. Ich wollte, dem wäre so. *(Beifall bei der ÖVP. – Zwischenruf des Abg. Dr. Veselsky.)*

Herr Dr. Veselsky! Ihren leisen Zwischenruf habe ich mit Freude gehört. Natürlich wissen Sie es. Aber ich möchte nur haben, daß Sie es – und auch der Herr Handelsminister – immer und überall sagen. Dann kann man es vielleicht gemeinsam bekämpfen. Nichts anderes will ich. Daß Sie und Ihre Fraktion es wissen, das glaube ich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie mich einige Sätze zum Japan-Markt sagen lassen. Der Import von Japan war in den ersten sieben Monaten des heurigen Jahres fast viermal so hoch wie der österreichische Export dorthin. Das Importregime gegenüber Japan ist liberal, wir haben, glaube ich, nur mehr neun

10360

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Graf

Kontingente, die spezifisch gegenüber Japan Anwendung finden. Aber an die Adresse der Regierung: Wenn Japan nun im Rahmen der Verhandlungen über die Tokio-Runde verlangt, daß diese neun Kontingente auch aufgegeben werden sollen, dann sollte die Bundesregierung mit großem Nachdruck seitens des Herrn Handelsministers die Position beziehen, daß zunächst unsere Exporte nach Japan durch stärkere Öffnung des japanischen Inlandsmarktes forciert werden mögen, bevor man diese letzten neun Kontingente aufhebt.

Ich würde übrigens glauben, daß es nicht unwichtig wäre, wenn der Herr Handelsminister, möglicherweise in Ihrer Begleitung, Herr Außenminister, einmal Japan und Südkorea sich anschauen fährt. Dort haben wir ein Handelsdefizit, ein Passivum. Sie wissen es.

Die Entwicklungsländer: Auch sie wurden von den meisten meiner sehr geehrten Herren Vorredner strapaziert. Hohes Haus! Die Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern sind von starken Spannungen gekennzeichnet. Es geht vermutlich in erster Linie um die neue Wirtschaftsordnung, etwa um den Rohstoffhandel; weitere dirigistische Maßnahmen sollen hier in den Welthandel eingeschleust werden.

Der Bereich des sogenannten Technologietransfers: Sie haben sich in Ihrer früheren Position, Herr Dr. Veselsky, ja damit ziemlich beschäftigt. Mit diesem Thema wird sich, glaube ich, die nächstjährige Konferenz über Wissenschaft und Technik der UNO in Wien befassen, wenn ich richtig informiert bin.

In diesem Bereich des Technologietransfers gibt es sicherlich unterschiedliche Auffassung. Die österreichische Außenpolitik sollte aber die von der Wirtschaft vorgetragenen Argumente jeweils als eine wesentliche Komponente bei Bestimmung der außenpolitischen Linie ansehen, und zwar bei voller Wahrung ihrer Eigenständigkeit, Herr Bundesminister.

Ich würde sachkritisch sagen: Nicht weil Sie es wollen - Sie kommen uns sehr entgegen -, aber es ist derzeit allgemein so, daß die Wirtschaft zwar gehört wird, die Außenpolitik dann aber gelegentlich an einem bestimmten Punkt diesen Diskussionsfaden abschneiden will, weil hier die Außenpolitik zum Tragen komme. Ich glaube aber: Die Außenpolitik, Herr Obmann des Außenpolitischen Ausschusses, muß das Resultat verschiedener Überlegungen, darunter auch sehr maßgeblicher wirtschaftlicher, sein. Das ist nicht immer eine Attacke der Opposition, wenn sie wirtschaftliche Belange einliefert.

Und einen Satz, wenn Sie mir erlauben, zur

Südafrika-Frage. Nur von der wirtschaftlichen Sicht her gesehen; nicht daß ich die andere Seite ignoriere; ich beschäftige mich eben nur spezifisch mit der wirtschaftlichen Sicht.

Man müßte einmal feststellen, daß eigentlich nur der Waffenhandel mit Südafrika durch eine verbindliche UNO-Erklärung untersagt ist. Ansonst gibt es eigentlich nur unverbindliche Empfehlungen, den Handel mit und Investitionen in Südafrika einzuschränken.

Aber erlauben Sie bitte ein Wort aus der Praxis - auch das wissen Sie -: Es gibt andere Länder, die durchaus den Handel mit Südafrika und auch Investitionen in diesem Lande ausbauen und, wie ich höre, sogar Geld dabei verlieren. Sonst würden sie es nicht tun. Diesbezügliche nähere Informationen könnte ich einliefern.

Ein langsam abschließendes Wort zur Zahlungsbilanzlage. Diese wird ja in Hinkunft mehr strapaziert werden. Ich bitte aber nur, mich eines sagen zu lassen: Zu den Hinweisen auf die starke Verbesserung der laufenden Bilanz im Jahr 1978 - dieser Hinweis beginnt ja jetzt - möchte ich, bitte, ein Korrektiv anbringen. Es werden drei Dinge übersehen:

a) Sie wissen, meine Damen und Herren, daß durch die Mehrwertsteuererhöhung zu Beginn dieses Jahres im zweiten Halbjahr 1977 Vorziehkäufe in sehr maßgeblicher Größenordnung passiert sind, welche ohne diese Steuererhöhung fraglos nicht in diesem Tempo erfolgt wären und daher dieses Bild verzerren. Ich setze das als bekannt voraus.

b) Es wird übersehen, daß die Exportsteigerungen von heute auf Geschäfte von gestern zurückgehen, die also zum Großteil zu einem Zeitpunkt getätigt und fixgemacht wurden, da die Währungsrelationen noch anders waren als heute. Und wenn Sie wollen: Eine ganze Reihe solcher Geschäfte bringen bei den heutigen Kursen keine kostendeckenden Preise mehr für den ein, der die Geschäfte tätigt.

c) Und es wird übersehen, daß die starke Verbesserung der Leistungsbilanz von der Importseite her nur mit Hilfe einer Geldpolitik erreicht werden konnte, die neben der auf die Wirtschaft zulaufenden Belastungswelle mit ein Grund dafür ist, daß so wenig investiert wird, meine Damen und Herren. Die Investitionsunlust ist keine Trotzhandlung von Unternehmern, sie ist die Folge der Politik, die wir bekämpft haben, auch im Zusammenhang mit der Außenwirtschaftspolitik. Real werden die Industrieinvestitionen 1978 um etwa 3 Prozent steigen. Sie machen damit aber einen Wert aus, der nur mehr knapp dem Industrieinvestitionsvolumen von 1971 entspricht und schon deutlich unter jenem

Graf

von 1972 liegt. Der Anteil der Industrieinvestitionen an den Gesamtinvestitionen ist von 1971 - 18,3 Prozent - auf vermutlich nur mehr 14,5 Prozent abgefallen.

Ich wollte diesen wirtschaftspolitischen Teil hier einsteuern und möchte zum Schluß sagen: Herr Luptowits! Sie zitierten einen bedeutenden Mann. Ich habe auch einen Schweizer für Sie. Ich habe ihn auch schon mitgebracht, ohne daß ich geahnt hatte, daß Sie einen haben. Der - ich hoffe, auch von Ihnen anerkannte - Historiker von Salis hat in seiner kritischen Betrachtung zu der wesentlich zurückhaltenderen Außenpolitik der Schweiz seit 1815 - obwohl die Schweiz uns folgt, wie der Herr Minister sagt - einen Satz gesprochen - auch der gilt noch, Herr Abgeordneter -: „Nicht nach Stimmungen, sondern nach Verfassung und Gesetz muß ein Rechtsstaat und muß eine freie Gesellschaft handeln.“ Das gilt auch heute noch, so wie Ihr Spruch. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wir stehen als kleiner neutraler Staat nun einmal sicherlich stärker im Schlagschatten der Wechselwirkung von „Independence and Interdependence“. Wir haben darunter sicherlich mehr zu leiden als ein großer, oder das heißt: Wir haben, wenn wir unsere Unabhängigkeit bewahren wollen, auf die weltweiten Zusammenhänge mehr Bedacht zu nehmen als gerade irgendein Mammut. Das, glaube ich, sollte man sagen, und das ist wieder der Urgrund, warum ich glaube: Differenzierte Positionen entheben uns nicht der Vorsicht bei der Wortwahl desjenigen, der die Worte spricht, wenn er der Repräsentant der Republik ist.

Betrachten Sie diese kritischen Feststellungen nicht nur als Gehässigkeit, meine Damen und Herren. Es wäre zuwenig. Ich nenne selbstverständlich unsere Aktivitäten seit dem Staatsvertrag als UNO-Mitglied. Wir stellen momentan den Generalsekretär, der keinen Maßanzug hat, aber immerhin ein fleißiger Mann ist. Wir sind sehr stolz, daß wir ihn dort haben. Wir haben als Europaratmitglied lange Zeit den Generalsekretär gestellt und mit Czernetz, wie ich glaube, eine internationale Größe dort in Funktion gehabt, die unser aller Beifall findet, und wir sind im Bedauern, daß es diesen Mann nicht mehr gibt, über alle anderen Differenzen hinaus völlig einig. Natürlich ist Österreich als Mitglied vieler anderer internationaler Organisationen in einer aktiven Außenpolitik, aber das darf doch nicht zu einer Selbstüberschätzung führen.

Sie sprachen auch von einer Selbstüberschätzung, Herr Abgeordneter. Sie meinten die Opposition, ich meine die Regierungspartei. Das ist so. Das ist die parlamentarische Interpendence der Meinungen. Aber immerhin: Mit noch so gutgemeinten Vorschlägen, wie etwa jenen

der Gipfelkonferenzen der westeuropäischen Staaten, die dann kein riesiges Echo fanden - das ist eine Kritik, die fast für Sie schon milde sein muß, aber ich bemühe mich -, wird dem Prestige Österreichs, meine Damen und Herren, kein übertrieben guter Dienst erwiesen.

Und machtpolitisch? - Hier sind wir uns einig. Wir sind machtpolitisch ein „Fliegengewicht“. Was uns in ernster Stunde in der Waagschale der Entscheidungen größerer Mächte - ich glaube, Herr Fischer sprach von der Waagschale der Entscheidungen - Gewicht verleihen kann gegenüber diesen, sind die Sympathie, die man für unser Land empfindet, und das Vertrauen, das man in unsere Außenpolitik setzt. Ich bin vermessen genug zu sagen: Das Vertrauen in unsere Außenpolitik ist fraglos international größer, wenn wir sie gemeinsam betreiben können, nämlich in allen Fraktionen gemeinsam betreiben können *(Beifall bei der ÖVP - Zwischenrufe bei der SPÖ)*, aber es liegt an Ihnen, meine Damen und Herren, es uns zu ermöglichen, diese gemeinsame Außenpolitik mit Ihnen zu betreiben. Das ist ein Appell. Es liegt an Ihnen, diese zu betreiben, und es liegt an Ihnen zu verstehen, daß wir Kritik in dieser heiklen Frage nicht aus Lust an der Kritik üben und nicht nur aus abhandengekommenem Niveau - darüber können wir uns ja noch unterhalten; ein anderes Mal; sicherlich -, sondern in der Hoffnung, daß alle in diesem Staat die Außenpolitik als zentrale Aufgabe der Staatspolitik betrachten. Und das meinte Mock in Wirklichkeit mit der angebrachten Kritik.

Ich schließe, wer immer sich betroffen fühlt - to whom it may concern -, Herr Abgeordneter Luptowits bis zum Herrn Bundeskanzler: Mehr Kontinuität mit uns suchen und weniger Spektakel - denn mit uns geht das nicht -, mehr Zurückhaltung und weniger Schulmeisterei - hier meine ich nicht Ihre Zensuren -, mehr Gemeinsamkeit und weniger Parteipolitik! *(Beifall bei der ÖVP. - Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Wenn wir beginnen, das, meine Damen und Herren, wieder zu ... *(Abg. Dr. Veselsky: Ein Beispiel: Hat es früher Einladungen in dieser zahlreichen Form an Klubobleute gegeben, an Auslandsreisen des Bundeskanzlers teilzunehmen?)* Herr Abgeordneter Dr. Veselsky! Sie erlauben mir einen brauchbaren Abgang, nach dem ich langsam zu suchen begann. *(Heiterkeit.)* Diese Frage ist ungefähr das, was alle Redner von Ihrer Partei hier releviert haben. Jeder hat auf irgend unsere Feststellungen, wenn wir den Herrn Kanzler kritisiert haben, gesagt: Ich werde darauf zurückkommen! Keiner kam darauf zurück. Ja aber meinen Sie denn allen Ernstes, Herr Abgeordneter, daß Einladungen an Klubobleute, wenn sie nicht mit echten

10362

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Graf

konsensträchtigen Dingen anderweitig betrieben werden, die Außenpolitik als gemeinsame Außenpolitik manifestieren? Herr Abgeordneter, das ist eine Hetz, ich weiß es!

Aber das ist nicht der Grundstock für eine gemeinsame Außenpolitik, die wir wollen. Wir sind nur dazu bereit. Das wollten wir Ihnen heute signalisieren. (*Lebhafter anhaltender Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Probst**: Der Entschließungsantrag der Abgeordneten Mock und Genossen wurde vom Herrn Abgeordneten Graf nach seinen Aussagen zurückgezogen. - Gut. (*Abg. Graf: Ich habe das vorher schon gemeldet! Vor einer Stunde!*) Ja. Einverstanden. Steht also damit nicht in Verhandlung.

Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete DDr. Hesele.

Abgeordneter DDr. **Hesele** (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir begrüßen es im Interesse der Sache, nämlich einer gemeinsamen Außenpolitik, daß der Entschließungsantrag zurückgezogen wurde und, wie Dr. Fischer gesagt hat, wir im Außenpolitischen Ausschuß die Möglichkeit haben zu diskutieren. Wir haben ja jetzt bei der Rede des Herrn Präsidenten Graf das Phänomen gesehen, daß der Klubobmann-Stellvertreter eine authentische Interpretation seines Klubobmannes geben muß. (*Zustimmung bei der SPÖ. - Abg. Graf: Strengen Sie sich nicht an! Es geht nicht!* - *Abg. Dr. Mock: Die war auch richtig!* - *Abg. Dr. Gruber: Herr Kollege Hesele! Nachdem so viel falsch interpretiert worden ist, muß auch ein bisserl was richtiggestellt werden!* - *Abg. Graf: Herr Hesele! Zwischen Mock und mir ist nichts drinnen! Strengen Sie sich nicht an!*) Nein, ganz im Gegenteil. Das steht heute bei der Außenpolitik überhaupt nicht zur Debatte. (*Abg. Graf: Wir sind gut aufeinander!*) Ja, das weiß ich, sonst hätten Sie ihn nicht so nett interpretiert. Selbstverständlich. Das habe ich ja daraus ersehen. (*Abg. Dr. Gruber: Ich glaube, das ist eher eine richtige Interpretation als durch den Kollegen Luptowitz!*)

Aber ich glaube, meine Damen und Herren, es hat sich doch im Laufe dieser Debatte die Erkenntnis durchgesetzt, daß man Fragen, die in dem Entschließungsantrag angeführt sind, mit denen wir passagenweise selbstverständlich mitgehen könnten - es sind ja keine neuen Dinge drinnen -, nicht so durch das Parlament behandeln lassen kann, daß eine Fraktion den Entschließungsantrag einbringt und die andere, die Mehrheitsfraktion damit mitgehen muß. Wenn ich den Abgeordneten Mock nicht schon von früher so gut kennen würde, würde ich fast

glauben, daß er innenpolitische Aggressionen auf die Außenpolitik überträgt. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Ich kann das nicht annehmen. Wir kennen uns viel zu lange, Herr Abgeordneter, sodaß ich, wenn ich auch interpretieren darf, aus unserer persönlichen Bekanntschaft heraus sagen kann, daß das nicht stimmen kann. (*Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

Und eine weitere Frage noch ist der Außenpolitische Rat. Ich war seinerzeit der Vorsitzende des Unterausschusses, der die Regierungsvorlage über den Außenpolitischen Rat vorberaten hat und ich kann hier sagen: Wir haben die Regierungsvorlage in verschiedenen sehr wesentlichen Punkten abgeändert, weil wir wollten, daß ein gemeinsamer Beschluß im Parlament zustande kommt, weil uns der Außenpolitische Rat wichtiger gewesen ist als die Konzeption, die man sich in etwa in der Regierungsvorlage vorgestellt hat.

Zum Beispiel hat damals der Sprecher der Volkspartei im Unterausschuß, dein Vorgänger Prof. Koren, die Anregung gemacht, und auch die FPÖ hat es getan, daß ein Mitglied des Außenpolitischen Rates die Möglichkeit haben muß, diesen Rat einzuberufen. Wir haben dem besonders im Interesse des Kollegen Scrinzi Rechnung getragen, weil wir gesagt haben: Jede Fraktion, auch wenn sie nur mit einem Mann vertreten ist, muß die Möglichkeit haben, diesen Außenpolitischen Rat einzuberufen.

Wir haben uns in der zweiten Frage, in der Frage der Vertraulichkeit damals ebenfalls geeinigt. Wir haben festgestellt: Grundsätzlich keine Vertraulichkeit. Wenn es gewünscht wird und mit Mehrheit beschlossen werden sollte, wird selbstverständlich die Vertraulichkeit gewahrt.

Und auch einer dritten Forderung, die auch von Ihnen erhoben wurde, sind wir selbstverständlich beigetreten, nämlich daß auch die Landeshauptleute beigezogen werden bei Fragen, die sie unmittelbar berühren - im Interesse eines gemeinsamen Handelns.

Und zum Schluß noch, Herr Abgeordneter Graf: Ich glaube, politisch interessierte Menschen im Inland und im Ausland können sehr genau unterscheiden, in welcher Mission der Bundeskanzler unterwegs ist, ob er sich auf einem offiziellen Staatsbesuch befindet, ob er als Obmann oder als Beauftragter der Sozialistischen Internationale unterwegs ist oder ob er als Privatmensch irgendwo hin fährt. Ich glaube, da sind Sie meiner Meinung. Außenpolitisch interessierte Menschen im In- und im Ausland können wohl diese Unterscheidung treffen. Daß dies eine Animosität erzeugt und so weiter, wie hier zitiert wurde, ist ja nicht der Fall. (*Abg. Dr.*

DDr. Hesele

Et tm a yer: Es besteht die Gefahr, daß der Herr Bundeskanzler für das andere nicht mehr soviel Zeit hat!)

Lassen wir es dem Bundeskanzler über, wie er seine Zeit einteilt. Wir teilen sie uns auch selbst ein. Auch der Bundeskanzler soll sich die Zeit selbst einteilen. Ich glaube, darüber als Richter zu befinden, steht uns nicht zu. Wenn er sich die Zeit nimmt für diese diversen Funktionen und Aktionen, so begrüßen wir das letztlich, denn irgend etwas bleibt für Österreich immer hängen. Und letztlich, wenn wir von der gemeinsamen Außenpolitik reden, so ist doch jeder Österreicher interessiert daran, daß sie so durchgeführt wird.

Warum wir auch froh sind, meine Damen und Herren, daß wir heute nicht eine Konfrontation über ein Thema, über das wir ganze Strecken einig sind, hier durchführen müssen, ist doch auch auf folgendes zurückzuführen - der Abgeordnete Luptowits hat das sehr richtig gesagt -: Dieser Bericht beinhaltet so viele Details darüber, was über 1 000 Beamte, die im diplomatischen Dienst, aber auch im nichtdiplomatischen Dienst tätig sind, im Laufe eines Jahres auf der ganzen Welt, aber auch in der Zentrale im Interesse Österreichs konzipieren und durchführen, und all diese abzielenden Aktivitäten kommen in diesem umfassenden Bericht zum Ausdruck.

Ich glaube, als Parlamentarier müssen wir uns allerdings eine ganz andere Frage stellen: Wie können wir diese Fragen der Außenpolitik popularisieren? Jeder einzelne von uns weiß aus Versammlungen, aus den Gesprächen, aus den Diskussionen, daß Fragen der Außenpolitik nicht sehr begehrt sind. Wie der Herr Minister gesagt hat: Selbstverständlich, man wendet sich nur Dingen zu, die einen unmittelbar berühren, und nicht Dingen, wo man allerdings nur glaubt, daß sie den einzelnen nicht berühren.

Ich meine aber, meine Damen und Herren, zwei Begriffe sind im Bewußtsein unserer Menschen enthalten, sicherlich auch der jüngeren Generation: Das ist einmal der Begriff der immerwährenden Neutralität; die Menschen verbinden, gleich welcher Partei sie angehören, damit eine bestimmte Haltung des österreichischen Staates. Und einem Großteil der Menschen ist auch die Bedeutung des Staatsvertrages aus dem Jahre 1955 bewußt. Ich glaube, daß im Bewußtsein der Menschen diese gemeinsame Ausgangsbasis eines freien und unabhängigen Österreich und als Folge davon eine bestimmte Haltung in internationalen Fragen verankert ist.

Was aber auch unsere Aufgabe sein müßte, glaube ich, meine Damen und Herren, wäre, den Menschen zu sagen, so wie es der Obmann des

Außenpolitischen Ausschusses sehr treffend und sehr bildlich gesagt hat: Wenn in Japan jemandem ein Ziegel auf den Kopf fällt, trifft er auch uns. Er meint damit, daß bestimmte außenpolitische Entwicklungen - ich werde dann zum Nord-Süd-Konflikt, wo ich ganz Ihrer Meinung bin, einige Worte sagen -, dieser große Entwicklungsprozeß, der sich zwischen dem Norden und dem Süden abspielt, daß diese Fragen selbstverständlich nicht unmittelbar im Bewußtsein des einzelnen Österreichers verankert sind, aber sicherlich auch für uns Österreicher eine große Rolle spielen.

Und darum, glaube ich, hat es keinen Sinn, hier außenpolitische Entschließungen ad hoc über Dinge mit Mehrheit abzulehnen, und auch nicht, daß die Oppositionspartei solche hier überraschend einbringt, weil die österreichische Bevölkerung ja dann wirklich glaubt, daß es einen Dissens in der österreichischen Außenpolitik gibt.

Nicht nur Luptowits, sondern auch Karasek hat doch in seiner Rede gesagt, daß man im Europarat nicht ÖVP und nicht SPÖ kennt, sondern Österreich, eine österreichische Delegation, daß es bei den Vereinten Nationen eine österreichische Delegation gibt, nicht so wie zum Beispiel bei der Interparlamentarischen Union in Bonn, daß von der amerikanischen Delegation drei dafür und vier dagegenstimmen. Auch bei anderen Delegationen aus demokratischen Staaten war das durchaus üblich, bei den Engländern zum Beispiel. Das ist bei uns nicht der Fall: Wir treten gemeinsam als Österreicher auf, weil man sich vorher gemeinsam abgesprochen hat.

Und solche Entschließungsanträge hier würden den Eindruck vermitteln, es gibt wirklich in grundlegenden Fragen einen Dissens in der Außenpolitik, den es doch nicht gibt.

Was die großen Probleme betrifft, die nicht uns allein, sondern die ganze Welt bewegen, möchte ich sagen: Es ist heute auch schon der Begriff des Entspannungsprozesses zitiert worden, des Entspannungsprozesses zwischen West und Ost. Das ist ein Prozeß, der jetzt mehr als 20 Jahre währt. Die erste Frucht dieses Entspannungsprozesses war der Österreichische Staatsvertrag, und es steht auch seit Helsinki der Entspannungsprozeß ganz besonders im Mittelpunkt aller Reden.

Es ist richtig und kommt auch im Außenpolitischen Bericht zum Ausdruck, daß der Staatsbürger, wenn er vom Entspannungsprozeß zwischen den Großmächten in Europa hört, denkt, daß in Afrika der Entspannungsprozeß überhaupt keine Bedeutung hat, weil dort die Konfrontation entweder zwischen den Großmächten direkt

10364

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

DDr. Hesele

stattfindet oder zwischen Stellvertretern. Und der Staatsbürger, der außenpolitisch interessiert ist, sieht den Widerspruch und fragt sich: Wo ist dort der Entspannungsprozeß, in den anderen Teilen der Welt, wenn es heute heißt, daß alle Länder dieser Erde zusammenhängen, daß durch die Staatengemeinschaft das, was einen Staat berührt, auch den anderen berührt?

Und es ist heute schon gesagt worden: die Frage der Abrüstung. Es waren nie so viele Waffen in Europa gelagert, aber auch nicht in den Entwicklungsländern. Ich habe mich seinerzeit bei der Präsentation des Entwicklungshilfberichtes und bei seiner Vorbereitung mit Statistiken beschäftigt. Auch in den Entwicklungsländern werden die Waffen immer mehr.

Und da fragt sich jetzt der einzelne: Wie stimmt das alles zusammen, der Entspannungsprozeß zwischen Ost und West in Europa und die kriegerische oder zumindest feindselige Konfrontation in Afrika? Wie stimmt das zusammen, daß mit Ausnahme von verbalen Beteuerungen bei diversen Abrüstungskonferenzen, ob es in der Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen ist, ob es in Genf im Abrüstungsausschuß ist oder bei der MBFR in Wien, letztlich nichts aus all diesen Gesprächen herauskommt und die Aufrüstung weitergeht?

Aber ich glaube doch, meine Damen und Herren, der Meinungsbildungsprozeß oder der Vorstellungsprozeß der Menschen läuft anders. Ich habe eine Umfrage vom Gallup-Institut in einer Zeitung gelesen, die sich mit den verschiedensten Fragen befaßt hat. Da ist unter anderem auch gefragt worden: Fürchten Sie einen dritten Weltkrieg? - Und da berichtet diese Zeitung: Weltweit praktisch nicht existent ist die Kriegsangst. Darauf hätte niemand von den Befragten dieses Instituts getippt, weil man ja täglich von Aufrüstung hört, weil man täglich hört, daß bei Abrüstungskonferenzen kein Ergebnis zu verzeichnen ist. Trotzdem haben die Menschen das Gefühl, das Bewußtsein, es wird alles getan, einen Krieg zu vermeiden.

Ich glaube, auch das sollte zu denken geben, daß die einfachen Menschen auf der ganzen Welt vielleicht doch mehr Vertrauen zu den internationalen Institutionen, zu den Vereinten Nationen haben.

Im übrigen ist in diesem Zusammenhang auch über die Vereinten Nationen eine Umfrage gemacht worden, die im Bewußtsein der Menschen weitaus positiver liegen, als das von den Experten angenommen wird.

Ich glaube, meine Damen und Herren, das Vertrauen dieser Menschen ist vielleicht doch eher für eine gemeinsame Friedensinitiative zu

haben, als das oft die Fachleute in den internationalen Gremien können.

Ein zweiter Punkt, der sehr zu begrüßen ist, der ist, daß bei allen Erklärungen, die die Bundesregierung, besonders aber der Herr Außenminister abgibt, die Frage der Menschenrechte und das Engagement für die Menschenrechte, Hohes Haus, überall im Mittelpunkt steht; ob das jetzt die Erklärung vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen ist oder ob es sonst irgendein Vortrag ist, es wird dieses Engagement für die Menschenrechte vom Herrn Außenminister in den Mittelpunkt seiner außenpolitischen Erläuterungen gestellt.

Für uns ist unbestritten - da gehen wir selbstverständlich, so glaube ich, alle in diesem Haus konform -, daß ein enger Zusammenhang zwischen der Erhaltung eines dauerhaften Friedens und der Achtung der Würde und des Wertes des einzelnen Menschen besteht und daß alle Probleme und Krisen, die heute den Frieden bedrohen, letztlich in der Verletzung oder in der Verweigerung von Menschenrechten wurzeln.

Meine Damen und Herren! Am 10. Dezember 1978 sind es 30 Jahre seit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen. Es wird für alle internationalen Organisationen Anlaß sein, sicherlich besonders aber für die Vereinten Nationen, dieses Tages zu gedenken.

Wir sind allerdings der Auffassung, daß die innerstaatliche Realisierung dieser Menschenrechte nur in einer Staatsform möglich ist, die sich freiheitlich-demokratisch nennt, die den Menschen in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen stellt.

Ich darf auch hier sagen - weil der ehemalige Außenminister Dr. Kirchschräger im Zusammenhang mit der Frage der Menschenrechte zitiert wurde -, daß Dr. Kirchschräger immer erklärt hat, daß der Grad der Beziehungen zwischen zwei Staaten daran zu messen ist, wie die humanitären Fragen gelöst und erledigt werden. Das ist eine Maxime der Außenpolitik, die eben den Menschen in den Mittelpunkt der Betrachtungen stellt.

Ich glaube, wir alle wissen, wenn wir interessiert die außenpolitischen Aktivitäten verfolgen, daß wir auch in außenpolitischen Dingen humanitär handeln, daß man sich für alle Menschen in dieser Welt einsetzt, die verfolgt worden sind und die verfolgt werden; unbeschadet der Tatsache, ob man dafür die Rüge einer Großmacht erhält oder ob die Beziehungen mit einem Staat dadurch etwas getrübt werden. Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt.

DDr. Hesele

Auch Scrinzi hat das heute sehr deutlich gesagt. Und der Abgeordnete Czernetz hat in seiner letzten Rede hier im Parlament bei der Beschlußfassung über die zwei UN-Menschenrechtspakte gesagt, daß die Schizophrenie in den internationalen Beziehungen daran liegt, daß sich zum Beispiel ein Staat verpflichten kann, beide UNO-Pakte anzunehmen, aber daß er nicht verpflichtet ist, sie innerstaatlich durchzuführen, daß die Kommission, die in diesen beiden Menschenrechtspakten der Vereinten Nationen vorgesehen ist, die zu überwachen hat, ob diese Verträge eingehalten werden, daß die Mehrheit in dieser Kommission Staatenvertreter sind, die in ihren Ländern eben keine demokratische Rechtsordnung haben. Ich glaube, auch das sollte man sagen.

Bei Betrachtung der Entwicklung der Welt – ob wirtschaftlich oder politisch –, glaube ich, ist die wichtigste Frage, die man sich als Angehöriger eines demokratischen Staates vorlegen muß, einer Gesellschaftsordnung, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt: wie hat sich die Demokratie in der Welt entwickelt? Sind in den letzten Jahren mehr Staaten demokratischer geworden? Sind mehr Staaten in der Welt entstanden, die ihr Regime so eingerichtet haben, wie wir uns Demokratie vorstellen?

Meine Damen und Herren! Auch das muß man sich fragen, wenn man internationale Betrachtungen anstellt und Entwicklungen beobachtet. Leider ist diese Frage nicht so günstig zu beurteilen wie andere außenpolitische Dinge. Wir müssen feststellen, daß die Zahl der drei Dutzend Staaten, die eine Demokratie nach unseren Vorstellungen haben, gleichgeblieben ist, diese Staaten nicht mehr geworden sind und daß die Mehrheit der Staaten keine demokratische Staatsform haben.

Sehen Sie, Herr Abgeordneter Graf, auch ich bin zensuriert worden, weil ich vor zwei Jahren in einer Debatte das hier gesagt habe, und da hat dann die „Rudé Právo“ negativ über mich geschrieben. Das ist allerdings eine Auszeichnung. (*Abg. Graf: Wenn man zensuriert wird, hat man wenigstens Zuhörer!*) Die „Rudé Právo“ hat geschrieben, der Vertreter der Regierungspartei stellt sich als Zensor hin, wer die besseren Demokraten in dieser Welt seien.

Ich darf noch einmal den Herrn Außenminister zitieren, weil ich glaube, daß das sehr wesentlich ist. Er hat in einem Vortrag über die Menschenrechte – er kennt das Problem ja nicht nur als Bundesminister, sondern er war schon lange, bevor er Minister wurde, glaube ich, Mitglied der Menschenrechtskommission und hat die ganze internationale Entwicklung der politischen Rechte, der Ausdehnung der Menschenrechte auf den sozialen, kulturellen und

wirtschaftlichen Bereich mitgemacht – ausgeführt: Die Entwicklung und Kodifikation der Menschenrechte sind abgeschlossen. Das Schwergewicht aller Bestrebungen wird in Zukunft viel mehr auf die Bemühungen zur effektiven Durchsetzung der Menschenrechte zu legen sein.

Es wird ein viel schwierigerer Weg in dieser Welt sein, die Menschenrechte in den einzelnen Staaten durchzusetzen, als sie in der Schnelligkeit zu beschließen.

Anläßlich der UNESCO-Konferenz im September 1978 über die Lehre und den Unterricht auf dem Gebiet der Menschenrechte wurde der Beschluß gefaßt, auch in den Schulen und auf den Universitäten, also in der Lehre und im Unterricht, auf das Gebiet der Menschenrechte hinzuweisen, um den Menschen diese ihre grundlegenden Rechte und Pflichten bewußt zu machen.

Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, was der Abgeordnete Peter mit dem „Konfektionsanzug“ und dem „Maßanzug“ gemeint hat. Im vergangenen Jahr hat er gesagt, man solle als Österreicher nicht immer in der ersten Reihe sitzen. Einem Landesschulinspektor müßte das ja angenehm sein, wenn jemand in der Schule brav mitarbeitet. Aber ich glaube, wir setzen als Österreicher – die Sache mit dem „Konfektionsanzug“ stimmt nicht – gerade auf einem Teilgebiet der Menschenrechte sehr viele Aktivitäten, die vergleichbare Staaten nicht tun. Das ist die Frage der Flüchtlinge, das ist die Frage der Asylgewährung.

Ich habe eine Dokumentation des Pressedienstes – weil man heute in den Reden auf das Jahr 1955 zurückgegriffen hat –, in der etwa festgestellt wird, wie viele Flüchtlinge und durchziehende Personen Österreich nach dem Krieg aufgenommen hat. Wir haben hier in Österreich in der Zeit von 1945 bis 1975 – so weit zurück geht das – über 1 650 000 Menschen aufgenommen. Es sind auch welche wieder weitergewandert.

Es sind die Kosten angegeben: Von 1945 bis 1965 wurden für die Betreuung der Flüchtlinge über 2 Milliarden Schilling aufgewendet, für das Lageräumungsprogramm 302 Millionen Schilling, und es waren dann insgesamt 3 Milliarden Schilling. Es sind von 1966 bis 1973 wieder 3,6 Milliarden Schilling aufgewendet worden.

Auch der letzte Bericht über die Flüchtlingsbewegung zeigt: Im Jahre 1977 haben wir in Österreich 2 566 Menschen aufgenommen, die nicht nur aus dem Osten, sondern aus allen Staaten dieser Welt kommen, was uns zeigt, daß – auch das muß man bei der Betrachtung der internationalen Entwicklung sehen – viele Menschen unterwegs sind, weil sie aus rassi-

10366

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

DDr. Hesele

schen Gründen, aus politischen Gründen von ihren Staaten wegmüssen. Sie vergrößern den Flüchtlingsstrom und haben keine Möglichkeit, nach Hause zurückzukehren. Und die drei Dutzend demokratischer Staaten auf dieser Welt haben die moralische Verpflichtung - Österreich sehr gerne - übernommen, diesen Menschen einen Daueraufenthalt zu geben.

Ich darf noch auf einen letzten Punkt zu sprechen kommen, der in der Zukunft vielleicht einer der wesentlichsten Aspekte in der internationalen Betrachtung sein wird. Mein Vorredner hat auf das hingewiesen, was man sehr allgemein den Nord-Süd-Dialog, die Lösung des Nord-Süd-Problems nennt, wo man erst Ansatzpunkte der Realisierung gefunden hat.

Die Vereinten Nationen haben sehr große und sehr großzügige Programme beschlossen, die Deklaration und das Aktionsprogramm über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung auf der 6. Sondertagung der UN-Generalversammlung, die Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten in der XXIX. Generalversammlung, das integrierte Rohstoffprogramm. Ich verweise auch auf die Lima-Konferenz und auch auf die Erklärung der Regierungschefs der blockfreien Staaten in Colombo im Jahre 1976.

Der erste Versuch, dieses Problem außerhalb der Vereinten Nationen zu diskutieren, nämlich jener der Pariser Konferenz für interwirtschaftliche Zusammenarbeit, hat nicht zum erwarteten Erfolg geführt. Daher hat man die Verhandlungen wieder in die Vereinten Nationen zurückgeführt.

Ich kann dem Abgeordneten Graf sagen: Der Installierung der neuen internationalen Wirtschaftsordnung, worum es ja in den Nord-Süd-Auseinandersetzungen letztlich geht, ist ja programmatisch leicht zuzustimmen, aber die Realisierung wird nicht Jahre, sondern Jahrzehnte dauern. Selbstverständlich wird das nicht allein im Parlament und nicht in einer Regierung allein beschlossen; die Komplexität dieser Frage ist ja bekannt, denn die neue internationale Wirtschaftsordnung, dieser Dialog zwischen Nord und Süd, wird alle Menschen, alle Wirtschaftsordnungen berühren, sowohl die der Entwicklungsländer, aber auch die der Industrieländer.

Daher hat vorsorglich zum Beispiel das außenpolitische Gespräch vergangenes Jahr in Hernstein das Thema „Die neue internationale Wirtschaftsordnung“ gehabt. Da haben namhafte Fachleute aus der Wirtschaft, aus der Industrie und aus der Politik die verschiedensten Betrachtungen angestellt und Untersuchungen vorgelegt. Das Ergebnis ist in Buchform erschie-

nen. Es wird also über diese Fragen mit allen Beteiligten laufend gesprochen.

Auf die Frage, die uns die Menschen stellen: Was hat Österreich dabei zu tun?, können wir sagen, daß erstens der Standort Österreich klar sein muß und ist. Ich glaube, es ist Allgemeinut, daß wir in diesem Dialog auf der Seite der Industriestaaten stehen, und zwar bei den Industriestaaten mit einer demokratisch-freiheitlichen Gesellschafts- und Regierungsordnung. Wir können ferner feststellen, daß auch wir uns diesen internationalen wirtschaftlichen Entwicklungen nicht entziehen werden können.

Vielleicht zum Abschluß zwei Hauptprobleme, die derzeit in den internationalen Gremien zur Diskussion stehen. Es geht ja bei allen Fragen des Nord-Süd-Dialogs nicht nur um unverbindliche Zustimmungen zu den Forderungen der Entwicklungsländer oder bei den Verhandlungsgegenständen nicht um programmatische Erklärungen, sondern es geht in der Realisierung um sehr handfeste Dinge, die viel Geld kosten und wo man sich entscheiden muß und eben nicht einig wird, wer das bezahlen soll, nämlich einmal das integrierte Rohstoffprogramm, das seinerzeit in Nairobi auf der Welthandelskonferenz beschlossen wurde - selbstverständlich hat auch der österreichische Vertreter seine Zustimmung geben können -, um den Entwicklungsländern stabile Preise der Rohstoffe zu sichern. Die Streitfrage liegt im gemeinsamen Fonds, im Finanzierungsinstrument. Da gehen die Meinungen darüber auseinander, wer - Industriestaaten oder Entwicklungsländer - den größeren Teil in diesen Fonds einzuzahlen hat. Aus diesem Grunde gibt es in Österreich für diese sehr wichtige Frage bereits ein interministerielles Komitee - das ist im Bericht zu lesen -, das sich mit all den Auswirkungen dieses Rohstoffprogramms auf die innerstaatliche Wirtschaftsordnung befassen muß.

Das zweite Kernstück, worüber derzeit gesprochen wird - auch eine Forderung, die weit über die Leistungen der Entwicklungshilfe hinausgeht -, ist die Frage der Schuldenlage der Entwicklungsländer, die Frage der Entschuldung und Umschuldung. Auch ein Problem, das nicht allein Österreich lösen muß. Auch wir stehen in den internationalen Gremien positiv zu diesem Fragenkomplex, aber erst in den Verhandlungen wird man sehen, in welcher Form man überhaupt der Lösung dieser Frage der Umschuldung und der Entschuldung näher treten kann. Die deutsche Bundesregierung ist derzeit - als ich in Bonn war, habe ich das gehört - dabei, bilateral mit jedem einzelnen Staat ein derartiges Abkommen zu schließen. Die Entwicklungsländer streben einen multilateralen

DDr. Hesele

generellen Erlaß der Schulden an, die deutsche Bundesregierung denkt auch daran, die Angelegenheit bilateral nur unter bestimmten Voraussetzungen zu vereinbaren. Man wird die weitere Entwicklung abwarten müssen.

Abgeordneter Luptowits hat bereits vom Konferenzzentrum und von den Konferenzräumlichkeiten gesprochen.

Der vorliegende Bericht ist insofern antiquiert, als er nur Vergangenes bringen kann. Wir wissen – der Herr Bundesminister hat in seiner letzten Erklärung vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen davon gesprochen –, daß im August nächsten Jahres die Besiedlung der UNO-Räumlichkeiten vor sich gehen wird und die Übergabe stattfinden wird, daß vorerst die UNIDO und die Atomenergie-Organisation und auch die Einheiten, die von Genf und New York nach Wien kommen sollen, dort hineinkommen werden.

Wir glauben auch – der Herr Bürgermeister der Stadt Wien war ja selbst in New York und hat dort mit den Personalvertretern der Beamten der Vereinten Nationen gesprochen –, daß wir auch die Fragen der Infrastruktur, der Internationalen Schule und alle anderen Dinge lösen werden.

Ich glaube, das französische Theater, das aus einem ganz anderen Grund nach Wien gekommen ist, wird sicherlich auch für die internationalen Beamten eine Bereicherung bieten, wenn auch das französisch sprechende Personal in der Minderheit ist.

Aber all das sind – auch wenn (*zum Abg. Dr. Ettmayer*) du lächelst – Meilensteine, die eben zu einer internationalen Stadt gehören.

Wir werden also im nächsten Jahr den großen Akt der Übergabe erleben. Der Herr Klubobmann ist ja früher sehr energisch gegen das UNO-Zentrum beziehungsweise die Baukosten aufgetreten. Doch ich habe ihn mit dem schönen Helm im UNO-Zentrum im Fernsehen gesehen. (*Abg. Dr. Ettmayer: Nur gegen die Verschwendung!*) Es hat niemand mehr von Verschwendung gesprochen. Der Herr Klubobmann hat gesagt: Wir bekennen uns 100prozentig zum UNO-Zentrum! Ich habe ihn bewundert im Fernsehen, wie er mit dem Helm gestanden ist (*Abg. Dr. Wiesinger: Ist ja Vorschrift!*) und gesagt hat: Auch die große Opposition ist dafür!

Das begrüßen wir, weil dieses UNO-Zentrum ja auch ein Stück der gemeinsamen Außenpolitik ist. Das ist seinerzeit geplant worden, als wir beide noch nicht im Parlament waren (*Abg. Dr. Mock: Schöne Zeiten!*), das ist in unserem Ministerium geplant worden. (*Abg. Dr. Ettmayer: Von der ÖVP-Regierung geplant!*) Ja,

sicherlich, daher ist Ihre seinerzeitige Kritik so verwunderlich, genauso wie die bei Zwentendorf.

Es ist ja in beiden Fällen das Groteske, daß Sie beides geplant haben und daß dann aus oppositionellen Gründen die Phase der Ablehnung gekommen ist. Jetzt geht es für die ÖVP darum, wieder dabeizusein, weil nächstes Jahr Generalsekretär Dr. Waldheim sicherlich auch mit dem Stolz als Österreicher und ehemaliger Außenminister die Anlagen von der österreichischen Bundesregierung übernehmen wird.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir alle sollen uns darüber freuen, weil damit ein Stück internationale Anerkennung für Österreich verbunden ist.

Ich darf zum Schluß kommen. Das Resümee aus dem ganzen Bericht hat der Herr Bundesminister selbst gezogen, und zwar beim Forum Alpbach. Am 27. August hat er dort einen Vortrag gehalten über die Möglichkeiten eines neutralen Kleinstaates im machtpolitischen Spannungsfeld. Ich glaube, das sollte man sagen, weil es beim Beginn dieser Debatte heute so geklungen hat, als ob Österreich in der Welt überhaupt nicht mehr anerkannt werde, weil der Bundeskanzler alle beleidige. Es hat so ausgesehen.

Aber ich kann doch feststellen, wie der Herr Minister dies in Alpbach gesagt hat, daß Österreich heute ohne Zweifel in der internationalen Staatengemeinschaft eine Position und ein Ansehen genießt, die seine machtpolitischen Voraussetzungen beträchtlich übersteigen. Und er sagt auch, warum das so ist; eben weil sich Österreich im Rahmen seiner vorgezeichneten Linie – das ist die immerwährende Neutralität, das ist der Österreichische Staatsvertrag – engagiert, engagiert in der Menschenrechtsfrage, weil sich Österreich engagiert im Rahmen der Vereinten Nationen und überhaupt in den internationalen Organisationen, weil wir uns aktiv im Rahmen der Vereinten Nationen an den friedenserhaltenden Missionen beteiligen, besonders im Nahen Osten.

Ich glaube, das, meine Damen und Herren, zeigt, daß wir wirklich eine aktive Neutralitäts- und Friedenspolitik betreiben. Und all das soll die Essenz sein aus diesem Außenpolitischen Bericht, der heute hier im Hohen Haus einstimmig verabschiedet wird. Er spiegelt das Werk von vielen Menschen wider, die daran mitgearbeitet haben. Wir Parlamentarier können froh sein, daß wir eine solche Bundesregierung, aber vor allem solche Beamte im Außenministerium haben, in der Zentrale und in den Missionen draußen sowie in den internationalen Organisationen, die die außenpolitischen Ideen

10368

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

DDr. Hesele

und Vorstellungen im Sinne der Weisungen – das ist das Wesen eines Beamten – der österreichischen Bundesregierung in der Welt gut vertreten, zum Wohle aller Staatsbürger in Österreich.

In diesem Sinne stimmen wir gerne dem Außenpolitischen Bericht für 1977 zu, aber auch dem Bericht über den Verlauf der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Wiesinger.

Abgeordneter Dr. **Wiesinger** (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Nach dieser sehr ausführlichen allgemeinen Tour d'horizon gestatten Sie mir, daß ich auf ein sehr konkretes und für die nächste Zeit sehr wichtiges Problem zurückkomme.

Die Atompolitik der österreichischen Bundesregierung basiert auf dem Prinzip der Wiederaufbereitung nach den Verträgen mit der französischen Firma COGEMA und dem Versuch, die dabei entstehenden Abfälle, also den sogenannten Atommüll, möglichst im Ausland – wie in letzter Zeit berichtet wurde: in Ägypten oder in Persien – zu lagern.

Voraussetzung für diese Absicht der Bundesregierung ist die Zustimmung der Vereinigten Staaten. Die Vereinigten Staaten haben sich als Lieferland der Uranstäbe das Recht vorbehalten, über die Weiterverwendung dieser Brennstäbe gefragt zu werden.

Nun wissen wir, daß Präsident Carter aus seiner Sorge über die Plutoniumwirtschaft das Prinzip der Nonproliferation, also die Nichtwiederaufbereitung, vertritt. Diese Absicht des Präsidenten Carter war uns bekannt, und wir hören jetzt, daß maßgebliche Vertreter des Kongresses und des Senates – es wurde das auch angeblich in einem Hearing deponiert und auch von maßgeblichen Vertretern festgelegt – und sowohl die Demokratische als auch die Republikanische Partei diese Linie des Präsidenten Carter unterstützen.

Was bedeutet das? Das bedeutet, daß Amerika keine Zustimmung zur Ausfuhr von abgebrannten Brennelementen in Drittländer erteilen wird, daß es weiters keine Zustimmung erteilen wird, daß diese abgebrannten Brennstäbe in die USA zurückgenommen werden, weil diese Frage der Lagerung auch dort noch ein ungelöstes Problem darstellt. Es wird seitens der Amerikaner allgemein empfohlen zu versuchen, eine internationale Lösung, also eine Lagerung nach einem internationalen Vertrag, zu ermöglichen. Und dafür wird vor allem die Internationale

Atomenergie-Organisation, die ja bekanntlicherweise ihren Sitz in Wien hat, als Vermittlerin beziehungsweise Initiatorin genannt.

Sehr geehrter Herr Bundesminister! Sie werden Verständnis dafür haben, daß nicht nur ich und meine Freunde hier im Hohen Hause, sondern vor allem auch die österreichische Bevölkerung natürlich sehr daran interessiert sind, wie sich die Situation jetzt tatsächlich seitens der Vereinigten Staaten für uns darstellt.

Daher meine sehr konkrete Frage an Sie, Herr Außenminister: Haben Sie Anzeichen, berechnete, konkrete Anzeichen, daß sich die Haltung des Präsidenten Carter und damit die Politik der Vereinigten Staaten im Hinblick auf die Wiederaufbereitung von abgebrannten Brennstäben ändern wird, worunter ich nicht nur verstehe, daß, wie Sie uns im Ausschuß mitgeteilt haben, Außenminister Vance mit Ihnen gesprochen hat und meinte, man müsse darüber noch verhandeln, sondern konkrete Aussagen, die ja in nächster Zeit von besonderer Bedeutung sind?

Und zweitens: Haben Sie im Hinblick auf diese Informationen, die Sie ja zweifellos viel früher gehabt haben als wir, versucht, mit der IAEO, also der Internationalen Atomenergie-Organisation, Kontakt aufzunehmen, um konkrete Verhandlungen darüber zu führen, wieweit eine internationale Lagerung möglich ist?

Ich habe Verständnis dafür, Herr Außenminister, daß Sie vielleicht hier momentan nicht konkret im Detail Auskunft geben können, aber ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie vielleicht in den nächsten Tagen schriftlich nicht nur eine Mitteilung geben, daß bis Mitte November wieder verhandelt werden wird, sondern uns auch schon konkrete Unterlagen mitteilen könnten.

Denn warum interessiert uns das? – Die Konsequenzen daraus: Wenn das amerikanische Veto aufrechterbleibt, dann bricht die gesamte Atompolitik der Regierung zusammen. Denn wir haben nur die einzige Chance, unsere Brennstäbe in das Ausland zur Wiederaufbereitung zu liefern. Wenn das untersagt wird, bleiben uns diese hochaktiven Brennstäbe im Lande zur Lagerung, und die Probleme, die damit verbunden sind, sind natürlich wesentlich größer als die an und für sich schon genug großen mit dem Atommüll. Und zweitens bricht natürlich die gesamte Wirtschaftlichkeitsberechnung der E-Wirtschaft, die ja auf dem Recycling der Uranstäbe beruht und basiert, in sich zusammen.

Daher haben Sie, bitte, Verständnis dafür, Herr Außenminister, daß ich Sie anlässlich dieser heutigen Debatte sehr höflich, aber auch sehr dringend bitten möchte, mit konkreten Aussa-

Dr. Wiesinger

gen diese Fragen für uns zu klären. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dr. Pahr.

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten **Dr. Pahr:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bin sehr gerne bereit, die Fragen des Herrn Abgeordneten Dr. Wiesinger nach dem derzeitigen Wissensstand zu beantworten.

Es ist richtig, daß wir nach den Bestimmungen des Kooperationsvertrages mit den Vereinigten Staaten, auf Grund dessen wir den Kernbrennstoff für Zwentendorf bekommen, der Zustimmung der Vereinigten Staaten zur Ausfuhr und vor allem auch zur Aufbereitung des Kernbrennstoffes bedürfen.

Über diese Frage haben im April und im Juli Gespräche zwischen einer österreichischen und einer amerikanischen Delegation stattgefunden. Diese Gespräche haben keineswegs, wie Sie sagten, zu einem Veto seitens der Vereinigten Staaten geführt, sondern es wurde dabei gemeinsam festgestellt, daß es vier verschiedene Möglichkeiten gibt: eine Lagerung in Österreich, eine Rücknahme der abgebrannten Kernbrennstoffe in die Vereinigten Staaten, eine Lagerung der abgebrannten Kernbrennstoffe in einem dritten Staat und die Wiederaufbereitung in COGEMA etwa und anschließende Lagerung des Abfalles wieder in Österreich, in den Vereinigten Staaten oder in einem Drittstaat.

Die Vereinigten Staaten haben in diesen Gesprächen die Meinung vertreten, daß es beim derzeitigen Stand der Dinge nicht nötig ist, bereits jetzt eine Wahl zwischen den verschiedenen Möglichkeiten zu treffen.

Wir haben nunmehr gemeinsam mit den anderen betroffenen Ressorts einen österreichischen Vorschlag für einen Vertrag, einen Notenwechsel ausgearbeitet, der in diesen Tagen der amerikanischen Seite zugeleitet worden ist und Gegenstand weiterer Gespräche sein wird.

Sie haben nun, Herr Abgeordneter, auf ein Hearing Bezug genommen, das vor kurzer Zeit im Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten stattgefunden hat. Dieses Hearing – es war am 3. Oktober – hat an sich keineswegs Österreich betroffen, sondern Japan, und im Zuge dieses Hearings wurde auch die Frage an den dort anwesenden und dafür zuständigen Stellvertretenden Unterstaatssekretär Nye aufgeworfen, wie denn das mit Österreich sei.

Er hat dort diese Auffassung, die mit uns schon beraten wurde, neuerlich vertreten, nämlich die verschiedenen Möglichkeiten der

Lagerung, und hat auch hier die Auffassung vertreten, daß die Wiederaufbereitung im Hinblick auf die von Ihnen erwähnte grundsätzliche Politik Carters der letzte Ausweg sei, wenn keine der drei anderen Varianten realisiert werden kann; und auch hier meinte er, daß die endgültige Wahl zwischen den verschiedenen Möglichkeiten nicht jetzt, sondern erst dann getroffen werden müsse, wenn sich eben das Problem stellt. Er hat gemeint – und das ist das eine neue Element, das bei diesem Hearing hervorgekommen ist –, daß sich diese Frage erst im Jahre 1986 stellen wird, nämlich ausgehend von der Überlegung, daß sich, wenn die ersten abgebrannten Kernbrennstoffe etwa 1980/1981 anfallen – die erste Lagerung für fünf Jahre muß ja jedenfalls in Zwentendorf selbst sein –, das Problem 1986 stellen würde.

Er hat hier dann durchaus die Möglichkeit für Österreich erwähnt. Es ist eine Möglichkeit, daß Österreich – ich übersetze das jetzt – genötigt sein mag, dann die abgebrannten Kernbrennstoffe nach Frankreich oder in die Vereinigten Staaten oder in einen anderen, gemeinsam festgelegten Drittstaat zur Aufbereitung zu senden. Diese Auffassung hat bei den Mitgliedern des Repräsentantenhauses keinen Widerspruch hervorgerufen.

Es ist dann die Frage gestellt worden, wieso nicht 1981, sondern 1986; Unterstaatssekretär Nye hat das in gleicher Weise beantwortet, wie ich das jetzt getan habe.

Es ist dann auch die Frage – an sich auch eine Frage, die wir gemeinsam schon in unseren bilateralen Verhandlungen gestellt haben – hinsichtlich der Möglichkeit einer Lagerung in Ägypten gestellt worden. Hier hat er gemeint, daß die Lagerung von abgebranntem Kernbrennstoff nach dem derzeitigen Stand wohl nicht genehmigt würde, aber daß sie der Lagerung von „waste“ durchaus zustimmen könnten. Es heißt hier wörtlich: and that we would only agree on storage of waste; also des nach der Wiederaufbereitung anfallenden Atommülls.

Und in diesem Zusammenhang die zweite, sehr interessante und, wie ich glaube, für uns sehr wichtige Feststellung, daß das, was man als Atommüll, eben „waste“, bezeichnet, kein Proliferationsrisiko mehr darstelle. Das wurde uns bisher in dieser klaren Form auch nie gesagt. Und das ist für uns sehr wichtig, weil sich damit die ganze Frage der Nonproliferation im Zusammenhang mit dem Atommüll nicht mehr in dieser Form stellt. Das ist der gegenwärtige Stand der Verhandlungen.

Die Frage einer internationalen Lagerstätte ist allgemein Gegenstand der Beratungen im Rahmen der IAEO, und hier sind wir im Rahmen

10370

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Bundesminister Dr. Pahr

des normalen Umfanges eingeschaltet. Danke
(Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Nächste Wortmeldung: Herr Abgeordneter Ettmayer.

Abgeordneter Dr. **Ettmayer** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Außenpolitische Bericht, der uns heute vorliegt, spiegelt sehr gut wider die tatsächliche Situation, wie sie im Bereich der Außenpolitik und der diplomatischen Beziehungen in Österreich gegeben ist. Wenn man unter Außenpolitik die Gestaltung unserer Beziehungen zur Umwelt versteht und unter Diplomatie die berufsmäßige Abwicklung dieser Beziehungen, dann muß man sagen, daß man durch diesen Außenpolitischen Bericht einen sehr guten Einblick bekommt, wie diese berufsmäßige Abwicklung der diplomatischen Beziehungen vor sich geht. Man bekommt einen ganz guten Überblick darüber, was in den einzelnen Vertretungsbehörden geschehen ist, welche Initiativen in den verschiedenen internationalen Organisationen ergriffen wurden.

Bei weitem nicht so positiv ist die Beurteilung des Berichtes, wenn es um die politischen Ziele, um die politischen Akzente geht. Ich möchte das vielleicht so zusammenfassen, daß ich sage: Soweit die Beamtenschaft des Außenministeriums ihre Tätigkeit im Bericht wiedergegeben hat, ist es eine äußerst positive Darstellung dessen, wie Österreich in der Welt vertreten wird. Vermissen muß man leider die politischen Akzente, die der Bundesminister zu diesen Ausführungen der Diplomaten noch hätte dazusetzen müssen.

Von den vielen grundsätzlichen Fragen, die in diesem Bericht nicht angeschnitten werden, möchte ich nur auf eine einzelne eingehen, nämlich auf die Frage: Inwieweit ist die österreichische Außenpolitik tatsächlich im Bewußtsein der Bevölkerung verankert, wie steht es in Österreich mit der Beziehung zwischen Außenpolitik und Demokratie?

Ich bin mir der Tatsache bewußt, daß wir in diesem Bereich ein sehr schweres Erbe angetreten haben, daß Österreich hier eine negative Tradition aufzuweisen hat. Ich möchte nur eine Darstellung von Richard Charnatz aus dem Jahr zitieren, in dem das allgemeine Wahlrecht eingeführt wurde. Er schreibt:

„Die äußere Politik hat in der Habsburger Monarchie und da wieder besonders in Österreich in den weiten Kreisen stets geringste Beachtung gefunden. Die Gründe dafür sind unschwer zu finden.“

Und weiters heißt es dann: „In der Innenpolitik konstitutionell, in der Außenpolitik absolut.“

Diese Worte, die vor mehr als zwei Generationen geschrieben wurden, würden uns heute an sich überhaupt nicht berühren, hätte nicht eine Umfrage, die vom Grazer Institut für Völkerrecht während der letzten Legislaturperiode gemacht wurde, ein ähnliches Ergebnis gebracht. Diese Umfrage wurde damals unter jenen Personen gemacht, die in die österreichische Außenpolitik gestaltend eingreifen, und es wurde ihnen die Frage gestellt: Halten Sie eine demokratische Gestaltung der Außenpolitik für wünschenswert?

Damals wurde gesagt, daß das Parlament stärker in den außenpolitischen Willensbildungsprozeß eingebunden werden sollte. Auf die Frage aber, ob etwa durch Volksabstimmung die Bevölkerung direkt mitwirken sollte an der Gestaltung der Außenpolitik, wurde gesagt, das sei zwar wünschenswert, im gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch nicht praktikierbar, da einerseits die Bevölkerung nicht daran interessiert ist und zweitens viel zu wenig über die Vorgänge in der Außenpolitik wüßte.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, dieses Ergebnis kann uns einfach nicht zufriedenstellen, und wir müssen mit viel mehr Kraft als bisher gemeinsam versuchen, eine stärkere Verankerung der Außenpolitik im Bewußtsein der Bevölkerung zu erreichen.

Ich weiß, daß es immer zwei verschiedene Schulen gegeben hat. Während die einen gesagt haben, daß Friede überhaupt nur dann erreicht werden kann, wenn die Außenpolitik demokratisch gestaltet wird, wenn jeder Staatsbürger von der Zielsetzung der Außenpolitik überzeugt ist, haben andere wieder gemeint, zwischen Außenpolitik und Demokratie gebe es eigentlich unüberbrückbare Gegensätze.

Ich glaube, dazu muß man ganz klar folgendes feststellen: Heute besteht die Außenpolitik bei weitem nicht mehr nur aus der Sicherheitspolitik und aus der Politik der Vertretung des Staates nach außen, also jener Politik, die die Gesamtheit des Staates nach außen vertritt, sondern Außenpolitik ist heute vielfach Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Kulturpolitik.

Es ist daher wirklich nicht einzusehen, warum die technischen Bereiche, die im Rahmen der Außenpolitik abgewickelt werden, nicht genauso demokratisch fundiert sein sollten wie etwa jene Gegenstände der Politik, die im innerstaatlichen Bereich behandelt werden. Gerade in einem neutralen Staat ist es äußerst bedenklich, wenn sich die Bevölkerung nicht hundertprozentig mit den Zielen der Außenpolitik identifiziert. Man kann nämlich dann nicht abschätzen, welche Haltung von der Bevölkerung in Krisenfällen eingenommen wird.

Dr. Etmayer

Damit hängt auch die Frage des Ausmaßes der Kritik im Rahmen der Außenpolitik zusammen. Ich glaube, zu lange Zeit hat man sich einfach damit abgefunden, daß gesagt wurde, die Außenpolitik betreffe die Grundfesten des Staates, sie betreffe ausschließlich die Sicherheit eines Staates, daher könne man sie nicht diskutieren und müsse sie vom politischen Tagesgeschehen fernhalten. Mit derselben Begründung könnte man auch sagen: Die Unterrichtspolitik betrifft die Zukunft der Jugend, daher kann man sie in einem demokratischen Staatswesen unmöglich diskutieren. Genauso könnte man sagen, die Sozialpolitik betreffe die Menschen in schwierigen Lebenslagen, sie könne man unmöglich im politischen Rahmen diskutieren.

Ich glaube, daß es gerade im Bereich der Außenpolitik sehr, sehr viele Fragen gibt, die sehr wohl diskutiert werden müssen, die man diskutieren soll. Es hat sich gerade in den letzten zwei Jahren gezeigt, daß Kritik auch in der Außenpolitik eine kreative Kraft haben kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte jetzt als Beispiele einige ganz konkrete Punkte anführen, von denen ich glaube, daß sie auf jeden Fall viel stärker als bisher auch im Bereich der Öffentlichkeit diskutiert werden müßten. Es sind dies erstens die Politik der leeren Ankündigungen, wie sie vom Herrn Außenminister sehr gerne praktiziert wird, zweitens die mangelnde Koordinierung und die schlechte politische Zielsetzung, wie sie im Außenministerium vorkommt, und drittens die schwierige finanzielle Situation des Außenministeriums.

Erstens: die Politik der leeren Ankündigungen. Es wurde vom Herrn Bundesminister in Gefolgschaft des Herrn Bundeskanzlers schon wiederholt ein Marshall-Plan für Afrika propagiert. Ich habe daher die schriftliche Anfrage gestellt, welche Beträge von Österreich dafür zur Verfügung gestellt werden beziehungsweise ob dafür bereits Budgetmittel vorhanden sind, und als Antwort bekommen: Es besteht noch kein Fonds, es ist noch keine Entscheidung über die Höhe eines eventuellen Beitrages Österreichs gefallen. Für das nächste Budget sind keinerlei Mittel reserviert. – Ich glaube, daß man gerade in diesem sehr bedeutenden Bereich, der für soundso viele Länder und für Hunderte von Millionen Menschen lebenswichtig ist, einfach ein Spiel betreibt, das einer realistischen, seriösen Politik nicht würdig ist.

Dieser Marshall-Plan für Afrika wurde bereits von der Zeitung „Le Monde“ am 29. Feber 1972 vorgeschlagen. Er wurde dann vom Herrn Bundeskanzler und auch von französischen

Staatsmännern übernommen. Einen entsprechenden Marshall-Plan für die Dritte Welt erstellte dann auch der Club of Rome. Ein Marshall-Plan für den Nahen Osten wurde erst unlängst vom amerikanischen Senator Jackson erstellt. Es wäre vielleicht einmal angebracht, eine internationale Konferenz zur Koordinierung der verschiedenen Marshall-Plan-Projekte einzuberufen.

Als zweites Beispiel für die Politik der leeren Ankündigungen möchte ich die Reorganisation des Außenministeriums erwähnen, die vom Herrn Bundesminister am 4. November 1976 groß propagiert worden ist. Damals hat Herr Bundesminister Dr. Pahr festgestellt, daß die vorhandenen Strukturen im Außenministerium einfach überkommen sind und neuen Aufgabebereichen nicht mehr entsprechen würden. Tatsächlich wurde dann auch wirklich etwas erreicht. Es wurde nämlich ein Bereitschaftsdienst im Außenministerium eingeführt, und es kam zur Institutionalisierung der wöchentlichen Sitzungen der Sektionsleiter. – Ich muß sagen, wirklich ein „großartiger“ Erfolg. Ein „großartiger“ Erfolg dieser Reorganisationsbemühungen!

Von den permanenten wirtschaftspolitischen Ankündigungen wurde heute schon gesprochen. Ich möchte daher nur mehr einige wenige konkrete Beispiele zitieren:

Im Jahre 1976 hat der Herr Bundeskanzler die Zusammenarbeit mit der Tschechoslowakei groß propagiert und vom Ausbau eines modernen Verkehrsnetzes gesprochen. Erfolg für das Jahr 1976: Die Exporte Österreichs in die ČSSR sind enorm zurückgegangen.

Die Ankündigungen, die Ägypten betreffen und aus dem Jahr 1977 stammen, wurden ja bereits erwähnt, wobei eines wirklich erstaunlich ist: Sowohl nach dem Ägypten-Besuch als auch nach dem folgenden Syrien-Besuch hat der Herr Bundeskanzler immer wieder Erfolgserwartungen in Milliardenhöhe – bitte in Milliardenhöhe! – gebracht, aber in beiden Fällen ist ein entsprechender Rückgang der Exporte festzustellen gewesen.

Obwohl heute von freiheitlicher Seite festgestellt wurde, daß die kulturellen Schwerpunkte wirklich einen großartigen neuen Aufschwung in diesem Bereich verheißen, muß ich sagen, Herr Bundesminister: Aus dem Bericht, so wie Sie ihn vorgelegt haben, geht in keiner Weise hervor, warum gerade die Schwerpunkte Iberische Halbinsel, Skandinavien, Südosteuropa gewählt wurden. Sie hätten genausogut x-beliebige andere Länder als Schwerpunkte hineinschreiben können. Vor allem aus der Leistungsbilanz geht nicht hervor, daß Sie für diese

10372

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Dr. Ettmayer

Bereiche schon irgendwelche Schwerpunkte gesetzt hätten. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Soweit zum ersten Punkt der Kritik bezüglich der Politik der leeren Ankündigungen.

Als zweiten kritischen Punkt möchte ich die schlechte Koordination beziehungsweise die mangelnde politische Zielsetzung im Außenministerium anführen.

Als konkretes Beispiel zitiere ich die Vorschläge für österreichische Initiativen, die der Herr Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten am 16. Juni 1977 gemacht hat. Damals haben Sie, Herr Bundesminister, gesagt, daß Österreich Initiativen ergreifen wird im Zusammenhang mit einer zwischenstaatlichen Lösung der Kreditprobleme, weiters im Zusammenhang mit der Binnenschifffahrt und auch im Zusammenhang mit der Energiepolitik. Ich habe Sie dann gefragt: Was ist herausgekommen? – Die Kreditpolitik wurde überhaupt gestrichen, und – man höre und staune! – als Begründung hat der Herr Bundesminister angegeben, daß sie nicht im österreichischen Interesse gelegen wäre. Der Herr Bundesminister macht also Vorschläge für österreichische Initiativen, wobei er dann daraufkommt, daß sie nicht im österreichischen Interesse gelegen sind.

Was die beiden anderen Initiativen betrifft, also die Energiepolitik und das Binnenwasserstraßengesetz, so haben Sie sich darauf beschränkt zu sagen, diese werden in anderen Bereichen weiter verfolgt werden. Ich werde Sie beizeiten fragen, wie weit diese Fortschritte gediehen sind.

Was die mangelnde Beurteilung der Außenpolitik betrifft, darf ich folgendes sagen: Wenn ich zuerst von der Verwurzelung und Verankerung der Außenpolitik im Bewußtsein der Bevölkerung gesprochen habe, dann kann diese Verankerung doch nur dadurch gefördert werden, daß ein realistisches, wirklichkeitsbezogenes Bild von unserer und der internationalen Situation gegeben und möglichst wenig verschleiert wird.

Weil Sie, Herr Bundesminister, immer wieder betont haben, daß Belgrad doch nicht so pessimistisch gesehen werden dürfe, und immer wieder gesagt haben, daß keinerlei Anlaß zu Resignation bestünde, darf ich Ihnen vielleicht kurz zitieren, was einige Experten festgestellt haben beziehungsweise was aus der weiteren Entwicklung der internationalen Politik sehr deutlich ersichtlich war:

Was die Menschenrechte betrifft, so wissen wir, daß etwa in der Sowjetunion gerade jene Bürger, die für die Verwirklichung der Schluß-

akte von Helsinki eingetreten sind, verurteilt worden sind.

In der wirtschaftlichen Entwicklung ist sowohl im Osten als auch im Westen, sowohl im Anschluß an Helsinki als auch dann in Belgrad eine Verschlechterung dadurch eingetreten, daß die protektionistischen Maßnahmen verstärkt worden sind. Und daß die Abrüstungsverhandlungen weitgehend Rhetorik geblieben sind, das ist ja bekannt.

Ich möchte aber gerade in diesem Punkt, weil es mir typisch dafür erscheint, daß vom Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten beschönigt wird, daß die Situation nicht realistisch genug dargestellt wird, den Schweizer Bindschedler zitieren, der folgendes über die Sicherheitsfolgekonferenz in Belgrad gesagt hat:

„Dieses Ergebnis einer fünfmonatigen Konferenz kann nur als außerordentlich mager bezeichnet werden. Das Schlußdokument enthält lediglich ein Minimum, nämlich Erklärungen über die Wahrung des Status quo und die Aufrechterhaltung der Kontinuität der KSZE-Politik.“

Und dann heißt es weiter: eine chaotische Konferenz, fehlender Verhandlungswille, ungleiche Interessen, beziehungsweise wird dazu aufgefordert, in Hinkunft derartige Konferenzen besser vorzubereiten.

Herr Bundesminister! Ich glaube, daß es Ihre Aufgabe wäre, nicht permanent alles zu beschönigen, nicht jede Kritik der Opposition zurückzuweisen. Sicherlich ist es ganz leicht, sich hinzustellen und zu sagen, es war alles erfolgreich, es war alles bestens. Aber es ist der Außenpolitik nicht zuträglich, wenn die Wirklichkeit dann das Gegenteil zeigt.

Als meines Erachtens wichtigsten kritischen Punkt – es ist heute auch schon bemerkt worden – möchte ich die Diskrepanzen aufzeigen, die im Bereich der Außenpolitik zwischen dem Außenminister und dem Bundeskanzler immer wieder bestehen. Es ist, um es klarzustellen, in jedem Land der Welt so, daß der Regierungschef auch Außenpolitik mitbetreibt. Das ist ganz klar, und das will niemand kritisieren. Das österreichische Spezifikum besteht aber in zweierlei. Erstens hat man den Eindruck, daß unser Bundeskanzler wesentliche außenpolitische Fragen ganz allein entscheidet, ohne den Außenminister zu kontaktieren, und zweitens glaubt man dann eben, daß auch bei laufenden außenpolitischen Entscheidungen der Außenminister nicht informiert wurde.

Als Beispiele darf ich anführen ganz gravierende Äußerungen des Bundeskanzlers zur Frage der Niederlassung der PLO in Österreich,

Dr. Eitmayer

zur Frage des Minderheitenrates der tschechischen und slowenischen Volksgruppe in Österreich, den ganzen Bereich der Nahostpolitik, die Frage der Palästinenser oder so konkrete Angelegenheiten wie den Bau eines gemeinsamen Kernkraftwerkes mit Ungarn, wo man einfach den Eindruck hat, Herr Bundesminister, daß Sie in all diesen Fragen abgemeldet waren und sind. *(Zwischenruf.)*

Herr Bundesminister, ich darf Ihnen ganz offen sagen: In anderen Ländern ist es eben so, daß Minister, die nicht ihr Gewicht zum Tragen bringen können, zurücktreten. Bei Ihnen hat man den Eindruck, Sie treten in den Schatten und protestieren durch dieses In-den-Schatten-Treten dagegen, daß Sie vom Herrn Bundeskanzler bevormundet werden. *(Beifall bei der ÖVP. - Ruf bei der ÖVP: Schattenminister!)*

Ich höre hier das Wort Schattenminister. Sie haben die Institution des Schattenministers sui generis geschaffen; Sie sind Schattenminister, obwohl Sie Mitglied eines Kabinetts, einer Bundesregierung sind. Ich darf Sie, Herr Bundesminister, aber darauf aufmerksam machen: Schatten verflüchtigen sich, und das Schicksal von Oberhammer und Lütgendorf ist Ihnen ja bekannt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Als letzten Punkt der Kritik darf ich doch noch die schwierige finanzielle Situation des Außenministeriums anführen. Das Budget des Außenministeriums beträgt 997 Millionen Schilling, das ist weniger als das Bundestheaterdefizit, weniger, als für die Schulbücher ausgegeben wird, es ist gerade ein Vierzehntel des Bundesbahndefizits. Wir könnten jetzt lange darüber reden, wir werden es auch noch im Rahmen der Budgetdebatte tun. Auch wenn Sie das Gegenteil sagen: Wesentliche Aufgaben des Außenministeriums können heute nicht mehr entsprechend erfüllt werden.

Ich darf Sie, Herr Bundesminister, daher einladen, zusammen mit der Opposition vom Finanzminister eine zweite Milliarde für das Außenministerium zu verlangen, eine eigene Außenministeriums-Milliarde. Wenn Sie in diesem wichtigen Bereich mit uns zusammenarbeiten, dann kann ich mir auch in anderen wesentlichen Punkten eine Kooperation vorstellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Reinhart.

Abgeordneter Dr. **Reinhart** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Bundesminister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte diese Debatte zum Anlaß nehmen, um in aller Kürze zwei Anliegen vorzubringen. Das erste Anliegen betrifft die praktische Anwen-

dung des österreichisch-italienischen Sozialversicherungsvertrages, ein Anliegen, das schon sehr oft von diesem Rednerpult aus vorgetragen wurde, ein Anliegen, das leider bisher nicht erfüllt werden konnte. Daß die Damen und Herren der ÖVP diesem Anliegen nur ein Schmunzeln entgegenbringen können, verstehe ich nicht. Entweder Sie verstehen von der Materie nichts, oder Sie sind noch nie mit diesen Sozialfällen konfrontiert worden. Das zweite glaube ich eher. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, einen kleinen sachlichen Vorspann: Im Dezember 1977 überwies Österreich nach Italien 8 980 Sozialversicherungsleistungen. Dabei handelte es sich um Leistungen aus dem Bereiche der Unfallversicherung und der Pensionsversicherung. Es handelte sich damals um einen monatlichen Betrag von über 4 Millionen Schilling. Es wurden also und werden auch heute noch zirka 9 000 Leistungen monatlich nach Italien mit einem Betrag von monatlich 4,5 Millionen Schilling transferiert.

Im Oktober 1978 entstanden auf Grund dieses derzeit gültigen österreichisch-italienischen Sozialversicherungsvertrages Leistungsansprüche von monatlich 6 663 Leistungen, die nach Österreich überwiesen werden, also auch wiederum Leistungen aus dem Bereich der Unfallversicherung und der Pensionsversicherung. Dabei handelt es sich um einen Monatsbetrag von weit über 10 Millionen Schilling. Es ist jetzt im Oktober 1978 ein Betrag, der vom Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger festgestellt wurde, von 10 365 160 S.

Man möchte meinen, daß aus dieser Tatsache keine Probleme erwachsen. Aber es ist doch so, daß sehr wesentliche Probleme daraus entstehen, besonders wir Abgeordnete aus den westlichen Bundesländern können eine große Anzahl von Problemen nennen. Von dieser Anzahl von Problemen darf ich nur zwei herausnehmen.

Das erste Problem ist das, daß es leider noch nicht gelungen ist, trotz mehrmaliger, ich möchte fast sagen, trotz dauernder Verhandlungen die italienischen Vertragspartner dazu zu bringen, daß sie sich zu Direktanweisungen der italienischen Rentenleistungen an die österreichischen Bezieher entschließen. Diese Direktanweisungen wären für Österreich von größter Wichtigkeit, zumal ja der Umweg bezüglich der Auszahlung über den Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger sehr zeitraubend ist und auch zu Mißverständnissen führt.

Der österreichische Leistungsbezieher glaubt nämlich immer wieder, und dieses Mißverständ-

10374

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Dr. Reinhart

nis müßte endlich einmal ausgeräumt werden, daß die verzögerte Auszahlung von italienischen Renten und Pensionen auf die Auszahlungsmodalitäten des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger zurückzuführen ist. Dem ist nicht so, sondern für die Verzögerung der Auszahlungen, für die Verzögerung der Flüssigmachung dieser italienischen Leistungen ist leider nach wie vor der italienische Sozialversicherungsträger, ich möchte fast sagen, haftbar zu machen.

Es wäre also schon ein Fortschritt nach den derzeitigen Bestimmungen, wenn man auf Grund von Verhandlungen zwischen dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten und dem ressortzuständigen Bundesministerium für soziale Verwaltung die Italiener dazu veranlassen könnte, so wie die Österreicher es jetzt schon praktizieren, Direktanweisungen von Rentenleistungen an die österreichischen Rentenberechtigten vorzunehmen.

Und zweitens, das ist ja das Kardinalproblem, das wirklich kein Politikum ist, und darum, möchte ich nochmals sagen, verstehe ich nicht die Heiterkeitsäußerungen der Kolleginnen und Kollegen der Österreichischen Volkspartei. Wir müssen nämlich nach wie vor feststellen, daß die Flüssigmachung der italienischen Rentenleistungen an österreichische Berechtigte beziehungsweise das italienische Rentenfeststellungsverfahren überdurchschnittlich lange dauert.

Es ist doch heute so – das wissen wir alle, wenn wir hier ernst debattieren wollen und wenn wir dem Problem wirklich ernst ins Auge sehen wollen –, daß es Fälle gibt – jeder, der sich mit der Materie ein wenig befaßt, wird es wissen –, in denen ein Rentenberechtigter, ein Anspruchsberechtigter die Zuerkennung der Leistung beziehungsweise die Auszahlung der Leistung nicht einmal mehr erlebt, weil diese Verfahren in Italien jahrelang dauern, ich möchte fast sagen jahrzehntelang; das kommt natürlich in den seltensten Fällen vor.

Aber es ist heute schon gang und gäbe, es ist praktisch in jedem Pensionsfall, in jedem zwischenstaatlichen Pensionsfall so, daß der Anspruchsberechtigte jahrelang auf den italienischen Rentenbescheid und jahrelang auf eine erstmalige Auszahlung der italienischen Rente warten muß.

Ich glaube, das ist doch ein Anliegen, das man hier von diesem Rednerpult aus vorbringen kann und das eine Berechtigung hat, daß eine Abschaffung urgiert wird, wobei ich sehr wohl weiß, sehr geehrter Herr Bundesminister, daß die Bemühungen des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten und auch die

Bemühungen des Bundesministeriums für soziale Verwaltung auf diesem Gebiet sehr intensiv sind. Man versucht schon seit Jahren, seit Jahrzehnten, denn das Problem besteht ja schon seit 1956, seitdem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz in Kraft getreten ist, den italienischen Vertragspartner dazu zu bringen, eine Lösung dieses Problems herbeizuführen. Und die Lösung dieses Problems wäre – das wissen wir alle schon aus den verschiedensten Diskussionen – ein neues österreichisch-italienisches Sozialversicherungsabkommen.

Wir wissen auch, sehr geehrter Herr Bundesminister, daß wir schon knapp vor einem Vertragsabschluß mit dem italienischen Partner stehen, daß aber die Unterschriftsleistung italienischerseits noch von zwei Detailproblemen abhängt, nämlich daß wir uns nicht dazu entschließen, von grundsätzlichen Überlegungen der österreichischen Sozialversicherung abzugehen.

Aber, sehr geehrter Herr Bundesminister, da sei eben mein Anliegen von dieser Seite ausgesprochen. Ich glaube, wenn wir das ernstlich, gewissenhaft und verantwortungsvoll überlegen, müssen sich diesem Anliegen alle Fraktionen anschließen, nämlich Sie zu bitten, auch weiterhin um das Zustandekommen eines neuen österreichischen Sozialversicherungsabkommens mit Italien besorgt zu sein und dafür einzutreten. Denn wir können es uns in einem Rechtsstaat, wie ihn Österreich darstellt, nicht vorstellen, daß es Zehntausende Personen gibt, die seit 1956 – sofern sie nicht gestorben sind – keinen Bescheid über die österreichische Rentenleistung haben können – können! –, weil die derzeitige Rechtsgrundlage den österreichischen Pensionsversicherungsträgern keine Möglichkeit bietet, einen solchen Bescheid zu erlassen. Aus diesem Grunde habe ich mir erlaubt, diesen Punkt hier als eines der beiden Anliegen vorzubringen.

Ich möchte diesen Punkt zusammenfassen, indem ich sage, daß wir uns der Schwierigkeiten dieser Materie bewußt sind, daß wir fast täglich mit diesen Schwierigkeiten konfrontiert werden und daß wir wissen, daß die Ursachen für das Nichtzustandekommen dieses neuen Abkommens keineswegs österreichischerseits zu suchen sind. Die Schuld – das möchte ich ganz offen hier aussprechen, wenn es auch nicht in allen Ohren auf Zustimmung stößt – liegt nicht bei Österreich, die Schuld liegt südlich des Brenners. Es wäre also notwendig, daß man die Verantwortlichen südlich des Brenners endlich dazu bringt, einzuschwenken und von ihren Forderungen abzugehen, damit auch österreichischerseits eine Rechtsgrundlage geschaffen wird, von der wir sagen können, daß sie in einem Rechtsstaat notwendig ist.

Dr. Reinhart

Ich darf auch in dem Zusammenhang darauf hinweisen, daß wir selbstverständlich als Delegation bei der Beratenden Versammlung des Europarates diese Misere zum Anlaß genommen haben, einen Antrag für eine Empfehlung einzubringen. Dieser Empfehlungsantrag ist auf großes Interesse im Europarat gestoßen. Es ist auch schon in der Beratenden Versammlung des Europarates - sowohl in den Ausschüssen als auch im Plenum - darüber diskutiert und Einhelligkeit darüber erzielt worden. Wir wollen nur hoffen, daß auch im Ministerkomitee diese Materie ohne größere Diskussion positiv erledigt werden wird.

Zweites Problem, sehr geehrter Herr Bundesminister: Es ist ein Anliegen, glaube ich, das quer durch die Fraktionen geht und das auch kein Parteipolitikum ist: es ist nämlich die Anerkennung, die Würdigung, aber auch die Unterstützung der Tätigkeit der österreichischen Delegierten zur Beratenden Versammlung des Europarates.

Sehr geehrter Herr Bundesminister! Wir wissen sehr wohl, daß es praktisch drei Gremien in Straßburg gibt, das sind die Delegierten, die von diesem Parlament hier bestimmt und nach Straßburg geschickt werden, es ist die Expertenkommission, und es ist das Ministerkomitee. Es ist leider eine Krankheit, möchte ich sagen, eine Erscheinung, wenn ich es so bezeichnen darf, die durch alle Mitgliedstaaten des Europarates geht - das sei auch an dieser Stelle gesagt -, daß die Zusammenarbeit zwischen diesen Gremien auf nationaler Ebene nicht immer die allerbeste ist, daß es also immer wieder vorkommt, daß man sich ein engeres Zusammenwirken auf dem einen oder anderen Gebiet wünschen könnte.

Sehr geehrter Herr Bundesminister! Sie wissen, daß gerade die österreichische Delegation in der Beratenden Versammlung des Europarates sehr initiativ ist auf den verschiedensten Gebieten und daß wir uns bemühen, auch Probleme aus den verschiedensten Gebieten aufzuzeigen.

Es wäre für uns natürlich eine noch größere Unterstützung, wenn wir von allen Seiten eine Würdigung unserer Tätigkeit hätten und wenn wir auch von allen Seiten eine Unterstützung dieser Tätigkeit hätten. Aus diesem Grunde habe ich mir erlaubt, hier ganz kurz, ohne jegliche Namensnennung, ohne ins Konkrete zu kommen, darauf hinzuweisen. Ich weiß sehr wohl, Herr Bundesminister, daß Sie über dieses Problem informiert sind und daß auch Ihre geschätzten Mitarbeiter im Ministerium über unser Anliegen informiert sind und daß wir das möglichst bald in die Tat umsetzen können. - Damit danke ich für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Höchtl.

Abgeordneter Mag. **Höchtl** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich auf eine Äußerung des Herrn Bundesministers eingehen, als er nämlich kritisiert hat, daß der eine oder andere Teil, der Bestandteil einer Außenpolitik sein sollte, im Entschließungsantrag der Österreichischen Volkspartei nicht enthalten wäre. Als der Herr Bundesminister diese Äußerung machte, habe ich zumindest angenommen, daß er dies tun würde, nachdem er den Text des entsprechenden Antrages durchgelesen hat.

Herr Bundesminister! Wenn Sie kritisieren, daß beispielsweise die Auslandskulturpolitik nicht im gesamten Paket enthalten wäre, dann stimmt das ganz einfach nicht. Ich glaube, wenn Sie etwas vorbringen nur um der Kritik willen, ohne daß es den Tatsachen entspricht, so ist das nicht eine Form der Kritik, wie sie hier im Haus gepflogen wird und wie es tatsächlich auch dem Anliegen einer möglichst gemeinsamen Außenpolitik gerecht würde. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Weiters möchte ich noch nach dieser Bemerkung zum Bundesminister auch auf die Ausführungen des Kollegen Luptowits etwas eingehen, und zwar wenn er hier von Polarisierung, von Konfrontation, von einem unpassenden Ton gesprochen hat. Ich glaube, wir von der Österreichischen Volkspartei werden uns, Herr Kollege Luptowits, sicherlich nicht von der sozialistischen Fraktion vorschreiben lassen, welche Punkte wir in der außenpolitischen Debatte aufwerfen, wir werden uns sicherlich auch von Ihnen nicht vorschreiben lassen, welche Themen wir aufgreifen, zu welchen Themen wir Stellung nehmen.

Ich verstehe schon, Herr Kollege Luptowits, daß manchen - nicht nur Ihnen, sondern auch manchen Ihrer sozialistischen Kollegen - das Aufzeigen von verschiedenen Äußerungen Ihres Bundeskanzlers, aber auch Ihres Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten peinlich und unangenehm ist. Aber da darf ich Ihnen sagen: Da gilt es nicht uns, der Österreichischen Volkspartei, vorzuschreiben, daß wir nicht darüber reden sollen, sondern es gilt Ihrerseits, Ihrem Bundeskanzler und Ihrem Außenminister rechtzeitig klarzumachen, daß sie vorher überlegen sollen, bevor sie gewisse Äußerungen machen, bevor sie gewisse Themen aufgreifen, was sie in diesen Äußerungen und was sie in diesen Stellungnahmen tatsächlich in der Öffentlichkeit betonen.

Herr Abgeordneter Luptowits! Ich sehe es beispielsweise durchaus als richtig an, wenn Sie

10376

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Mag. Höchtl

sagen, Sie betrachten die Entwicklung des Eurokommunismus nüchtern, indem Sie behaupten, es gebe zwar eine gewisse Bereitschaft zu reden, aber mehr wird es in absehbarer Zeit - Sie haben sogar von einigen Jahrzehnten gesprochen - nicht geben. Herr Kollege Luptowits, einverstanden!

Aber wenn Sie die Sätze Ihres eigenen sozialistischen Parteiprogramms durchlesen, klingen diese Beurteilungen etwas anders. Da spricht man beispielsweise von einer wahrscheinlichen Demokratisierung des Kommunismus auch in den Ostblockstaaten und davon - man höre und staune -, daß sich die kommunistischen Parteien Westeuropas auf dem Weg zur Sozialdemokratie befänden.

Meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion! Ich glaube - und ich sage dies bewußt -: Diese Naivität gegenüber dem Eurokommunismus, die hier in dem Parteiprogramm zum Ausdruck kommt - zum Unterschied von Ihrer Einschätzung in Ihrer Rede, Herr Kollege Luptowits -, und die Naivität gegenüber der Entwicklung in den Oststaaten, gegenüber dem ideologischen Auseinandersetzungskampf, der man in diesem Parteiprogramm begegnet, der, glaube ich, können wir von der Österreichischen Volkspartei nicht deutlich und nicht oft genug entschieden entgegneten.

Es ist von der Österreichischen Volkspartei gesagt worden, daß wir stets eine Außenpolitik befürworten, einer Außenpolitik durchaus unser Einverständnis geben, die zwischen den einzelnen Fraktionen als möglichst konfliktfrei anzusehen wäre. Bundesparteiobmann Taus hat im vergangenen Jahr anlässlich der Diskussion des Außenpolitischen Berichtes des Jahres 1976 gesagt, und unser Klubobmann Mock hat dies heute betont, daß wir es fast als Lebesselement eines neutralen Staates betrachten, daß, wenn irgendwie möglich, in den Bereichen der Außenpolitik keine besonderen Konflikte aus parteipolitischen Gründen auftreten sollen.

Bundesparteiobmann Taus hat im vergangenen Jahr wortwörtlich betont, er glaubt, daß es von der sozialistischen Fraktion besonders schwer gemacht wird, weil er manchmal den Eindruck hat, daß der Außenminister wie ein Elefant im Porzellanladen durch die österreichische Außenpolitik trampelt.

Wenn Sie die Ereignisse, die außenpolitischen Äußerungen im letzten Jahr Revue passieren lassen, dann können Sie manchmal den Eindruck tatsächlich nicht unterdrücken, daß sich zu diesem einen „Elefanten im Porzellanladen der Außenpolitik“ ein zweiter hinzugefügt hat, nämlich in der Person des Bundeskanzlers. (Abg. Hatzl: Ich habe geglaubt, Höchtl heißt er!)

Es ist tatsächlich so, wie ich gesagt habe, Herr Kollege Hatzl: Schauen Sie sich nur die Äußerungen in der holländischen Zeitung „Trouw“ und die Reaktionen Ihrer eigenen Parteikollegen auf diese entsprechenden Äußerungen an. Wenn also beispielsweise ein durchaus sehr geachteter Dritter Präsident dieses Hohen Hauses, Ihr Parteikollege Probst, folgende Erklärung abgibt:

Als Sozialist bedauere ich, daß der Parteivorsitzende gegenüber Israel, seiner gegenwärtigen Regierung und gegenüber unseren vielen Freunden in Österreich und in Israel diese diffamierende Haltung eingenommen hat. (Abg. Dr. Reinhart: Ist schon erledigt!)

Aber jede Kritik muß sich in gewissen Grenzen halten, Herr Kollege Reinhart. Ich weiß schon, Sie wollen es nicht gern hören. Aber reden Sie vorher mit Ihrem Bundeskanzler, bevor er derartige unpassende Äußerungen in der Öffentlichkeit macht. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Auch ein anderer Ihrer Kollegen hat sich hier beispielsweise sehr massiv geäußert, und zu Recht massiv geäußert, Herr Reinhart. Sie haben natürlich nichts dagegen getan. Der Wiener Stadtrat Heinz Nittel hat beispielsweise in einem ORF-Interview sowohl die Form als auch den Zeitpunkt des Kreisky-Interviews bedauert und hat gesagt, er habe tatsächlich den Eindruck, daß diese Äußerungen zu einer wahrhaft großen Belastung der Beziehungen zwischen Österreich und Israel führen.

Oder Sie kennen beispielsweise auch die Reaktionen des israelischen Innenministers Burg, der gesagt hat - ich zitiere wieder wörtlich -:

Seit 30 Jahren - bitte - hat kein westlicher Politiker eine derartige Masse unschöner Ausdrücke gegen Israel gebraucht. Die Israelis seien echt betroffen, weil sie an das Arsenal des klassischen Antisemitismus erinnern.

Das sind Reaktionen auf Äußerungen, die Ihr Parteivorsitzender, der österreichische Bundeskanzler, in aller Welt macht.

Und wir von der Österreichischen Volkspartei glauben: Wir müssen diese Äußerungen zu Recht mit allem Nachdruck zurückweisen im Interesse einer gemeinsamen Außenpolitik, im Interesse der Sicherung unseres Images als Österreicher in der Welt. (Zustimmung bei der ÖVP. - Zwischenruf des Abg. Haas.) Bitte? - Herr Kollege Haas, wiederholen Sie es. (Abg. Haas: Die Kollegen Suppan und Haider sind nicht da!)

Ich sage Ihnen eines konkret dazu: Ich glaube, die Äußerungen, die Bundeskanzler Kreisky

Mag. Höchtl

anlässlich dieses Interviews und der folgenden Interviews gemacht hat, sind eine Unverantwortlichkeit sondergleichen, weil er nämlich mit verschiedenen Strömungen möglicher antisemitischer Faktoren spekuliert. Und das ist ein Urteil, zu dem wir entschieden nein sagen müssen, zu dem wir als Österreichische Volkspartei bezüglich jedes einzelnen Elements, wo immer Antisemitismus auch nur in leiser Form antönt, unser entschiedenes Nein auch hier im Parlament betonen. *(Zustimmung bei der ÖVP. - Abg. Dr. Reinhart: Denken Sie daran, was Ihre Abgeordneten als Zwischenrufer damals gesagt haben!)*

Herr Kollege! Wir haben noch andere Stimmen, wie Ihr Parteivorsitzender beurteilt wird. *(Abg. Dr. Reinhart: Das sagen ausgerechnet Sie! Was haben Ihre Parteifreunde für Zwischenrufe gemacht!)* Herr Kollege Reinhart! Hören Sie einmal zu! Ich weiß schon, daß es Ihnen unangenehm ist. *(Abg. Dr. Reinhart: Ihnen sollte es unangenehm sein!)* Aber warum sollten, wenn eine Debatte über außenpolitische Inhalte hier stattfindet, nicht auch jene Äußerungen zur Diskussion stehen, die Ihr Bundeskanzler im Laufe dieses letzten Jahres in der Öffentlichkeit getan hat? *(Abg. Dr. Reinhart: Wer hat solche Zwischenrufe gemacht?)*

Herr Kollege Reinhart! Hören Sie, wie beispielsweise ein sehr, sehr unabhängiger Chefredakteur eines großen, eines angesehenen politischen Magazins in Österreich über die außenpolitischen Äußerungen Ihres Bundeskanzlers denkt. Er schreibt - ich zitiere wieder -:

Man soll Bruno Kreisky nie ernst nehmen, schon gar nicht, wenn er über Juden spricht. In Österreich wissen das die Journalisten langsam. Kreisky fragt man, Kreisky zitiert man, diskutiert man wegen der Hetz, weil er so gut formuliert. *(Abg. Dr. Hertha Firnberg: Was soll denn das besagen, daß Sie uns das aus der Zeitung vorlesen?)* Frau Kollegin! Hören Sie doch zu! Das ist doch eine außenpolitische Erklärung, die Bundeskanzler Kreisky abgegeben hat! *(Abg. Dr. Hertha Firnberg: Was besagt denn das, wenn ein Zeitungsschreiber so etwas schreibt?)*

Ja, dürfen wir das nicht einmal mehr zitieren? - Frau Bundesminister! Ich lasse mir von Ihnen nicht vorschreiben, was ich hier im Parlament zitieren darf! *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Ich zitiere das, um Ihnen aufzuzeigen, daß unsere berechnete Kritik an derartigen Äußerungen tatsächlich nicht nur von Angehörigen der Österreichischen Volkspartei, sondern auch von vielen unabhängigen Journalisten geteilt wird. *(Abg. Hatzl: Deswegen muß das noch lange nicht wahr sein!)*

Beispielsweise wenn auch hier zum Schluß

dieses Artikels ein Chefredakteur Lingens sagt: An diesen Punkten - er meinte also diese Äußerungen - wird eben ein alternder Würstel lebensgefährlich.

Ich glaube, derartige Äußerungen, derartige Kritik hat nicht einmal diese österreichische... *(Zwischenruf der Abg. Dr. Hertha Firnberg.)* Was haben Sie gesagt, Frau Minister? *(Abg. Dr. Hertha Firnberg: Wer?)* Wiederholen Sie das nochmals! *(Abg. Mühlbacher: Sie sollten sich besser informieren!)* Sie haben da irgendeine nicht sehr qualifizierte Äußerung jetzt getan, wie Sie weggegangen sind. *(Abg. Dr. Hertha Firnberg: Ich?)* Ja, Sie! Sie haben eine Äußerung gemacht. Ich habe Sie gebeten, Sie mögen das wiederholen. *(Abg. Dr. Hertha Firnberg: Was ist das für eine Äußerung, die Sie als „nicht qualifiziert“ bezeichnen? Überlegen Sie sich, was Sie sagen!)*

Bitte, ich kann Ihnen das nachweisen. Ich habe Ihnen jede einzelne Stelle, die ich hier geäußert habe, sogar wörtlich zitiert. Ich habe nicht genau verstanden, was Sie gesagt haben. *(Abg. Thalhammer: Dann reden Sie nicht, wenn Sie es nicht verstehen! Die Schuhe sind Ihnen zu groß, wenn Sie so reden!)* Ich weiß nicht, welche Schuhe Ihnen zu groß oder zu klein wären. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Von Ihnen lasse ich mir das auch nicht sagen. Sie können ja dann herauskommen. *(Abg. Thalhammer: Sie werden sich das sagen lassen müssen!)*

Ich möchte, Herr Kollege Hatzl, gar nicht mehr auf die anderen Entgleisungen eingehen, die beispielsweise sowohl von einem Herrn Bundeskanzler als auch von einem Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten in diesem letzten Jahr von verschiedenen Organen aufgegriffen worden sind. *(Abg. Hatzl: Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder man hat eine eigene Meinung oder man verliert Zitate!)* Bitte, ich habe immer die Beweise auf Grund dieser entsprechenden öffentlichen Publikationen getan. *(Abg. Hatzl: Du behauptest nur, aber Beweise hast du noch keine gebracht!)* Bitte, Sie haben immer wieder die entsprechenden Zitate auch zitiert und Sie werden es mir sicherlich zugestehen, daß ich mich auf derartige publizierte Äußerungen auch verlasse.

Diese Äußerungen haben auch dazu geführt, daß sich ein Herr Bundeskanzler dann auch entschuldigen mußte. Ich glaube: Warum sollten wir, wenn wir eine außenpolitische Debatte hier führen, nicht tatsächlich auf diese gesamten Vorgänge, aber auch auf die Entschuldigungen, die eine Konsequenz waren, eingehen? *(Abg. Hatzl: Das ist eine gesunde Verwechslung vom Inhalt!)* Herr Kollege Hatzl! Wenn es Ihnen

10378

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Mag. Höchtl

unangenehm ist, dann reden Sie entsprechend vorher mit Ihrem Parteivorsitzenden, bevor er diese Äußerung macht, wenn Sie einen Einfluß haben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich möchte zu zwei anderen Problemen, Herr Kollege Hatzl, im Rahmen der Außenpolitik Stellung nehmen. Zunächst zum Problem der Menschenrechte, die ja schließlich und endlich heute schon an zwei exemplarischen Fällen aufgezählt worden sind, obwohl ich durchaus auch hoffe, daß die Entwicklung in Österreich so gehen möge, daß eine gemeinsame außenpolitische Linie in diesem Bereich erzielt werden kann.

Wir von der Österreichischen Volkspartei glauben – und ich möchte das hier sehr betont zum Ausdruck bringen –, daß wir uns gegen jede aktuelle Bedrohung der Freiheitsrechte und der Menschenwürde, in welchem Teil der Welt sie immer auch auftreten, entschieden zur Wehr setzen müssen. *(Abg. Haas: Auch in Niederösterreich?)* Bitte, wo ist ein Menschenrecht in Niederösterreich verletzt worden? Bitte, Herr Kollege, einen Beweis. *(Zwischenruf des Abg. Haas.)* Ich meine, diese altabgedroschenen Formen, bei denen wir Ihnen jeden Tag -zig andere Gegenbeispiele bringen können, brauchen Sie nicht wieder in die außenpolitische Debatte einzuwerfen.

In der Menschenrechtspolitik wollen wir betonen, daß es unseres Erachtens eine notwendige Grundüberzeugung aller hier anwesenden Fraktionen sein sollte, daß es ganz egal ist, ob Menschenrechtsverletzungen im Osten oder im Westen auftreten, ob es faschistische Staaten oder kommunistische Staaten sind, wo derartige Menschenrechte verletzt werden. Wir müssen jede Form des Kommunismus, wir müssen jede Form des Faschismus, wir müssen jede Form des Radikalismus, wo derartige Menschenrechtsverletzungen auftreten, bekämpfen.

Ich hoffe, daß das eine gemeinsame Basis in der Menschenrechtspolitik auch ist. Ich habe nämlich manchmal – verzeihen Sie, Herr Kollege Reinhart, diesen Hinweis – den Eindruck, daß manche – nicht Sie! – nicht mit beiden Augen, nicht mit sehenden Augen agieren. Ich glaube als Christdemokrat, daß wir in der Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen weder am rechten noch am linken Auge blind sein dürfen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Zu einem zweiten Punkt, zur Entwicklungshilfe, die auch in diesem Außenpolitischen Bericht etwas angeschnitten wurde. Die Entwicklungshilfe ist meines Erachtens – und das ist die Überzeugung der Österreichischen Volkspartei – ein Anliegen, das größter Anstrengungen unsererseits bedarf. Wir glauben, daß es

eine wahrhaft humanitäre Aufgabe ist, der sich alle industrialisierten Staaten zu unterziehen haben. Auch Österreich ist aufgerufen, seinen Beitrag zur erfolgreichen Bewältigung der großen Entwicklungsprobleme zu leisten.

Wenn wir die Entwicklungshilfepolitik der österreichischen Bundesregierung verfolgen, dann, glaube ich, gehe ich nicht fehl, wenn ich sie so charakterisiere: Die Entwicklungshilfe ist für diese österreichische Bundesregierung eine Politik fortgesetzter Ankündigungen mit entgegengesetzter Durchführungswirklichkeit. Wenn wir beispielsweise hernehmen, daß wir Ankündigungen über Schwerpunktländer im Jahre 1974 mit drei hatten und sich diese Anzahl der Schwerpunktländer auf ein Dutzend erhöht hat – im Jahre 1977 ist es bereits die Anzahl von 30 gewesen –, dann, glaube ich, ist das Gegenteil von Schwerpunktsetzung eingetreten. Ich möchte diese Situation vielleicht so charakterisieren: Die derzeitige Schwerpunktbildung der Entwicklungshilfepolitik der österreichischen Bundesregierung gleicht eher einem Entwicklungshilfe-Krämerladen als tatsächlich einer schwerpunktorientierten Entwicklungshilfepolitik.

Ihr Finanzminister hat beispielsweise gestern in einer Passage auf Seite 56 betont: „Nach der internationalen Erfolgsabrechnung für 1977 ... liegt der Anteil der gesamten österreichischen Entwicklungshilfe bei 1,04 Prozent des Bruttonationalproduktes, womit erstmals der Durchschnitt der DAC-Länder, der für 1977 0,93 Prozent beträgt, nicht nur erreicht, sondern noch überboten wurde.“

Er erwähnt sehr wohl diesen Punkt, verschweigt aber bewußt sämtliche Daten in der öffentlichen Entwicklungshilfe, weil er berechtigten Grund hat, darüber zu schweigen. Hier war nämlich in Österreich im Jahre 1977 ein wesentlich geringerer Anteil der öffentlichen Leistungen in der Entwicklungshilfe feststellbar als in den meisten übrigen DAC-Ländern.

Wir hatten im Jahre 1977 0,24 Prozent erreicht. Ich zitiere nur einige andere Beispiele: Schweden hat 0,82 Prozent, Niederlande hat 0,82 Prozent, Norwegen hat 0,70 Prozent. Das heißt: Auch hier ist die Tendenz vorhanden, gewisse Punkte herauszustreichen und über andere ganz einfach den Mantel des Schweigens zu breiten, damit die Bevölkerung ja nicht daraufkommen möchte und möge, wie die Situation in der österreichischen Entwicklungshilfe tatsächlich aussieht. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich darf Ihnen ja auch drei Kritikpunkte nennen, die beispielsweise in dem Prüfungsergebnis, von der DAC durchgeführt und der

Mag. Höchtl

österreichischen Regierung übermittelt, genannt sind. Hier wird über die österreichische Entwicklungspolitik folgendes kurz zusammengefaßt zum Ausdruck gebracht:

Erstens: Bei Österreich wird kritisiert das Unvermögen, bisher eine wesentliche und ständige Erhöhung des Volumens der öffentlichen Hilfe zu erreichen, zweitens werden kritisiert die verhältnismäßig harten Bedingungen der Finanzhilfe, und drittens das geringe Ausmaß der bilateralen öffentlichen Hilfe.

Herr Bundesminister! Sie kennen vielleicht die neueren Daten, wie die österreichische Bevölkerung zur Entwicklungshilfe denkt und eingestellt ist. Ich glaube, es ist bemerkenswert, wenn wir eine derartige Steigerung der positiven Einstellung zur Entwicklungshilfe in Österreich vermerken können. Ich vergleiche hier zwei Untersuchungen, eine aus dem Jahre 1974 und die zweite vom Dezember 1977.

Während im Jahr 1974 die Tatsache, daß Österreich Entwicklungshilfe leistet, mit 49 Prozent grundsätzlich für richtig bezeichnet wurde, ist mittlerweile – also Dezember 1977 – dieser Prozentsatz bereits auf 56 Prozent angewachsen. In derselben Zeitspanne ist die Beurteilung, daß Österreichs Entwicklungshilfe grundsätzlich nicht richtig wäre, von 35 Prozent im Jahre 1974 auf 26 Prozent im Jahre 1977 zurückgegangen.

Ich glaube, eine beachtenswerte Entwicklung – eine beachtenswerte Entwicklung! –, der auch zunehmend in der Entwicklungshilfepolitik der österreichischen Bundesregierung Rechnung getragen werden sollte. Denn – und da haben wir auch Untersuchungen zur Verfügung, die auch wieder ein sehr beachtenswertes Verständnis der möglichen Betroffenen widerspiegeln –: Es ist die österreichische Bevölkerung gefragt worden, welchen möglichen Formen der Entwicklungshilfe sie Priorität zureihen würde. Und hier ist an der Spitze sämtlicher Nennungen mit 48 Prozent die Behauptung gestanden: Wir schicken besonders ausgebildete Entwicklungshelfer in die Entwicklungsländer.

Wir haben weiters gefragt, wie eigentlich die Bereitschaft der jungen Menschen vorhanden wäre und in welchem Ausmaß sie vorhanden wäre, als Entwicklungshelfer in die Entwicklungsländer zu gehen, und müssen wirklich zufrieden feststellen, daß sogar 42 Prozent der 21- bis 26jährigen diesen Dienst als für sie persönlich vorstellbar beurteilten. Ich glaube, eine Tatsache, der nun eine Maßnahme seitens der österreichischen Bundesregierung folgen müßte.

Ich möchte deshalb den Vorschlag unterbreiten, daß das schon lange in Diskussion stehende, aber leider nie vorgelegte Entwicklungshelfer-

gesetz von der österreichischen Bundesregierung dem Parlament und den hier vertretenen Fraktionen möglichst bald zugewiesen werden soll. Ein Gesetz, das insbesondere eine Beschäftigungsgarantie auch enthalten müßte für die Entwicklungshelfer, wenn sie nach Österreich zurückkehren, das Regelungen der Sozialversicherung enthalten müßte, die den Entwicklungshelfern sozialrechtlichen Schutz geben, das Regelungen für die Ausbildung und die Erziehung der Kinder der Entwicklungshelfer entsprechend enthalten müßte und in dem auch spezielle Ausbildungsmöglichkeiten für die Tätigkeit in der Dritten Welt geschaffen werden müßten.

Dies ist eine Anregung, die von der Österreichischen Volkspartei unterbreitet wird, zu der sich der Bundesparteiohmann Taus entschieden bekannt hat. Wir glauben nämlich, daß gerade derzeit der Einsatz von Entwicklungshelfern schikaniert wird, administrativ erschwert wird und man teilweise Versuche konstatieren kann, wo eine zunehmende Gängelung der Entwicklungshelferorganisationen von der Administration entsprechend wahrzunehmen versucht wird.

Herr Bundesminister! Ich fordere Sie auf, mit dem Bundeskanzler diese Arbeiten voranzutreiben. Ich glaube, es wäre ein großartiger Beitrag, wie Österreich tatsächlich eine entscheidende Form und einen entscheidenden Beitrag zur Entwicklungshilfe als einen humanitären Beitrag unserer Außenpolitik leisten könnte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Prechtl.

Abgeordneter Prechtl (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, die Außenpolitik ist ein Thema, das kühl und sachlich behandelt werden soll. Aber der Stil, der durch den letzten Debattenredner in das Haus hineingebracht worden ist, eignet sich nicht dazu, eine gemeinsame Außenpolitik zu gestalten. Gerade wir in Österreich, an einem sehr neuralgischen Punkt, an einer sehr großen ideologischen und wirtschaftlichen Grenze nach dem Osten, sollen doch versuchen, eine gemeinsame Außenpolitik zu machen.

Ich glaube, daß es auch nicht dazu angetan ist, Zeitungen und Journalisten zu zitieren und halb zu zitieren. Denn wenn Sie hier zitieren, daß der Herr Bundeskanzler als „alternder Wurstel“ bezeichnet worden ist, dann haben Sie verschwiegen, daß sich der Herr Chefredakteur Lingers in der nächsten Ausgabe dafür entschuldigt hat. Das müßten Sie vollständigkeitshalber ebenfalls sagen. *(Abg. Mag. Höchtl:*

10380

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Prechtl

Herr Kollege! Da haben Sie nicht zugehört! Daß die Äußerung zu einer Entschuldigung geführt hat, habe ich gesagt! - Rufe bei der ÖVP: Aufpassen!

Es wäre doch sehr zweckmäßig, das zu tun. Es ist, glaube ich, in diesem Zusammenhang sehr, sehr wesentlich, wenn man das tut.

Aber zum Problem Israel und zum sogenannten umstrittenen Interview, das der Herr Bundeskanzler gegeben hat und das im übrigen jetzt ebenfalls in einem Buch veröffentlicht werden soll: Wenn man es nun im vollen Umfange liest, ist es in unseren Zeitungen völlig anders wiedergegeben worden, als es der Herr Bundeskanzler tatsächlich zum Ausdruck gebracht hat. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Wir wissen aber auch, daß das Nahostproblem ein sehr heikles Problem ist. Das ist ein Problem. Ich bin mit dieser Materie seit mehr als 20 Jahren verhaftet, sowohl auf der israelischen Seite als auch auf der arabischen Seite. Man muß diese Probleme doch letzten Endes sachlich lösen können. Um einem Bundeskanzler vorzuwerfen, daß er antisemitische Handlungen setzt, einem Bundeskanzler, der im Jahre 1938 Österreich verlassen mußte, weil er für die Freiheit und für die Demokratie eingetreten ist, und der im Jahre 1934 im Prozeß eine fundamentale Rede gehalten hat, dafür sind Ihre Schuhe, Herr Höchtl, wirklich etwas zu groß für dieses Thema, das Sie angeschnitten haben. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Ich möchte hier sehr deutlich sagen, wenn Sie immer wieder den Eurokommunismus zitieren: Auch wir als Sozialisten haben hier eine klare Linie - und die hat der Herr Parteivorsitzende sehr deutlich zum Ausdruck gebracht -, daß es zwischen uns und den Kommunisten eine ganz klare Trennungslinie gibt. Wir wissen ganz genau - ob sich das Kommunismus nennt oder Eurokommunismus nennt -: Die Ziele des Kommunismus sind letzten Endes die gleichen geblieben, nur der Weg ist ein anderer geworden. Gerade wir als Sozialisten sind immer diejenigen gewesen, die es zeitgerecht erkannt haben. Sie versuchten immer nur aus wahltaktischen Gründen, die Rote Katze aus dem Sack herauszuholen. Und das lehnen wir in diesem Zusammenhang im vollen Umfange ab. *(Abg. Mag. Höchtl: Kennen Sie Ihr eigenes Parteiprogramm, Herr Kollege?)*

Wir wissen ganz genau, daß zum Beispiel das Nahostproblem ein sehr heikles Problem ist. Es geht um El-Arish und Golan, es geht um Scharm el-Scheich. Wir wissen aber auch ganz genau, daß beide Länder wirtschaftlich nicht mehr in der Lage sind, unter Umständen einer Konfrontation, einer kriegerischen Auseinandersetzung

gegenüberzutreten. Wir wissen aber auch, daß viele Zehntausende Menschen dort ihr Leben gelassen haben. Gerade die Mission, die der Bundeskanzler Kreisky im Nahen Osten, sowohl zwischen den Palästinensern als auch auf der anderen Seite, letzten Endes auch mit den Israelis und in Wien durchgeführt hat, hat dazu beigetragen, daß ein Weg zu Camp David eröffnet worden ist. Wir hoffen in diesem Zusammenhang, daß dieser Weg zu einer Befriedigung führt.

Herr Dr. Mock! Ich sage Ihnen eines: In der internationalen Politik muß man sich einen Kalender nehmen und nicht auf die Uhr schauen, daß man sagt, man löst die Probleme in einer Viertelstunde, so wie Sie das heute hier vormittag getan haben. Das zeigt, daß die Außenpolitik letzten Endes ein sehr, sehr heikles Thema ist.

Ich möchte dann zwei Dinge vielleicht noch ganz besonders hervorheben, die, glaube ich, auch sehr wesentlich sind und die im Bericht zum Ausdruck kommen, Sie haben nämlich gesagt, der Herr Außenminister trampelt hier in der Außenpolitik umher. Ich möchte Ihnen einen sehr konstruktiven Beitrag bringen. Wir sollen ja die Themen nicht zu einem Zeitpunkt behandeln, wo sie emotionalisiert werden.

Wenn Sie den Bericht sehr genau gelesen haben, wissen Sie, daß gerade die österreichische Delegation am 5. Oktober 1977 bezüglich der Bekämpfung des internationalen Terrorismus bei den Vereinten Nationen die Initiative ergriffen hat. Ich möchte Ihnen jetzt einige Ziffern gegenüberstellen. Wir wußten ganz genau, daß es ein sehr langwieriger Weg sein wird. Aber es hat sich nun ein Erfolg herauskristallisiert, der beachtlich ist.

Ich möchte hier nur die Flugzeugentführungen charakterisieren, die besonders im Jahre 1973 begonnen haben. Vom Jahre 1969 bis zum Jahre 1972 gab es 287 Versuche, Flugzeuge zu entführen, und zwar aus den verschiedensten Gründen. Ich sage gar nicht, daß es nur politische Gründe gewesen sind. Leider Gottes war die Mehrzahl von Erfolg begleitet, 119 waren ohne Erfolg.

Nach dem Jahre 1973, als die österreichische Bundesregierung, als auch die internationale Arbeiterbewegung die Initiative ergriffen haben, sind die Entführungen auf 103 zurückgegangen. Nur mehr 26 hatten Erfolg, 77 waren ohne Erfolg. Gott sei Dank ist die Entwicklung jetzt so, daß die Flugzeugentführungen sich auf ein Minimum reduziert haben.

Aber ich sage Ihnen jetzt auch meine Sorge, die ich habe, weil wir in unserem internationalen Verband auch die Zivilpiloten haben. Wenn

Prechtl

dieses Thema im Nahen Osten nicht zum Abschluß gebracht wird, werden wir vielleicht wieder vor einer sehr kritischen Situation stehen, weil sich unter Umständen die arabischen Staaten nicht einig sind. Und gerade Österreich als ein sehr kleines, aber sehr initiatives Land und als ein Land, das bei den Vereinten Nationen durch den Botschafter Jankowitsch großes Ansehen genossen hat, wird gerade in diesen sehr kritischen Punkten immer wieder herangezogen, Vermittlungsvorschläge zu erstatten, die dann letzten Endes in den Resolutionen und den Abkommen ihren Niederschlag finden.

Es ist also nicht so, wie Sie sagen, daß die österreichische Außenpolitik eine solche ist, wo der Außenminister durch die Gegend trampelt und nicht weiß, was er tut.

Nun möchte ich in diesem Zusammenhang zwei Dinge ebenfalls hier noch sehr deutlich sagen. Es hat die Nachfolgekonferenz in Belgrad stattgefunden. Und es ist auch in diesem Bericht zum Ausdruck gekommen, daß noch eine Reihe von Problemen offen ist. Wir wissen, daß schon Gespräche geführt werden, und es hat ja heute Dr. Mock schon erklärt: Rhein-Main-Donau-Kanal, Osthandelsgesellschaften, die herkommen. Wir haben schon vor Jahren erklärt, welche große Problematik sich hier ergibt.

Worum wir ersuchen wollen: Daß das Sozialübereinkommen, das derzeit bei der Rhein-Schiffahrt geschlossen worden ist, bei Öffnung des Rhein-Main-Donau-Kanals ebenfalls für die Donau-Anrainerstaaten Anwendung finden soll. Denn bisher finden wir eine Situation vor, daß wir uns zwar nicht darüber beklagen können, daß die österreichischen Transportarbeiter, Schiffer und Matrosen in den Oststaaten nicht gut behandelt werden, es ist aber ein echtes menschliches Problem, daß Österreich hier die Initiative ergreift, weil es nämlich sehr interessant ist, daß die Tschechen, die Ungarn und die Jugoslawen von seiten der Sowjetunion wesentlich schlechter behandelt werden als die Österreicher.

Ich glaube, ein Sozialübereinkommen, das wir bezüglich der Donauschiffahrt treffen, wäre auch für diese Staaten von großem Vorteil und könnte auch in diesen Staaten speziell das Ansehen Österreichs noch weiter heben. Es wäre sehr berechtigt, daß es in dieser Form gemacht wird.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch zwei Dinge erwähnen, die ebenfalls, glaube ich, von sehr wesentlicher Bedeutung sind.

Wir haben eine Seerechtskonferenz, die schon sehr lange dauert. Der Herr Abgeordnete Höchtl

hat hier auch von den Menschenrechten gesprochen.

Es gibt für mich für die Menschenrechte weder des Ostens noch für jene des Westens teilbar einen Maßstab, der auf der einen Seite einen Meter ist, und für die anderen gelten zwei Meter. Wir stehen jetzt vor einer Situation, wo das zwar nicht in der Zeitung, in der Presse steht, aber ich glaube, dieses Problem gehört in den Vordergrund gerückt. Ich möchte daher den Herrn Außenminister bitten, auch in dieser Frage bei den Vereinten Nationen vorstellig zu werden, um auch dieses Problem zu lösen.

Es geht im wesentlichen darum, daß die Flüchtlingszahlen aus Vietnam in den letzten Monaten exorbitant angestiegen sind. Im April waren es 4 900 Flüchtlinge, im Mai 5 800, im Juni 4 900, im Juli 6 100, im August 4 300 und jetzt sind es 7 400 Flüchtlinge. Jetzt möchte ich Ihnen sagen, welche menschliche Tragödie sich auf den Weltmeeren abspielt: Mit Ausnahme der großen Seefahrernationen, das sind die Vereinigten Staaten, Großbritannien, die deutsche Bundesrepublik und Frankreich, nehmen alle anderen die Flüchtlinge aus den Booten nicht auf. Bisher ist es so, daß rund 24 000 Menschen geflüchtet sind, und man rechnet, daß die gleiche Anzahl von Menschen auf offener See ertrunken ist, weil alle anderen Schiffe angewiesen sind, diese Flüchtlinge nicht an Bord zu nehmen. Ja sie werden sogar mit Verpflegung versorgt. Und das verstößt gegen das internationale Seerecht.

Ich glaube, daß das sehr wesentlich ist, weil wir ganz genau wissen, daß auch die Vereinigten Staaten in dieser Richtung nun Schritte unternehmen wollen. Wir dürfen uns nicht nur mit der Problematik von einem oder zwei Dissidenten beschäftigen, sondern wir müssen an jene Menschen denken, die aus einem Lande flüchten, die aber hoffnungslos im Meer ertrinken, weil die Schiffe vorbeifahren und diese Menschen nicht an Bord nehmen.

Das wäre eine sehr schöne Aufgabe, und wir hoffen, daß es uns gelingt, von der internationalen Transportarbeiterbewegung her auch dieses Problem in den Griff zu bekommen.

Bezüglich des zweiten Problems, das auch zu den Menschenrechten gehört, möchte ich Ihnen, weil Sie als Christdemokrat gesprochen haben, auch zwei Dinge sagen.

Wir haben zeitgerecht immer zu allen Dingen warnend die Stimme erhoben. Ich habe Sie, Herr Abgeordneter Höchtl, nie über Portugal reden gehört, ich habe Sie nie über Spanien reden gehört und ich habe Sie zum damaligen Zeitpunkt nie über Griechenland reden gehört, als dort die Menschen in den Kerkern lagen.

10382

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Prechtl

(Zustimmung bei der SPÖ.) Damals, Herr Abgeordneter Höchtl, hätten Sie als Christdemokrat hierher treten und auch gegen diese Regime auftreten sollen. Ich konnte ja nicht einreisen, Sie haben die Einreisegenehmigung bekommen.

Wir haben jetzt wieder ein Problem, das ist Tunesien. Dort sind Gewerkschafter verurteilt worden. Zuerst sollte die Todesstrafe verhängt werden, dann ist es uns gelungen, weil wir Beobachter hingesetzt haben, daß die Urteile ziemlich gemildert worden sind. (Abg. Dr. Mock: Na und? Das ist ja gut!) „Na und?“ – Sie sind ja nicht drinnen im Kerker! Unser Beobachter ist dort gesessen. Daß die Menschen, die letzten Endes ja auch Gewerkschafter sind am Boden dahingekrochen sind, das habe ich in Ihrer Rede vermißt als Obmann des ÖAAB. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Aber das interessiert Sie ja nicht. Sie haben heute hier nur eine Show abgezogen, Sie haben Außenpolitik betrieben, wie man sie mit der linken Hand macht, in einer sehr oberflächlichen Art. (Abg. Dr. Mock: Der Bourgiba ist ein Freund des Herrn Bundeskanzlers!)

Ich möchte auch dem Herrn Außenminister recht herzlich dafür danken, weil sich auch da speziell die österreichische Bundesregierung sehr intensiv eingesetzt hat, daß diese Urteile gemildert wurden.

Das ist Ihr Demokratieverständnis. Sie sprechen dort über Demokratie, wo es Ihnen paßt, und wenn es Ihnen nicht paßt, sprechen Sie nicht darüber.

Zum Abschluß möchte ich noch etwas über Entwicklungshilfe sagen. Entwicklungshilfe ist nicht nur ein wirtschaftliches Problem, sondern Entwicklungshilfe ist auch ein politisches Problem. Und Sie wissen ganz genau, daß gerade in Afrika, in Südamerika – wenn Sie die Struktur der Welt kennen – überwiegend keine freien Wahlen stattfinden, sondern überwiegend Militärdiktaturen sind. (Ruf bei der ÖVP: Wo? – Abg. Steinbauer: Aufzählen!) Ich kann Ihnen sagen: Mit Ausnahme von zwei Republiken besteht in ganz Afrika die Militärdiktatur. Und in Südamerika ist etwa das gleiche. (Abg. Steinbauer: Aufzählen!) Bei Ihrem Intelligenzquotienten werden Sie das sicherlich wissen, Herr Abgeordneter Steinbacher. (Heiterkeit bei der ÖVP.) Entschuldigung. Ich habe mich versprochen, es war eine Freudsche Fehlleistung. (Ruf: An den Bacher denkt er!)

Ich möchte sagen: Es hat doch keinen Sinn und keinen Zweck, Herr Abgeordneter Höchtl, wenn Hochschulen in Entwicklungsländern errichtet werden, wenn die Basis überhaupt fehlt, daß man ... (Zwischenruf des Abg. Mag.

Höchtl.) Es sind in Entwicklungsländern Hochschulen errichtet worden, und es war überhaupt niemand da, der die Hochschulen besuchen konnte, weil man die übrigen Schulen nicht gebaut hat. Es gehören eben diese finanziellen Mittel zweckmäßig verwendet.

Zum Schluß kommend möchte ich noch zu einem Thema etwas sagen, auf das sicherlich der Herr Abgeordnete Ermacora zu sprechen kommen wird, das ist Chile. Ich war sehr erfreut über den sehr objektiven Bericht, der über Chile abgegeben worden ist, und ich freue mich, daß das gerade von der Österreichischen Volkspartei gekommen ist. Aber ich kann mich noch ganz genau erinnern, daß vor etwa zwei oder drei Jahren über Chile kein Wort gesprochen worden ist. Die Vereinten Nationen haben dieses Problem nun aufgegriffen. Wir wissen, daß wir in Chile in einer sehr kritischen Phase stehen. Wir hoffen, auch dieses Problem in Chile lösen zu können. Wir hoffen, daß die letzten Gefangenen – wenn nicht alle, so doch ein Großteil – vielleicht noch in der zweiten Jahreshälfte freigelassen werden. Aber gerade Chile ist das klassische Beispiel, wo die Demokratie, die Gewerkschaftsrechte und die politischen Rechte mit Füßen getreten worden sind und sich dann eine Diktatur etabliert hat, die natürlich namenloses Elend über das gesamte Land gebracht hat. (Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)

Gerade hier hat die Regierung – das ist auch aus dem Bericht ersichtlich – eine sehr klare Haltung in allen diesen Fragen eingenommen. Sie werden immer erst munter, wenn Sie eine Schlagzeile in einer Zeitung lesen. Dann versuchen Sie, dieses Problem hier zur Diskussion zu stellen.

Wir Sozialisten sind konstruktiv denkende Menschen, und deshalb geben wir dem Bericht gern unsere Zustimmung. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Ermacora. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Ermacora (ÖVP): Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Prechtl hat mir den Einstieg in meinen Debattenbeitrag schwierig gemacht, insbesondere weil er die Frage Chile in einer Weise herausgestellt hat, als würde ich als ÖVP-Abgeordneter diese Untersuchung in Chile mitgemacht haben; ich war tatsächlich als eine unabhängige Persönlichkeit in dieser Tätigkeit befangen, möchte aber nicht verhehlen zu sagen, daß ich überzeugt bin, daß die Faktenergebnisse so ausbalanciert sind, daß sie auch ein Parlament einer freiheitlichen Demokratie akzeptieren könnte, auch wenn das

Dr. Ermacora

Ergebnisse sind, die ich als Privatperson im Dienste der Vereinten Nationen ermittelt hätte. Aber ich möchte auf diese Probleme nicht weiter eingehen, sondern einige dem letzten Redner oft zustehende Aufräumarbeiten leisten, wengleich der letzte Redner oft in die Schwierigkeit kommt, unter einer Lärmglocke zu stehen, und nicht immer die Möglichkeit hat, sich durchzusetzen. Vielleicht gelingt es mir, in den ersten zehn Minuten das herauszustellen.

Ich würde einmal meinen, Herr Bundesminister, daß bezüglich der Ausweisung des Herrn Hutter eine Gegenmaßnahme von österreichischer Seite nach meiner festen Überzeugung nicht auf Grund der Gesetze erfolgen müßte, sondern daß man hier nach dem Völkergewohnheitsrecht möglicherweise eine Maßnahme hätte setzen können.

Ich möchte zweitens herausstellen: Herr Dr. Fischer hat in seinem Beitrag, einer Mischung von Belehrung und Konstruktion, das Bild erweckt, als würde die Gemeinsamkeit der Außenpolitik tatsächlich nicht in manchen Bereichen abbröckeln und als würde die österreichische Außenpolitik in gewichtigen Fragen nicht eine - ich würde das so ausdrücken - sozialistisch orientierte Außenpolitik werden. In diesem Zusammenhang, auch wenn Sie hier vielleicht nicht meiner Meinung sein sollten als Vertreter der Regierungspartei, möchte ich den Herrn Bundesminister zitieren, der, in der „Weste“ über die Außenpolitik befragt, insbesondere die Frage gestellt erhielt, ob Österreich als neutraler Staat mithelfen könne in bezug auf die Rechte der Palästinenser, und geantwortet hat, und ich würde bitten, daß man diesen Passus sich zu Gemüte führen kann: „Hauptsächlich tut dies Österreich auch durch die Aktivitäten des österreichischen Bundeskanzlers, wenn auch in seiner Funktion als Vizepräsident der Sozialistischen Internationale.“ Das hat der Herr Außenminister gesagt.

Gerade durch diese Äußerung bekommt man doch eine sehr klare Darstellung und einen Beweis meiner These, daß diese österreichische Außenpolitik allmählich eine sozialistisch orientierte Außenpolitik ist.

Wenn ich noch einmal auf die Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers zurückkommen darf, die er der holländischen Zeitung gegenüber gegeben hat, muß ich herausstellen: Diese Äußerungen sind schlechthin unannehmbar. Auch wenn heute versucht wird zu zeigen, daß unser Stil vielleicht ungehörig gewesen sei, so möchte ich feststellen, daß zunächst der Stil des Herrn Bundeskanzlers in einer so sensiblen außenpolitischen Frage schockierend gewesen ist und daß niemand unter uns in diesem Hause außer ihm es sich hätte erlauben können, eine

solche Erklärung abzugeben und sie auch politisch zu überstehen. Das darf ich, auch wenn mir niemand zuhört, herausstellen.

Wenn Sie, Herr Dr. Fischer, von den Verdiensten des Herrn Bundeskanzlers in der Außenpolitik seit 1970 sprechen, so besteht gar kein Zweifel darüber, daß der Herr Bundeskanzler über einen sehr bedeutenden internationalen Bekanntheitsgrad verfügt. Darüber gibt es keine Diskussion. Man hat mich nach der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers, die er vielleicht in seiner Funktion als Privatmann der holländischen Zeitung gegeben hat, als ich zufällig in Genf war, an allen Orten gefragt: Ja, was sagen Sie zu der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers? - Natürlich ist das ein Ausdruck des Bekanntheitsgrades, aber doch kein Ausdruck, Herr Bundeskanzler, notwendigerweise der Verdienste, die vom Herrn Dr. Fischer heute herausgestellt wurden.

Sehen wir uns einmal die Fakten an. Der EG-Vertrag 1972 ist sozusagen das Ergebnis einer langjährigen Vorbereitung, die von der Regierung Klaus gesetzt wurde. (*Beifall bei der ÖVP*) Der Vertrag wurde abgeschlossen, nachdem man in der Südtirol-Frage im Jahre 1969 eine gewisse Lösung erreicht hat.

Ein weiteres sensibles Produkt, das Kärntner Minderheitenproblem. Wie wurde es, wenn man so sagen darf, gelöst? Es wurde durch die Kooperation der im Parlament vertretenen politischen Parteien gelöst, aber nicht allein durch den Herrn Bundeskanzler.

Die UN-Politik, meine Damen und Herren - es wurde gerade vom Terrorismus gesprochen -, das ist wiederum ein Verdienst des Herrn Außenministers, aber nicht des Herrn Bundeskanzlers, und der österreichischen Delegationen und der österreichischen Diplomaten.

Und die Friedenspolitik? Aber hier habe ich ja gerade diesen Text, den ich vom Herrn Außenminister Pahr vorlesen könnte: „Hauptsächlich tut das Österreich auch durch die Aktivitäten des Bundeskanzlers, wenn auch in seiner Funktion als Vizepräsident der Sozialistischen Internationale.“ Das wurde im Jahre 1978, Jänner auf Februar, vom Herrn Außenminister gesagt. Auch wenn ich den Herrn Dr. Fischer nicht beleidigen kann, ich will ihn überhaupt nie beleidigen, wenn er sich aufregt darüber, aber ich muß dem Herrn Dr. Fischer doch sagen, daß hier das Verdienst des Herrn Bundeskanzlers als Bundeskanzler an den Errungenschaften der österreichischen Außenpolitik nicht so groß gewesen ist. Hier war es möglicherweise ein Verdienst des Vizepräsidenten der Sozialistischen Internationale.

Die Besuchspolitik ist kopflastig, meine

10384

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Dr. Ermacora

Damen und Herren, darüber gibt es gar keinen Zweifel in Österreich.

Die Berichte, die wir heute annehmen werden, bilden eine zusammenfassende Darstellung der Fakten, eine Aneinanderreihung der Fakten, aber die Berichte geben nicht die Atmosphäre dieser Außenpolitik wieder. Und diese Atmosphäre kann man eben nur im Alltag erleben und nicht, nachdem ein Jahr verflossen ist und man nun die Berichte diskutiert. Die Berichte enthalten auch keine Analyse. Vielleicht ist das auch die Absicht, daß man die Analyse in diesem Hohen Haus anstellen muß, daß man hier die Wertung dieser Außenpolitik vornehmen muß.

Die Analyse hat sich zunächst auf die innerstaatliche Seite der Außenpolitik zu beziehen; das wurde angesprochen, mehrfach angesprochen, und ich möchte hier sagen, daß ein entscheidender Beitrag der österreichischen Außenpolitik für den inneren Bereich unseres Staates in der Verteidigungspolitik und im Beitrag zur umfassenden Landesverteidigung liegt.

Herr Bundesminister! Ich möchte darauf hinweisen, daß im Zusammenhang mit den Abrüstungsdiskussionen in den Vereinten Nationen die Schweiz ein interessantes Dokument vorgelegt hat, in dem man von der Schweiz aus sehr deutlich gesagt hat, daß der Status der Neutralität die Schweiz verpflichtet, die entsprechenden Verteidigungsbereitschaften zu unterhalten, und diesem Zweck dient die schweizerische Armee. Das kann die Schweiz leicht sagen, Herr Bundesminister, weil die schweizerische Verteidigungsbereitschaft aus jenen Gründen, die hier oft diskutiert wurden, um vieles stärker dasteht.

Meine Frage, die ich noch einmal in den Raum stelle - und ich hoffe, nicht so abqualifiziert zu werden, wie man in diesem Zusammenhang den Bundesminister für Landesverteidigung außer Dienst Lütgendorf abqualifiziert hat -, richtet sich auf das Problem: Wird man die Frage nach den Abwehrraketen nie mehr stellen dürfen, und wird diese Frage nie mehr gestellt werden? Gehört das zum Begräbnis vierter Klasse österreichischer Außenpolitik?

Herr Bundesminister! Sie waren so frank und frei - und ich habe Ihre Stellungnahme im Ausschuß begrüßt -, eine - ich würde sagen - ausbalancierte Antwort auf diese Frage zu geben, die ich nicht wiederholen möchte, weil ich annehmen könnte, daß Sie sie entweder hier selbst wiederholen oder aber meinen könnten, daß sie vertraulicher zu behandeln ist. Aber ich möchte meinen, daß das Problem nicht ein Problem vierter Klasse ist, sondern ein hervor-

gehendes Problem österreichischer Verteidigungspolitik.

In der multilateralen Außenpolitik ist ein sensibles Produkt die Europapolitik. Ich glaube, sie bedarf einer gewissen Neuorientierung, und zwar einer Neuorientierung im Lichte eines soziologischen Ereignisses, dem wir im nächsten Jahr entgegensehen werden: dem Entstehen eines echten europäischen Parlamentes.

Das zweite sensible Produkt ist die Menschenrechtspolitik. Herr Bundesminister! Wenn man die Erklärungen in diesem Hause hört und auch Ihre Erklärungen in Interviews liest, so sind es Stehsätze, die ausgesprochen werden. Wir müssen über Stehsätze hinaus auch im Parlament die Menschenrechte zu einem dynamischen Faktor in unserer Politik in den Vereinten Nationen, im Bereiche der Konferenz über europäische Zusammenarbeit und im Bereiche Europas machen. (*Unruhe.*) Und hier möchte ich etwas, auch wenn mir niemand zuhört, sehr deutlich und scharf herausstellen:

Die Menschenrechte sind die entscheidende Abgrenzung in der ideologischen Auseinandersetzung der Gesellschafts- und der Machtblöcke. Sie sind die sensible Sphäre der Auseinandersetzung. Und gerade bei dieser ideologischen Auseinandersetzung und bei diesem Gegenstand bahnt sich ein Bedeutungswandel ersten und größten Ausmaßes an. Das müßte in einem Repräsentantenhaus, das die Interessen der Bürger zu vertreten hat und das gerade für die Entwicklung der Menschenrechte in erster Linie, und zwar nach meiner Meinung vor der Regierung, verantwortlich ist, erkannt werden.

Dieser Bedeutungswandel drückt sich darin aus, daß allmählich im Schoße der Vereinten Nationen - ich erwähne die Resolution 32/130 - die Bedeutung der Freiheitsrechte im zivilen und im politischen Sektor zugunsten einer internationalen Wirtschaftsordnung, der wirtschaftlichen und sozialen Rechte, gemindert wird und daß hier bedeutende Rangverschiebungen eintreten.

Ich freue mich, daß sich die österreichische Delegation mit den anderen europäischen Delegationen bei der Resolution 32/130 zumindest der Stimme enthalten hat. Aber nichtsdestoweniger muß man in diesem Hause in einer außenpolitischen Debatte mit aller Deutlichkeit herausstellen und auch die Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen, welche Bedeutung diese Rangverschiebung auf lange Sicht gesehen hat. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie hat erstens die Bedeutung, daß man bei offensichtlichen Verletzungen von Menschenrechten, und zwar massiven Verletzungen von Menschenrechten, beginnt, diese Fakten zu

Dr. Ermacora

verschweigen und einen doppelten Standard in der Beurteilung der Verletzungen einzulegen. Ich möchte nicht sagen, daß das Österreich ist, ich möchte aber herausstellen, daß das eine Tendenz ist, daß man bereit ist, einseitig zu verurteilen, ohne deutlich zu machen, daß man diese Verurteilung hinsichtlich massiver Menschenrechtsverletzungen in der Welt auch in bezug auf andere Gebiete und andere Territorien aussprechen kann und aussprechen muß.

Das Engagement allein genügt nicht, meine Damen und Herren. Es bedarf der Betonung durch diese Klarstellung, wobei Österreich gar nicht ein Ombudsman für die Menschenrechte sein, aber Österreich zumindest eine klare Sprache führen sollte. Ich denke hier eben an das Problem Äthiopien, an das Problem Kambodscha, bezüglich dessen ich die Damen und Herren beruhigen kann, daß in der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen die Dinge auch von österreichischer Seite ziemlich deutlich gesagt wurden.

Ein anderes Problem ist, daß man die Bedeutung des Individuums an die Seite spielt und beginnt, nur mehr an die Bedeutung der Kollektive zu denken.

Und das nächste Problem scheint mir zu sein, daß man sich zu sehr von der Politik der Machbarkeit leiten läßt und nicht imstande ist, das Neue zu empfehlen, und daß hier auch von österreichischer Seite eine gewisse Vorsicht bei dem Projekt der Einrichtung eines Hochkommissärs für die Menschenrechte herrscht. Das ist eine Entwicklung in den Vereinten Nationen, die man nicht übersehen sollte.

Wir haben auch eine ähnliche Entwicklung oder eine Entwicklung, die beachtenswert ist, im europäischen Raum. Hier ist sehr klar festzustellen, daß es Tendenzen gibt, die das Individuum in seiner Bedeutung allmählich nicht mehr in dem Ernst wie bisher in den Mittelpunkt stellen. Ich möchte die Empfehlung über die erweiternden Aspekte einer Europäischen Konvention für Menschenrechte, den Clark-Report, nennen, wo zwischen den Zeilen manches liegt, was dazu führen kann, den sensiblen Unterschied zwischen den Menschenrechten im Osten und im Westen zu verwischen.

Eine zweite Entwicklungstendenz - und die richtet sich im besonderen an die Vertreter des österreichischen Parlaments im Europarat, an die österreichische Außenpolitik und an die Diplomaten - ist eine unheilvolle Doppelstruktur, die sich durch das Interesse der Europäischen Gemeinschaften an den Menschenrechten anbahnt und die Verdienste des Europarates in dieser Hinsicht zu unterlaufen droht. Das ist eine Entwicklung, die vielleicht in wenigen

Tagen weichenstellend auf einer Konferenz in Florenz behandelt werden wird.

Herr Bundesminister! Ich appelliere an Sie und an unsere Vertreter im Europarat, dieser Entwicklung mit größter Aufmerksamkeit zu folgen, weil das zu einer Aushöhlung der Europaratsfunktionen führen könnte, die nicht wiedergutzumachen ist für die europäische Entwicklung. Das heißt: Sosehr ich die Neun schätze - und hier bekenne ich mich auch gegenüber der Sozialistischen Partei dazu -, sosehr ich die Neun als Kernelement in der europäischen Integration schätze, so bedenklich würde ich es finden, wenn der Europarat als überregionale europäische Gemeinschaft, bei dem der Schutz der Menschenrechte ein Mittelpunkt ist, seine Funktion verlieren würde. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Abschließend darf ich noch einige Schwerpunkte herausstellen, die sich mit dem Antrag befassen, den wir nun als einen Selbständigen Antrag in diesem Hohen Hause einbringen werden, und vielleicht sind das gerade jene sensiblen Punkte, meine Damen und Herren, die bei der Debatte in dem Ausschuß gewisse Differenzen zwischen Ihren außenpolitischen Vorstellungen und den außenpolitischen Vorstellungen der Österreichischen Volkspartei herausstellen lassen.

Es wird auf der Seite 2 dieses Papiers, das ich im Entwurf vor mir habe, von dem „wirksamen Schutz der Menschenrechte“ gesprochen, dem nicht aus dem Wege zu gehen ist. Das ist mit Vorbedacht gewählt. „Nicht aus dem Wege gehen“ heißt, sich der Diskussion stellen, auch dann stellen, wenn das vielleicht von mancher diplomatischer Warte und vielleicht von dritten Staaten nicht so freundlich angesehen wird, wie man dies üblicherweise sieht.

Ein zweiter Punkt: Die Außenpolitik soll von koordinierten und maßvollen öffentlichen Erklärungen bewegt sein, Seite 2. Das ist mit Vorbedacht formuliert und wendet sich, das darf ich offen aussprechen, an die Adresse des Herrn Bundeskanzlers, gegen seine Erklärungen, die jedes Maß der Diplomatie und jedes Maß des Politischen überstiegen haben. Ich möchte deutlich herausstellen, daß wir es für nötig halten, daß man vor solchen bedeutenden Erklärungen, auch wenn sie bedauerlicherweise in der Presse entstellt wiedergegeben sein mochten, eine Koordination der für die Außenpolitik Verantwortlichen erkennen und haben möchte.

Auf derselben Seite stellen wir heraus, daß die Südtirolpolitik vor allem mit den gewählten Vertretern Nord- und Südtirols koordiniert sein soll, ein Spezifikum österreichischer Südtirolpo-

10386

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Dr. Ermacora

litik, das aus verschiedenen Anlässen betont werden sollte.

Wir haben auf Seite 4 ein Element österreichischer Außenpolitik, das sich an die Regierung richtet. Die Erfüllung des Volksgruppengesetzes ist im Zusammenhang mit der österreichischen Minderheitenpolitik ein wichtiges Instrument. Das muß herausgestellt werden, nachdem man einstimmig das Gesetz beschlossen hat und nachdem man mit einer Parteienvereinbarung festgelegt hat, daß dieses Gesetz durchgeführt werden soll. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte weiter als ein sensibles Produkt dieses Papieres herausstellen: Die Lösung der Probleme der sensiblen Produkte und der landwirtschaftlichen Erzeugnisse im europäischen Bereich muß angestrebt werden. Das ist eine Besonderheit, die man in den Diskussionen von Regierungsseite her nicht findet.

Die Konvention des Europarates über den grenzüberschreitenden Regionalismus muß angestrebt werden, und wir meinen, daß gewisse Zielsetzungen dieser Entschließung in einem abgestimmten Abstimmungsverhalten herausgearbeitet werden müssen.

Auf Seite 6 betonen wir das, was Sie, Herr Bundesminister, überlesen haben, nämlich die Problematik der Kulturpolitik.

Mein letzter Gedanke: Um von einer gemeinsamen Außenpolitik zu sprechen, sollte man nicht nur im nachhinein diskutieren, sondern im vorhinein programmieren.

Herr Dr. Fischer hat uns aufmerksam gemacht, daß wir, das heißt die Oppositionsparteien, es auch in der Hand hätten, den Außenpolitischen Rat in Bewegung zu bringen. Aber, meine Damen und Herren, die Regierung ist doch für das Programm der Außenpolitik hauptsächlich verantwortlich. Aber nicht nur das: die Regierung ist die Informationsstärkere. Was wir vielleicht aus Zeitungen entnehmen, haben Sie aus Ihrem Amtswissen, Sie hören ja das Gras wachsen. Also nehmen Sie Ihre Funktion und Ihre Verantwortung wahr und legen Sie diese Verantwortung in die Programmierung des Außenpolitischen Rates. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Minkowitsch: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. – Die Damen und Herren Berichterstatter verzichten auf ein Schlußwort.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung, die ich über jeden der beiden Berichte getrennt vornehme.

Wir gelangen vorerst zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, den Bericht des

Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten über das Jahr 1977, III-116 der Beilagen, zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist einstimmig angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, den Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten über Verlauf und Ergebnisse des Belgrader KSZE-Folgetreffens, III-113 der Beilagen, zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist einstimmig angenommen.

3. Punkt: Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Umweltschutz über die Regierungsvorlage (999 der Beilagen): Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Ungarn über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Gesundheitswesens (1033 der Beilagen)

Präsident Minkowitsch: Wir gelangen zum 3. Punkt der Tagesordnung: Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Ungarn über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Gesundheitswesens.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Tonn. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Tonn: Herr Präsident! Hohes Haus! Der vorliegende Staatsvertrag, der die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens fördern soll, wurde am 10. Juli 1978 in Budapest unterzeichnet. Er enthält eine demonstrative Aufzählung der vorgesehenen Methoden der Zusammenarbeit sowie derjenigen Aktivitäten, deren Förderung beabsichtigt ist. Zu seiner Durchführung sollen Arbeitspläne mit zweijähriger Geltungsdauer als Ressortabkommen abgeschlossen werden.

Der vorliegende Vertrag ist gesetzesändernd und gesetzesergänzend und darf daher nur mit Genehmigung des Nationalrates gemäß Art. 50 Abs. 1 Bundes-Verfassungsgesetz abgeschlossen werden.

Der Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz hat in seiner Sitzung am 13. Oktober 1978 die gegenständliche Regierungsvorlage in Verhandlung genommen und nach einer Debatte, an der sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Dr. Ermacora, Dr. Wiesinger und Dr. Steyrer sowie der Ausschußobmann und der

Tonn

Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz Dr. Ingrid Leodolter beteiligten, einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Genehmigung des Abschlusses des Vertrages zu empfehlen.

Der Ausschuß ist der Meinung, daß im vorliegenden Fall die Erlassung von Gesetzen zur Erfüllung des Staatsvertrages im Sinne des Art. 50 Abs. 2 Bundes-Verfassungsgesetz in der geltenden Fassung entbehrlich ist.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Der Abschluß des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Ungarn über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Gesundheitswesens (999 der Beilagen) wird verfassungsmäßig genehmigt.

Ich bitte, die Debatte darüber zu eröffnen.

Präsident **Minkowitsch**: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Darf ich doch darauf hinweisen, daß der Lärmpegel im Plenum so hoch ist, daß es selbst mir kaum mehr möglich ist, den Berichterstatter richtig zu hören. Ich bitte, doch darauf Rücksicht zu nehmen.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Hanreich. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Hanreich** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Der vorliegende Staatsvertrag ist ein Teil der Verbesserungen, die in unseren Beziehungen zu unserem Nachbarstaat Ungarn betrieben werden, ein sehr erfreulicher und positiver Teil. Wir alle legen Wert darauf, daß die Verbindungen zu unseren Nachbarstaaten sich verbessern, die Freizügigkeit im Reiseverkehr, die Möglichkeiten, die Grenzen zu überschreiten, erleichtert und verbessert werden. Auch die Verbesserung der Kontakte in gesundheitlicher Hinsicht und in gesundheitlichen Belangen ist ein wesentlicher Schritt in dieser Richtung.

Im Zusammenhang mit dieser Initiative aber hat sich gerade in der Fremdenverkehrswirtschaft, die an sich einer solchen Öffnung der Grenzen und einer Verdichtung der Verbindung positiv gegenübersteht, großes Unbehagen über die Tatsache breitgemacht, daß im Zuge dieser Verbesserung der Beziehungen zu unseren Nachbarn Fremdenverkehrseinrichtungen im medizinischen Bereich geschaffen werden sollen, Kurhotels, die sich als Konkurrenz zu unseren österreichischen Instituten herausstellen könnten.

Das führt so weit, daß dazu im „Spiegel“ unter dem Titel „Stilles Heldengrab“ die Situation so beschrieben wird, daß eine Untergangsstimmung hingegen in den österreichischen Kurorten Baden bei Wien, Bad Deutsch-Altenburg, Tatzmannsdorf und Bad Schönau herrsche, indem sich die dort Tätigen von der Regierung, die einen etwa 4,5 Milliarden Schilling betragenden Kredit über die Kontrollbank zum Ausbau von Fremdenverkehrseinrichtungen und Kureinrichtungen in Ungarn genehmigt hat, verraten fühlen.

Im Zusammenhang damit, und das hat die einheimischen Herren der Kurwirtschaft und Fremdenverkehrswirtschaft so auf die Palme gebracht, war auch die Rede davon, daß es zu Maßnahmen zur Sicherung des Belages dieser Kureinrichtungen kommen würde, ja daß sich österreichische Institutionen verpflichten würden, Patienten nach Ungarn in diese neu zu errichtenden oder zu erneuernden Kurhäuser zu schicken.

Dazu schreibt dann die „Kammerzeitschrift“, daß in den ersten Julitagen dieses Jahres der Tagessatz für Kurkostenbeiträge im Ausland um nicht weniger als 66 Prozent angehoben, die Beiträge für Kuren im Inland aber nur bescheiden erhöht worden seien. Es entspinnt sich in den Zeitungen darüber eine Auseinandersetzung, ob dies denn richtig sei in einer Phase, in der unter anderem unsere Kurhäuser darüber klagen, daß der ehemals doch beträchtliche Zustrom deutscher Patienten abgenommen habe und man restriktiv vorgehe in der Übersendung von Patienten aus Deutschland, weil man eben Befürchtungen hegt, hinsichtlich der eigenen Konkurrenzfähigkeit unter die Räder zu kommen.

Als Ausdruck dieses Unbehagens hat sich der Salzburger Abgeordnete Ing. Walter Rud in einem Schreiben an den Herrn Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie gewandt, um von ihm eine dezidierte Stellungnahme zu bekommen, und hat dabei betont, daß es wesentlich und sinnvoll wäre, doch eher Investitionen in der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft vorzunehmen und nicht die Konkurrenz im benachbarten Ausland zu unterstützen, wenn es auch zugegebenermaßen erfreulich ist, wenn österreichische Firmen im benachbarten Ausland Hotelbauten errichten.

Ich glaube, daß die Antwort, die der Herr Bundesminister darauf gegeben hat, indem er nämlich darauf hingewiesen hat, daß Baufirmen aus anderen Ländern diese Aufträge bekommen würden, wenn Österreich sich nicht darum bemühen würde, und Österreich nur die möglichen Nachteile aus den veränderten Konkurrenzverhältnissen zu tragen hätte, ohne

10388

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Dipl.-Ing. Hanreich

die Vorteile aus der Bauausführung zu lukrieren, allerdings danebengeht. Das Problem ist nicht, ob wir und unsere Baufirmen im benachbarten Ausland Kuranstalten und Hotelbauten errichten oder ob dies andere tun, sondern das Problem ist, daß hier vor den Toren unserer eigenen Kurwirtschaft, unserer eigenen Fremdenverkehrsbetriebe eine Reihe von modernen Kuranstalten entsteht, währenddem es keineswegs so ist, daß alle unsere innerösterreichischen Kuranstalten dieser neuen Konkurrenz, die dann auch auf dem letzten Stand der Technik und Wissenschaft ist, gewachsen sind.

Es wäre daher sehr wohl wesentlich und wichtig - das möchte ich hier mit allem Nachdruck deponieren -, nicht die Aktivitäten in Ungarn einzustellen, im Gegenteil, wir begrüßen es ja, daß eine Kooperation erfolgt, aber doch mit allem Nachdruck darauf zu dringen, daß auch die Voraussetzungen geschaffen werden, daß unsere innerösterreichische Fremdenverkehrswirtschaft ihre Kurbetriebe den technischen Notwendigkeiten und den Neuerungen optimal anpassen kann im Hinblick auf den Zeitpunkt, zu dem unsere ungarischen Nachbarn ihre eigenen Anlagen in Betrieb nehmen werden.

Eine Belagsgarantie von unserer Seite, von Seite des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger oder wer auch immer dafür in Frage käme, muß aber auf das allerschärfste abgelehnt werden. Ich wäre dankbar, wenn hier vor dem Hause sichergestellt würde, daß im Zuge dieser Kreditvereinbarungen und der Bautätigkeit unserer Firmen im Ausland eine solche Belagsgarantie nicht übernommen würde. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Bundesminister. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie **Dr. Staribacher:** Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Hanreich hat hier ein Problem angeschnitten, bei dem ich sehr froh bin, dem Hohen Haus eine Erklärung abgeben zu können. Es wurde mit der ungarischen Regierung von seiten der Österreichischen Kontrollbank und mit einer entsprechenden ungarischen Bank ein Rahmenkredit über 300 Millionen Dollar abgeschlossen, so wie viele Kredite abgeschlossen wurden, um den österreichischen Export in diese Länder zu ermöglichen.

Diese Kredite werden dazu benützt, um, wie der Herr Abgeordnete Hanreich selbst gesagt hat, die Ausführungen von Bauvorhaben, die ansonsten von Schweden, von Japanern - das ist nicht aus der Luft gegriffen, das sind sehr

konkrete Hinweise - gemacht würden, österreichischen Firmen zu ermöglichen. Es sind österreichische Firmen - ich bin nicht ermächtigt, Namen zu nennen -, aber es sind bedeutende österreichische Baufirmen in Arbeitsgemeinschaft aufgetreten, um in Ungarn ein Hotel zu bauen. In der Zwischenzeit wurde diese Aktivität verstärkt, und es ist wahrscheinlich möglich, zwei Hotels in Budapest bauen zu können, die im Rahmen dieser 300-Millionen-Kredite dann finanziert werden.

Es ist richtig, daß die ungarische Seite - ich habe diesbezüglich selbst Verhandlungen und Beamten in Österreich geführt - eine Belagsgarantie erwartet hat, daß eine solche Belagsgarantie aber unter gar keinen Umständen gegeben wird. Ich habe diesbezügliche Gespräche mit dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger geführt, und der Hauptverband und die dafür in Frage kommenden Pensionsversicherungsanstalten haben es dezidiert abgelehnt, solche Belagsgarantien zu geben. Es steht daher nicht mehr das Problem der Belagsgarantie zur Debatte, sondern ausschließlich das Problem, wieweit österreichische Baufirmen in Ungarn Bauten ausführen können.

Was nun die Frage der niederösterreichischen und burgenländischen Fremdenverkehrseinrichtungen betrifft, so bin ich mit den zuständigen Landesräten und ganz besonders auch mit den Beamten - ich nenne hier Landesrat Schneider und Hofrat Hlous von Niederösterreich - im engsten Kontakt. Genau dasselbe gilt selbstverständlich für das Burgenland, damit wir die österreichischen Heilbäder- und Kurorteeinrichtungen und die österreichischen Fremdenverkehrseinrichtungen bestens bedienen.

Da ich bis jetzt, obwohl ich immer wieder dem Hohen Haus sage, daß ich gerne bereit bin, wenn einmal etwas nicht funktioniert, nach dem Rechten zu sehen, noch von keinem einzigen Fall gehört habe, konnte ich daher letzte Woche erst wieder in Gesprächen mit diesen Herren festhalten, daß selbstverständlich die österreichischen Fremdenverkehrsaktivitäten in diesen Bundesländern ganz besonders vom Handelsministerium unterstützt werden. Ich kann Ihnen daher versichern, daß wir alles unternehmen werden, um gerade im Grenzraum, sei es Burgenland oder sei es Niederösterreich, diese Aktivitäten der Gemeinden, des Landes gemeinsam mit dem Bund zu verbessern.

Ich kann Ihnen auch versichern, Herr Abgeordneter Hanreich - ich bin sehr froh, daß Sie das hier angeschnitten haben -, daß Ihre Bedenken grundlos sind. Ich habe das allen Fremdenverkehrsverbänden, ich habe das den Heilbäder- und Kurortevereinigungen gesagt,

Bundesminister Dr. Staribacher

ich möchte auch hier im Hohen Haus offiziell wiederholt haben, daß diese ständigen unterschwelligen Behauptungen, die österreichische Bundesregierung unterstütze nur die ungarische Seite in Konkurrenz gegen den österreichischen Fremdenverkehr, absolut unzutreffend sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, dem Abschluß des gegenständlichen Staatsvertrages in 999 der Beilagen die Genehmigung zu erteilen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist einstimmig angenommen.

4. Punkt: Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Umweltschutz über die Regierungsvorlage (935 der Beilagen): Bundesgesetz über die Leistung eines weiteren österreichischen Beitrages an den Fonds des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (1034 der Beilagen)

Präsident **Minkowitsch**: Wir gelangen zum 4. Punkt der Tagesordnung: Bundesgesetz über die Leistung eines weiteren österreichischen Beitrages an den Fonds des Umweltprogramms der Vereinten Nationen.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dr. Beatrix Eypeltauer. Ich bitte sie, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatterin Dr. Beatrix Eypeltauer: Herr Präsident! Hohes Haus! Seit dem Jahre 1974 leistet die Republik Österreich an den Fonds des Umweltprogramms der Vereinten Nationen einen jährlichen Beitrag in der Höhe von 200 000 US-Dollar. Diese Leistungen sind jedoch nur bis zum Jahre 1978 geregelt, daher bedarf es für die Zahlungen der Jahre 1979 bis 1982 einer neuen gesetzlichen Deckung. Durch den vorliegenden Gesetzentwurf soll der Bundespräsident oder ein von ihm bevollmächtigter Vertreter dazu ermächtigt werden, namens der Republik für den obgenannten Zeitraum einen weiteren Beitrag in Höhe von 1 200 000 US-Dollar in vier gleichen Teilbeträgen zu leisten.

Der Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz hat diese Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 13. Oktober 1978 in Verhandlung genommen. Nach einer Debatte, an der sich

außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Dr. Marga Hubinek, Dr. Ermacora und Dr. Steyrer sowie der Ausschußobmann und der Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz Dr. Ingrid Leodolter beteiligten, wurde der Gesetzentwurf mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Der Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (935 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bitte ich den Herrn Präsidenten, die Debatte zu eröffnen.

Präsident **Minkowitsch**: Zu Wort ist niemand gemeldet.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in 935 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist einstimmig auch in dritter Lesung angenommen.

5. Punkt: Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung über den Antrag 106/A (II-3983 der Beilagen) der Abgeordneten Radinger, Dr. Frischenschlager und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Hochschul-Studiengesetz geändert wird (1030 der Beilagen)

Präsident **Minkowitsch**: Wir gelangen zum 5. Punkt der Tagesordnung: Änderung des Allgemeinen Hochschul-Studiengesetzes.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Luptowits. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter **Luptowits**: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich berichte im Namen des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung über den Antrag der Abgeordneten Radinger, Dr. Frischenschlager und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Hochschul-Studiengesetz geändert wird (106/A).

Es liegt Ihnen der schriftliche Bericht vor.

10390

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Luptowitz

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem dem Ausschußbericht angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, die Debatte zu eröffnen.

Präsident **Minkowitsch**: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine Ausführungen.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. Blenk. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Blenk** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die heute zur Diskussion stehende Änderung des Allgemeinen Hochschul-Studiengesetzes beinhaltet eine Neuregelung, die grundsätzlich begrüßenswert ist, und zwar deswegen, weil es hier um die generelle Einführung der Möglichkeit der Errichtung von Studienversuchen, also der Schaffung neuer Studienrichtungen in Form von Studienversuchen geht.

Wir haben in der ganzen Debatte der Studienrichtungsentwicklung nie einen Zweifel daran gelassen, daß wir diese Flexibilisierung der Studienmöglichkeiten begrüßen. Ich möchte dazu allerdings anmerken, daß es wenig erfreulich ist, daß diese Neuregelung in Form eines Initiativantrages notwendig wurde, eines Initiativantrages, der seit einigen Monaten virulent ist.

Ich stehe nicht an zu sagen, daß ich selbst und meine Fraktion uns vom Grundsatz her seinerzeit überlegt hatten, diesem Antrag beizutreten. Allerdings sind dann eine Reihe von Fragen offengeblieben oder nicht befriedigend gelöst worden, sodaß wir uns dem nicht anschließen konnten.

Tatsache ist nun, daß dieser Antrag praktisch erst im Oktober in den Wissenschaftsausschuß kam, dort behandelt wurde und nunmehr in einem sehr ungewöhnlichen Eilverfahren und erst nachträglich auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gekommen ist. Das ist deswegen verwunderlich und wenig erfreulich, weil wir alle wissen, daß wir eine Reihe von Studienversuchen laufen haben, die einfach zeitlich durch die verspätete Behandlung dieses Antrages in Zeitnot geraten sind. Von meiner Frau Nachrednerin wird wahrscheinlich anschließend ein weiterer Abänderungsantrag zu diesem Antrag vorgebracht werden, in dem Übergangsbestimmungen für schon bestehende Studienversuche im Bereiche der Soziologie und der Betriebs- und Wirtschaftsinformatik geschaffen werden, und zwar in der Form, daß die Frist

für die Inskription, für die Immatrikulation dieser Studienversuche bis Ende November verlängert wird. Es ist also hier wieder echt aus dem Handgelenk heraus ohne Konzeption agiert worden.

Meine Damen und Herren! Wenn ich das sage, dann möchte ich begründen, warum wir nicht auf die Antragstellung mit hinaufgegangen sind.

Ich habe schon gesagt: Zunächst ist das Ganze verspätet gekommen.

Zum anderen möchte ich folgendes sagen: Wir haben heute bereits ein Studiengesetz, in dem diese Studienversuche generell geregelt sind, das ist das philosophisch-naturwissenschaftliche Studiengesetz. Die Studienversuche dort sind allerdings an Voraussetzungen gebunden, von denen wir glauben, daß sie unabdingbar sind, wenn wir uns die Grundstruktur des Allgemeinen Hochschul-Studiengesetzes vor Augen halten. Im philosophischen Studiengesetz ist nämlich Voraussetzung für die Schaffung solcher Studienversuche einerseits das Vorliegen von Anträgen von mindestens zehn Studenten, die eine gleichartige und gleichlaufende Studienrichtung beantragen, und außerdem der darauf basierende Antrag der zuständigen akademischen Behörden.

Und hier liegt unser grundsätzlicher Einwand gegen den Antrag. Dieser sieht vor, daß in einem Entweder-Oder die akademische Behörde solche Studienversuche beim Ministerium beantragen kann oder aber daß zehn Studenten ein gleichlautendes studium irregulare beantragen, das heißt, daß zehn Studenten Interesse an der Etablierung derselben Studienrichtung als Studienversuch haben müssen.

Wir sind nun der Meinung, daß es nicht angeht, daß man einmal mehr die akademischen Behörden ausschließt oder zumindest die Möglichkeit schafft, sie auszuschließen. Wir haben diese Frage im Ausschuß diskutiert und auch in verschiedenen anderen Diskussionen behandelt und sind der Meinung, daß es nicht richtig ist, daß zehn Studenten das beantragen können.

Ich nenne einen Fall, Frau Bundesminister, von dem ich nicht glaube, daß er Realität werden wird, aber den ich bei der Interessenlage der derzeitigen Regierungsfraktion durchaus für möglich halte. Es könnten beispielsweise zehn Studenten sagen - ob aus eigenem oder stimuliert -: Wir wissen, daß die derzeitige Regierung etwa der Geschichte der Arbeiterbewegung eine gigantische Bedeutung beimißt! Ich will das gar nicht werten. Wir kennen diese Diskussion, die immer mit den Forschungsberichten zusammenfällt, wo wir sagen: Schon wieder ein neuer Forschungsauftrag und schon

Dr. Blenk

wieder ein neuer über die Geschichte der Arbeiterbewegung! Dann kommt ein dritter, der koordiniert die bereits bestehenden Forschungsaufträge über die Geschichte der Arbeiterbewegung. Es läge nahe zu sagen: Machen wir eine Studienrichtung, einen Studienversuch „Geschichte der Arbeiterbewegung“.

Sehen Sie, meine Damen und Herren, und da wäre es nun möglich, daß völlig außerhalb der akademischen Behörden nach dieser Konzeption etwa zehn Studenten das beim Ministerium beantragen. Ich unterstelle nicht, Frau Bundesminister, daß Sie das völlig unbesehen akzeptieren würden, aber ich meine, wir sollten alles tun, solchen Möglichkeiten einen Riegel vorzuschieben.

Und daher haben wir, Frau Bundesminister, unsere Bedenken gegen die Ausschaltungsmöglichkeit der akademischen Behörden in einem Antrag formuliert, den wir schon im Ausschuß vorgebracht haben und den ich hier, Frau Bundesminister, wiederum vortragen möchte. Ich möchte bitten, ihn in Behandlung zu ziehen, wobei ich noch weitergehe und sage: Ich hoffe, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, daß Sie diesem, glaube ich, schlüssigen und zwingenden Antrag die Zustimmung geben.

Ich wiederhole es noch einmal: Ich unterstelle nicht, daß Sie die akademischen Behörden ausschließen wollen. Aber ich würde meinen: Wenn dem so ist, dann sollten wir eine Formulierung wählen, die dem philosophischen Studiengesetz entspricht.

Der Wortlaut des Antrages ist folgender. Er ist eingebracht von den Abgeordneten Dr. Blenk, Dr. Ermacora, Dr. Moser und Genossen zum Antrag 106/A der Abgeordneten Radinger, Dr. Frischenschlager und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Hochschul-Studiengesetz geändert wird, und zwar in der Fassung des Berichtes des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung. Dieser Beisatz besagt, daß wir das Allgemeine Hochschul-Studiengesetz in einem zusätzlichen Punkt zumindest in einem gewissen Sinne ändern, nämlich dadurch, daß wir nunmehr sagen:

Der Abs. 3 des § 13 des Allgemeinen Hochschul-Studiengesetzes hat bisher vorgesehen, daß Studienversuche beziehungsweise studia irregularia nur dann eingeführt werden können, wenn die betreffenden Fachrichtungen verschiedenen Studiengesetzen und verschiedenen Studienordnungen entnommen sind. Wir sagen also jetzt hier: entweder-oder. Es kann also durchaus genügen, daß diese Fachrichtungen verschiedenen Studienordnungen innerhalb desselben

Studiengesetzes entnommen sind. Das ist sehr aktuell bei der Technischen Universität, wo wir einige solche Studienversuchsregelungen laufen haben, die alle in dasselbe Studiengesetz hineinfallen.

Nun der Wortlaut des Antrages:

Der Nationalrat wolle beschließen:

In der Ziffer 2 des Antrages 106/A in der Fassung des Ausschußberichtes (1030 der Beilagen) hat der Abs. 4 zu lauten wie folgt:

„(4) Ein Studienversuch kann durchgeführt werden, wenn die zuständige akademische Behörde auf Grund von wenigstens zehn vollständigen Ansuchen von ordentlichen Hörern auf Genehmigung eines studium irregulare mit gleichem Studienprogramm die Einrichtung einer neuen Studienrichtung (Studienzweig) beim Bundesminister für Wissenschaft und Forschung beantragt hat.“

Ich würde Sie noch einmal bitten, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, diesem Antrag zuzustimmen.

Ich möchte aber darüber hinaus, Frau Bundesminister, nun an Sie doch noch zwei Fragen stellen, die mir als weitere Klarstellung wichtig erscheinen. Und zwar bezieht sich die erste Frage auf Abs. 6 lit. a) in diesem Antrag auf Änderung des § 13. Dort heißt es, daß Voraussetzung für die Erlassung der Studienordnung die Vorlage des Entwurfes eines Studienplanes durch die akademischen Behörden ist. Es heißt genau hier wörtlich:

„Die Studienordnung ist ... zu erlassen, sofern ... die zuständigen akademischen Behörden den Entwurf eines Studienplanes ... vorlegen“.

Meine konkrete Frage: Bedeutet das, daß die Vorlage des Entwurfes eines Studienplanes Voraussetzung für die Erlassung dieser Studienordnung ist?

Der zweite Punkt bezieht sich auf lit. b) desselben Absatzes, wo Bezug genommen ist auf § 13 Abs. 3 und wo es heißt: Die Voraussetzungen dieser Regelung sind zu erfüllen. - In 13 (3) heißt es, daß die Bewilligung eines studium irregulare immer nur nach Anhörung der akademischen Behörden zu erteilen ist.

Also auch hier die Frage, auf die ich um eine klare Antwort bitte: Ist diese lit. b) so zu verstehen, daß die Erlassung der Studienordnung nur dann möglich ist, wenn die akademischen Behörden zuvor angehört wurden?

Ich hoffe, Frau Bundesminister, ich hoffe, meine Herren von der Regierungsfraktion, daß diese Fragen positiv beantwortet werden können.

10392

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Dr. Blenk

nen. Wenn dem so ist, würde ich es doppelt für selbstverständlich erachten, daß Sie unserem Antrag, den ich verlesen habe, die Zustimmung erteilen. – Danke vielmals. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Minkowitsch: Der eben verlesene Antrag der Abgeordneten Dr. Blenk und Genossen ist genügend unterstützt und steht mit zur Debatte.

Als nächste zu Wort gemeldet ist Frau Dr. Hawlicek. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Dr. Hilde Hawlicek (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Mit dem uns vorliegenden Gesetzentwurf bezüglich einer Änderung des Allgemeinen Hochschul-Studiengesetzes soll die gesetzliche Grundlage zur Durchführung von Studienversuchen in allen Studienbereichen geschaffen und eine Verlängerung von Studienversuchen ermöglicht werden. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß der Zeitraum nicht immer ausreicht, um die Ergebnisse des Studienversuches endgültig beurteilen zu können, vor allem was die Bewährung der Absolventen im Berufsleben betrifft.

Diese beiden Punkte werden nun einer weitergehenden Novellierung des Allgemeinen Hochschul-Studiengesetzes, die gegenwärtig in Vorbereitung ist, vorgezogen. Sie sind nicht aus dem Handgelenk geschüttelt worden, Kollege Blenk, sondern sie wurden auf Wunsch der Universität, nämlich der Professoren, der Assistenten und der Studenten der allgemeinen Novellierung des Hochschulstudiengesetzes vorgezogen.

Laut Gesetzentwurf kann nun grundsätzlich ein Studienversuch durchgeführt werden, wenn die zuständige akademische Behörde ihn beantragt oder dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung wenigstens zehn vollständige Ansuchen von ordentlichen Hörern auf Genehmigung eines studium irregulare mit gleichem Studienprogramm vorliegen.

Zusätzlich zu den bisherigen Voraussetzungen für die Durchführung eines Studienversuches wird nunmehr festgelegt werden, daß die zuständigen akademischen Behörden eine genaue Aufstellung über die mit der Durchführung des beantragten Studienversuches zu erwartenden Kosten wie Räume, Planstellen, Ausstattung von Instituten, Lehraufträgen und so weiter vorzulegen haben.

Weiters müssen die zur Überprüfung der Durchführung und zur Auswertung der Ergebnisse des Studienversuches notwendigen Maßnahmen getroffen werden.

Außerdem kann das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung den Studienver-

suchen nach Anhörung der zuständigen akademischen Behörden durch Verordnung verlängern.

Ich darf in diesem Zusammenhang folgenden Abänderungsantrag einbringen.

Abänderungsantrag

der Abgeordneten Dr. Hilde Hawlicek, Dr. Frischenschlager und Genossen zum Antrag der Abgeordneten Radinger, Frischenschlager und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Hochschul-Studiengesetz geändert wird (106/A) in der Fassung des Berichtes des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung (1030 d. B.).

Der Nationalrat wolle in zweiter Lesung beschließen:

Art. II erhält die Absatzbezeichnung „(1)“; ihm ist folgender Abs. anzufügen:

„(2) Im Wintersemester 1978/79 werden die Fristen für die nachträgliche Immatrikulation und Inskription für die Studienversuche „Soziologie“ und „Betriebs- und Wirtschaftsinformatik“ bis zum 30. November 1978 erstreckt.“

Nun zum Antrag der ÖVP, Herr Kollege Blenk. Wir können deshalb Ihrer Bitte, Ihrem Antrag zuzustimmen, nicht nachkommen, weil unserer Ansicht nach Ihr Antrag zu eng gefaßt ist. In ihm ist nur die akademische Behörde, und das nur auf Grund von wenigstens zehn vollständigen Ansuchen von ordentlichen Hörern, in der Lage, einen Studienversuch zu beantragen.

In dem vorliegenden Gesetzesbeschluß aber, Herr Kollege Blenk, können sowohl die akademische Behörde – und diese ganz allein – als auch der Bundesminister, wenn zehn vollständige Ansuchen von ordentlichen Hörern vorliegen, tätig werden. Das hat den Vorteil, daß nicht nur eine Stelle hinsichtlich der Einrichtung von Studienversuchen initiativ werden kann. Außerdem wird beim ÖVP-Antrag die Arbeit der akademischen Behörden selbst eingeengt. Sie können erst bei Vorliegen von wenigstens zehn Ansuchen ordentlicher Hörer tätig werden.

In unserer Fassung, Kollege Blenk, kann die zuständige akademische Behörde direkt einen Antrag stellen, wozu sie sicherlich oft rascher imstande sein wird, als es die Hörer sein werden.

Das Bundesministerium hingegen kann erst bei Vorliegen der zehn Ansuchen tätig werden. Auch in diesem Fall, Kollege Blenk, sind die zuständigen akademischen Behörden selbstverständlich nicht ausgeschlossen.

Die zwei Fragen, die Sie heute an die Frau

Dr. Hilde Hawlicek

Bundesminister hier gestellt haben, haben wir schon im Ausschuß bei der Debatte Ihres Antrages beantwortet. Die Studienordnung, ohne die ein Studienversuch nicht möglich ist – das steht nämlich im Absatz 5 –, kann erst erlassen werden, wenn die akademischen Behörden den Entwurf eines Studienplanes und eine Aufstellung der damit verbundenen Aufwendungen vorlegen, wie es im Absatz 6 steht.

Das ist die Beantwortung Ihrer heutigen Fragen, die wir aber schon im Ausschuß klargestellt haben.

Zusammenfassend darf ich sagen, daß in unseren verschiedenen Auffassungen, Kollege Blenk, kein Unterschied in der Substanz, sondern nur eine zeitliche Verschiebung besteht.

Wir lehnen Ihren Antrag ab, damit das Bundesministerium bei Einrichtung von Studienversuchen nicht erst auf das Tätigwerden der zuständigen akademischen Behörde warten muß und unliebsame Verschleppungen vermieden werden können. Es hat sich ja auch in der Vergangenheit gezeigt, daß hier Behörden säumig wurden.

Außerdem, Kollege Blenk, wäre es unlogisch, daß das Bundesministerium schon jahrelang berechtigt ist, Studienrichtungen einzurichten, und das nach bloßem Anhören der akademischen Behörden, aber nicht die sinnvolle Vorstufe dazu, nämlich die Studienversuche, ohne Antrag dieser Behörden initiieren könnte. Also um Ihr polemisches Beispiel auszuführen: Bisher konnte das Bundesministerium zwar nicht einen Studienversuch „Geschichte der Arbeiterbewegung“ einführen, aber es hätte jederzeit eine Studienrichtung „Geschichte der Arbeiterbewegung“ einführen können. *(Abg. Dr. Gruber: Da irren Sie, Frau Kollegin! Das ist nur auf gesetzlicher Basis möglich!)* Ja, nach Anhörung der akademischen Behörde. So steht es bisher im Gesetz. *(Abg. Dr. Gruber: Der Gesetzgeber muß die Studienrichtungen einrichten!)*

Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Dem uns heute vorliegenden Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Hochschul-Studiengesetz geändert wird, stimmen wir gerne zu. Es bringt eine Erweiterung des Studienangebotes der österreichischen Universitäten – derzeit werden 105 verschiedene wissenschaftliche Studienrichtungen angeboten – und damit auch eine Weiterführung der Studienreform. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Der eben verlesene Abänderungsantrag der Abgeordneten Dr. Hawlicek, Dr. Frischenschlager ist genügend unterstützt und steht ebenfalls zur Debatte, die aber

jetzt geschlossen ist, da sich niemand mehr zum Wort gemeldet hat.

Der Herr Berichterstatter hat auf das Schlußwort verzichtet.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Gesetzentwurf in 1030 der Beilagen.

Da ein Abänderungs- sowie ein Zusatzantrag vorliegen, lasse ich getrennt abstimmen.

Wir kommen zur Abstimmung über Artikel I bis einschließlich des Einleitungssatzes der Ziffer 2.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Teil des Gesetzentwurfes ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist einstimmig angenommen.

Zu Artikel I Ziffer 2 betreffend § 13 Absatz 4 liegt ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Dr. Blenk und Genossen vor.

Ich lasse zunächst über diesen Teil des Gesetzentwurfes in der Fassung des erwähnten Abänderungsantrages abstimmen und ersuche jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Wir gelangen daher nunmehr zur Abstimmung über Artikel I Ziffer 2 betreffend § 13 Absatz 4 in der Fassung des Ausschlußberichtes.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den restlichen Teil des Artikels I in der Fassung des Ausschlußberichtes sowie über die Überschrift „Artikel II“.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist einstimmig angenommen.

Es liegt ein Zusatzantrag der Abgeordneten Dr. Hilde Hawlicek, Dr. Frischenschlager und Genossen vor, demzufolge dem Text des Artikels II die Absatzbezeichnung 1 voranzustellen und ein Absatz 2 anzufügen ist.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Text des Artikels II in der Fassung dieses Zusatzantrages ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Dies ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die restlichen Teile des Gesetzentwurfes samt Titel und Eingang in der Fassung des Ausschlußberichtes.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesen Teilen des Gesetzentwurfes ihre Zustimmung

10394

Nationalrat XIV. GP - 105. Sitzung - 19. Oktober 1978

Präsident Minkowitsch

erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist einstimmig angenommen.

Damit ist die zweite Lesung beendet.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist einstimmig auch in dritter Lesung angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung des Nationalrates, die für Dienstag, den 7. November 1978, in Aussicht genommen ist, wird durch schriftliche Benachrichtigung einberufen werden.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Selbständigen Anträge 119/A und 120/A eingebracht worden sind.

Ferner ist die Anfrage 2132/J eingelangt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 18 Uhr 5 Minuten